Graf Posadowsky

Staatssekretär des Reichsschatzamtes und des Reichsamtes des Innern 1893—1907

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Philosophischen Fakultät
der Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg

vorgelegt von

Martin Schmidt
aus Neu-Paleschken

Berichterstatter: Prof. Dr. Herzfeld

Halle (Saale) 1935

Eduard Klinz Buchdruck-Werkstätten Halle (Saale), Dölauer Straße 14

Graf Posadowsky

Staatssekretär des Reichsschatzamtes und des Reichsamtes des Innern 1893—1907

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Philosophischen Fakultät
der Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg

vorgelegt von

Martin Schmidt
aus Neu-Paleschken

Berichterstatter: Prof. Dr. Herzfeld

Halle (Saale) 1935

Eduard Klinz Buchdruck-Werkstätten Halle (Saale), Dölauer Straße 14

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhalt

Seite

Einleitung 1

Lebenslauf und Beamtenlaufbahn bis zum Eintritt in den Reichsdienst.

I. Teil: Staatssekretär des Reichsschatzamtes 1893—1897

1. Die Berufung in den Reichsdienst. Die Grundlagen der deutschen Finanzpolitik und das Verhältnis von Reich und Preußen bis zum Reformversuch von 1893 8
2. Graf Posadowsky als Leiter der Reichsfinanzen. Die Reformversuche von 1893 und 1895. Die Zusammenarbeit mit dem Zentrum 20
3. Die Stellung Posadowskys zu den Problemen der Agrarpolitik . 34

II. Teil: Die Politik der Sammlung

1. Posadowskys Ernennung zum Staatssekretär des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers im Rahmen der Sammlungspolitik 40
2. Der Beginn der neuen Wirtschaftspolitik und die Gründung des Wirtschaftlichen Ausschusses 58
3. Die Stellung der Sozialpolitik innerhalb der Sammlungspolitik und die sozialpolitischen Auffassungen Graf Posadowskys bei seinem Eintritt in das Reichsamt des Innern 67
4. Die Flotte 83

III. Teil: Graf Posadowsky als Staatssekretär des Innern in den Jahren 1897—1902

1. Die Sozialpolitik. Zuchthausvorlage und Reform der Versicherungsgesetzgebung 89
2. Die Stellung Posadowskys zur allgemeinen Politik. Sein Verhältnis zu Hohenlohe und Bülow. Die 12 000 Mark-Affäre . . 108
3. Der Zolltarif von 1902 126

IV. Teil: Graf Posadowsky als Staatssekretär des Innern von 1902—1907 138

V. Teil: Blockpolitik und Sturz 156

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41544723_0031

Literatur

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages. 5. Legislaturperiode, 2. Session, 1883/4 bis 12. Legislaturperiode, 1. Session 1907.

Joh. Penzler: Graf Posadowsky als Finanz-, Sozial- und Handelspolitiker an der Hand seiner Reden dargestellt. 4 Bde., Leipzig 1907 (Verl. J. Weber).

Fritz Hartung: Deutsche Geschichte vom Frankfurter Frieden bis zum Vertrag von Versailles, 1871—1919. Bonn/Leipzig (Schröder) 1930.

Adalbert Wahl: Deutsche Geschichte von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges. 1871—1914, III. Bd. Stuttgart (Kohlhammer) 1932.

Johannes Ziekursch: Politische Geschichte des neuen Deutschen Kaiserreiches. 3. Band: Das Zeitalter Wilhelms II. Frankfurt (Sozietäts-Druckerei) 1930.

Karl Bachem: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. 9 Bände. Köln (Bachem) 1927—32.

Hans-Heinrich Borchardt: 50 Jahre preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe. 1879—1929. Berlin (Ullstein) 1929.

Bernhard v. Bülow: Denkwürdigkeiten. 4 Bde. Berlin 1930 (Ullstein).

H. A. Bueck: Der Zentralverband deutscher Industrieller. 1876—1901. 4 Bde. Berlin 1902.

Arthur Dix: Der Bund der Landwirte. Entstehung, Wesen und politische Tätigkeit. Berlin 1909.

Theodor Eschenburg: Das Kaiserreich am Scheideweg. Bassermann, Bülow und der Block. Berlin 1929.

Walter Frank: Hofprediger Adolf Stöcker und die christlich-soziale Bewegung. Berlin (Hobbing) 1928.

Wilhelm Gerloff: Die Finanz- und Zollpolitik des Deutschen Reiches nebst ihren Beziehungen zu Landes- und Gemeindefinanzen von der Gründung des Norddeutschen Bundes bis zur Gegenwart. Jena (Fischer) 1913.

Hans Goldschmidt: Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung. Berlin (Heymann) 1931.

Hans Hallmann: Der Weg zum deutschen Schlachtflottenbau. Stuttgart (Kohlhammer) 1933.

Fritz Hartung: Verantwortliche Regierung, Kabinette und Nebenregierungen im konstitutionellen Preußen. 1848—1918. In Forsch. z. Brandenb. Preuß. Gesch. 44, 1932.

Heinrich Herkner: Die Arbeiterfrage. 2 Bände. Berlin/Leipzig. (Verein. wissensch. Verleger.) 7. Auflage 1921.

Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit. Herausgg. v. K. A. v. Müller, Stuttgart-Berlin, Deutsche Verlagsanstalt, III. Bd., 1931.

J. W. Holländer: Der deutsche Zolltarif von 1902. In Schmollers Jahrb. f. Gesetzgeb., Verwaltung u. Volkswirtsch. NF. 1913. B. 1 u. 2.

Ludwig Männer: Prinz Schönaich-Carolath. Ein parlamentarisches Leben der wilhelminischen Zeit. 1852—1920. Stutigart/Berlin (Cotta) 1931.

Rud. Martin: Deutsche Machthaber. Berlin 1910.

H. O. Meißner: Der Kanzler Hohenlohe und die Mächte seiner Zeit. In Preuß. Jhrb. Bd. 230.

Anton Graf Monts: Erinnerungen und Gedanken des Botschafters Anton Graf Monts. Herausgegeben von K. F. Nowak und Friedrich Thimme. Berlin (Verlag für Kulturpolitik) 1932.

K. A. v. Müller: Der dritte deutsche Reichskanzler. In Sitz. Ber. d. Bayer. Akad. d. Wiss. Phil. Hist. Abtlg., Jhrg. 1931/32, H. 3. München 1932.

Franz Müller: Franz Hitze und sein Werk. Hamburg/Berlin (Hanseatische Verlagsanstalt) 1928.

Elisabeth von Richthofen: Ueber die historischen Wandlungen in der Stellung der autoritären Parteien zur Arbeiterschutzgesetzgebung und die Motive dieser Wandlungen. Diss. Heidelberg 1901.

Hans Rothfels: Theodor Lohmann und die Kampfjahre der staatlichen Sozialpolitik (1871—1905). In Forsch. u. Darst. a. d. Reichsarch., 6. H., Berlin (Mittler) 1927.

Arthur Graf Posadowsky-Wehner: Geschichte des schlesischen uradligen Geschlechts der Grafen Posadowsky-Wehner. Breslau (Nischkowsky) 1891.

„ Ueber die Altersversorgung der Arbeiter. Vortrag, geh. i. d. Landwirtsch. Haupt-Ver. d. Kreise Kosten, Fraustadt und Kröben. Rawitsch (R. F. Frank). 1883.

Waldersee: Denkwürdigkeiten, herausgg. von H. O. Meißner. Stuttgart-Berlin (Dtsch. Verlagsanst.) 1922. 2. Bd.

A. Wermuth: Ein Beamtenleben. Berlin (Scherl) 1922.

Leopold v. Wiese: Posadowsky als Sozialpolitiker. Ein Beitrag zur Geschichte der Sozialpolitik des Deutschen Reiches. Köln (Christl. Gewerkschafts-Verl.) 1909.

Sergej Graf Witte: Erinnerungen. Ins Deutsche übertragen von H. von Hörner. Berlin (Ullstein) 1923.

Egmont Zechlin: Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. Stuttgart/Berlin (Cotta) 1929.

Wilhelm Zimmermann: Die Entstehung der provinzialen Selbstverwaltung in Preußen. 1848—1875. Hist. Stud. 216. Berlin 1932.

Schultheß: Europäischer Geschichtskalender. 1893—1907.

Kreuzzeitung
Germania
Deutsche Tageszeitung
Magdeburgische Zeitung
Vorwärts
Kölnische Zeitung
Soziale Praxis
Die Nation
Posener Tageblatt, Jahrg. 1893.

Jhrg. 1893—1907.

Einleitung:

Lebenslauf und Beamtenlaufbahn bis zum Eintritt in den Reichsdienst.

Arthur Graf Posadowsky-Wehner, Freiherr von Postelwitz, entstammte einem alten schlesischen Adelsgeschlecht, dessen Glieder schon im 13. Jahrhundert in der schlesischen Provinz eine führende Rolle spielten, hohe geistliche Aemter bekleideten und im Rat der Stadt Breslau saßen. In der Person des preußischen Reitergenerals Karl Friedrich Freiherr Posadowsky von Postelwitz wurde es von Friedrich dem Großen in den preußischen Grafenstand erhoben.

Am 3. Juni 1845 wurde Arthur Graf Posadowsky-Wehner — der Name Wehner rührt von der Eheverbindung eines Grafen Posadowsky mit der Erbin des Wehnerschen Fideikommisses her — in Groß-Glogau als jüngster Sohn eines preußischen Oberlandesgerichtsrates geboren. In seiner Geburtsstadt verlebte er seine Kindheit und besuchte bis zum Jahre 1864 das Gymnasium, um nach Ablegung der Reifeprüfung in Berlin, Heidelberg und Breslau Rechts- und Verwaltungswissenschaften zu studieren. Nachdem er im Jahre 1867 zum Doktor beider Rechte promoviert worden war, trat er bei dem Stadtgericht in Breslau als Auskultator ein, nahm aber nach seiner Ernennung zum Referendar die Entlassung aus dem Justizdienst. Er hatte in der Provinz Posen ein Gut käuflich erworben, dessen Bewirtschaftung er sich widmen wollte. Doch auch diese Tätigkeit als praktischer Landwirt dauerte nicht lange. Schon im Jahre 1871 wechselte er wieder in den preußischen Staatsdienst über, und zwar trat er in den höheren Verwaltungsdienst ein. Zur praktischen Ausbildung wurde er der Regierung in Posen überwiesen. 1873 wurde er zum Landrat ernannt, zunächst mit der Verwaltung des Kreises Wongrowitz und ab 1877 des Kreises Kröben betraut. In dieser Stellung begann er eine rege öffentliche Tätigkeit zu entfalten. Weit über den engen Kreis seines Verwaltungsbezirkes hinaus be-

---

[1]) Graf Arthur Posadowsky: Geschichte des schlesischen uradligen Geschlechts der Grafen Posadowsky-Wehner. Verlag Nischkowsky, Breslau 1891.

[2]) Die biographischen Angaben über Posadowsky sind dem Album „Verwaltungsarchiv" (Adolf Eckstein Verlag, Berlin-Charlottenburg) entnommen. — Siehe auch die Einleitung zu Joh. Penzler: Graf Posadowsky als Finanz-, Sozial- und Handelspolitiker, an der Hand seiner Reden dargestellt. 4 Bde. 1907. Verlag J. Weber in Leipzig, Bd. I, S. XI ff.

faßte er sich mit den Problemen und Aufgaben der provinziellen Verwaltung. Seine ganze Arbeitskraft gehörte seinem Kreise und seiner Provinz. Durch seine strenge Rechtlichkeit, die sich frei hielt von aller junkerlichen Einseitigkeit und Oberflächlichkeit, wußte er sich bald eine angesehene Stellung in der Provinz zu schaffen. Er betrachtete sein Amt nicht als ein seinem Stande zukommendes Recht, sondern suchte durch Fleiß und sachliche Arbeit seine Eignung zu beweisen.

Die Provinz Posen nahm unter den Provinzen des preußischen Staates eine Sonderstellung ein, da das Nationalitätenproblem und die Oppositionsstellung des polnischen Teiles der Bevölkerung die Einführung der Selbstverwaltung und die Durchführung der hiermit verbundenen organisatorischen Aufgaben unmöglich gemacht hatten. Das Fehlen einer Zentralinstanz der Selbstverwaltung hatte auf die Entwicklung der Provinz nachhaltige Folgen gehabt. Es war vieles versäumt worden, was im Interesse einer wirtschaftlichen und kulturellen Hebung der Provinz zu tun gewesen wäre [3]).

Mit den Fragen einer Reform der Selbstverwaltung beschäftigte sich Posadowsky zunächst theoretisch als Landrat seines Kreises. Im Jahre 1878 nahm er an einer Konferenz von Verwaltungsbeamten im preußischen Innenministerium teil, die über die Einführung der Kreisordnung in der Provinz Posen zu beraten hatte. Graf Posadowsky vertrat dabei die Auffassung, daß die Einführung einer der Verwaltungsorganisation der anderen alten preußischen Provinzen nachgebildeten Provinzialverfassung für Posen unbedingt geboten sei, wenn auch eine schematische Uebertragung in Anbetracht der besonderen Verhältnisse der Provinz ein Fehler sein würde [4]).

Entgegen den anderen Provinzen wurde die Selbstverwaltung in Posen noch durch einzelne ständische Kommissionen geführt [5]). Diese Zersplitterung zu beheben, war Posadowskys Ziel. Unermüdlich bemühte er sich um die Reform der Selbstverwaltung und stand bei den Erörterungen um die Vereinfachung an führender Stelle. Da sich eine gesetzliche Lösung nicht finden ließ, beschlossen die Provinzialstände, wenigstens dadurch eine gewisse Vereinheitlichung zu erzielen, daß für alle ständischen Kommissionen ein und dieselbe Persönlichkeit zum Vorsitzenden gewählt würde. Es war ein Zeichen des

---

[3]) Leopold von Wiese: Posadowsky als Sozialpolitiker, ein Beitrag zur Geschichte der Sozialpolitik des deutschen Reiches. — Köln 1909, Christl. Gewerkschaftsverlag. S. 43 ff.

[4]) Posener Tageblatt vom 14. 8. 1893, Nr. 378.

[5]) Wilhelm Zimmermann: Die Entstehung der provinziellen Selbstverwaltung in Preußen. 1848—1875. Historische Studien 216. Berlin 1932. S. 166 ff.

Ansehens, das sich der Landrat des Kreises Kröben in der Provinz erworben hatte, daß die Wahl auf ihn fiel und ihm so allmählich alle Gebiete der provinziellen Selbstverwaltung unterstellt wurden. 1889 endlich erhielt dann die Provinz eine einheitliche Provinzialverwaltung mit Provinzialausschuß und Landesdirektor. Gewählt wurde für diesen Posten, mit dem Titel als Landeshauptmann, entsprechend der führenden Rolle, die er in der Selbstverwaltung spielte, Graf Posadowsky [6]).

Seine Ernennung zum Landeshauptmann verdankte er aber nicht allein der Tatsache, daß er sich besonders lebhaft für die Reorganisation der Provinz eingesetzt hatte. Er hatte sich auf allen Gebieten der provinziellen Selbstverwaltung durch praktische Erfahrung und theoretisches Studium umfassende Kenntnisse angeeignet. Trotz einer aus Tradition und Umwelt sich erklärenden konservativen Anschauungsweise hatte er sich immer einen klaren Blick für die Notwendigkeit wirtschaftlicher Reformmaßnahmen bewahrt. Seine Sorge galt vornehmlich der Hebung der Landeskultur. Bei dem überwiegend agrarischen Charakter der Provinz Posen war es natürlich, daß seine administrative Arbeit in erster Linie der Landwirtschaft zugute kam. Die auffallende Entwertung der Produkte der heimischen Landwirtschaft veranlaßte ihn, in einer Broschüre: „Die ausländische Konkurrenz und ihre Folgen für die Landwirtschaft" die Ursachen dieser volkswirtschaftlich bedenklichen Erscheinung klarzulegen [7]). Er beurteilte die einsetzende agrarische Krise dabei durchaus von dem Standpunkt des ostdeutschen Großgrundbesitzes. Die wirtschaftspolitischen Anschauungen waren noch ganz provinziell gebunden. Alle seine literarischen Versuche und theoretischen Studien standen in engem Zusammenhang mit seiner praktischen Arbeit. So brachten ihn seine administrativen Aufgaben auch in Berührung mit den sozialen Problemen. Die kaiserliche Botschaft vom Jahre 1881 und die folgenden ersten Versicherungsgesetze zwangen ihn, sich auch mit diesem neuen Zweig der staatlichen Verwaltungsarbeit auseinanderzusetzen. Es waren dabei weniger die sozialen Probleme an sich, die ihn beschäftigten. In der agrarischen Provinz hatten diese keine akute Bedeutung. Die Verwaltungsaufgaben, die den staatlichen und provinziellen Behörden aus den neuen Gesetzen erwuchsen, erregten sein Interesse. $3\,^1/_2$ Jahre lang war er Vorsitzender von sieben Schiedsgerichten der gewerblichen Unfallversicherungsgenossenschaften in der Provinz Posen.

---

[6]) Wiese, S. 44.
[7]) Wiese, S. 45.

Ein aus dem Jahre 1883 stammender Vortrag „Ueber die Altersversorgung der Arbeiter" gibt einigen Aufschluß über die Haltung, die Posadowsky in diesen Jahren zu den sozialen Fragen einnahm[8]). Der Landrat vertrat vor den Posener Grundbesitzern den Standpunkt, daß es sich bei der Versicherung um ein höheres Maß staatlicher Fürsorge handele, als sie die Armenpflege der Gemeinden darstelle. Damit bejahte er den Grundgedanken des ganzen Versicherungswerkes, daß es Pflicht des Staates sei, den Arbeiter vor der demoralisierenden Wirkung des Almosenempfanges zu bewahren. Die neue soziale Gesetzgebung erschien ihm als ein wichtiges Erziehungsmittel des Staates für den Arbeiter. Er erblickte ihren größten Vorteil in der Tatsache, daß die Arbeiter vom Staat gezwungen würden, für Notzeiten Ersparnisse zu machen. Der Beitrag des Staates zur Versicherung war ihm ein Akt staatlicher Fürsorgepolitik, die nicht mehr allein Angelegenheit der Gemeinden sein konnte. Allerdings wollte er die Arbeitgeber vor finanziellen Opfern möglichst bewahrt wissen. Der Arbeitgeber war in seinen Augen an der Versicherungsgesetzgebung vollkommen unbeteiligt. Daß er auch zu den Lasten herangezogen werden sollte, dünkte dem noch in den patriarchalischen Auffassungen des Arbeitsverhältnisses wurzelnden ostdeutschen Grafen ein ungerechtfertigter Eingriff des Staates. Er glaubte, hoffen zu können, daß es dem Arbeitgeber möglich sein werde, seinen Beitrag auf den Lohn des Arbeiters anzurechnen, wenn der Arbeitslohn das Niveau dessen, was zur Lebenshaltung des Arbeiters und seiner Familie unbedingt erforderlich sei, übersteige. Nicht der Einblick in die Verhältnisse der Industrie erweckte sein soziales Interesse. Diese lagen dem Posener Beamten noch zu fern. Aber die Verwaltungsarbeit brachte ihn mit allgemeinen Arbeiterfragen in Berührung und von dieser Seite her gewann er einigen Ueberblick und einiges Verständnis für die sozialen Fragen, mit denen er sich auch als positiv-kirchliche Persönlichkeit zu befassen hatte[9]). In Kreis-, Provinzial- und Generalsynoden trat er für die Förderung der Werke der Inneren Mission und die Bekämpfung der Sozialdemokratie auf der Grundlage der christlichen Sittenlehre ein. Die Pflicht zur sozialen Gesinnung und sozialen Fürsorge war ihm eher ein Gebot der christlichen Moral, als daß er sie als eine immanente Aufgabe des Staates anerkannt hätte. Auch in dem Kampf um die Schulpolitik vertrat er den konservativen, streng

[8]) Ueber die Altersversorgung der Arbeiter, Vortrag, geh. im Landwirtschaftl. Hauptverein der Kreise Kosten, Fraustadt und Kröben, von Dr. Graf Posadowsky-Wehner, Landrat, Rawitsch 1883, Verlag R. F. Frank.

[9]) Wiese, S. 45.

kirchlichen Standpunkt. Er wollte lieber auf jedes Schulgesetz verzichten, wenn nicht als oberster Grundsatz die konfessionelle Volksschule hingestellt wurde [10]).

Das aktive Hervortreten des Grafen Posadowsky in allen Fragen der provinziellen Verwaltung, sein lebhaftes Eintreten für die Reorganisation der Selbstverwaltung, brachte es mit sich, daß in den politischen Kreisen der Provinz der Wunsch aufkam, ihn auch mit der parlamentarischen Vertretung seines Wahlbezirkes zu betrauen. Entsprechend dem in den preußischen Provinzen oft geübten Brauch, daß die höheren Verwaltungsbeamten der Kreise auch mit der politischen Vertretung im Abgeordnetenhaus beauftragt wurden, wurde auch Graf Posadowsky im Jahre 1882 von dem Wahlkreis Lissa-Rawitsch-Fraustadt zum Abgeordneten gewählt. Diese Wahl verdankte er keinem politischen Bekenntnis; sie war einfach die Anerkennung seiner Fähigkeiten als Verwaltungsfachmann. Im Abgeordnetenhaus schloß sich Posadowsky dementsprechend der „Landratsfraktion" der Freikonservativen an, ohne daß man berechtigt wäre, aus dieser Tatsache ein ausgesprochenes Bekenntnis zu den Zielen der freikonservativen Partei zu sehen. In seiner ganzen politischen Haltung war er konservativ, ohne sich an die Ziele irgend einer Partei einseitig zu binden. Seine Anschauungswelt wurzelte vielmehr in den traditionellen Auffassungen des ostdeutschen Adels und Grundbesitzes, zu denen ausgesprochene Staatsgesinnung als preußischer Beamter trat. So faßte er auch sein Mandat nicht auf als das Sprungbrett für eine parlamentarische Laufbahn. Die Ausübung der parlamentarischen Pflichten gehörte ihm zu den Pflichten seines Amtes als Landrat; für seinen Kreis und seine Provinz fühlte er sich verpflichtet, einzutreten. So findet sich der Name des Grafen Posadowsky in den Rednerlisten der parlamentarischen Debatten des Abgeordnetenhauses während der ganzen Session nur elfmal [11]). Er beschränkte sich dabei auf die Gebiete, in denen er aus eigener Verwaltungspraxis Erfahrungen gesammelt hatte. Nur einmal, im Dezember des Jahres 1883, beteiligte er sich an einer Debatte über den fortschrittlichen Antrag, der die Einführung der geheimen Abstimmung bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Kommunalvertretungen forderte [12]). Die Ausführungen, mit denen Posadowsky seine negative Stellung zu diesem Antrag begründete, zeigen sein politisch-konservatives, aber

[10]) Penzler, Bd. I, S. 59—61.
[11]) Penzler, Bd. I, S. 3—43.
[12]) Sten. Ber. 15. Leg.-Periode, 2. Sess. 1883/84, 9. Sitzung. Penzler, Bd. I, S. 5.

zugleich auch provinziell-beschränktes Denken. Sein Bekenntnis, daß das Maß des politischen Einflusses abhängig sein müsse von dem Maß des sozialen Einflusses, lag ganz in der Richtung der Ideologie des preußischen Konservativismus. Interessant und durch die Art der Begründung die Fundierung seines politischen Denkens in den Interessen seines provinziellen Verwaltungsamtes kennzeichnend, war die Bemerkung, daß er im Prinzip das ständische Wahlrecht begünstige. Er erklärte seine Sympathie für den Gedanken, daß in gleicher Weise, wie die Provinzialvertretungen aus den Kreisparlamenten zusammengesetzt würden, auch der allgemeine Landtag aus den Provinziallandtagen gebildet werden könne. Er sah sich aber sofort gezwungen, diese prinzipielle Zustimmung zum ständischen Wahlprinzip einzuschränken. Zu dieser Einschränkung zwangen ihn die Bedenken, die er im Falle einer solchen Regelung als Leiter eines Kreistages zu erheben hatte. Als Verwaltungsbeamter fürchtete er, daß dann auch bei der Wahl zu den Kreis- und Provinzialvertretungen nicht mehr die praktische Tüchtigkeit und das Verständnis für die Landeskulturaufgaben maßgebend sein würde, sondern das parteipolitische Bekenntnis. Eine solche Entwicklung konnte die ganze Selbstverwaltung der Gemeinden und Provinzen gefährden. Graf Posadowsky zögerte deshalb nicht, diese kommunalpolitischen Erwägungen und Bedenken dem soeben ausgesprochenen allgemeinen politischen Ideal überzuordnen.

Das parlamentarische Zwischenspiel dauerte indessen nur bis zum Ablauf der Session im Jahre 1885. Posadowsky wurde an die Spitze der provinziellen Selbstverwaltung berufen. An dieser Stelle hatte er nicht mehr die Zeit, sich auch parlamentarisch zu betätigen. Die Arbeiten an der Reorganisation nahmen ihn so stark in Anspruch, daß er es ablehnen mußte, sich wieder zur Wahl zu stellen.

Alle die Kenntnisse und Erfahrungen, die er sich in seiner praktischen Verwaltungstätigkeit und durch theoretische Studien angeeignet hatte, konnte er jetzt verwerten und so den Vorsprung, den andere Provinzen auf dem Gebiete der provinziellen Selbstverwaltung voraus hatten, auf ein erträgliches Maß herabmindern. Wenn auch eine gewisse bürokratische Engherzigkeit ihm nicht abzusprechen war, so wurde diese Eigenschaft doch bei weitem durch die Vorzüge seines Wesens, den Eifer und den sittlichen Ernst, mit denen er sich seiner Aufgabe widmete, ausgeglichen. Auf den Platz eines Landeshauptmannes gehörte unter den damaligen Verhältnissen nicht ein Politiker mit weit gesteckten Plänen und Zielen, sondern ein tüchtiger Beam-

ter, der als genauer Kenner der ökonomischen Verhältnisse der Provinz gelten konnte, und der in steter ruhiger Reformarbeit mit sparsamsten Mitteln die Aufgaben der Selbstverwaltung erfüllte. Dem Grafen Posadowsky standen für seine Arbeit keine starken und unerschöpflichen finanziellen Mittel zur Verfügung. Im Gegenteil, die Schuldenlast der Provinz war groß. Unter diesen Umständen war es ein besonderes anzuerkennendes Verdienst des Landeshauptmannes, daß er nicht nur eifrig Reformen in Angriff nahm, sondern es ihm durch sparsamste Wirtschaft gelang, die Schuldenlast auf ein erträgliches Maß herabzumindern und für die mannigfachen Aufgaben, die noch der Erfüllung harrten, einen geordneten finanziellen Unterbau zu schaffen. Diese Tätigkeit als sparsamer und weitblickender Leiter der Finanzen der Provinz Posen sollte ihm den Weg in den Reichsdienst bahnen.

I. Teil:

Staatssekretär des Reichsschatzamtes 1893—1897.

1. Die Berufung in den Reichsdienst. Die Grundlagen der deutschen Finanzpolitik und das Verhältnis von Reich und Preußen bis zum Reformversuch von 1893.

Die Tätigkeit des Grafen Posadowsky war nicht dazu angetan, die Aufmerksamkeit weiter politischer Kreise auf ihn zu lenken. Mochte er auch sein Posener Amt voll und ganz ausfüllen, so lag dies doch zu sehr abseits von den Bahnen der großen Politik, als daß der Landeshauptmann annehmen konnte, aus der Enge der provinziellen Verwaltung in ein wichtiges Reichsamt gerufen zu werden.

Und doch sollte das Unwahrscheinliche eintreten: Am 13. Juni 1893 war der Kaiser zur Besichtigung der Posener Garnison in Posen eingetroffen. Dabei klagte er dem Oberpräsidenten der Provinz von Wilamowitz-Möllendorf, daß sich das Reich in dauernden finanziellen Schwierigkeiten befinde. Der Oberpräsident erwiderte darauf, daß es der Provinz Posen ebenso ergangen sei, bis Graf Posadowsky Landesdirektor wurde und die Finanzen der Provinz reformierte, so daß sie sich jetzt in vollkommen geordnetem Zustande befänden. Dieses Lob machte auf den Kaiser starken Eindruck, er ließ sich den Grafen vorstellen und unter dem günstigen Eindruck, den der Landeshauptmann hinterließ, beschloß er, diese als so tüchtig geschilderte Kraft dem Reichsdienst zuzuführen [13]).

Am 21. Juli erfolgte der Rücktritt des Staatssekretärs des Reichsschatzamtes Freiherrn von Maltzahn. Er konnte sich mit den Plänen des Reichskanzlers Caprivi zur Deckung der Militärvorlage und mit dem Gedanken einer Finanzreform nicht befreunden und nahm deshalb seinen Abschied [14]). Als Kandidaten für den vakanten Posten des Leiters der Reichsfinanzen schlug Caprivi dem Kaiser den Unterstaatssekretär Schraut oder den Direktor Aschenborn vor, hatte aber gegen beide Bedenken anzuführen [15]). Auch die Presse nannte

[13]) Rudolf Martin: Deutsche Machthaber. Berlin 1910, S. 192. — Die Schilderung der Vorgänge anläßlich des kaiserlichen Besuches durch Martin erscheint glaubhaft. Martin zeigt sich im allgemeinen über die Persönlichkeit des Grafen Posadowsky in seinem Buche sehr gut orientiert.

[14]) Waldersee: Denkwürdigkeiten, herausgg. v. H. O. Meisner, 1922. Dtsch. Verlagsanst. Stuttgart u. Berlin, 2. Bd., 293.

[15]) Hohenlohe: Denkwürdigkeiten. II. S. 503.

als ernsthafte Kandidaten die beiden vom Reichskanzler vorgeschlagenen Männer[16]). Der Hannoversche Kurier aber wußte aus gut unterrichteten Kreisen zu berichten, daß der Kaiser, „als ihm die Berliner Blätter zugingen, in denen als voraussichtliche Nachfolger des Freiherrn von Maltzahn die Herren Aschenborn und Schraut genannt wurden, seiner Verwunderung und Mißbilligung über diesen Eingriff in sein Recht, sich seine Berater und Diener frei zu wählen, in den schärfsten Ausdrücken Luft machte“[17]). Der Kaiser war gewillt, sich seine Berater und Minister selbst zu wählen. Er hatte sich entschlossen, den Grafen Posadowsky zum Leiter des Reichsschatzamtes zu berufen.

Caprivi, dem die Kandidatur des Posener Landeshauptmannes vollkommen überraschend kam, wie allen politischen Kreisen, erkundigte sich bei den beiden früheren Oberpräsidenten der Provinz und erhielt eine Bestätigung der günstigen Aussagen des Kaisers[18]). Graf Posadowsky wurde nach Berlin berufen, um sein Einverständnis zu den Finanzreformplänen des preußischen Finanzministers Miquel zu erteilen[19]), und so wurde seine Ernennung zum Staatssekretär des Reichsschatzamtes vollzogen.

Ausgerüstet mit den hervorragenden Eigenschaften des preußischen Beamtentums, nicht frei von provinzieller Beschränktheit der politischen Anschauungen, die sich aus seiner Herkunft und der Struktur seines bisherigen Wirkungskreises ergab, wechselte Graf Posadowsky in den Reichsdienst hinüber.

Sein Eintritt in das Reichsschatzamt erfolgte zu einer Zeit, da die finanziellen Probleme der Auseinandersetzung von Reich und Preußen und der Notwendigkeit, dem Reiche neue Steuerquellen zu erschließen, wieder einmal eine akute Bedeutung erlangt hatten. Er wurde zur Leitung der Reichsfinanzen berufen, um die Interessen der Reichsfinanzen bei den kommenden Reformversuchen zu vertreten.

Graf Posadowsky gehört zu den Staatsmännern der nachbismarckschen Epoche. Seine gesamte Stellung und Leistung findet in dieser Tatsache ihre Erklärung. Er sollte dazu berufen sein, nachdem im Jahre 1890 eine neue Aera der Außenpolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik angebrochen war, die Einseitigkeiten dieser Entwicklung auszugleichen und im Reichsamt des Innern vom Jahre 1897 ab

---

[16]) Posener Tageblatt vom 17. 8. 1893, Nr. 382.

[17]) Posener Tageblatt vom 16. 8. 1893, Nr. 381, aus dem Hannoverschen Kurier.

[18]) Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, II, S. 503.

[19]) Posener Tageblatt vom 15. 8. 1893, Nr. 380.

die sozial- und wirtschaftspolitischen Ziele des Reichsgründers wieder aufzunehmen. Zugleich aber wurde er der Träger der Reichsinteressen und der Reichsautorität gegenüber den partikularistischen Ansprüchen der Einzelstaaten. Sein Eintritt in das Reichsschatzamt erfolgt in den Jahren, in denen nicht nur in den Methoden der Innen- und Außenpolitik und ihren Zielen eine umwälzende Aenderung einsetzte, sondern auch in der Organisation und Machtverteilung der Reichs- und Staatsbehörden sich eine Anpassung an die durch den Rücktritt des Reichsgründers veränderten Verhältnisse vollzog.

Ebenso, wie es für Bismarck eine schlechthin vollendete Situation auf irgendeinem sonstigen Gebiet politischen und staatlichen Wirkens nicht gegeben hatte, hatte er auch den inneren Aufbau des Reiches, seine staatsrechtlichen Grundlagen nicht als eine unabänderliche Größe angesehen. Die immanenten Kräfte seiner Schöpfung zwangen ihn zu ständiger Umänderung und Anpassung auch der staatsrechtlichen Grundlagen seines Werkes an die jeweilige politische Situation. Das Geheimnis seines Erfolges lag nicht zuletzt darin, daß er es verstand, zu gegebener Zeit Aenderungen an seinem eigenen Werk vorzunehmen. Er konnte die verschiedenen Kräfte des politischen Lebens stets zu organischem Wirken vereinen oder vermochte sie auszuschalten, sofern sie sich nicht seiner Leitung beugten. So erfolgreich er auf den einzelnen Gebieten der Politik bis in die Spätzeit seiner Kanzlerschaft war, so vermochte er es doch nicht, das Reich verfassungs- und staatsrechtlich auf eine absolut feste Grundlage zu stellen. Die schwierigen Verhältnisse, unter denen die Reichsgründung vollzogen wurde, die Rücksichtnahme auf die parlamentarischen und bundesstaatlichen Kräfte, der Einbau des preußischen Staates und der ihn tragenden Mächte in das Reich hatten bewirkt, daß eine klare und endgültige Ordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse nicht erreichbar war. Bismarck hatte vor allem in dem Verhältnis von Reich und Preußen keine klare Abgrenzung der beiderseitigen Befugnisse erreicht. Die Tatsache, daß der Grundpfeiler des neuen Reiches der preußische Staat war, daß der preußische König Träger der deutschen Kaiserkrone wurde, sowie die Vereinigung des Kanzleramtes mit dem des preußischen Ministerpräsidenten zeigte, daß Bismarck es verstand, diese Probleme und Grundlagen auf einfache und doch geniale Weise zu lösen. Die Grenzen zwischen den beiden Mächten waren aber doch stets fließend geblieben und der Ausgleich der bestehenden Differenzen hatte oftmals Bismarcks ganze Autorität beansprucht.

Von der Gründung des Reiches bis zu seinem Sturz hat sich Bismarck diesem Problem „Reich—Preußen" gewidmet. Unter Aufrechterhaltung der verfassungsrechtlichen Grundlage hat er stets von neuem organisatorische Aenderungen im Reich und Preußen vorgenommen, um ein erträgliches Verhältnis zwischen den beiden Mächten herzustellen. Das starke Eigenleben, das das Reich bald nach seiner Gründung entfaltete, die Eigengesetzlichkeit, die eine Trennung der Reichspolitik von den Interessen der preußischen Politik erforderte, ließen Bismarck zu der Ueberzeugung kommen, daß es notwendig sei, dem Reich eine eigene Behördenorganisation zu schaffen. Die Schwierigkeiten des bestehenden Zustandes sah er in der Tatsache begründet, daß das mit der Leitung der Reichsgeschäfte betraute Reichskanzleramt ursprünglich als eine Behörde von verhältnismäßig geringem Umfang errichtet und als eng verbunden mit dem preußischen Staatsministerium gedacht war, unter der Leitung des Präsidenten Delbrück aber eine Tätigkeit entfaltet hatte, die von Jahr zu Jahr den Geschäftskreis des Reichskanzleramtes über das anfänglich in Aussicht genommene Maß ausdehnte[20]). Diese Entwicklung drohte zu einer Gefahr für den bundesstaatlichen Aufbau des Reiches zu werden, wenn das Reichskanzleramt bei ständiger Ausdehnung seines Geltungsbereiches den Anspruch erhob, eine maßgebende Stellung über den einzelnen Regierungen der Bundesstaaten einzunehmen.

Die Bedenken der einzelstaatlichen Minister, die nicht gewillt waren, irgendwelche Kompetenzen innerhalb ihrer Ressorts zugunsten einer zentralen Reichsbehörde aufzugeben, machten sich stärker fühlbar. Die Bereitwilligkeit der einzelstaatlichen Regierungen, an dem Aufbau des Reiches und seiner Erstarkung mitzuarbeiten, schwand, sowie diese Tendenz einer Mediatisierung der Länder durch das Reich erkennbar wurde. Die Länder, voran Preußen, begannen dem Reich gegenüber eine abwartend feindliche Stellung zu beziehen. An Stelle der gemeinsamen Arbeit begannen das Reichskanzleramt und das preußische Staatsministerium um Macht und Einfluß miteinander zu kämpfen. Der preußische Partikularismus erhob sich neben den althergebrachten antipreußischen süddeutschen Bestrebungen und übte kraft der zentralen Stellung, die Bismarck dem preußischen Staatsministerium in der Verfassung zugedacht hatte, seinen hemmenden Einfluß auf die Erstarkung des Reiches aus. Diesen Dualismus wollte Bismarck beseitigen. Er glaubte, den Grund für seine Entstehung in dem

[20]) Hans Goldschmidt: Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung. Berlin 1931 (Heymanns Verlag), S. 23/25.

Bestande einer zentralen Reichsbehörde zu sehen, dem Reichskanzleramte, das durch die Häufung aller das Reich angehenden Fragen in einem Amt und einer Person im Gegensatz zu den preußischen Ministerien kommen mußte. Nach dem Rücktritt des Präsidenten des Reichskanzleramtes Delbrück hatte er eine Aufteilung des Präsidialamtes in einzelne Reichsämter vorgenommen [21]).

Der Reichskanzler erwartete, daß diese neu geschaffenen Reichsämter nicht mit dem Anspruch einer zentralen Reichsregierung den einzelstaatlichen Ministerien gegenübertreten würden. Indem die Institution eines Präsidenten des Reichskanzleramtes wegfiel und mit ihr das Streben ihres Inhabers, alle fremden einzelstaatlichen Einflüsse aus seinem Amtsbereich fernzuhalten, vereinfachte sich das Verhältnis der einzelnen Reichsämter zu den entsprechenden Ressorts der Länder. Das Band, das in Zukunft die einzelnen Reichsressorts zusammenhalten sollte, war nur noch die Persönlichkeit des für ihre Geschäftsführung allein verantwortlichen Reichskanzlers. Da er gleichzeitig preußischer Ministerpräsident und als solcher auch auf die Wahrung der preußischen Interessen angewiesen war, war die Gefahr einer dualistischen Rivalität zwischen Reichsämtern und preußischen Ministerien anscheinend gebannt. Durch die Ernennung der Chefs der Reichsämter zu preußischen Ministern ohne Amtsbereich wurde ihnen die Gelegenheit gegeben, in der auch für die Angelegenheiten des Reiches entscheidenden Instanz, dem preußischen Staatsministerium, die Interessen ihrer Aemter zu vertreten [22]).

Auf der anderen Seite trug sich Bismarck auch mit dem Plane, die Reichsämter von den preußischen Ministern übernehmen zu lassen. Die bestehende Union zwischen Kaiser- und Königskrone, die Personalunion von Kanzler und Ministerpräsident, von Außen- und Kriegsminister sollte durch eine entsprechende Verbindung der einzelnen Reichsämter mit den preußischen Ministerien ergänzt werden. Dabei sollten sich die Minister im Reich durch Unterstaatssekretäre vertreten lassen [23]).

Alle diese Pläne hatten das Ziel, den Dualismus durch nahe Verbindung der beiden Behördenorganisationen und die dadurch entstehende Interessengemeinschaft zu beseitigen.

Dem Reichskanzler lag vor allem daran, den preußischen Partikularismus zu bannen und die starken Kräfte des preußischen Staates für das Reich nutzbar zu machen.

---

[21]) Goldschmidt, S. 23 ff.; siehe auch den Immedialbericht Bismarcks an Wilhelm I. vom 5. Juni 1876 (Goldschmidt, S. 173 ff.).

[22]) Goldschmidt, S. 26 f.

[23]) Goldschmidt, S. 33 f.

Eine besondere Bedeutung kam innerhalb dieses Fragenkomplexes dem Problem des finanziellen Ausgleichs zwischen Reich und Ländern zu. Auch hier ließ sich die ursprüngliche Regelung bald nicht mehr aufrecht erhalten. Die Ansprüche des Reiches wuchsen und wirkten auf die Dauer auf die Haushalte der Einzelstaaten zerrüttend. Diese waren verpflichtet, durch Matrikularbeiträge die finanziellen Bedürfnisse des Reiches zu decken. Letztes Ziel der von Bismarck 1877 geplanten Finanzreform war es, durch Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches aus den ihm zur Verfügung stehenden Verbrauchssteuern eine Entwicklung einzuleiten, welche eine Entlastung der Budgets der Einzelstaaten auf die Dauer herbeiführte und es diesen ermöglichen sollte, einzelne Steuern den Provinzen, Kreisen oder Gemeinden zu überlassen[24]).

Die Frage dieser Reform war zugleich eine Frage der Klärung des Verhältnisses von Reich und Preußen. Bismarck beabsichtigte, den preußischen Finanzminister zum Korreferenten des Reichskanzlers in allen das Reich angehenden Finanzfragen zu machen. Der preußische Finanzminister sollte an der Finanzgebarung des Reiches interessiert und so ein lebendiges Zusammenwirken von Reich und Ländern erreicht werden[25]). Die Bildung einer eigenen Reichsfinanzbehörde sollte durch ihre Trennung vom Reichskanzleramt auch äußerlich die Möglichkeit zu einer engen Zusammenarbeit mit dem preußischen Finanzministerium schaffen[26]).

Die großzügigen Pläne, die Bismarck hegte, waren aber zum Scheitern verurteilt. Der preußische Finanzminister lehnte seine Mitwirkung ab. Diese Ablehnung entsprang preußisch-partikularistischen und liberalen Bedenken. Einmal wollte er nicht seine Hand dazu bieten, daß durch eine starke Vermehrung der Einnahmen des Reiches eine Erhebung von Matrikularbeiträgen sich erübrige und damit das Reich der finanziellen Kontrolle durch die Länder entzogen werde. Zum andern dünkte ihm eine Erhöhung der indirekten Steuern auch eine Verminderung der Bedeutung des Reichstages und seines Budgetrechtes zu sein[27]).

Die einheitliche Zusammenfassung der beiden Finanzbehörden des Reiches und Preußens scheiterte. Es wurde zwar ein Reichsschatzamt errichtet, eine klare Abgrenzung seiner Kompetenzen oder eine Verbindung mit dem preußischen Finanzministerium aber nicht durch-

---

[24]) Wilhelm Gerloff: Die Finanz- und Zollpolitik des Deutschen Reiches. Jena 1913, S. 124 ff.; und Goldschmidt, S. 32 ff.
[25]) Goldschmidt, S. 33 ff.
[26]) Goldschmidt, S. 36 ff.
[27]) Goldschmidt, S. 216 ff.

geführt. Bismarck versuchte zwar, in scharfer Abwehr gegen die Uebergriffe des preußischen Finanzministers, der neuen Reichsbehörde ein unabhängiges Eigenleben zu sichern. Er betonte so gelegentlich die Notwendigkeit, die Leiter der obersten Reichsämter zu gemeinsamen Beratungen der Reichsangelegenheiten, entsprechend den Staatsministerien der Länder, zusammenzufassen[28]). Da aber dieser Ansatz nicht weiter führte und keine gemeinsamen Sitzungen stattfanden, auch nicht einmal organisatorische Zusammenkünfte, so vergrößerte sich bald wieder der Einfluß der kollegialen Beratungen des Staatsministeriums. Auch wurde der Leiter des Reichsschatzamtes nicht zum preußischen Staatsminister ernannt, so daß er vollkommen ohne Einfluß auf die Beratungen und Beschlüsse dieser maßgebenden Instanz wurde.

Bismarcks Pläne scheiterten ebenfalls parlamentarisch, da der von ihm beabsichtigte Eintritt nationalliberaler Parlamentarier in das Staatsministerium sich infolge der hohen Kompensationsforderungen der Nationalliberalen für ihre Zustimmung zu den Plänen des Reichskanzlers als unmöglich erwies[29]). Sie forderten eine Erweiterung der konstitutionellen Rechte des Reichstages in der Form eines Einnahmebewilligungsrechtes. Bismarck wollte diese bei seiner grundsätzlichen Abneigung, die Rechte der Volksvertretung zu vergrößern, nicht zugeben. Das Zentrum aber, auf das er nunmehr zur Durchführung der Finanzreform parlamentarisch angewiesen war, gab seine Zustimmung nur unter der Bedingung, daß der föderative Charakter des Reiches durch die finanzielle Neuorganisation gesichert blieb[30]). Indem sich Bismarck dieser Bedingung fügte, mußte er auf eine Durchführung seiner ursprünglichen Pläne verzichten. Die Frankensteinsche Klausel bei der Finanzreform von 1879 bestimmte, daß das Reich aus den neuen Steuern nur einen Betrag von 130 Millionen Mark erhalten sollte, den diese Summe übersteigenden Betrag aber an die Einzelstaaten abzuliefern hatte. Das Reich sollte auch weiterhin verpflichtet sein, den ungedeckten Teil seiner Ausgaben durch Matrikularbeiträge zu erheben[31]). Das Ziel Bismarcks, das Reich finanziell selbständig zu machen, war damit auf die Dauer nicht erreicht. Für den Augenblick gelang es ihm, die finanzielle Not des Reiches und auch der Länder zu beheben.

[28]) Goldschmidt, S. 63 ff.
[29]) Goldschmidt, S. 44 ff.
[30]) Karl Bachem: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. (Verlag Bachem, Köln.) 1930, 3. Bd., S. 358 f. und Bd. 9, S. 207 ff.
[31]) Gerloff, S. 148 ff.

Das Problem der Auseinandersetzung von Reich und Ländern war aber nur aufgeschoben. Es gelang der persönlichen Autorität des Reichskanzlers zwar, die partikularistischen Tendenzen im preußischen Staatsministerium zu unterdrücken. Es blieb aber die Frage, wie sich das Verhältnis von Reich und Preußen, Regierung und Reichstag, entwickeln würde, wenn die starke Initiative des Reichsgründers fortfiel und das Kanzleramt einer Persönlichkeit zufiel, die nicht mehr imstande sein würde, die ausschlaggebende Führerstellung unter den verschiedenen auseinanderstrebenden Mächten zu halten.

General Caprivi erkannte die grundsätzlich veränderte Position, die er im Vergleich zum ersten Reichskanzler einnahm. Er wußte, daß er im preußischen Staatsministerium nicht die gleiche Herrenstellung einnehmen würde, wie sie Bismarck besessen hatte. Deshalb erklärte er im preußischen Landtage, daß in Preußen die einzelnen Ministerien einen größeren Spielraum gewinnen und selbständiger hervortreten würden, als bisher [32]).

Im Reich zog er nicht dieselben Konsequenzen. Zwar konnten auch die Staatssekretäre sich eine größere Selbständigkeit in der Behandlung ihrer Ressortangelegenheiten aneignen. Diese hatte aber ihren Grund mehr in der Tatsache, daß der neue Reichskanzler in der Behandlung der ressortpolitischen Fragen nicht die gleiche Fachkenntnis und den Willen zu souveräner Bestimmung aller politischen Entscheidungen hatte, wie sein großer Vorgänger. Kollegiale Zusammenkünfte der Staatssekretäre ähnlich den Sitzungen des Staatsministeriums, fanden auch unter Caprivi nicht statt. Damit unterblieb die von Bismarck erstrebte Stärkung der Reichsgewalt. Die Gefahr einer Verschärfung des dualistischen Kampfes zwischen Reich und Preußen war wieder gegeben.

Bei der steigenden Bedeutung, die den Parlamenten im politischen Leben des Reiches zukam, wirkte auch die verschiedenartige Struktur des Reichstages und des preußischen Landtages erschwerend auf die politische Entwicklung. Bismarck hatte noch die Möglichkeit gehabt, im Reich und in Preußen überwiegend mit gleichen Parlamentsmehrheiten zu arbeiten. Gegen Ende seiner Kanzlerschaft aber war die Mehrheitsbildung im Reichstag immer schwieriger geworden. Die Erkenntnis dieser sich verstärkenden Abhängigkeit der Regierung vom Reichstag hatte Bismarck veranlaßt, die Möglichkeit eines Staatsstreiches mit dem Ziel der Ausschaltung der rein

[32]) Caprivi im preuß. Landtag am 15. 4. 1890; siehe auch Goldschmidt, S. 96.

negativ wirkenden sozialdemokratischen Stimmen zu erwägen, also eine Angleichung der Parlamentsverhältnisse des Reiches an die preußischen ins Auge zu fassen[33]). Sein Sturz ließ die Entwicklung in andere Bahnen gleiten, die Probleme aber blieben bestehen.

Der neue soziale Kurs, den der Kaiser einzuschlagen gewillt war, veränderte sofort die Stellung der Regierung zum Parlament. Der Entschluß des Kaisers, sich von Bismarck zu trennen, bedeutete eine Absage an dessen Staatsstreichpläne. Der Monarch war entschlossen, den umgekehrten Weg, den einer friedlichen Gewinnung der Arbeiterschaft zu gehen. Die Einschaltung der liberalen und oppositionellen Parteien in die Regierungsfront konnte nur Erfolg haben, wenn die Regierung zur peinlichen Wahrung der konstitutionellen Rechte entschlossen war. Die neue Koalition schien eine Konsolidierung der politischen Verhältnisse herbeiführen zu können. In der Sozial-, Wirtschafts- und Außenpolitik wurden neue Wege beschritten, die eine Annäherung der politischen Linken an die Regierung bewirkten.

Von Beständigkeit aber konnte der neue Kurs nur sein, wenn er auch in Preußen zu einer entsprechenden Aenderung führte. Es sollte sich für Caprivi als unmöglich erweisen, im Reich einen liberalen Kurs zu steuern, ohne daß er die entsprechenden Konsequenzen auch in Preußen zog. Das Dreiklassenwahlrecht hatte aber die Zusammensetzung des preußischen Landtages nicht so starken Veränderungen ausgesetzt, wie es im Reich der Fall war. Es ergab sich demgemäß auch für Preußen nicht die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Aenderung des politischen Systems. Bei der überragenden Rolle, die Preußen aber in der deutschen Politik spielte, und dem maßgebenden Einfluß, den es auf das Reich hatte, gewann die Differenz in der parlamentarischen Lage erhebliche Bedeutung. Der Mangel an Identität der politischen Entwicklung erwies sich bald als hemmend und zeigte, wie stark eine Homogenität des Regierungskurses erforderlich war. Caprivi konnte nicht im Reich auf dem Zentrum und den liberalen Parteien seine Wirtschaftspolitik aufbauen und zugleich in Preußen als Ministerpräsident einen Kurs verfolgen, der sich auf die Kartellmehrheit von Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen stützte.

[33]) Egmont Zechlin: Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. Stuttgart 1929.

[34]) Vgl. zur allgemeinen Entwicklung der Innenpolitik unter Caprivi: Fritz Hartung: Deutsche Geschichte von 1870–1914, Bonn 1920, S. 176 ff. und Adalbert Wahl: Deutsche Geschichte. Von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges (1871—1914), 3. Bd., S. 509 ff.

Er zog aus dieser Tatsache nach dem Scheitern des preußischen Schulgesetzes die Konsequenzen und trat als preußischer Ministerpräsident zurück, um nur noch im Reich die Politik zu leiten. Dieser Schritt bedeutete aber keine Klärung des Verhältnisses der beiden rivalisierenden Mächte.

Auch in Preußen hatte der Rücktritt Bismarcks einen starken Antrieb zu neuer gesetzgeberischer und reformerischer Arbeit gegeben. Im Jahre 1890 kam an die Spitze des preußischen Finanzministeriums in Miquel eine Persönlichkeit, die nicht gewillt war, sich auf die technische Leitung seines Ressorts zu beschränken. Schon der politische Werdegang dieses vielgewandten Mannes vom radikalen Revolutionär über die Beteiligung an der Gründung des Nationalvereins zum nationalliberalen Abgeordneten wies darauf hin, daß man von ihm politische Selbständigkeit und eigene Initiative erwarten konnte. Schon nach einjähriger Arbeit in seinem Ressort gelang es ihm, in Preußen den ersten entscheidenden Akt seiner Finanzreform durchzusetzen. Dieser Erfolg ließ ihn aber nicht ruhen. Auch im Reich war die Notwendigkeit einer Reichsfinanzreform immer dringender geworden. Es erhielt nie die zur Bewältigung seiner wachsenden Aufgaben notwendigen Mittel. Die partikularistischen Motive der Länder vereinigten sich mit den konstitutionellen des Reichstages, um gemeinsam sich dem weiteren Ausbau der finanziellen Selbständigkeit des Reiches zu widersetzen. Das Reich sah sich durch diese Haltung von Ländern und Parlament genötigt, die erforderlichen Beträge auf den außerordentlichen Etat zu übernehmen, der durch Anleihen gedeckt werden mußte. So kam es, daß trotz des wirtschaftlichen Aufstieges das Reich eine wachsende Schuldenlast auf sich zu nehmen hatte, ohne an die Tilgung dieser Schulden denken zu können [35]).

Im Jahre 1892 trat aber ein Zustand ein, der auch den Einzelstaaten die Neuregelung ihrer finanziellen Beziehungen zum Reich notwendig erscheinen ließ. Während die Länder auf Grund der Frankensteinschen Klausel Pensionäre des Reiches gewesen waren, trat jetzt das umgekehrte Verhältnis ein. Der Verbrauch des Reiches war derart angewachsen, daß es von den Ländern mehr Matrikularbeiträge erheben mußte, als es ihnen an Ueberweisungen auszahlte. Damit waren ganz neue Verhältnisse geschaffen, denen die Regelung von 1879 nicht Rechnung trug. Das Reich hatte ein verfassungsmäßiges Recht, seine nicht gedeckten Ausgaben durch Matrikularbeiträge von den Ländern zu erheben. Die Finanzen der Bundesstaaten drohten aber durch diese Beanspruchung erneut in Un-

[35]) Gerloff, S. 394 ff.

ordnung zu geraten, wenn sie an Stelle der jährlichen Zuschüsse des Reiches an dieses große Summen aus ihren eigenen Steuern zahlen sollten [36]).

Durch die Annahme der Militärvorlage von 1893 wurde diese Entwicklung gefördert. Mit der ursprünglichen Vorlage zusammen waren im Frühjahr auch die zur Deckung der Unkosten vorgesehenen Steuervorlagen, die keine organische Reform, sondern nur eine Vermehrung der Einnahmen durch neue Steuern bezweckten, abgelehnt worden. Der Ablehnung der Heeres- und Steuervorlagen folgte die Auflösung des Reichstages. Der neue Reichstag nahm zwar die umgeänderte Heeresvorlage an. Die Regierung hatte aber darauf verzichtet, auch die Steuervorlagen dem Reichstag wieder zu unterbreiten, weil sie damit nicht die Heeresvorlage gefährden wollte [37]).

Der Reichsschatzsekretär Freiherr von Maltzahn hatte zur Deckung der durch die Heeresvermehrung entstehenden Mehrkosten eine Erhöhung der Branntweinsteuer, der Börsen- und Biersteuer vorgesehen [38]). Die Frage der organischen Finanzreform, die der preußische Finanzminister in Zusammenhang mit den Steuergesetzen vorzunehmen wünschte, fand bei ihm wenig Gegenliebe. Er wollte sich auf eine einfache Einnahmevermehrung beschränken. Auch bezüglich der Steuererhöhungen befand sich der Schatzsekretär im Gegensatz zu Miquel, der an Stelle der Biersteuer in erster Linie an einen Tabakwertzoll dachte. Nach Ablehnung der Militärvorlage fielen auch die Steuervorlagen des Schatzsekretärs. Im Reichstag hatte sich gegen die Erhöhung der indirekten Steuern von vornherein eine starke Opposition geltend gemacht. Die Parteien lehnten es ab, Steuern zu bewilligen, die in erster Linie die ärmere Bevölkerung treffen mußten und waren in der Bewilligung neuer indirekter Steuerquellen sehr vorsichtig, weil dadurch die Unabhängigkeit der Regierung von dem budgetmäßigen Kontrollrecht des Reichstages vergrößert wurde.

Um die abgeänderte Heeresvorlage nicht von vornherein durch das Steuerbukett zu gefährden, verzichtete Caprivi zunächst darauf, wieder eine Steuervorlage einzubringen. Er erklärte nur, daß die zum Zwecke der Deckung früher vorgelegten Steuergesetze von der Regierung fallen gelassen seien und die Reichsfinanzverwaltung Hand in Hand mit der preußischen Finanzbehörde neue Steuerquellen gesucht habe [39]). Als Leitgedanken für diese neuen Steuern, erklärte der Reichskanzler, habe man die Heranziehung der Leistungs-

[36]) Gerloff, S. 316 f.
[37]) Gerloff, S. 303 ff.
[38]) Gerloff, S. 304 ff.
[39]) Gerloff, S. 305 ff.

fähigen und Schonung der Unbemittelten vorgesehen. Das bedeutete einen Verzicht auf die Erhöhung der Biersteuer. Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes fühlte sich durch diese Erklärung brüskiert. Sein Plan blieb nach wie vor die Erhöhung der indirekten, vor allem der Biersteuer. Da er sich mit dem Gedanken einer organischen Finanzreform, zu der Miquel drängte, nicht befreunden konnte, trat er zurück [40]).

Am meisten Interesse an einer baldigen Lösung der Finanzreform hatten die Länder, die sonst verpflichtet waren, die Kosten der Militärvorlage durch Matrikularbeiträge aufzubringen. Eine besondere Gefahr drohten die erhöhten Ansprüche des Reiches für die preußischen Finanzen zu bedeuten. Die hier geschaffene finanzielle Neuordnung mit ihrer klaren Sonderung der Steuerquellen für Staat, Kreise und Gemeinden konnte durch die aus den Heereskosten entstehenden Neuanforderungen an den preußischen Etat empfindlich gestört werden. Um dem vorzubeugen und sein Werk zu sichern, war Miquel der stärkste Verfechter einer Finanzreform auch im Reiche geworden.

In Frankfurt tagte vom 8. bis zum 10. August 1893 eine Konferenz der Finanzminister der Länder, um sich über den einzuschlagenden Weg zu einigen [41]). Der Schatzsekretär von Maltzahn, unter dessen Vorsitz die Verhandlungen stattfanden, trat hinter der Persönlichkeit und dem Programm des preußischen Finanzministers vollkommen zurück. Sein in Aussicht genommener Rücktritt war schon allgemein bekannt und ebenso bekannt die Abneigung, die er allen Reformplänen entgegenbrachte. Man einigte sich in Frankfurt über einen „Gesetzentwurf über die anderweitige Ordnung des Finanzwesens des Reiches". Der Vater dieses Reformplanes war Miquel. Er ging einerseits von der Notwendigkeit aus, dem Reich erhöhte Einnahmequellen zu sichern und finanzielle Selbständigkeit zu schaffen, andererseits war er aber darauf bedacht, ein möglichst günstiges Ergebnis für die preußischen Finanzen zu erzielen. So war in seinem Entwurf festgelegt, daß unter formeller Beibehaltung der Matrikularbeiträge und der Frankensteinschen Klausel eine feste Relation zwischen Matrikularumlagen und Ueberweisungen hergestellt werden sollte. Es war vorgesehen, daß den Einzelstaaten jährlich eine feste Summe überwiesen wurde, während sie aber nicht zu weiteren Matrikularbeiträgen verpflichtet sein sollten. Miquels Plan ging dahin, den Einzelstaaten eine jährliche feste Rente von 40 Millionen Mark zu

[40]) Gerloff, S. 306 und Walbersee: Denkwürdigkeiten, S. 293.
[41]) Gerloff, S. 321 ff.

sichern, wofür sie auf die ihnen nach der Frankensteinschen Klausel zustehenden Rechte verzichten wollten. Sie wurden dadurch von der Verpflichtung befreit, den Fehlbetrag des Reiches decken zu müssen. Bei der Entwicklung, die die Reichsfinanzen in den letzten Jahren genommen hatten und der geringen Aussicht, daß das Reich in den kommenden Jahren zu größeren Zahlungen fähig sein würde, war die von Miquel vorgesehene Regelung des Finanzausgleiches für die Länder außerordentlich günstig. Als Entgelt für die Schmälerung des Rechtes der indirekten Besteuerung über das Maß ihrer Matrikularschuldigkeit hinaus wurde ihnen ein ziffernmäßig begrenzter Anteil an den aus Zöllen und indirekten Steuern fließenden Reichseinnahmen für ihren eigenen Haushalt gesichert. Dazu waren sie vor den Anforderungen weiterer, durch Ueberweisungen aus der Reichskasse nicht ausgeglichener Matrikularbeiträge geschützt.

Das Reich sollte dafür seine finanzielle Selbständigkeit erhalten und als Ersatz für die ausfallenden Matrikularbeträge auf Zuschläge zu den Stempel- und Verbrauchssteuern angewiesen sein. Es war weiter vorgesehen, daß der den an die Einzelstaaten zu zahlende Betrag von 40 Millionen übersteigende Mehrertrag der neuen Steuern in einem Fonds angesammelt würde, aus dem die Fehlbeträge der folgenden Jahre gedeckt werden konnten.

Zur Durchführung der Finanzreform waren drei Steuergesetze ausgearbeitet, die einen Ertrag von 100 Millionen erbringen sollten, 60 Millionen zur Durchführung der Heeres- und 40 Millionen zur Durchführung der Finanzreform.

2. Graf Posadowsky als Leiter der Reichsfinanzen. Die Reformversuche von 1893 und 1895. Die Zusammenarbeit mit dem Zentrum.

In dieser Situation erfolgte der Rücktritt des Reichsschatzsekretärs von Maltzahn und die Ernennung Posadowskys zu seinem Nachfolger.

Wenn Caprivi auf der Suche nach einem passenden Kandidaten für das Reichsschatzamt sich von dem Gedanken leiten ließ, eine Persönlichkeit zu finden, die über genügend Unabhängigkeit und Festigkeit in der Wahrung der Reichsinteressen dem preußischen Finanzminister gegenüber verfügen sollte [42]), so erfolgte die Ernennung Posadowskys hierfür zu ungünstiger Stunde. Die Linie, in der sich die Finanzpolitik des Reiches in Zukunft bewegen würde, war durch die Frankfurter Konferenz festgelegt worden. Die Einigkeit, die zwi-

[42]) Hohenlohe 2, S. 503.

schen den einzelstaatlichen Finanzministern bestand, sowie die autoritäre Stellung, die Miquel als Finanzminister des größten Landes und auf Grund seiner erfolgreichen Reform in Preußen besaß, ließen die Aussichten für das Reich trübe erscheinen und beschränkten von vornherein die Position des neuen Schatzsekretärs. Gerade auf finanzpolitischem Gebiet waren die Länder entschieden gewillt, von ihren Rechten und ihrem Einfluß auf das Reich nicht zu lassen. In diesem Einfluß auf die Reichsfinanzen, besaßen sie ein gutes politisches Druckmittel. Es rächte sich jetzt, daß es Bismarck nicht gelungen war, rechtzeitig die Unabhängigkeit des Reiches auf diesem Gebiet zu erreichen. Er hatte noch die Macht gehabt, eine das Reich wenigstens nicht schädigende Lösung durchzusetzen. Ob es Caprivi und seinem neuen Schatzsekretär glücken würde, sich der einzelstaatlichen Ansprüche zu erwehren, war fraglich.

Dazu kam ein persönliches Moment. Graf Posadowsky war bisher nur in der Provinz tätig gewesen und stand den Problemen der Reichsfinanzreform völlig fern. In der Politik war er eine vollkommen neue Erscheinung, von dem niemand annahm, daß er im Reichsschatzamt eine auf eigenen politischen Ueberzeugungen beruhende Tätigkeit entfalten werde. Man war allgemein von der Ueberlegenheit des preußischen Finanzministers überzeugt und sprach von dem neuen Leiter des Schatzamtes als „einer Art Sitzredakteur für den preußischen Finanzminister“ [43]). Es war natürlich, daß der neue Schatzsekretär zunächst Anlehnung an Miquel suchen mußte. Gegen Miquels durch langjährige politische Erfahrung und Erfolge erprobtes Handeln mußte der ostdeutsche Beamte, der bisher nur in der Enge der provinziellen Selbstverwaltung seine Tüchtigkeit bewiesen hatte, zurücktreten.

Im Reichstag übernahm zunächst Miquel die Vertretung der Reichsfinanzreformvorlage. Zum Zeichen, daß sie aber nicht etwa einzig aus einzelstaatlichen Gesichtspunkten und Rücksichten zustande gekommen war, wurde auch Graf Posadowsky zur Verteidigung im Reichstag hinzugezogen. Er entledigte sich dieser Aufgabe mit großem Geschick und zeigte, daß er in der kurzen ihm zur Verfügung stehenden Zeit es verstanden hatte, sich in die Probleme der Reichsfinanzpolitik einzuarbeiten und sie unabhängig von Miquel zu behandeln[44]).

Trotzdem war die Vorlage zum Scheitern verurteilt. Der Reichstag versagte ihr mit Ausnahme der beiden konservativen Parteien seine Zustimmung.

[43]) Sten. Ber. 9. Leg. Periode, 2. Session, 1893/94, 24. Sitz., Penzler I, S. 129.

[44]) Sten. Ber. 9. Leg.-Periode, 2. Session, 1893/94, 37. Sitz., Penzler I, S. 158 ff.

Die Nationalliberalen waren nicht abgeneigt, an einem finanziellen Ausgleich zwischen Reich und Ländern mitzuwirken, vor allem, wenn dieser Ausgleich einen unitarischen, das Reich in seiner Selbständigkeit stärkenden Charakter hatte. Der Vorschlag aber, 40 Millionen an die Länder abzuführen, war ihnen zu partikularistisch. Noch mehr wurden sie zu negativer Stellung gegenüber der Vorlage bestimmt durch die Tatsache, daß das Reich zur Aufbringung dieser 40 Millionen und der Kosten der Heeresvorlage neue indirekte Steuern forderte. Indirekte Steuern bedeuteten in der Ideologie der parlamentarischen Gruppen eine Schwächung der konstitutionellen Rechte des Reichstages. Auf Grund dieser konstitutionellen und unitarischen Bedenken lehnten die Nationalliberalen die Reform in der vorliegenden Form ab [45]).

Noch stärker wirkten dieselben Bedenken bei den linksliberalen Parteien und der Sozialdemokratie.

Maßgebend indes für den Versuch, eine andere Gestaltung des finanzpolitischen Zustandes zwischen Reich und Ländern zu schaffen, war das Zentrum. Die liberale Presse hatte in ihrer Kritik an dem Entwurf schon auszusetzen gehabt, daß „er von der Blässe des Gedankens an die Zentrumsstimmen angekränkelt sei" [45]). Das Zentrum hatte in Preußen die Finanzreform Miquels nicht ohne Gegenleistungen, aber doch in der Hauptsache unterstützt, weil es in ihr eine gerechte Verteilung der steuerlichen Lasten sah. Miquel hoffte nach dieser Haltung, daß das Zentrum auch im Reiche seinen Anregungen folgen werde. Das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen dem preußischen Finanzminister und der Zentrumspartei hatte indessen durch das Mitwirken Miquels an dem Scheitern des preußischen Volksschulgesetzes einen Riß erhalten. Es war offensichtlich, daß Miquel mit seinem Entwurf sich bemühte, den finanzpolitischen Grundsätzen des Zentrums nicht zu stark entgegenzutreten. Der Abgeordnete Lieber, nach dem Tode Windthorsts immer mehr in der Leitung der Partei hervortretend, zeigte sich nicht unbedingt abgeneigt, seine Zustimmung zu geben. Ihm war daran gelegen, das Zentrum zur Regierungspartei und damit zur ausschlaggebenden Macht im Reiche zu machen. Aber er konnte sich nicht durchsetzen und mußte der Mehrheit der Partei, bei der noch die alte traditionelle föderalistische Haltung in Finanzfragen bestand, sich beugen [46]). Die Zentrumsfraktion erkannte zwar den partikularistischen Charakter der Reformvorlage insofern an, als sie die Bundesstaaten mit ihrer Fi-

[45]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 2. Sess., 24. Sitz. am 2. 1. 1894.
[46]) Bachem: Zentrumspartei, Bd. 5, S. 521—523.

nanzverwaltung ganz unabhängig vom Reich werden ließ und sie nicht mehr durch zu hohe Anforderungen des Reiches gefährdet werden konnten. Die Motive, die einst das Zentrum zum Vorschlag der Frankensteinschen Klausel gebracht hatten, waren indes nicht nur partikularistischen, sondern im wesentlichen föderalistischen Ursprungs. Es hatte gerade die Reichsfinanzen an die Finanzen der Länder gebunden, damit diese eine kräftige Mitwirkung an der Ausgabengestaltung des Reiches erhielten. Diesen Einfluß wollte es nicht aufgeben, auch wenn sich das Abhängigkeitsverhältnis inzwischen gewandelt hatte. Das Zentrum glaubte, in dem Einnahmebewilligungsrecht für die Matrikularbeiträge eine Einwirkungsmöglichkeit auf eine sparsame Finanzpolitik des Reiches zu besitzen. Man befürchtete, daß das Reich bei finanzieller Selbständigkeit und Erhöhung der indirekten Steuern in die Lage versetzt werde, uferlose Pläne für Heer und Flotte zu verfolgen. Das Zentrum wollte erst die direkten Steuerquellen in den Ländern ausbauen, ehe es sich bereit zeigte, dem Reich neue indirekte Steuern zu bewilligen. Es wirkten bei ihm föderalistische, konstitutionelle und soziale Bedenken und Ueberlegungen [47]). In der Ueberzeugung, daß das Reich ohne weiteres imstande sei, mit den bewilligten Steuern auszukommen, die von den Verteidigern der Vorlage geschilderte Notwendigkeit einer Aenderung der finanziellen Organisation nur partikularistischen Interessen von preußischer Seite diene und auf eine Schwächung der parlamentarischen Macht hinziele, entschloß sich auch das Zentrum, von allen Steuervorlagen nur eine Erhöhung des Lotteriestempels und der Börsensteuer zu bewilligen. Nur diese wurden im Reichstag von einer Mehrheit angenommen. Mit der Ablehnung der Tabaksteuervorlage war die Möglichkeit, den Ländern die vorgesehenen 40 Millionen auszuzahlen, hinfällig geworden. Da die Parteien entgegen der Absicht der Regierung es durchgesetzt hatten, daß zunächst die Steuergesetze durchberaten wurden, und erst danach die Reformvorlage, kam es nach dem Scheitern der Steuergesetze gar nicht zu einer Beratung des Reformgesetzes. Es blieb in einer Kommission begraben.

Damit hatten die Parteien den Beweis erbracht, daß sie nicht bereit waren, die notwendige Aenderung der finanziellen Organisation zustande zu bringen. Sie stellten ihre konstitutionellen, föderalistischen und sozialen Bedenken über die Notwendigkeit, dem Reich einen selbständigen finanziellen Unter-

[47]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 2. Sess., 24. Sitz., 2. I. 1894, und Bachem, 5. Bd., S. 325 ff.

bau zu geben, den es zur Durchführung seiner eigenen Interessen und eigener Machtpolitik gebrauchte. Die Ablehnung der Finanzreform war der Beweis für die Unhaltbarkeit einer Lage, in der die Parteien nicht verfassungsgemäß gezwungen waren, eine positive Verantwortung zu übernehmen. Sie hatten das Recht, eine jede Maßnahme zu verhindern, sowie sich diese nicht mit ihren eigenen Interessen deckte oder ihrer Ideologie entsprach. Das gab ihnen eine Position im politischen Leben, die nur destruktiv wirken konnte, wenn die Regierung sie nicht in die verantwortliche Führung der Regierungsgeschäfte miteinbezog oder die parlamentarische Opposition durch verfassungsändernde Maßnahmen matt setzte.

Es blieb in der Frage der Reichsfinanzreform die Frage offen, ob die Regierung, der die verantwortliche Führung für eine gedeihliche Entwicklung der Finanzlage zufiel, sich dem parlamentarischen Bedenken fügen und alles beim alten lassen würde, oder ob sie im Bewußtsein ihrer Pflicht zur Führung weiter nach einem Ausweg aus den finanziellen Schwierigkeiten suchen wollte.

Der einzelstaatliche Reformversuch, der unter der Führung des preußischen Finanzministers gestanden hatte, war gescheitert. Damit war der überragende Einfluß, den Miquel auf die Gestaltung der finanziellen Verhältnisse im Reich gewonnen hatte, notwendig geschwächt. Der Schatzsekretär trat wieder mehr in den Vordergrund. Auch er war, wie sein Vorgänger, nicht zum preußischen Minister ernannt worden. Das erschwerte seine Stellung[48]). Er sollte die Forderungen des Reiches in finanzieller Hinsicht vertreten, ohne aber über Sitz und Stimme im preußischen Staatsministerium zu verfügen. Der Gedanke Bismarcks, durch die Ernennung der Staatssekretäre zu preußischen Staatsministern eine Verbindung zwischen Reich und Preußen herzustellen und eine Zusammenarbeit der entsprechenden Ressorts zu gewährleisten, wurde außer Acht gelassen, der Schatzsekretär nicht ermächtigt, im preußischen Staatsministerium gleichberechtigt mit dem preußischen Finanzminister für die Reichsfinanzen eintreten zu können. Der Schatzsekretär wurde, wenn im preußischen Staatsministerium eine Angelegenheit behandelt wurde, die unbedingt eine Begutachtung der Reichsfinanzbehörde erforderte, herangezogen. Er mußte aber „im Vorzimmer so lange warten“ [49]),

[48]) Graf Posadowsky bezeichnet die Rolle des Grafen Caprivi, wenn er mit dem Schatzsekretär zusammen die Forderungen des Reiches im preußischen Staatsministerium vertreten sollte, als äußerst ungünstig und der Stellung des Reiches nicht entsprechend. (Mitteilung des Grafen Posadowsky an Hans Goldschmidt, siehe Goldschmidt, S. 97.)

[49]) Goldschmidt, S. 97. So das Urteil des Unterstaatssekretärs Wermuth.

bis die betreffende Angelegenheit zur Sprache kam. Dann konnte er seinen Standpunkt vertreten, ohne allerdings in dem Gremium der preußischen Minister auf allzu großes Verständnis rechnen zu können. Der preußische Finanzminister fühlte sich dem mit der Leitung der Reichsfinanzbehörde beauftragten Staatssekretär ohne weiteres übergeordnet. So führte im Bundesausschuß für das Rechnungswesen, der den Reichsetat zu beraten hatte, der Vertreter des preußischen Finanzministers den Vorsitz, während der Vertreter des Reichsschatzamtes nur eine begutachtende Stellung einnahm[50]).

Graf Posadowsky hatte sich schon bei den Verhandlungen über die erste Finanzreform im Reichstag energisch gegen die Anschauung zur Wehr gesetzt, als wenn er nur dazu berufen sei, die Pläne des preußischen Finanzministers in seinen Ressort auszuführen. Er war dazu doch eine zu selbständige Persönlichkeit, die auf die Wahrung der Unabhängigkeit ihres Amtsbereiches achtete. Zudem nahm die finanzpolitische Entwicklung einen Lauf, der entschieden zugunsten einer Stärkung der Position des Reichsschatzamtes wirkte. Zur Bestreitung seiner Ausgaben brauchte das Reich in den Jahren 1893/94 größere Summen, die durch Erhöhung der Schulden und verstärkte Anforderungen an die Länder gedeckt werden mußten. Graf Posadowsky hatte damit ein Druckmittel auf die einzelstaatlichen Finanzverwaltungen in der Hand. Eine Reform der Finanzen lag auch im Interesse des Reiches, sofern sie zu größerer Selbständigkeit und Unabhängigkeit von den Ländern führte. Die günstige Lage, in der das Reich sich jetzt gegenüber den Ländern befand, wußte der Schatzsekretär auszunutzen, indem er die zweite Reformvorlage stärker nach den Bedürfnissen des Reiches umgestaltete[51]). Die Vorlage, die im Februar 1895 dem Reichstag zuging, behielt zwar die äußerliche Form und enthielt dieselben Grundgedanken, die der Reformversuch Miquels im Jahre 1893 aufgewiesen hatte. Die Trennung der Reichsfinanzen von den Finanzen der Länder war auch jetzt wieder vorgesehen, ebenso wie mit Rücksicht auf das Zentrum die Frankensteinsche Klausel nicht direkt aufgehoben wurde. Der einzelstaatliche Vorteil fiel indes fort. Miquel hatte 1893 vorgesehen, daß die Einzelstaaten eine feste Summe von 40 Millionen jährlich vom Reich ausgezahlt erhalten sollten. Diese 40 Millionen Mehrüberweisungen fielen im Jahre 1895 nach dem neuen Entwurf, bei dem das Reichs-

---

[50]) Goldschmidt, S. 98. — Erst auf Posadowskys energische Vorstellungen gab Miquel den Anspruch auf den Vorsitz auf und überließ ihn dem Reichsschatzsekretär.

[51]) Gerloff, S. 381 f.

schatzamt stärker mitgearbeitet hatte, fort. Ueberweisungen und Matrikularbeiträge sollten sich die Wage halten. Das Reich sollte hinfort nicht mehr das Recht haben, von den Ländern eine größere Summe an Matrikularbeiträgen zu erheben, als es ihnen auf Grund der Frankensteinschen Klausel ausgezahlt hatte. Die Finanzen von Reich und Ländern wurden demnach klar geschieden, ohne daß einer der beiden Partner an den anderen Ansprüche zu stellen hatte. Für den Fall, daß die Einnahmen des Reiches die Ausgaben überstiegen, war vorgesehen, daß der Ueberschuß zum Ausgleich für schlechtere Jahre verwandt oder, falls er die Summe von 40 Millionen überstieg, zur Schuldentilgung benutzt werden sollte.

Im ganzen gesehen, besaß die neue Vorlage gegenüber der vom Jahre 1893 für das Reich unleugbare Vorteile. Einmal hatte es nicht mehr die 40 Millionen an die Länder zu zahlen. Dann aber war endlich der Anfang zur Schuldentilgung gemacht, die bei dem starken Anwachsen der Reichsschuld unbedingt geboten war. Das Reich konnte also in selbständiger Wirtschaft seinen Ueberschuß für eigene Zwecke verwenden, während die Länder ihn bisher für sich beansprucht hatten. Als Nachteil für das Reich aber konnte es gewertet werden, daß die Länder nicht mehr verpflichtet sein sollten, den Fehlbetrag des Reiches zu decken. Dieses mußte mit den Einnahmen aus den Zöllen und den vom Reichstag genehmigten indirekten Steuern auskommen. Das günstige Wirken der neuen Finanzordnung für das Reich hing demnach im wesentlichen davon ab, wie sich die Einnahmen des Reiches gestalten und ob sich im Falle eines Fehlbetrages der Reichstag bereit zeigen würde, neue Steuerquellen zu genehmigen.

Der neuen Vorlage konnte nach dem Fortfall der 40 Millionen Mehrüberweisungen nicht mehr in dem Maße wie 1893 der Vorwurf gemacht werden, daß sie zu stark von partikularistischen Motiven ausgehe. Die Sicherung der Einzelstaaten gegen die den Ueberweisungsbetrag übersteigenden Mehransprüche des Reiches konnte nur als eine Tatsache angesehen werden, die durchaus im Interesse der geordneten Führung der Länderfinanzen lag. Ebenfalls berechtigte zur Hoffnung, daß der neuen Reformvorlage ein besserer Erfolg beschieden sein werde, der Umstand, daß sie nicht in Verkoppelung mit neuen Steuergesetzen im Reichstag eingebracht wurde.

Entscheidend für ihr Schicksal war wieder die Haltung des Zentrums. Graf Posadowsky trug dieser Tatsache Rechnung, indem er eingangs seiner Verteidigungsrede im Reichstag erklärte: „Es ist notorisch, daß das Zentrum, die stärkste Partei des Hauses, den allerentschiedensten Wert auf die Erhaltung der Frankensteinschen

Klausel legt. Es hieße gegen Windmühlen ankämpfen, wenn man an dieser Vorbedingung der Bewilligung einer Reihe von Mehreinnahmen rütteln wollte“ [52]). Der Schatzsekretär bestritt, daß die in der Reformvorlage vorgesehene Ausgleichsregelung von Matrikularbeiträgen und Ueberweisungen eine Aufhebung der Frankensteinschen Klausel bedeute. Er gestand nur zu, daß sie eine gewisse Beschränkung der Klausel in sich trage.

Den Standpunkt des Zentrums vertrat Lieber [53]). Er erkannte an, daß der Fortfall eines neuen Steuerprogramms den einen Teil der vorjährigen Bedenken des Zentrums beseitige. Danach aber betonte er, daß seine Freunde den Standpunkt des Reichsschatzsekretärs, nach dem die Reformvorlage keine Aufhebung der Frankensteinschen Klausel bedeute, nicht teilen könnten. Im Gegenteil, man sah in Zentrumskreisen die föderalistischen Grundlagen der finanziellen Organisation des Reiches stärker bedroht, als im Vorjahre. Lieber erklärte, daß das Zentrum einer Regelung, die an der Stelle von Mehrüberweisungen an die Länder den Ueberschuß des Reiches zur Anhäufung von Reserveschätzen verwende, nie seine Zustimmung erteilen werde. Außerdem trug er Bedenken, daß es in den fünf Jahren, für die die neue Regelung Geltung haben sollte, der Regierung gelingen würde, neue, dem Zentrum unsympathische Steuern zu schaffen, die die Unabhängigkeit der Regierung von dem Bewilligungsrecht des Reichstags erhöhten und die parlamentarische Stellung des Zentrums schwächten [54]).

Das Zentrum ging also in seiner Stellungnahme zu dem Finanzausgleich wieder von seiner föderalistischen Grundeinstellung und seinem eigenen Machtstreben aus. Es lehnte eine jede Aenderung der finanziellen Organisation ab, die einer Erweiterung der eigenen Machtstellung hinderlich sein konnte.

Die Konservativen gaben ohne weiteres ihre Zustimmung zu dem Gesetzentwurf. Auch die Nationalliberalen waren diesmal bereit, zuzustimmen, da die Einführung neuer Steuern nicht vorgesehen war und die Stärkung der Selbständigkeit des Reiches ihrem unitarischen Programm entsprach [55]).

Die Haltung des Zentrums verhinderte die Annahme des Gesetzes. Damit war aber die Aussicht geschwunden, daß es möglich sein werde, eine so umfangreiche Aenderung der Organisation des

[52]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 3. Sess., 45. Sitz. am 25. II. 1895. — In der Sammlung der Reden Posadowskys von Penzler fehlen die Reichstagsreden des Schatzsekretärs anläßlich der Finanzreformvorlage von 1895, auch sonst kann die Sammlung den Anspruch auf Vollständigkeit nicht erheben.

[53]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 3. Sess., 45. Sitz. am 25. 2. 1895.

[54]) Vgl. Anm. 53.

[55]) Vgl. Anm. 53.

deutschen Finanzwesens zu erreichen, wie sie die beiden Versuche von 1893 und 1895 bezweckt hatten. Bei der ausschlaggebenden Stellung des Zentrums im Reichstag war auf eine parlamentarische Mehrheit nicht zu rechnen. Einen Kampf mit dem Parlament wegen der Finanzreform aufzunehmen, entsprach nicht dem allgemeinen Streben nach Beruhigung der innerpolitischen Lage durch stärkere Beachtung der konstitutionellen Elemente der Verfassung.

Die Reichsfinanzreform war endgültig gescheitert. Eine Neueinbringung konnte nur zu neuen Niederlagen der Regierung führen.

Graf Posadowsky unternahm deshalb den Versuch, die Ziele der Reform, den Verzicht auf die ungedeckten Matrikularbeiträge und die Tilgung der Reichsschuld, durch verwaltungstechnische Maßnahmen auf dem Wege der jährlichen Haushaltsgesetzgebung zu erreichen.

Um den Ländern einen klaren Ueberblick über die Anforderungen des Reiches zu geben, wurde die Spannung zwischen den Matrikularbeiträgen und den Ueberweisungen, — d. i. der Betrag, um den die Matrikularbeiträge die Ueberweisungen überstiegen — so niedrig gehalten, daß sie nicht mehr betrug, als den Bundesstaaten im vergangenen Jahre an Ueberweisungen zugegangen war. Die Mehr- oder Minderüberweisungen gegenüber dem Etatsanschlag erschwerten die Wirtschaftsführung der Einzelstaaten. Sie waren oft erheblichen Nachforderungen durch das Reich ausgesetzt, die ihre Rechnungsführung in Unordnung brachten. Ihnen sollte eine Erleichterung dadurch geschaffen werden, daß künftig die im Etat ungedeckten Matrikularbeiträge die Mehrüberweisungen des Vorjahres nicht überstiegen. So konnten die Länder von vornherein die möglichen Forderungen des Reiches an sie übersehen.

Anlaß zu Besorgnissen bot die Schuldenwirtschaft des Reiches. Bei der ablehnenden Haltung des Reichstages gegen die Bewilligung neuer indirekter Steuern war bisher jährlich der ungedeckte Teil der Ausgaben auf den außerordentlichen Etat übernommen worden, der durch Anleihen gedeckt wurde. Dadurch waren die Schulden des Reiches auf eine Summe von 2 Milliarden angewachsen, ohne daß ein fester Tilgungsplan festgesetzt worden war. Diesen Zustand suchte der Schatzsekretär dadurch zu beheben, daß er den größten Teil der Ausgaben auf den ordentlichen Etat setzte und so die Summe der jährlichen Anleihen zur Deckung des außerordentlichen Etats möglichst gering zu halten suchte [56]).

---

[56]) Gerloff, S. 334 f.

Diese beiden komplizierten Maßnahmen bildeten nur einen unvollkommenen Ersatz für die großzügigen Pläne, die Miquel vorgeschwebt hatten, als er auf der Frankfurter Konferenz sein erstes Reformprogramm entwickelte. Sie erreichten aber doch, daß in der Haushaltführung des Reiches eine klarere und übersichtlichere Geschäftsführung Platz griff.

Graf Posadowsky zeigte sich hierbei vor allem als praktischer Finanztechniker. Die politische Seite der Reform erkannte und würdigte er nicht in gleichem Maße wie der preußische Finanzminister. Ihm kam es im wesentlichen darauf an, die begrenzten Ziele eines Anfanges mit der Schuldentilgung und einer übersichtlichen Finanzgebarung zwischen Reich und Ländern zu erreichen. Er hielt zwar eine Reform für notwendig, aber er kapitulierte vor der Macht des Reichstages. Der geniale Zug der Bismarckschen Staatsführung, die das Parlament den eigenen Plänen und den Notwendigkeiten des Staatslebens gefügig zu machen, sich Mehrheiten zu schaffen und ruhelos neue Kombinationen zu ersinnen wußte, fehlte bei dieser Gesinnung vollständig. Die Haltung des Grafen Posadowsky war ein Beweis, daß in den Kreisen der Reichsregierung die Macht des Reichstages jetzt als gegeben und unangreifbar angesehen wurde. Die Staatsmänner waren sich dabei der Schwierigkeit, die sich aus dieser Machterweiterung des Parlaments ergab, bewußt. Bei den einen erweckte sie die Ueberzeugung, daß nur eine Aenderung der Verfassung und eine Ausschaltung der Opposition eine erfolgreiche Staatsführung ermöglichen könne. Bei den nicht so aktiv gestimmten Naturen, die mehr den unpolitischen beamtenmäßigen Typ des Staatsmannes verkörperten, wie der Schatzsekretär Graf Posadowsky, erzeugte die Erkenntnis der Schwierigkeiten nicht diese Staatsstreichgesinnung. Er sah in seiner Ressortarbeit, wie hindernd das Parlament der Ausführung seiner Pläne und der staatlich notwendigen Reform im Wege stand. Es lag ihm aber der Gedanke fern, diese Macht zu bekämpfen oder einen Versuch ihrer Ausschaltung zu begünstigen. Eine so durchaus konservative Gesinnung hatte wenig Möglichkeit zu positiver Entfaltung und eigener politischer Initiative. Sie wirkte mehr negativ erhaltend als aufbauend.

Der Unterschied in der Haltung Posadowskys und Miquels zu den Problemen der Reichsfinanzreform lag im wesentlichen in dieser Gesinnung begründet. Miquel war eine viel zu aktive und selbständige Natur, als daß er den Zustand des Reiches nach dem Abgang des Reichsgründers konstant zu erhalten gewünscht oder eine solche Stabilität für möglich gehalten hätte. Er war sich bewußt, daß die Re-

gierung die notwendigen Reformen vollziehen und aktiv wirken mußte, wenn sie die Führung in der Hand behalten wollte. Miquel war aber preußischer Staatsmann. Hier bot sich ihm ein bedeutend günstigerer Boden für seine Reformarbeit als im Reich, dessen Parlament eine für die Regierung wesentlich schwierigere Zusammensetzung aufwies. Miquel arbeitete in Preußen mit der Kartellmehrheit von Konservativen und Nationalliberalen. Im Reich aber bildete diese Koalition eine Minderheit und war nicht fähig, die Reformpläne Miquels durchzusetzen. Deshalb drängte sich auch Miquel die Ueberzeugung auf, daß die parlamentarische Situation im Reich durch einen gewaltsamen Akt der preußischen angenähert werden müsse.

Die finanzpolitische Lage des Reiches erforderte eine starke Hand, die es mit kühnem Griff unternahm, kommenden gesteigerten Ansprüchen der deutschen Politik den notwendigen finanziellen Unterbau zu geben. Miquel erkannte diese Notwendigkeit und wollte unter freilich stark unterstrichener Wahrung der einzelstaatlichen Interessen dem Reich die finanzielle Souveränität erringen. Der Reichstag aber verhinderte die Durchführung seiner großzügigen Pläne.

Posadowsky erfaßte diese Probleme nicht in ihrer ganzen Tragweite und Bedeutung. Er fühlte sich als Beamter, der für eine geordnete Führung der Reichsfinanzen und die Wahrung der Reichsinteressen dem Reichskanzler verantwortlich war. Er fand sich mit dem hemmenden Einfluß, den das Parlament auch auf sein Wirken ausübte, ab, weil dieser Reichstag das Produkt des in der Verfassung von 1871 festgelegten allgemeinen Wahlrechts war. Graf Posadowsky war zu wenig Staatsmann und Politiker, als daß er durch den Mißerfolg seiner Finanzreformvorlage vom Jahre 1895 sich hätte zu Kombinationen und Plänen bewegen lassen, die für die Regierung eine Sprengung der parlamentarischen Fesseln bringen konnten. Er hoffte auf eine gedeihliche Zusammenarbeit mit dem Reichstage. Nur mit ihm glaubte er die notwendigen Reformen durchführen zu dürfen. Ihm kam dabei zustatten, daß er nicht mit einem festgelegten Programm sein Amt übernommen hatte. Er hatte zunächst Miquels Plan vertreten, hatte dann nach dem Scheitern der Vorlage von 1893 sie mehr nach den Bedürfnissen des Reiches umgeformt, und zuletzt, in der Erkenntnis, daß der Reichstag sich nicht bereit finden lasse, eine so weitgehende Aenderung zu genehmigen, durch technische Maßnahmen wenigstens die größten Mängel in der Finanzordnung abgestellt.

Diese nicht auf eine grundsätzliche Lösung hinarbeitende Haltung des Schatzsekretärs erleichterte seine Zusammenarbeit mit dem Reichstage. Es war für den Leiter der Reichsfinanzen vorteilhaft,

daß sich bei der ausschlaggebenden Partei des Reichstages, dem Zentrum, unter der Führung des Abgeordneten Lieber das Streben bemerkbar machte, durch Mitarbeit im Reichstag an den legislativen Maßnahmen und Reformen die eigene Machtposition auszubauen und zu stärken. Ein Zeichen dafür war es gewesen, daß Lieber bei dem ersten Reformversuch sich zunächst zustimmend geäußert hatte und erst dem Druck der alten, entschieden föderalistisch gesinnten Abgeordneten des Zentrums gewichen war. Inzwischen hatte Lieber seine Stellung in der Partei festigen können. Die Tatsache, daß er zur Mitarbeit im Reiche bereit war, sofern dem Zentrum eine Mitwirkung bei der Gestaltung der Vorlagen zugestanden wurde, sowie der Umstand, daß Graf Posadowsky grundsätzlich zu einer Berücksichtigung der Wünsche des Zentrums bereit war und seine Machtposition anerkannte, ließen eine Zusammenarbeit vom Zentrum und Schatzsekretär nicht ausgeschlossen erscheinen [57]).

Allerdings ging die Initiative in der Finanzreform dabei auf das Parlament über. Der Abgeordnete Lieber stellte im Budgetausschuß des Reichstages im Jahre 1896 den nach ihm benannten Antrag, nach dem die Hälfte des die Matrikularbeiträge übersteigenden Betrages der Ueberweisungen zur Schuldentilgung verwandt werden sollte [58]).

Das Zentrum verfuhr mit diesem Antrag, der im Budgetausschuß einstimmige Annahme fand, taktisch sehr geschickt. Es zeigte zunächst, daß es bereit sei, die Schuldentilgung, die der Schatzsekretär so oft als notwendig bezeichnet hatte, in Angriff zu nehmen. Gleichzeitig bezweckte Lieber mit diesem Schritt, der Regierung die Initiative zu neuen Reformvorschlägen aus der Hand zu nehmen und zu verhindern, daß in ihnen sich erneut eine Bedrohung der föderalistischen und konstitutionellen Grundlagen der Verfassung finde. Er versetzte die Regierung in eine Zwangslage. Die Germania schrieb: „Angesichts der Einmütigkeit des Reichstages wird der Bundestag nicht umhin können, seine Zustimmung zu dem Antrag zu geben" [59]).

Das Zentrum hatte geschickt den auch von ihm als notwendig erkannten Teil der Finanzreform, der keine Aenderung der Frankensteinschen Klausel oder eine Bedrohung des Budgetrechtes des Reichstages in sich barg, aus dem Regierungsprogramm heraus gelöst und diktierte der Regierung jetzt das Gesetz des Handelns. Wenn diese sich jetzt nicht bereit zeigte, auf die von Lieber vorgeschlagene Lö-

---

[57]) Bachem, 5. Bd., S. 325—323.
[58]) Gerloff, S. 336 und Bachem, 9. Bd., S. 219 ff.
[59]) „Germania" vom 14. März 1896, Nr. 62, 3. Blatt.

sung einzugehen, machte sie die Schuldentilgung, die sie selbst durch den Schatzsekretär als unbedingt notwendig hingestellt hatte, unmöglich. Denn es stand nicht zu erwarten, daß das Parlament nach Ablehnung seines eigenen Schuldentilgungsvorschlages zu irgendwelchen anders gearteten Plänen der Regierung eine positive Haltung einnehmen würde. Die Regierung hatte eine doppelte Möglichkeit. Entweder: sie lehnte den Antrag Lieber ab und verzichtete damit auf jede weitere Erörterung der Finanzreform; oder: sie gab sich mit der vorgeschlagenen Lösung zufrieden und erreichte wenigstens die Annahme des einen Teils der eigenen Ziele, der Schuldentilgung, allerdings unter Verzicht der ungleich wichtigeren klaren Organisation der Finanzen des Reiches und der Länder.

Die Haltung des Grafen Posadowsky entsprach ganz der bisher von ihm eingehaltenen Linie. Grundsätzliche Bedenken, dem Parlament die Führung in der Schuldentilgung zu überlassen, hatte er nicht. Sein Ziel war im Gegenteil gewesen, nur im Einvernehmen mit dem Reichstag die Reformfrage vorwärts zu treiben. Von dem Standpunkt des für die Finanzen des Reiches verantwortlichen Beamten konnte er sich mit der vom Zentrum vorgeschlagenen Lösung ohne weiteres einverstanden erklären. Wenn das Reich berechtigt war, die Hälfte der über die Matrikularbeiträge hinausgehenden Ueberweisungen für seine eigenen Zwecke zu verwenden, so bedeutete diese Regelung eine wesentliche Erleichterung für die Reichsfinanzen. Die Schuldentilgung stellte den Teil der Finanzreform dar, der nur im Interesse des Reiches lag, von dem der Reichstag und die Länder keinen eigentlichen Nutzen hatte.

Graf Posadowsky begrüßte deshalb in einer Sitzung der Budgetkommission den Antrag als auch seinen Wünschen entsprechend und versprach, ihn im Bundesrat zu unterstützen [60]). Das Schwergewicht für die Entscheidung lag indessen nicht bei dem Schatzsekretär oder einem kollegialen Reichskabinett, sondern entscheidend für die Stellungnahme der Regierung zu dem Antrag Lieber war das preußische Staatsministerium, dessen Stimmen im Bundesrat überwiegenden Einfluß hatten. Die Entscheidung mußte in diesem Gremium fallen, in dem der Schatzsekretär nicht Sitz und Stimme hatte, und wo man in erster Linie die Auswirkungen der geplanten Maßnahmen auf die preußischen Finanzen prüfte.

Die dem preußischen Finanzminister nahestehenden Blätter hatten die Annahme des Antrages Lieber in der Budgetkommission dazu benutzt, die Erörterungen über die Finanzreform wieder in Fluß zu

[60]) „Germania", vom 21. März 1896, 68. 3. Blatt.

bringen, und eine umfassende und organische Lösung zu befürworten[61]), wie sie die Vorlage Miquels vom Jahre 1893 vorgesehen hatte. Für Miquel bedeutete der Antrag Lieber und seine Annahme durch die Regierung das endgültige Scheitern seiner Pläne. Er löste aus diesen den Teil heraus, der ihm als preußischem Finanzminister am wenigsten am Herzen lag. Die Hälfte der ihm aus den Ueberschüssen des Reiches zustehenden Ueberweisungen entgingen den preußischen Finanzen, ohne daß den Einzelstaaten dafür ein Entgelt zuteil wurde. Miquel hatte 1895 auf die noch 1893 vorgesehenen Mehrüberweisungen von 40 Millionen verzichtet, um dem Reiche die Schuldentilgung zu ermöglichen. Damals aber war dafür auch vorgesehen worden, daß das Reich keinen Anspruch auf Deckung seines Fehlbetrages durch die Länder haben sollte. Nach der vom Zentrum vorgeschlagenen Regelung aber sollten die Länder auf die Hälfte der ihnen zustehenden Mehrüberweisungen verzichten, ohne daß sie gegen die Ansprüche des Reiches gesichert wurden. Die Einseitigkeit zugunsten des Reiches dünkte Miquel nicht tragbar.

Die Differenz der Anschauung über die Zweckmäßigkeit des Antrages Lieber zwischen Posadowsky und Miquel führte zu einem Zusammenstoß zwischen beiden Männern, da Miquel es verstand, zunächst den Kaiser für seinen Standpunkt zu gewinnen[62]). Graf Posadowsky argumentierte für die Annahme des Vorschlages Lieber. Er wies darauf hin, daß man bei dem entschlossenen Widerstand des Zentrums gegen jede durchgreifende Reform von der Aussichtslosigkeit eines jeden weiteren Versuches überzeugt sein müsse. Deshalb hielt er es für das Gebot der Stunde, die vom Zentrum gebotene Hand zur Zusammenarbeit zu fassen und wenigstens die so dringend gewordene Schuldentilgung zu beginnen. Weiter glaubte er annehmen zu können, daß das Zentrum, wenn es sich erst einmal zur Mitarbeit an der Finanzreform entschlossen habe, später auch Anregungen von Seiten der Regierung sympathischer gegenüberstehen würde[62]). Miquel dagegen führte an, daß nur seine Vorschläge vom Jahre 1893 zu einer endgültigen Bereinigung aller finanziellen Schwierigkeiten führen würden und bei einer Annahme des Antrages Lieber die Finanzreform für immer begraben sein werde.

Der Kaiser schloß sich indessen der Auffassung des Schatzsekretärs an, und die Annahme der Anregung des Reichstages wurde beschlossen.

---

[61]) „Magdeburgische Zeitung" vom 19. März 1896, Nr. 144.

[62]) Nach Mitteilung von Herrn Professor Herzfeld aus seinen Vorarbeiten zur Biographie Miquels. Siehe auch: „Magdeburgische Zeitung", vom 18. März 1896, Nr. 142.

In der Oeffentlichkeit waren die Meinungsverschiedenheiten zwischen Schatzsekretär und preußischen Finanzminister nicht unbemerkt geblieben[63]). Es entstand das Gerücht, daß Posadowsky auf Grund der Differenzen mit Miquel sich gezwungen sehe, aus seinem Amte zu scheiden. Zwar wurde diese Nachricht sofort dementiert, und Posadowsky nahm selbst die Gelegenheit wahr, die Gerüchte über seine Rücktrittsabsichten als freie Erfindung zu bezeichnen. Die Differenzen zwischen den beiden Männern waren dadurch aber nicht beseitigt, nicht einmal wirksam verschleiert.

Posadowsky hatte mit der Annahme des Antrages Lieber durch den Bundesrat einen entschiedenen Erfolg. Die finanzielle Lage des Reiches wurde durch die lex Lieber gefestigt. Wenn auch die direkte Wirkung nicht besonders entlastend war, so hatte doch das Reich einen starken moralischen Erfolg über die Einzelstaaten davongetragen. Daß das Zentrum, bisher stets Hüter der partikularistischen Interessen, sich bereit zeigte, an der Bereinigung der finanziellen Schwierigkeiten mitzuarbeiten, ohne auch für die Länder dabei einen Vorteil zu erwirken, ließ die Hoffung entstehen, daß es auch weiterhin und auf anderen Gebieten zum Ausbau des Reiches seine Hand bieten würde.

Der Wille zur sachlichen Zusammenarbeit mit dem Reichstag, der aus den Reden des Schatzsekretärs Graf Posadowsky und seinem warmen Eintreten für die Annahme der parlamentarischen Anregung erkennbar wurde, ließ ihn bei den großen Parteien des Reichstages von der Rechten bis zum Zentrum ein steigendes Ansehen gewinnen. Seine konstitutionelle Haltung fand dankbare Anerkennung[64]). Hier wurde die Grundlage gelegt zu einer langjährigen vertrauensvollen Zusammenarbeit, die er unter anderen Voraussetzungen und auf anderen Gebieten im Reichsamt des Innern später üben konnte.

3. Die Stellung Posadowskys zu den Problemen der Agrarpolitik.

Die Fragen der Finanzpolitik und der Neuorganisation des finanziellen Ausgleiches zwischen Reich und Ländern fanden ein lebhafteres Interesse und wirkliches Verständnis, trotz der Wichtigkeit und der grundsätzlichen Bedeutung, die ihnen zukam, nur bei einem kleinen Kreis finanzpolitisch interessierter Männer. Das Wirken des Reichsschatzsekretärs blieb deshalb der weiteren Oeffentlichkeit verborgen. Als der dem Reichskanzler zur Leitung der Reichsfinanzen

[63]) „Magdeburgische Zeitung", vom 19. März 1896, Nr. 144.
[64]) Bachem, 5. Bd., S. 305.

unterstellte Beamte nahm er keinen direkten Anteil an der innerpolitischen Entwicklung, und seine Person wurde in der Kritik der Parteien und den politischen Kombinationen am wenigsten beachtet.

Wenn Graf Posadowsky in den Jahren seines Wirkens im Reichsschatzamt über diesen Rahmen der finanzpolitischen Tätigkeit hinaus politisch hervortrat, so verdankte er diese Beachtung seiner Persönlichkeit dem Umstand, daß er berufen war, auch in den erregten Streit um die Wirtschaftspolitik einzugreifen.

Seine Ernennung zum Schatzsekretär war in den Jahren des wirtschaftspolitischen Umschwunges erfolgt. Die Abschwächung des Schutzzollsystems in den neuen von Caprivi abgeschlossenen Handelsverträgen fand ihre Erklärung in der veränderten außen- und sozialpolitischen Lage nach dem Abgang Bismarcks. Sie war die notwendige Folge des neuen Kurses. Aber bei der Struktur des deutschen Reiches und seiner innerpolitischen Kräfte war sie doch nicht geeignet, die erhoffte politische Beruhigung und Konsolidierung zu fördern. Während die Regierung mit dem neuen wirtschaftspolitischen Kurs sich die Sympathien der Linken zu verschaffen suchte, die indessen zu einer grundlegenden Aenderung ihrer Haltung nur bereit war, wenn dem wirtschafts- und sozialpolitischen Kurswechsel eine Demokratisierung des gesamten innerpolitischen Lebens folge, wuchs auf der Rechten auf Grund dieser wirtschaftspolitischen Schwenkung eine Oppositionsbewegung heran, die umso schwerer zu bewerten war, als sie getragen wurde von den Elementen, die sich als die Stützen des preußischen Staates und der preußischen Krone fühlten. Die Gründung des Bundes der Landwirte als einer Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, das agrarische Programm mit allen Mitteln zu propagieren und durchzusetzen, war das Zeichen des Beginnes einer Phase gesteigerten wirtschaftspolitischen Kampfes[65]). Von wesentlicher Bedeutung wurde es, daß die konservative Partei als parlamentarische Vertreterin der agrarischen Interessen sich zum großen Teile die Ziele des Bundes der Landwirte zu eigen machte, und die Kreuzzeitung erklärte, daß der Reichskanzler Caprivi das Tafeltuch zwischen sich und den Konservativen zerschnitten habe[66]). Damit wurde der Kampf um die Wirtschaftspolitik zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über die Gestaltung der deutschen Politik. Indem

---

[65]) Arthur Dix: Der Bund der Landwirte. Entstehung, Wesen und politische Tätigkeit. Berlin 1909.

[66]) Vgl. über den Ursprung der agrarischen Bewegung und die allmählich sich vorbereitende Wandlung der Wirtschaftspolitik: Julius Walter Holländer: Der deutsche Zolltarif von 1902, in Schmollers Jhrb. f. Gesetzgebung, Verwaltung u. Volkswirtsch., NF 1913, 1 u. 2.

die Konservativen dem Reichskanzler Caprivi den Krieg erklärten, und im Reiche in wachsendem Maße in Oppositionsstellung gerieten, mußte sich ihnen der Versuch aufdrängen, von Preußen aus, wo sie im Parlament, im Heer und Beamtentum eine herrschende Stellung innehatten, auf die Gestaltung der Reichspolitik einzuwirken. Der Dualismus zwischen Reich und Preußen gewann eine neue besondere Bedeutung. Es war die Frage, ob es bei der bundesstaatlichen Struktur des Reiches möglich sein werde, im Reich eine Politik zu treiben, die im stärksten Gegensatz zu den Zielen der in dem größten Lande herrschenden Partei stand.

Graf Posadowsky wurde zunächst in diesen Streit nicht hineingezogen. Seine Berufung war erfolgt im Hinblick auf die finanzpolitische Neuordnung. Als untergeordneter Beamter des Reichskanzlers hatte er auf die Gestaltung der Wirtschaftspolitik keinen direkten Einfluß. Von einem Manne, der 20 Jahre als Beamter und auch als praktischer Landwirt in einer agrarischen Ostprovinz gelebt hatte, der stets in agrarischem und konservativem Sinne gewirkt hatte, war nicht zu erwarten, daß er das wirtschaftspolitische System des Reichskanzlers Caprivi billigen werde. Zudem schien die Entwicklung den Agrariern und den von ihnen vorgebrachten Bedenken Recht zu geben. Die landwirtschaftlichen Preise sanken nach dem Abschluß der Handelsverträge auf einen katastrophalen Tiefstand. Die Konservativen machten es der Regierung zum Vorwurf, daß sie in einer Zeit, die schon an sich einen Rückgang der Preise für agrarische Produkte mit sich brachte, von dem Schutzzollsystem Bismarcks abging und langjährige Handelsverträge schloß, die eine starke Verringerung des Schutzes für die Landwirtschaft enthielten. Daß auch Graf Posadowsky den Klagen und Angriffen der Landwirtschaft von vornherein die Berechtigung absprechen würde, war nicht anzunehmen. An der Tatsache des Abschlusses der Verträge konnte er nichts ändern. Aber seine Sympathien standen auf der Seite der Landwirtschaft. Schon bald nach Antritt seines Amtes warb er im Reichstag um Verständnis für die Forderungen der Agrarier. Er wies im März 1894 im Reichstag darauf hin, „daß die Klagen der Landwirtschaft nicht nur Seifenblasen der Agitation sind, sondern auf schwerwiegenden wirtschaftlichen Tatsachen beruhen“ [67]).

Noch stärker konnte er seine agrarischen Neigungen zu erkennen geben, als im Oktober 1894 Caprivi zurücktrat und Hohenlohe die Leitung der preußischen und der Reichspolitik wieder in einer Hand

[67]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 2. Sess., 65. Sitz., 7. 3. 1894, Penzler I, S. 180.

vereinigte. Der Kanzlerwechsel konnte auch als ein Erfolg der agrarischen Bewegung gewertet werden. An höchster Stelle schien sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß eine stärkere Berücksichtigung der konservativ-agrarischen Wünsche zur Vermeidung eines vollständigen Bruches erforderlich sei. Hohenlohe betonte bei seinem ersten Auftreten im Reichstag, daß die Regierung sich ihrer Pflicht, für die Landwirtschaft zu sorgen, bewußt sei. Auch Posadowsky benutzte diese Gelegenheit zu der Erklärung, daß die Regierung jedes ihr zur Verfügung stehende Rettungsboot flott machen werde, um der Landwirtschaft zu helfen [68]).

Allerdings war damit nicht gesagt, daß sich eine grundsätzliche Aenderung der Wirtschaftspolitik schon wieder vorbereite. Die Handelsverträge waren mit zwölfjähriger Gültigkeit abgeschlossen. Eine Erhöhung der Zollsätze kam nicht in Frage. Die Regierung war gebunden, und ihre Möglichkeiten zur Hilfe für die Landwirtschaft beschränkt. Posadowsky formulierte deshalb den Stundpunkt der Regierung dahin, daß diese Hilfe „nur in Frage komme innerhalb der vertragsmäßig und volkswirtschaftlich vernünftigen Grenzen" [69]). Damit distanzierte er sich von den einseitigen Anträgen, wie sie von der agrarischen Seite aufgestellt wurden.

Der Schatzsekretär rückte mit diesem Eingreifen in die Diskussion um die Handelspolitik schärfer in den Mittelpunkt der öffentlichen Kritik, als es seine eigentliche Tätigkeit als Verwalter der Reichsfinanzen bisher bewirkt hatte. Anfänglich war er als der Adlatus des preußischen Finanzministers angesehen worden; allmählich aber hatte seine selbständige und konstitutionelle Haltung ihm die Anerkennung weiter parlamentarischer Kreise gebracht. Nach seinen vorsichtigen, aber doch eindeutigen wirtschaftspolitischen Erklärungen zugunsten der Agrarier wurde er nun von freihändlerischer Seite stärker unter Kritik genommen. Man sah sich hier gezwungen, festzustellen, daß er „leider noch tief in den Vorurteilen der Agrarier stecke" [70]). Andererseits aber hatte sich Posadowsky mit seinen Erklärungen die Gunst der Konservativen errungen, denen er nach Tradition und politischer Ideologie am nächsten stand. Die Kreuzzeitung sprach nach seinen Worten im Reichstag von dem „Frühlingshauch, der durch die Reihen der Landwirte und aller derer ging, die in einer widerstandsfähigen und kräftigen Landwirtschaft die festesten Stützen des

---

[68]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 3. Sess., 4. Sitz., am 12. 12. 94, Penzler I, S. 242.

[69]) Vgl. Anm. 68.

[70]) „Die Nation", vom 4. Mai 1895.

Staates erblicken“ [71]). Von diesen Tagen ab begannen die Ausführungen des Schatzsekretärs eine über den Rahmen seines Ressorts hinausgehende allgemeinpolitische Prägung zu erhalten.

Dabei begnügte er sich nicht mit theoretischen Sympathieerklärungen. Es bot sich ihm im Rahmen seiner Ressortarbeit die Gelegenheit, die Anregung Miquels, es sei viel Kleinarbeit zugunsten der Landwirtschaft möglich, praktisch zu verwirklichen. So sehr die Intentionen Posadowskys und die des preußischen Finanzministers in den finanzpolitischen Fragen auseinandergingen, so einig waren sie in ihrer Auffassung der wirtschaftspolitischen Lage [72]).

Schon vor Posadowskys Amtsantritt war beschlossen worden, den Identitätsnachweis aufzuheben. Diese Maßnahme, die den Zweck verfolgte, eine bessere Konjunktur für den Getreideexporthandel der Ostprovinzen zu schaffen, wurde von Posadowsky durchgeführt [73]). Dem gleichen Zweck der Exportförderung diente das Zuckersteuergesetz [74]), das kein Finanzgesetz mit dem Ziel der Schaffung neuer Einnahmen sein sollte, sondern durch die Aufrechterhaltung einer Exportprämie der einzigen landwirtschaftlichen Exportindustrie ihren Auslandsmarkt zu erhalten suchte.

Jeder sofortigen Aenderung der Wirtschaftspolitik in einer radikalen Form, wie sie der Antrag Kanitz oder die agrarische Forderung nach Einführung der Silberwährung befürworteten, stand Graf Posadowsky als ruhig abwägender Beamter und Staatsmann ablehnend gegenüber [75]). Er war sich der staatlichen Notwendigkeit bewußt, die Handelsverträge innezuhalten und nicht durch Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft die Verträge zu verletzen. Aber er war fest davon überzeugt, daß nach ihrem Ablauf neue Grundsätze in der Handelspolitik Platz greifen müßten. Diese Einsicht bildete die Basis für seine weitere politische Laufbahn als Staatssekretär des Innern und Schöpfer des Zolltarifs von 1902.

Unter starkem Beifall der Rechten entwickelte er am 21. Januar 1897 sein wirtschaftspolitisches Programm im Reichstag mit folgenden Sätzen [76]):

„Ich glaube, der Hoffnung kann man sich auch nicht hingeben, daß die neuen Handelsverträge, die wir 1904 abschließen werden,

---

[71]) „Kreuzzeitung“, vom 15. Januar 1895, Nr. 31.
[72]) Holländer, S. 327 f.
[73]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 2. Sess., 65. Sitz., am 7. 3. 1894, Penzler I, S. 179 ff.
[74]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 4. Sess., 49. Sitz., am 2. 3. 1896, Penzler I, S. 335 ff.
[75]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 2. Sess., 75. Sitz., am 6. 4. 1894, S. 203 ff.
[76]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 4. Sess., 158. Sitz., 21. 1. 1897, I, S. 450 f.

einfach die Abschriften der bisherigen Handelsverträge sein werden, nicht allein aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch aus rein zolltechnischen. Es ist vielleicht ein Mangel unseres autonomen Zolltarifs, der ein recht ehrwürdiges Alter in seiner jetzigen Gestalt hat, daß er nicht genügend spezifiziert ist in seinen einzelnen Positionen und daß deshalb Handelsvertragsverhandlungen mit Staaten, die einen sehr spezifizierten Tarif haben, für uns durch einen solchen Tarif, der große Gruppen zusammenfaßt, jedenfalls nicht erleichtert werden. Ich glaube, es wird notwendig sein, als Grundlage für den Abschluß neuer Handelsverträge vor allen Dingen einen viel spezifizierteren neuen autonomen Tarif aufzustellen".

Auf diese Notwendigkeit der Aufstellung eines neuen Tarifs als Vorbedingung für einen günstigeren Abschluß von Handelsverträgen hatte schon vor Jahren der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall hingewiesen. Bereits am 26. Januar 1892 hatte er im Reichstag erklärt: „Wir werden uns nach 12 Jahren der Pflicht nicht entziehen können, unseren autonomen Tarif zu revidieren" [77]). Bei den Handelsvertragsverhandlungen, die er geführt hatte, hatte er die Erfahrung machen müssen, daß die Anlage des deutschen Zolltarifs den Abschluß von günstigen Verträgen erschwerte [78]).

Auch jetzt, nachdem Graf Posadowsky sich zu der Reform des Tarifs bekannt hatte, betonte Marschall die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme [79]). Es war aber natürlich, daß die agrarische Rechte dem Manne, der die von ihr bekämpften Verträge abgeschlossen hatte, kein so großes Vertrauen entgegenbringen konnte, als dem Schatzsekretär, von dem man nicht nur eine Reform, sondern auch eine stärkere Berücksichtigung der agrarischen Wünsche glaubte erwarten zu dürfen. Graf Posadowsky war der Mann, der Aussicht hatte, das Vertrauen der Rechten in die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung wiederzuerringen.

---

[77]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., 103. Sitz., 3. 12. 1901, Penzler II, S. 525.

[78]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., 141. Sitz., 12. 12. 1901, Penzler II, S. 549.

[79]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., 103. Sitz., 3. 12. 1901, Penzler II, S. 525 f.

II. Teil:

Die Politik der Sammlung.

1. Posadowskys Ernennung zum Staatssekretär des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers im Rahmen der Sammlungspolitik.

Am 22. Mai 1897 schrieb der Reichskanzler Fürst Hohenlohe in sein Tagebuch: „So, wie die Regierung jetzt geht, kann es nicht fortgehen. Will Seine Majestät selbst regieren, so kann ich nicht als Strohmann figurieren . . . Wenn Marschall geht, verlieren wir 100 Stimmen im Reichstag. Auf die Rechte und die Antisemiten können wir nicht rechnen . . . Eine Politik der Gewalt ist nicht zu machen. Ohne Autorität ist keine Regierung möglich. Wenn ich das beim Kaiser nicht durchsetze, was ich für nötig halte, so habe ich keine Autorität. Ich kann nicht bleiben, wenn S. M. gegen meinen Willen Marschall beseitigt und Holstein geht. Ebenso kann ich nicht bleiben, wenn der Kaiser Minister ernennt, ohne mich zu fragen . . . Ich kann nicht gleichzeitig gegen die öffentliche Meinung und gegen den Kaiser regieren. Gegen den Kaiser und die Oeffentlichkeit regieren heißt in der Luft schweben. Das geht nicht“ [80]).

So pessimistisch und resigniert beurteilte der verantwortliche Leiter der deutschen Politik den innerpolitischen Zustand zu einer Zeit, da das Reich sich anschicken sollte, in dem Ringen der Mächte einen „Platz an der Sonne“ zu beanspruchen. Seine Worte kennzeichnen eindeutig die Zerfahrenheit und Unsicherheit der Situation. Sie beweisen zugleich, wie stark das Gefühl der Notwendigkeit eines innerpolitischen Umschwunges sich an höchster verantwortlicher Stelle durchgesetzt hatte.

Die Anzeichen mehrten sich, daß eine Entscheidung nahe bevorstand. Seit der Ablehnung der Flottenvermehrung durch den Reichstag betonte der Kaiser in seiner Enttäuschung über diese Haltung des Parlaments unter dem Einfluß des Kreises um Stumm wieder stärker die Notwendigkeit eines Staatsstreiches mit dem Ziel der Ausschaltung der parlamentarischen Macht [81]). Wenn auch die dahingehenden Aeuße-

[80]) Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit; herausgg. v. Karl Alexander von Müller, Dtsch. Verlagsanstalt Stuttgart, Berlin 1931, Band III, S. 342.

rungen mehr dem impulsiven Temperament des Kaisers und dem augenblicklichen Unwillen über das Parlament entsprangen, als daß sie als Vorzeichen einer beginnenden Staatsumwälzung zu werten waren, so trugen sie doch bei der starken Empfindlichkeit der Oeffentlichkeit und der Mehrheit der parlamentarischen Gruppen gegenüber solchen Plänen zur Verschärfung der innerpolitischen Lage bei [82]).

Der Reichstag, ängstlich bedacht auf die Wahrung seiner konstitutionellen Rechte, fand nicht die Kraft, sich die Forderungen der neuen Welt- und Machtpolitik zu eigen zu machen, sondern beharrte auf seinem doktrinären Interessenstandpunkt.

Zwischen diesen beiden auseinanderstrebenden Polen des deutschen Verfassungslebens, der Krone und dem Parlament, stand als ausgleichendes und bindendes Glied nicht ein Kanzler, dessen Führung es gelungen wäre, einen Ausgleich zwischen den demokratischen Neigungen des Parlaments und den autokratischen Ideen des Monarchen zu finden. Fürst Hohenlohe kannte die innere Unhaltbarkeit seiner Stellung [83]). Er faßte sie anders auf als sein Vorgänger, der auch als Reichskanzler sich als gehorsamer Untergebener seines Kriegsherrn gefühlt hatte. Hohenlohes Ehr- und Standesbewußtsein wie seine gemäßigt liberale politische Anschauungswelt sträubte sich gegen eine solche preußisch-soldatische Auffassung von den Pflichten des Kanzleramtes. Er wollte nicht nur der Vollstrecker des kaiserlichen Willens sein. Der Fürst hatte sich seine politischen Ideale gebildet in den Jahren der Reichsgründung, während die liberalen Ideen herrschten. Auf süddeutschem Boden hatte er an dem Werk der Einigung mitgearbeitet und maß aus dieser süddeutschen Tradition heraus den konstitutionellen föderalistischen Elementen der Reichsverfassung großen Wert bei. Er fühlte sich auch dazu berufen, sie gegen die Kräfte, die aus ihrer preußisch-aristokratisch absolutistischen Tradition nicht eine gleich positive Stellung zu diesen Elementen gewinnen konnten, zu verteidigen [84]).

Der Reichskanzler war den Aeußerungen dieser in altpreußischen Auffassungen wurzelnden Kreise und ihrem Einfluß auf die Krone

---

[81]) Hohenlohe, 3, S. 317; Bülow: Denkwürdigkeiten, 4 Bde., Ullstein-Berlin, 1930, I. Bd., S. 36 ff.; vgl. zur allgemeinen Darstellung der innerpolitischen Entwicklung im Jahre 1897: Fritz Hartung: Deutsche Geschichte von 1871—1914, Bonn, 1920, S. 194 ff. und Joh. Ziekursch: Das Zeitalter Wilhelms II., Frankfurt 1930, S. 107 ff.

[82]) Hohenlohe, 3, S. 323 und Waldersee, 2, S. 395.

[83]) Hohenlohe, 3, S. 328 ff. und H. O. Meisner: Der Kanzler Hohenlohe und die Mächte seiner Zeit. Preuß. Jhrb. Bd. 230.

[84]) Karl Alexander von Müller: Der dritte deutsche Reichskanzler. Sitz. Ber. d. Bayer, Akad. d. Wiss., Philos. histor. Abt., Jhrg. 1931/32, Heft 3.

wenig geneigt. Sie zu verdrängen, war er aber nicht imstande. Aus dieser zwiespältigen Auffassung über Rechte und Pflichten des Reichskanzlers zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Hohenlohe entwickelte sich eine Kanzlerkrise in Permanenz, da Hohenlohe immer wieder, wenn er den Einfluß unverantwortlicher Kräfte vermutete und seinen Rat unbeachtet sah, um seine Entlassung bat [85]).

Der Kaiser war seinerseits aber nicht gewillt, diesen seinen Willen letzten Endes doch stets respektierenden Kanzler gehen zu lassen. Noch hielt er die Zeit für „seinen" Kanzler nicht gekommen.

Allein die parlamentarischen Auswirkungen dieser innerpolitischen Krisen drängten auf eine Entscheidung. Auf der einen Seite war die Sozialdemokratie in stetem Vordringen und lähmte die Bewegungsfreiheit der Regierung den anderen Parteien gegenüber. Daneben wuchs aber auch auf der Rechten eine Oppositionsbewegung, der eine umso größere Bedeutung zukam, als sie sich in den bisher treu zu Krone und Staat haltenden Kreisen ausbreitete. Die sofortige Umkehr in der Wirtschaftspolitik zu verstärktem Schutz der Landwirtschaft war die Bedingung, die der Bund der Landwirte aufstellte.

Wollte die Regierung nicht auf jede Reform- und Aufbauarbeit verzichten oder aber das Parlament ausschalten, so blieb nur die Möglichkeit einer Beruhigung der Rechtsopposition durch einen wirtschafts- und sozialpolitischen Umschwung.

Die mannigfachen Sympathieerklärungen von Seiten einzelner Minister, die sich von Jahr zu Jahr mehrten, die programmatischen Ausführungen, die Graf Posadowsky am 21. Januar 1897 im Reichstag gemacht hatte, wiesen darauf hin, daß auch innerhalb der Regierung Kräfte am Werk waren, die für eine Berücksichtigung der agrarischen Wünsche eintraten. Den Kaiser berührten die wirtschaftspolitischen Differenzen und Auseinandersetzungen wenig. An der einseitigen Betonung des Interessenstandpunktes durch die Stände und den hinter diesen stehenden Parteien nahm er keinen Anteil.

Am 18. Juni formulierte er seine Auffassung von den Zukunftsaufgaben der deutschen Politik in zwei Reden in Bielefeld und Köln [86]). In Bielefeld nannte er sein Programm: „Schutz der nationalen Arbeit aller produktiven Stände, Kräftigung eines gesunden Mittelstandes, rücksichtslose Niederwerfung jedes Umsturzes und die schwerste Strafe dem, der sich untersteht, einen Mitmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern".

[85]) Hohenlohe, 3, S. 342, S. 344, S. 346 usw., S. 348.
[86]) Schultheß, Europäischer Geschichtskalender. 1897. S. 103, 104.

In Köln legte er den Hauptakzent auf die Betonung der Notwendigkeit des Flottenbaues. Dieser stand im Mittelpunkt seines Interesses. Auf dem Boden des sozial- und wirtschaftspolitischen Programms von Bielefeld sollten sich die bürgerlichen Parteien zusammenfinden, um des Kaisers Wunsch nach einer starken Flotte zu erfüllen.

Hier war in aller Deutlichkeit die Richtung, die der Monarch der deutschen Innenpolitik zu geben wünschte, gekennzeichnet. Sein Programm war ein Programm der Sammlung. Allen produktiven Ständen sollte der Schutz ihrer Arbeit gewährt werden. Der Kaiser sprach nicht von einer Erfüllung der Wünsche der Industrie oder der Landwirtschaft, sondern versprach beiden seinen Schutz. Eng miteinander verquickt war diesem wirtschaftspolitischen das sozialpolitische Programm. Der Kaiser kündigte ein scharf antirevolutionäres Vorgehen an.

Es mußte sich nun nur noch erweisen, ob es sich bei diesen Aeußerungen nur um ein impulsives Bekenntnis des Monarchen zu gewissen Grundzügen der allgemeinen Politik handelte, oder ob ihnen ein praktischer Wert beigelegt werden konnte. Die Ernennung von Tirpitz wies darauf hin, daß hinsichtlich der Flottenpolitik das kaiserliche Programm verwirklicht werden würde[87]). Wenn auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein Wandel eintreten sollte, so mußte er sich auch hier in personellen Veränderungen innerhalb der Regierung bemerkbar machen.

Den beiden Staatssekretären von Marschall und Bötticher stand die Rechte voller Mißtrauen gegenüber. Marschall hatte an dem Abschluß der Handelsverträge Caprivis namhaften Anteil und die Konservativen sahen deshalb in ihm den Urheber ihrer wirtschaftlichen Notlage. Dem Staatssekretär von Bötticher wurde es von den Konservativen nicht verziehen, daß er sich nach dem Sturze Bismarcks dem neuen Kurs zur Verfügung gestellt hatte und hinsichtlich der Sozialpolitik einen reformfreundlichen Standpunkt vertrat. Nur der Sturz dieser beiden Männer konnte den Weg zur Aussöhnung mit der Rechten frei machen[88]). Auch der Kaiser schenkte beiden Staatssekretären nicht mehr sein Vertrauen, seitdem Bötticher es unterlassen hatte, ihn gegen die Angriffe des Abgeordneten Richter im Reichstag in Schutz zu nehmen, und Marschall in der Tauschaffäre kompromittiert worden war[89]).

---

[87]) Vgl. Ziekursch, S. 107 ff. und Hohenlohe, S. 362.
[88]) Vgl. Ziekursch, S. 107 ff. und Hohenlohe, S. 362.
[89]) Hohenlohe, S. 348 und S. 362; Bülow, I, S. 15 f.

Hohenlohe war auf diese beiden Mitarbeiter angewiesen gewesen. Sie hatten ihm die Hauptarbeit der Regierungsgeschäfte abgenommen[90]). Der Verlust von beiden stärkte ihn in dem Glauben, daß der Kaiser jetzt ernsthaft beabsichtige, einen Systemwechsel eintreten zu lassen und sich dazu einer anderen Persönlichkeit, etwa Miquels, als Reichskanzler bedienen wolle. Gegen den Gedanken, als Strohmann zu figurieren, lehnte sich sein Standesgefühl auf. Aber die Kraft, wegen seiner Meinungsverschiedenheiten mit dem Kaiser in der Frage der Militärstrafprozeßordnung, des Vereinsgesetzes und der Flotte endgültig den Abschied zu erbitten, brachte er nicht auf. So kam es, daß der Umschwung, der im Jahre 1897 in der deutschen Innenpolitik erfolgte, gegen den Willen und ohne aktive Teilnahme des allein verantwortlichen Ministers im Reiche sich vollzog.

Als selbständigster und produktivster Minister konnte Miquel angesprochen werden. Schon lange setzte er sich für eine stärkere Berücksichtigung der agrarischen Interessen ein. Er erkannte auch klar die Schwierigkeiten und Gefahren, die der deutschen Innenpolitik aus der Tatsache der parlamentarischen Zersplitterung drohte. Auch er konnte sich als Staatsmann nicht die einseitigen Forderungen der Agrarier zu eigen machen. Umso mehr galt sein Streben dem Wunsch, einen Weg zu finden, der der agrarischen Rechten einen ausreichenden Schutz garantierte und sie aus ihrer nutzlosen Opposition wieder zu positiver Anteilnahme und Mitarbeit in der Innenpolitik zurückführte. In seiner Solinger Rede vom 15. Juli rief er unter Hinweis auf die gemeinsamen Interessen von Industrie und Landwirtschaft bezüglich des Schutzes ihrer Produkte zur Sammlung der produktiven Stände auf[91]). Nach dem Muster der Kartellpolitik sollten sich die großen bürgerlichen Parteien durch gleiche Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Wünsche zu einer Interessengemeinschaft zusammenschließen.

Miquel beschränkte sich darauf, die wirtschaftliche Einigung zu propagieren. Die sozialpolitischen Probleme berührte er in seiner Solinger Rede nicht. Trotzdem hatte die Sammlungsparole auch ein sozialpolitisches Ziel, wie es der Kaiser in Bielefeld schon angedeutet hatte. Auch Miquel kam zu seiner wirtschaftlichen Einigungsparole aus allgemein konstitutionellen Erwägungen heraus. Den vereinigten bürgerlichen Parteien sollte der Kampf gegen das revolutionäre Proletariat zufallen. Das Sammlungsprogramm hatte einen rein defensiven Charakter. Es beschränkte sich auf die Erhaltung des bestehenden staatlichen und sozialen Zustandes. Durch das Versprechen gleicher

[90]) Hohenlohe, S. 350 f.; Bülow, I, S. 9 f.
[91]) Schultheß: Europäischer Geschichtskalender, 1897, S. 112/113.

Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Wünsche wollte Miquel alle Gruppen der bürgerlichen Parteien seiner Parole gefügig machen. Landwirtschaft und Industrie oder, parlamentarisch gesehen, Konservative und Nationalliberale, sollten ein Bündnis eingehen mit dem Ziel eines für beide Gruppen tragbaren wirtschaftlichen Ausgleichs. Die Sammlungsparole war entschieden konstitutionell. Der Aufruf erging an alle Kreise des Bürgertums und seine Parteien. Nur mit den Parteien konnte und wollte Miquel die gestellten Aufgaben bewältigen.

Hohenlohe empfahl als Nachfolger Bötticher den ihm ergebenen Straßburger Regierungspräsidenten Puttkamer [92]), der Kaiser aber hatte andere Absichten. „Er bestand auf Miquel, der ein hervorragender Mann sei, der noch große Dinge zustande bringen werde, auf den er baue“ [93]). Trotz der persönlichen Antipathien, die Hohenlohe gegen den preußischen Finanzminister hegte, söhnte er sich mit dem Gedanken aus, diesen in der Leitung der inneren Politik neben sich zu sehen [94]). Auch war er von der Notwendigkeit der Berufung Miquels für die Vorbereitung der Handelsverträge überzeugt. So bot er ihm die Nachfolge Böttichers im Reichsamt des Innern an [95]).

Miquel aber teilte nach anfänglicher Bereitwilligkeit, das angebotene Amt zu übernehmen, dem Reichskanzler mit, daß er sich nicht für geeignet erachte, die Lösung der gestellten Aufgaben zu bewirken [96]).

Ihm war mit dem Angebot des Reichskanzlers die Möglichkeit geboten, sein Ideal der Sammlungspolitik im Reich zu verwirklichen. Er hätte aber in diesem Falle seine starke selbständige Stellung in Preußen aufgeben müssen, um im Reich als Staatssekretär in untergeordneter Stellung abhängig von dem Reichskanzler zu wirken. Es blieb fraglich, ob er in der Stellung eines Leiters des Reichsamtes des Innern im gleichen Maße befähigt sein würde, seine eigenen politischen Pläne zu verfolgen. Im preußischen Staatsministerium nahm er eine überragende Stellung ein und konnte im preußischen Landtag auf eine sichere Mehrheit von Konservativen und Nationalliberalen rechnen. Seine politischen Kombinationen fußten auf diesen preußischen Verhältnissen. Das Sammlungsprogramm setzte eine Kartellmehrheit von Nationalliberalen und Konservativen voraus. Die

---

92) Hohenlohe, III, S. 350.
93) Vgl. Anm. 92.
94) Hohenlohe, III, S. 352 f.
95) Hohenlohe, III, S. 353.
96) Hohenlohe, III, S. 354, 356 ff.

Verschiedenartigkeit der parlamentarischen Struktur im Reich und in Preußen wirkte auf die Ausführung seines Programms im Reich hindernd. Im Reich konnte er sich nicht auf eine Kartellmehrheit stützen. Jede Mehrheitsbildung im Reich konnte nur unter Mitwirkung des Zentrums vorgenommen werden. Dessen Wünsche mußten in die politischen Pläne und Kombinationen eingebaut werden. Gerade mit dem Zentrum aber stand der preußische Finanzminister seit dem Scheitern des preußischen Schulgesetzes und den Finanzreformversuchen nicht auf bestem Fuße[97]). Wenn er nun mit seiner Ernennung zum Staatssekretär des Innern einen stärkeren Einfluß auf die Gestaltung der Reichsinnenpolitik gewann, so war nicht die Garantie gegeben, daß sich auch die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag seinem Programm anpaßten. Es stand zu befürchten, daß das Zentrum dem neuen Staatssekretär mit mißtrauischer Vorsicht gegenübertrat. Das lag nicht im Sinne der Sammlungspolitik. Unter dem Hinweis auf die Presseäußerungen, namentlich des Zentrums, zu seiner Kandidatur und die aus dieser ablehnenden Haltung entspringende Befürchtung, daß er nicht geeignet sei, im Reich eine Lösung der gestellten Aufgaben zu bewirken, bat Miquel den Reichskanzler, von seiner Ernennung abzusehen und ihn nur mit seiner Stellvertretung in Preußen zu betrauen[98]).

Einen Nachfolger für den zurückgetretenen Staatssekretär des Innern zu finden, der geeignet sein würde, Bötticher voll und ganz zu ersetzen, war schwer. Bötticher besaß eine immense Kenntnis jeder in sein Ressort gehörigen Materie und hatte ein außerordentliches Talent in dem Verkehr mit den gesetzgebenden Körperschaften entwickelt. Er hatte seine Stellung so lange halten können, weil die Vielgestaltigkeit der Aufgaben seines Ressorts und seines Amtes als Sprechminister im Reichstage, als Vorsitzender im Bundesrat wie als Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums und Leiter der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Reiches ihn zu einem unentbehrlichen Gehilfen von drei Kanzlern gemacht hatte.

Miquel ließ die Gelegenheit, zugleich mit seiner Ablehnung das Augenmerk des Reichskanzlers auf den Mann zu lenken, dessen politische Anschauungen mit den seinigen weitgehend übereinstimmten, nicht vorübergehen. Wenn es ihm gelang, das Reichsamt des Innern mit einem Manne zu besetzen, der die gleichen politischen Anschauun-

[97]) „Germania" vom 5. März 1898, Nr. 52, 1. Blatt; 18. Mai 1898, Nr. 112, 3. Blatt; 8. Mai 1898, Nr. 104, 1. Blatt. — Die „Germania" argwöhnte, Miquel bezwecke mit der Sammlungsparole eine Ausschaltung des Zentrums aus seiner starken Position im Reichstag.

[98]) Hohenlohe, III, S. 356 ff.

gen wie er hatte, und der sich seinen Intentionen zugänglich zeigte, so war sein Einfluß auch auf die Innenpolitik des Reiches gesichert, ohne daß er selbst ein Reichsamt einnahm. Die Möglichkeit, auf die Neubesetzung der Ministerstellen auch im Reich einen Einfluß auszuüben, war für Miquel in dem Augenblick gegeben, als Hohenlohe sich bereit erklärte, „ihm in Bezug auf die Besetzung der übrigen Ministerstellen freie Hand zu lassen“ [99]).

Miquel schlug dem Fürsten Hohenlohe vor, an seiner Stelle den Grafen Posadowsky zum Staatssekretär des Innern zu ernennen. Er bemerkte zur Begründung dieses Vorschlages, daß die parlamentarischen Schwierigkeiten, die mit seiner eigenen Ernennung verbunden gewesen wären, wegfallen würden, da die maßgebenden Mitglieder des Reichstages zu dem Grafen Posadowsky ein großes Vertrauen hätten [100]). Er fügte hinzu, daß „er aus den Aeußerungen des Herrn Grafen Posadowsky habe geglaubt entnehmen zu können, daß er mit einem etwaigen Verbleiben im Reichsschatzamt doch nicht befriedigt ist, falls ich in die Reichsverwaltung eintrete. Würde ihm statt dessen das preußische Finanzministerium übertragen — ein Plan, den Hohenlohe ursprünglich gehabt hatte [101]) —, so könnte dies leicht ein Rollentausch sein, welcher uns beide von der Stelle entfernte, an welcher wir am besten für Ew. Durchlaucht wirken könnten“.

Entscheidend aber war das Argument, daß auch die Eignung des Grafen Posadowsky für die Vorbereitung der Handelsverträge nicht bestritten werden konnte. Miquel schrieb: „Die politischen Auffassungen des Herrn Grafen Posadowsky und die meinigen, namentlich in Betreff der handelspolitischen Fragen, stimmen im ganzen durchaus überein“ [102]).

Für die Sammlungspolitik, deren Auswirkungen und Aufgaben in erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiet lagen, konnte die Persönlichkeit des Grafen Posadowsky, der in vierjähriger Tätigkeit im Reichsschatzamt die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Nöte der deutschen Handelspolitik kennen gelernt und in klarer Form seine Auffassung über den einzuschlagenden Weg formuliert hatte, geeignet erscheinen, einen Erfolg zu erzielen. Wenn sich die Sammlungspolitik ferner eine Beruhigung der innerpolitischen Lage zum Ziel gesetzt hatte, so konnte auch in dieser Hinsicht von dem Kandidaten Miquels gesagt werden, daß er die Voraussetzungen erfüllte. Posadowsky konnte nicht den Staatsstreichpropagandisten zugerechnet werden.

[99]) Hohenlohe, III, S. 353.
[100]) Hohenlohe, III, S. 356
[101]) Hohenlohe, III, S. 353.
[102]) Hohenlohe, III, S. 358.

Miquel drang mit seinen Anregungen durch. Er wurde zum Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, Posadowsky zum Staatssekretär des Innern, allgemeinen Stellvertreter des Reichskanzlers und zum preußischen Staatsminister ernannt.

Bismarck hatte es im Interesse der einheitlichen Führung der Politik für notwendig erachtet, daß seine Stellvertretung als Kanzler im Reich und als Ministerpräsident in Preußen bei ein und derselben Person lag [103]).

Dem Stellvertreter des Reichskanzlers lag in erster Linie die Funktion ob, den Kanzler zu entlasten, die Sitzungen des Bundesrats nach seinen Direktiven zu leiten und die Regierung vor dem Reichstag zu vertreten. Eine politische Machtbefugnis war mit diesem Auftrag nicht verbunden. Einfluß auf die Beschlüsse des Bundesrats hatten nur die einzelstaatlichen Ministerien, unter denen dem preußischen kraft der Präsidialgewalt des preußischen Staates besondere Bedeutung zukam. Dem Posten des Stellvertreters des preußischen Ministerpräsidenten kam eine ungleich größere Bedeutung zu als dem der Stellvertretung im Reich. Bei Abwesenheit des preußischen Ministerpräsidenten, der durch sein Kanzleramt häufig verhindert war, an den Sitzungen teilzunehmen, leitete sein Stellvertreter die Sitzungen des preußischen Ministeriums und konnte in ihm namhaften Einfluß auf die Gestaltung der Beschlüsse gewinnen, die auch für das Reich entscheidend waren.

Bismarck hatte den Staatssekretär des Innern von Bötticher, der zugleich preußischer Minister war, mit seiner Stellvertretung im Reich und in Preußen betreut. Er bezweckte mit dieser Ernennung nicht nur eine Verstärkung der organisatorischen Verbindung von Reich und Preußen in den obersten Spitzen der Regierung, sondern hatte absichtlich auch in Preußen seine Stellvertretung in die Hände eines Ministers gelegt, der ressortmäßig mehr an die Interessen des Reiches gebunden war. Er wollte mit der Ernennung Böttichers zum Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums ein Wachsen des preußischen Partikularismus verhindern. Von Bötticher konnte er erwarten, daß dieser ihn in seinem Streben, das Eigenleben des Reiches zu sichern und zu mehren, unterstützen werde. Es handelte sich bei dieser Ernennung nicht nur um einen organisatorischen Akt mit dem Ziel der Entlastung von der Ueberfülle der politischen Arbeit, sondern um eine wichtige staatsrechtliche Handlung [104]).

[103]) Goldschmidt, S. 50 ff.
[104]) Goldschmidt, S. 92 f.

Zwar hatte diese Regelung zur Zeit der Kanzlerschaft Bismarcks nur untergeordnete Bedeutung gehabt, da die umfassende Persönlichkeit des ersten Reichskanzlers eine einheitliche Führung der Regierungsgeschäfte im Reich und in Preußen garantierte, ohne daß er dazu der Unterstützung eines Stellvertreters in besonderem Maße bedurft hätte. Nach seinem Abgang war es aber eins der bewegendsten Probleme der inneren Entwicklung des Reiches geworden, wie sich der Ausgleich zwischen Reich und Einzelstaaten finden ließ. Das Eigenleben der Einzelstaaten begann sich sofort nach Bismarcks Abgang wieder stärker zu entfalten.

Die Trennung des Amtes des preußischen Ministerpräsidenten von dem Reichskanzleramte im Jahre 1892 war die Folge dieser gefährlichen dualistischen Entwicklung. Die Stellvertretung in Preußen blieb auch damals in der Hand Böttichers, ein Zeichen dafür, welch geringe Bedeutung man der Tatsache der einheitlichen Stellvertretung beimaß. Unter einem Ministerpräsidenten, dessen Kräfte und Interessen nicht durch das Reich mit beansprucht wurden, verlor der Vizepräsident ohnehin seinen Einfluß, wenn er diesen zugunsten des Reiches einsetzen wollte.

Erst unter Hohenlohe gewann die Stellvertretungsfrage wieder eine erhöhte Bedeutung. Der greise Reichskanzler war sehr stark auf die Mithilfe seines Stellvertreters angewiesen. Der Mangel an Redefertigkeit hatte ihm Bötticher im Verkehr mit dem Reichstag unentbehrlich gemacht[105]). Im preußischen Staatsministerium fühlte sich der ehemalige bayrische Ministerpräsident umso weniger heimisch, je mehr er hier preußisch-partikularistischen Neigungen begegnete. Auch hier war ihm Bötticher ein geeigneter Gehilfe, den Primat des Reiches zu wahren. Wegen dieser vielfachen Hilfe und Unterstützung, die er durch den Staatssekretär von Bötticher erfuhr, hatte Hohenlohe entschieden versucht, ihn zu halten[106]). Bötticher war ein bequemer Mitarbeiter gewesen, der zudem keine eigenen politischen Aspirationen hatte.

Der Lösung der Stellvertretungsfrage fiel demnach im Jahre 1897 eine erhöhte Bedeutung zu. Zum ersten Male nach Bismarcks Entlassung sollte diese Ernennung vollzogen werden. Wenn es bei der Lösung, die Bismarck getroffen hatte, bleiben sollte, so mußte Graf Posadowsky neben seiner Ernennung zum Staatssekretär des Innern, zum Stellvertreter des Reichskanlers und zum preußischen Minister ohne Amtsbereich, auch zum Stellvertreter des preußischen

---

[105]) Hohenlohe, III, S. 350.
[106]) Hohenlohe, III, S. 345 ff.

Ministerpräsidenten, ernannt werden. Es wäre ihm damit also eine entscheidende Rolle in der deutschen Innenpolitik zugefallen.

Mit der Stellvertretung in Preußen wurde indessen auf seinen ausdrücklichen Wunsch der preußische Finanzminister Miquel betraut. Er hatte darauf verzichtet, die Sammlungspolitik an maßgebender Stelle im Reich zu leiten, da er sich als preußischer Staatsmann fühlte und seine Machtposition in Preußen nicht zugunsten einer abhängigen und schwierigen Stellung im Reich aufgeben wollte. Er hatte seinen Einfluß benutzt, den ihm persönlich genehmen und ihm geeignet erscheinden Posadowsky vorzuschlagen. Dieser war persona grata beim Reichstag, hatte die gleichen Auffassungen von den Aufgaben der kommenden Wirtschaftsreform, wie Miquel, und verfügte dazu über die große Arbeitskraft, die die Leitung des umfangreichsten Reichsressorts erforderte. Diese Tatsachen machten es Miquel erwünscht, daß Posadowsky die ihm selbst zugedachte Stelle einnahm.

Nur eines suchte Miquel zu verhindern: daß man es in der Regelung der Stellvertretung bei dem bisherigen Brauch ließ und Graf Posadowsky die Stellvertretung Hohenlohes als Reichskanzler und als preußischer Ministerpräsident übertragen wurde. Trotz aller Uebereinstimmung in den wirtschaftspolitischen Fragen und den innerpolitischen Aufgaben gab es zwischen den beiden Staatsmännern eine grundsätzliche Differenz, die in den Jahren, während Graf Posadowsky das Reichsschatzamt leitete, immer wieder hervorgetreten war. Miquels staatsmännisches Handeln wurde durch das preußische Interesse bestimmt. Die Reichsfinanzreformversuche hatten aber gezeigt, daß Posadowsky darauf bedacht war, die Selbständigkeit seines Ressorts zu fördern und als Reichsstaatssekretär den partikularistischen Bestrebungen entgegenzutreten. Es konnte Miquel nur recht sein, wenn Posadowsky im Reich seinen Einfluß vermehrte, Staatssekretär des Innern wurde und die Stellvertretung des Reichskanzlers erhielt. Das lag durchaus im Interesse der erfolgreichen Durchführung der Sammlungspolitik. Auch die Ernennung Posadowskys zum preußischen Minister konnte von Miquel bei der Bedeutung, die Posadowskys Reichsressort zukam, nicht bekämpf werden. Die Stellvertretung in Preußen aber einem Minister zu überlassen, dessen politische Anschauungswelt in den Verhältnissen des Reiches verwurzelt war und der sich stets leiten lassen würde von den Interessen seines im Reich liegenden Ressorts, entsprach nicht den Intentionen Miquels. Sein eigener Einfluß in Preußen konnte durch diese Ernennung Posadowskys vermindert werden. In seinem eigenen Interesse mußte Miquel sie verhindern.

Er schlug deshalb dem Reichskanzler vor, die Stellvertretung in Preußen ihm selbst anzuvertrauen, unter dem Hinweis, daß „die Einheit in der obersten Leitung des Reiches und Preußens eine Personeneinheit in der Stellvertretung entbehrlich macht, da beide nach den Direktiven Ew. Durchlaucht handeln werden und müssen“[107]). Diese Begründung war indessen mehr auf psychologische Wirkung abgestellt. Sie bezweckte, dem Reichskanzler die vorgeschlagene Lösung angenehm und annehmbar zu machen. Dem wahren Sachverhalt trug sie wenig Rechnung. Hohenlohe hatte bei den preußischen Ministern und den Staatssekretären nicht die Autorität, die eine Einheitlichkeit der Politik oder eine Unterordnung aller mit seiner Ansicht differierenden Minister verbürgt hätte. Im Gegenteil, der Wechsel in den wichtigen Reichsämtern, dem Auswärtigen Amt, dem Marineamt und dem Reichsamt des Innern brachte an die Spitze dieser Behörden Männer, die höchstens bereit waren, den kaiserlichen Anordnungen sich zu fügen. Von Hohenlohes Persönlichkeit konnte eine starke Einwirkung auf den Gang der Politik und eine einheitliche Zusammenfassung der Reichspolitik und der preußischen Politik nicht erwartet werden.

Hohenlohe entschied im Sinne Miquels. Der überragende Einfluß, den der preußische Finanzminister im preußischen Staatsministerium besaß, wurde öffentlich sanktioniert durch seine Ernennung zum Vizepräsidenten.

In der Oeffentlichkeit, und hier vor allem in den auf die Stärkung der Reichsgewalt hinarbeitenden Kreisen der Liberalen, wurden sofort Bedenken laut, die auf die ungünstige Wirkung der früheren Trennung hinwiesen und ein gleiches Auseinandergleiten der politischen Leitung sowie eine Verstärkung der Macht des preußisch-partikularistischen Elements auch von dem Dualismus der jetzigen Stellvertretung befürchteten[108]). Von Miquel nahestehender Seite wurde darauf erwidert, „daß es sich lediglich um eine zweckmäßige Ordnung der durch den Abgang des Ministers von Bötticher notwendig gewordenen Maßnahmen handele“[109]).

Zur näheren Begründung wurde noch darauf hingewiesen, „daß der dreifachen Aufgabe, der Leitung des Reichsamtes des Innern, der Teilnahme an den Sitzungen des preußischen Staatsministeriums zu genügen und der Stellvertretung des Reichskanzlers im Reichstage an die Arbeitskraft des Staatssekretärs solche Anforderungen stelle, daß ihm die Leitung der Stellvertretung in Preußen nicht

[107]) Hohenlohe, III, S. 357.
[108]) „Magdeburgische Zeitung“ vom 2. Juli 1897, Nr. 330.
[109]) Vgl. Anm. 108; aus Berliner Politische Nachrichten.

gleichzeitig übertragen werden könne“ [110]). Was Arbeitsleistung und Arbeitskraft anging, konnte der neue Staatssekretär dem alten wohl als gleichwertig anerkannt, dieses Argument also nicht als stichhaltig angesehen werden.

Es waren auch gar nicht diese „organisatorischen“ Erwägungen, die Miquel zu seinem Vorgehen bestimmt hatten. Politische Motive bestimmten sein Handeln. Von Preußen aus hoffte er, auf den Gang der Reichspolitik einwirken zu können. Er wußte aus Erfahrung, welche Bedeutung dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums zukam. Die Garantie für eine Einheitlichkeit in der Führung der inneren Politik des Reiches und Preußens lag weniger in der Hand des Kanzlers Hohenlohe als in der Gleichförmigkeit der politischen Anschauungen seiner beiden Stellvertreter im Reich und in Preußen. Man konnte getrost sagen, daß in „allen grundsätzlichen Fragen, wozu in erster Linie die wirtschaftlichen gehören, vollste Uebereinstimmung zwischen ihnen besteht“ [111]). Die Hauptlast der gesetzgeberischen Maßnahmen, die in Verfolg der Sammlungsparole ausgeführt werden sollten, traf das Reichsamt des Innern, dem die Leitung der neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik zufiel.

Von entscheidender Bedeutung für den Erfolg der Sammlungspolitik war es, wie die großen Parteien des Reichstages, an die sich der Ruf zur Sammlung richtete, sich zu dieser Parole und den Trägern stellen würden.

Der Sammlungsappell in der Formulierung Miquels richtete sich in erster Linie an die Konservativen und Nationalliberalen, er verlor aber seinen Sinn, wenn im Reich nicht auch das Zentrum in die Front der Sammlungsparteien hineingezogen werden konnte.

Das deutsche Parteiensystem war im Jahre 1897 schon zu stark stabilisiert und ideologisch wie interessenmäßig gebunden, als daß die Sammlungsparole eine parlamentarisch umwälzende Wirkung haben konnte [112]). Sie bedeutete auch letzten Endes nur eine Anerkennung des parteipolitischen Zustandes und der Schwierigkeiten, die sich aus ihm für die Regierung ergaben. Miquel und Posadowsky wollten die Parteien zur Mitarbeit heranziehen unter größtmöglicher Berücksichtigung und Betonung der ihnen allen gemeinsamen Wünsche. Ein voller Erfolg konnte der Sammlungspolitik also erst dann beschieden sein, wenn Regierung und Parteien sich zu gegenseitiger Rücksichtnahme bereit zeigten.

[110]) Vgl. Anm. 107.
[111]) „Magdeburgische Zeitung“, vom 3. Juli 1897, Nr. 331.
[112]) „Kreuzzeitung“ vom 2.—4. Juli 1897, Nr. 332—335.

Zufrieden sein konnten mit den personellen Veränderungen vor allem die Konservativen [113]). Die beiden von ihnen befehdeten Staatssekretäre Marschall und Böttticher hatten ihren Platz räumen müssen. An die Stelle Marschalls trat Bernhard von Bülow, von dem man zunächst keine so starke Einwirkung auf die Innenpolitik zu erwarten hatte wie von Marschall. Er galt auch in konservativen Kreisen als der kommende Mann. Mit der Stärkung von Miquels Einfluß konnten die Konservativen gleichfalls zufrieden sein. Von dem neuernannten Staatssekretär des Innern endlich, glaubte man annehmen zu können, daß er in seinem neuen Amte die Sympathien, die er im Schatzamt bisher nur theoretisch der Landwirtschaft entgegengebracht hatte, nun auch praktisch verwirklichen werde. Ebenso glaubte man man in der Sozialpolitik eine Annäherung des Regierungskurses an die eigenen Anschauungen erwarten zu können. Graf Posadowsky galt bei den Konservativen als ein Mann, der stärker gegen die sozialistischen Bestrebungen sich einsetzen würde, als dies bisher von Regierungsseite der Fall gewesen war.

Die extreme Rechte, der Bund der Landwirte, der zwar zahlenmäßig im Reichstag nur eine kleine Rolle spielte, aber darüber hinaus die agrarische Bewegung in ihrer reinsten Form verkörperte und dessen Stellungnahme bei den kommenden Verhandlungen über die Gestaltung des Zolltarifs eine große Bedeutung zukam, beurteilte den innerpolitischen Umschwung vorsichtiger. Bei der einseitig wirtschaftlichen Tendenz dieser Gruppe wurde der Personenwechsel nicht als das Wesentliche angesehen: „Ist das, was hinter uns liegt, nur ein Personenwechsel gewesen, so wird unsere Haltung nicht im geringsten geändert" [114]). Der Bund der Landwirte als Kampforganisation forderte die sofortige und grundsätzliche Aenderung der Agrarpolitik und ein Eingehen der Regierung auf die eigenen Wünsche. Auch er erkannte aber an, daß die neuen Männer „klug, tüchtig und lebenserfahren" seien und gestand daraus einen gewissen Anspruch auf Vertrauen zu. Im allgemeinen aber lautete die Parole: „Wir warten ab" . . . „Wir wollen nicht vertrauensselig sein" [115]). Der Bund der Landwirte wollte auch weiterhin das agrarische Gewissen der Regierung bleiben. Er behielt sich vor, nach den Taten der neuen Männer seine Stellung einzunehmen.

Wesentlich kühler beurteilten die Nationalliberalen den neuen Kurswechsel. Schon im Laufe des Sommers bei der Besprechung der Militärstrafprozeßordnung, der Vereinsvorlage und in Verbindung

[113]) „Kreuzzeitung" vom 2.—4. Juli 1897, Nr. 332—335.
[114]) „Deutsche Tageszeitung" vom 7. 7. 1897, Nr. 186.
[115]) „Deutsche Tageszeitung" vom 10. 7. 1897, Nr. 189.

damit immer wieder auftauchenden Staatsstreichgerüchten hatten die Nationalliberalen kein Hehl daraus gemacht, daß sie die Entwicklung im Reich und in Preußen mit starken Mißtrauen verfolgten. „Man hat das Gefühl, daß die große Katastrophe, die man bis zum Herbst vertagt glaubte, unmittelbar bevorsteht", beurteilte ein nationalliberales Blatt am 29. Juni die Lage [116]). Als Katastrophe glaubten die Nationalliberalen den Sturz Böttichers und Marschalls ansehen zu müssen. Es war allerdings nicht die Furcht vor den neuen Männern, die dieses Urteil herbeiführte. Miquel und Posadowsky konnte man die Anerkennung für ihr staatsmännisches Geschick und eine erfolgreiche politische Wirksamkeit nicht versagen. Den Reichsschatzsekretär Posadowsky hatten die Nationalliberalen als einen entgegenkommenden sachlichen Verhandlungspartner kennen gelernt. Ihm persönlich brachte man durchaus Vertrauen entgegen [117]).

Ein anderes Moment bildete den Grund für die Verstimmung. Gerade die mittel- und westdeutschen Parteiblätter bekämpften energisch den Systemwechsel. Einer Sammlungspolitik in der Form der Zollpolitik Bismarcks von 1879 sowie einer Verlangsamung des sozialpolitischen Tempos waren die Nationalliberalen durchaus nicht abgeneigt. In der Großindustrie, die der Partei nahestand, mehrten sich die Stimmen, die eine Abkehr von der Freihandelspolitik befürworteten und auch für die eigenen Produkte einen höheren Zollschutz forderten. Dieser Umstand war für eine wirtschaftspolitische Sammlung und einen Ausgleich mit den agrarischen Schutzzöllnern erfolgversprechend.

Aber der Personenwechsel, wie er jetzt im Reiche eintrat, erschien den Liberalen „als ein beunruhigendes Symptom einer fortschreitenden Unterjochung des Staates durch das Junkertum" [118]). Die lang gefürchtete und immer bekämpfte Verpreußung des Reiches schien einzusetzen. Die Ernennungen erschienen den Nationalliberalen doch zu einseitig konservativ-preußisch. Die Kölnische Zeitung warf in Verbindung mit der Mitteilung des Personenwechsels die Frage auf, „ob das ostelbische Junkertum den Anspruch erheben darf, daß die Gesamtheit ihm seine bisherige Lebenshaltung gewährleistet, oder aber, ob das Junkertum politisch in die Stellung gedrängt werde, die seinen Leistungen im wirtschaftlichen und geistigen Leben der Nation

[116]) „Magdeburgische Zeitung" vom 29. 6. 1897, Nr. 324.
[117]) „Magdeburgische Zeitung" vom 8. 7. 1897, Nr. 340 und 2. 7. 1897 Nr. 329.
[118]) „Magdeburgische Zeitung" vom 26. 6. 1897, Nr. 318 aus Kölnische Zeitung.

entspricht“ [119]). Der Liberalismus als der Träger des Reichsgedankens, der wirtschaftlichen Expansion und des kulturellen Freiheitsideals wollte seine Stellung im Reich nicht aufgeben zugunsten einer Bevorzugung altpreußisch-konservativer Kreise.

Der Sammlungsparole Miquels, hinter der ein rein agrarischer Kurs vermutet wurde, setzte der Liberalismus das „Feldgeschrei der Sammlung aller bürgerlichen Kräfte zum Kampf gegen das Junkertum“ [120]) entgegen.

Gegen Miquels Ernennung zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums erhoben sich Bedenken aus den gleichen Gründen. Es wurde mit Genugtuung vermerkt, daß Miquel nicht das Reichsamt des Innern übernahm, denn er galt zu sehr als „preußischer Staatsmann“ [121]). Die konservativ-agrarische Gesinnung des Grafen Posadowsky war nicht in dem Maße gefährlich, wie die Ambitionen des preußischen Finanzministers. Er galt als ein Verfechter der Reichsinteressen, dem es zum Verdienst angerechnet wurde, daß er sich in seiner Eigenschaft als Schatzsekretär dem preußischen Partikularismus entschieden entgegengestellt halte. Auch war er bekannt als ein Hüter des konstitutionellen Gedankens. Diese Eigenschaft wurde von den Nationalliberalen hoch gewertet [122]). Sie söhnte einigermaßen mit der Tatsache aus, daß Graf Posadowsky auch den preußischen konservativen Junkerkreisen zugerechnet werden mußte. Ebenso wirkte beruhigend der Umstand, daß der gemäßigt-liberale Hohenlohe die Leitung der Gesamtpolitik behielt [123]). Es galt für ausgemacht, daß er seine Hand zu der befürchteten Verpreußung nicht geben würde.

Das Kartell der Produktionsstände lehnten die Nationalliberalen nicht von vornherein ab. Sie sprachen nur die Bedenken aus, daß „es nicht mehr die Kraft haben werde, sie mit den extremen Forderungen der Agrarier auszusöhnen“ [124]). Bei aller Anerkennung des guten Willens der beteiligten Männer, diese Sammlung der Produktionsstände zu erreichen und eine gerechtere Berücksichtigung aller Wünsche zu garantieren, bezweifelten die Nationalliberalen den Erfolg dieser Bemühungen, da alle, „die sich den agrarischen Demagogen

---

[119]) Vgl. Anm. 118.

[120]) „Magdeburgische Zeitung“ vom 26. 6. 1897, Nr. 318 aus Kölnische Zeitung.

[121]) „Magdeburgische Zeitung“ vom 27. 6. 1897, Nr. 320 und vom 2. 7. 1897, Nr. 329/30.

[122]) „Magdeburgische Zeitung“ vom 2. 7. 1897, Nr. 329 und vom 8. 7. 1897, Nr. 340.

[123]) „Magdeburgische Zeitung“ vom 10. 7. 1897, Nr. 345 und vom 26. 6. 1897, Nr. 318.

[124]) „Magdeburgische Zeitung“, vom 18. 7. 1897, Nr. 359 aus Kölnische Zeitung.

entgegenstellen, diese Keckheit mit dem Verlust ihrer Stellung büßen müssen und keine Lust haben werden, es mit dem Junkertum durch ernste und nachdrückliche Mahnung zur Besonnenheit zu verderben"[125]).

Man vermißte im Sammlungsaufruf Miquels, der zunächst nur das allen beteiligten Ständen Gemeinsame herausgestellt hatte, die Absage an die extrem konservativ-agrarischen Kreise. Die Nationalliberalen wollten sofort eine scharfe Abgrenzung gegen die für sie untragbaren Ansprüche der Agrarier gezogen wissen[126]).

Die Betonung des Kampfes gegen das Proletariat war den Nationalliberalen an sich nicht unwillkommen. Denn auch die Industrie rief nach einer Verlangsamung der sozialen Reform. Nur eine repressive Politik gegenüber der sozialdemokratischen Partei wurde nicht gutgeheißen. Die Gefahr war zu groß, daß sich die Regierung zu unkonstitutionellen Maßnahmen hinreißen ließ, und zu gegebener Zeit neben der sozialdemokratischen Partei auch die legislative Gewalt des Reichstages überhaupt eingeschränkt werde. Das Resultat war also, daß die Nationalliberalen nicht daran dachten, die Sammlungsparole bedingungs- und widerspruchslos entgegenzunehmen. Es waren zwar Momente vorhanden, die darauf hinwiesen, daß die Sammlungspolitik auf den einzelnen Gebieten der Innenpolitik auf eine Unterstützung der Nationalliberalen hoffen konnte. In wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen wollte man den Regierungskurs gern bejahen, soweit er sich mit den eigenen Wünschen deckte. Im Augenblick überwogen aber doch die Bedenken, daß man am Anfange einer großen Staatsumwälzung zugunsten des ostelbischen Agrariertums stehe. Eine starke Wirkung hatte die Sammlungsparole an sich nicht.

Die größte Bedeutung kam der Haltung des Zentrums zu, von dessen Stellungnahme der Erfolg der Sammlungspolitik im wesentlichen abhing.

Sie wurde vom Zentrum lebhaft begrüßt, soweit sie einen Ausgleich der wirtschaftlichen Interessengegensätze anstrebte. Das Zentrum nahm wirtschaftspolitisch keine klare und einheitliche Stellung ein. Es war nicht in demselben Maße an eine bestimmte Erwerbsschicht gebunden, wie die anderen bürgerlichen Parteien. Innerhalb der Zentrumspartei war eine Sammlung von Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie, von Produzenten und Konsumenten durchgeführt, deren gleichmäßige Berücksichtigung die Partei sich aus Opportunitätsgründen zur Aufgabe machte. Im Augenblick hielt man auch in Zentrumskreisen eine stärkere Beachtung

[125]) Vgl. Anm. 124.
[126]) Vgl. Anm. 124.

der agrarischen Forderungen für notwendig. Dem Gedanken einer Sammlung brachte die Partei demgemäß soweit er sich auf das wirtschaftspolitische Gebiet beschränkte — Sympathien entgegen [127]).

Bedenken trug man in der Zentrumspartei nur in der Befürchtung, daß sich die Sammlungspolitik nicht beschränken werde auf Wirtschaftspolitik.

Entscheidend war es, daß die Parole zur Sammlung von Miquel ausging. Diesen Minister und seine politischen Aktionen betrachtete das Zentrum mit stärkstem Mißtrauen. Man vermißte in seinem Programm die Beschränkung auf das wirtschaftliche Gebiet und befürchtete, daß es ein Neuerstehen des Kartells bezwecke und neben der Bekämpfung der Sozialdemokratie eine Zurückdrängung des Zentrums aus seiner im Reiche dominierenden Stellung zum Ziele habe. „Solange die Sammlung eines sachlich festumschriebenen Programms entbehrt und nur gegen die antinationalen Parteien und gegen die Sozialdemokratie die Parole ausgeht, muß sie sich auf Wahlpolitik beschränken und in dieser Wahlpolitik ihre ganze Tätigkeit aufgehen lassen" [128]).

Auch das Zentrum schätzte den Träger der Sammlungspolitik im Reich, Graf Posadowsky, seit seiner Tätigkeit im Reichsschatzamt. Ihm persönlich brachte es durchaus Vertrauen entgegen [129]). Die scharfe Ablehnung richtete sich mehr gegen den Versuch der Kartellparteien, im kommenden Wahlkampf die Sammlungsparole gegen das Zentrum zu benutzen und je einem Zentrumskandidaten einen Kandidaten des nationalen Blocks von Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen entgegenzustellen. Miquel konnte nicht hoffen, eine Unterstützung des Zentrums für sich zu gewinnen [130]).

Graf Posadowsky aber konnte man nicht den Gedanken unterstellen, daß er sich bemühe, das Zentrum auszuschalten. In der Zusammenarbeit mit dem Zentrum im Reichsschatzamt hatte er sich als ein sachlicher Verhandlungspartner erwiesen, der die Stärke der Position des Zentrums kannte und eine Zurückdrängung dieser Partei nicht für wünschenswert oder möglich hielt.

Insgesamt gesehen, mußte kurz nach der Umbesetzung der Reichsämter die parlamentarische Lage dahin beurteilt werden, daß die Sammlungsparole keine umwälzende Wirkung auf die Parteien aus-

---

[127]) „Germania" vom 5. 3. 1898, Nr. 52, 1. Blatt; vom 18. 5. 98, Nr. 112, 3. Blatt; 22. 5. 1898, Nr. 115, 3. Blatt.
[128]) „Germania" vom 18. 5. 1898, Nr. 112, 3. Blatt.
[129]) Bachem, 5. Bd., S. 305.
[130]) Vgl. Anm. 128.

geübt hatte. In keiner Weise ging aus den Aeußerungen der Parteistellen zum Ministerwechsel hervor, daß sie geneigt seien, unter Hintenansetzung ihrer eigenen Ziele sich der Regierung zur Verfügung zu stellen. Gerade die Parteien, an die der Aufruf zur Mitarbeit erging, bezogen zunächst eine abwartende Stellung. Die neuen Männer sollten erst zeigen, welche Richtung sie der Wirtschafts- und Sozialpolitik geben wollten. Von Fall zu Fall wollten die parlamentarischen Gruppen dann ihre Entscheidung treffen.

2. Der Beginn der neuen Wirtschaftspolitik und die Gründung des Wirtschaftlichen Ausschusses.

Das praktische Ziel, das die Sammlungspolitiker mit ihrer neuen Parole in erster Linie verfolgten, war die Umgestaltung der deutschen Wirtschaftspolitik. Die Ernennung des Grafen Posadowsky zum Staatssekretär des Innern war erfolgt, weil man glaubte, in ihm die Persönlichkeit gefunden zu haben, die geeignet sein würde, die schweren Aufgaben der Wirtschaftsreform zu meistern. Auch die Richtung, in der sich diese Reform bewegen würde, war mit seiner Wahl gekennzeichnet. Die kommende Periode der deutschen Wirtschaftspolitik sollte im Zeichen eines Ausgleichs und der Zusammenarbeit der beiden großen Produktionsstände, der Industrie und der Landwirtschaft, stehen. Das konnte, nach einer fünfjährigen Periode der Benachteiligung des Agrarstandes, nur geschehen, wenn in Zukunft die agrarischen Wünsche in den Maßnahmen der Regierung eine größere Berücksichtigung fanden.

Mit dem Grafen Posadowsky war deshalb nicht nur ein Mann betraut worden, dessen umsichtiger Führung und organisatorischer Fähigkeit ein so umfassendes Werk unbedenklich übergeben werden konnte, sondern auch seine agrarfreundliche Stellung war über jeden Zweifel erhaben. Traditionsgemäß stand er diesem Erwerbszweig am nächsten. Seine agrarischen Sympathien wurzelten aber nicht in einem einseitigen und beschränkten Standesbewußtsein, sondern in der Ueberzeugung, daß es die vornehmste Pflicht des Staates sei, den staats- und volkspolitisch wichtigsten Volksteil zu schützen. In seinen Augen war die landwirtschaftliche Bevölkerung das stärkste Bollwerk gegen alle revolutionären Bestrebungen eines wurzellosen Proletariats.

Diese agrarisch-konservative Ideologie, zu der sich der Staatssekretär wiederholt in der Oeffentlichkeit bekannt hatte [131]), konnte

[131]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 2. Sess., 7. 3. 1894, 66. Sitz.; Penzler, I, S. 180 ff.; Sten. Ber., 9. Leg. Per., 4. Sess., 50. Sitz., 3. 3. 1896; Penzler, I, S. 349 ff.; Sten. Ber., 9. Leg. Per., 3. Sess., 4. Sitz., 12. 12. 1894, Penzler, I, S. 241 ff.

den Eindruck erwecken, daß mit seiner Ernennung zum Leiter der Wirtschaftspolitik eine einseitige Begünstigung und Bevorteilung der Landwirtschaft einsetzen würde, die sich über die berechtigten Wünsche von Industrie, Handel und Konsumenten hinwegsetzte. Es wurden Befürchtungen laut, daß die Regierung nun in einseitiger Form für die Landwirtschaft sich einsetzen, daß ein radikaler Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik stattfinden werde[132]). In den häufigen Sympathieerklärungen des neuen Staatsrekretärs glaubten die nichtagrarischen Kreise der Wirtschaft genügend Beweise und Gründe für die Bedenken zu haben, mit denen sie die Neubesetzung des Staatssekretariats verfolgten.

Allein schon die Betonung der Notwendigkeit eines Ausgleichs zwischen den Interessen der beiden Produktionsstände, wie sie der Kaiser und Miquel in ihren Reden gefordert hatten, wies darauf hin, daß die Sammlungspolitik doch nicht bezweckte, einseitig agrarische Wirtschaftspolitik zu treiben.

Trotz der so oft bekundeten Sympathie für die Landwirtschaft und aller agrarischen Verwurzelung seines politischen Denkens war auch Graf Posadowsky nicht gewillt, den Forderungen der Agrarier, wie sie etwa vom Bund der Landwirte vertreten wurden, Gehör zu schenken und nur als ihr Anwalt aufzutreten. Auch er wollte nicht die bewährten Bahnen der deutschen Handelspolitik verlassen und sich in Experimente einlassen, die verderbliche Auswirkungen auf die deutsche industrielle Produktion und Exportwirtschaft haben konnten und keine Gewähr für eine Beruhigung der parlamentarischen Kämpfe boten, ohne daß sie zugleich eine Gewähr für die Gesundung der Landwirtschaft in sich schlossen. Posadowsky war auch hinsichtlich der Wirtschaftspolitik kein Theoretiker und Doktrinär. Er wollte nicht mit neuen unerprobten Methoden Wirtschaftspolitik betreiben, sondern fühlte sich berufen, eine ruhige und geordnete, den Realitäten des deutschen Wirtschaftslebens Rechnung tragende Entwicklung zu fördern. Nicht politische Neigungen und Abneigungen sollten sein Tun beeinflussen. Er hoffte, die Debatten über die wirtschaftspolitischen Ziele, die einen rein agitatorischen Charakter angenommen hatten und die Front der bürgerlichen Parteien immer mehr zersplitterten, wieder aus dem parteipolitischen Getriebe hinüberzuleiten in ein geordnetes Zusammenarbeiten und Beraten der beteiligten Kreise. Der Staatssekretär fühlte und handelte als Beamter und verantwortlicher Staatsmann, nicht als konservativer Politiker und Agrar-

[132]) „Magdeburgische Zeitung" vom 18. 7. 1897, Nr. 359, aus Kölnische Zeitung, und vom 26. 7. 1897, Nr. 373.

freund. Seine Wirtschaftspolitik sollte nicht eine neue Kluft aufreißen, sondern ausgleichend wirken.

Die Sympathien des neuen Leiters des Reichsamtes des Innern standen dabei allerdings ganz auf Seiten der Landwirtschaft. Ihre für wohlbegründet erachtete Mißstimmung über den bisherigen Kurs der Handelspolitik wollte er überwinden und das Vertrauen der agrarischen Gruppen und Parteien in die Führung der Regierung wieder erobern. Dieses Ziel verfolgte er mit der Propagierung der Sammlungspolitik.

Die Methoden, mit denen er der Landwirtschaft helfen wollte, unterschieden sich nicht wenig von den Idealen des Bundes der Landwirte. Vor eiligem Handeln und jähem Umbruch in der Handelspolitik, ohne Rücksicht auf die bestehenden Verträge, schreckte seine vorsichtige, auf Ausgleich eingestellte Beamtennatur zurück. Es ist charakteristisch, daß Graf Posadowsky, obwohl die neuen Handelsverträge erst im Jahre 1904 abgeschlossen werden konnten, schon 1897 die Notwendigkeit der Revision betonte und ungesäumt an diese Arbeit heranging. Wenn er auch damit das einfache politische Ziel verfolgte, die agrarische Rechte zu beruhigen und einer Verschärfung ihrer Opposition vorzubeugen, so hatte dieser frühzeitige Beginn der Vorbereitungsarbeiten doch auch einen technischen Grund. Eine so umfassende Arbeit, wie sie die Revision des deutschen Zolltarifs und der deutschen Wirtschaftspolitik darstellte, durfte nach seiner Ansicht nicht vom Zaune gebrochen werden, sondern mußte in jahrelangem Erwägen und Sammeln von Material und Ratschlägen zu einer ruhigen Reife gelangen.

Der Staatssekretär war weit davon entfernt, den Eindruck zu erwecken, als werde seine Leitung bei dieser Vorarbeit nur der Berücksichtigung der Landwirtschaft dienen. Die Ueberzeugung hegte er allerdings, daß es gegenüber dem Zustande, in dem sich die Landwirtschaft befindet, es „unsere heiligste Pflicht ist, aufs ruhigste und objektivste zu prüfen, inwieweit sich diese Forderungen mit den Interessen der anderen Berufszweige vertragen“ [133]).

Die Unabhängigkeit der Regierung von der agrarischen Bewegung wollte er gewahrt wissen. Das zeigte seine scharfe Verurteilung der rein tendenziösen Anträge, die im Reichstag von dem extremen Flügel der Landwirtschaft eingebracht wurden und seine Mahnung an die Agrarier, doch auch in ihrem eigenen Interesse eine Politik der Sammlung einzuschlagen [134]). „Ich be-

[133]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 10. Sitz., 14. 12. 1897, Penzler, I, S. 563.

[134]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 1. Sess., 122. Sitz., 14. 12. 1899, Penzler, II, S. 237.

streite, daß Sie in der Lage sind, gegen die Regierung und über die Regierung hinaus tatsächliche Vorteile für die Landwirtschaft zu erhalten. Sie können das nur Hand in Hand mit der Regierung, und ich habe die Ueberzeugung, wenn Sie den beabsichtigten Entschluß hier fassen, wird er Ihrem gegenwärtigen politischen Programm nur schaden" [135]).

Hieraus erhellt, daß sich der Staatssekretär bewußt war, daß seinem Werke nicht nur von linker freihändlerischer Seite her Gefahren drohten, sondern auch von der extremen Rechten durch eine Ueberspitzung ihrer Wünsche. Er wurde nie müde, beschwörende Worte an die ihm innerlich nahestehenden Konservativen zu richten, daß sie ihre Wünsche mäßigen möchten.

Graf Posadowskys Natur lag das starke Hervortreten in der allgemeinen Politik, wie er es in den ersten Monaten seiner neuen Amtstätigkeit aus taktischen Motiven pflegte, fern. Seine Aufrufe aus dieser Zeit suchten die schwindende Autorität der Regierung beim Bürgertum zu festigen und um Vertrauen in die Maßnahmen der neuen Regierung zu werben. Näher als diese politische Regsamkeit lag ihm als Beamten doch die sachliche Arbeit in dem von ihm verwalteten Ressort, auf die er sich sehr bald wieder mehr und mehr beschränkte.

Während er in der allgemeinen Tagespolitik mit seinen Sammlungsreden keine greifbaren Erfolge zu erzielen vermochte, gelang es ihm, bald nach dem Beginn seiner Amtstätigkeit, mit der Bildung des wirtschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung der Handelsverträge sich ein Gremium von Sachverständigen zur näheren Mitarbeit heranzuziehen und so in diesen engen Bahnen eine Sammlung von Vertretern der verschiedenen Produktionsstände zu erzielen.

Es konnte dem neuen Leiter des Reichsamtes des Innern zum Verdienst angerechnet werden, daß er die Diskussion über die Wirtschafts- und Handelspolitik, die sich immer mehr versteifte und zu einer ernsten Gefahr für die ganze innerpolitische Entwicklung des Reiches zu werden drohte, mit seinen programmatischen Ausführungen vom 21. Januar 1897 auf das sachliche Gebiet gelenkt hatte.

Damals hatte er die erste Formulierung der Voraussetzungen eines neuen Kurses der deutschen Wirtschaftspolitik gefunden, die nach den jahrelangen hinhaltenden und beruhigenden Erklärungen der Regierung zum ersten Male von autoritativer Seite positiv Zweck und Aufgabe der neuen Richtung umrissen:

---

[135]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 1. Sess., 122. Sitz., 14. 12. 1899, Penzler, II, S. 237.

„Ich glaube, es wird deshalb notwendig sein, als Grundlage für den Abschluß neuer Handelsverträge vor allen Dingen einen viel spezifizierteren neuen Tarif aufzustellen.

Es muß zunächst das System für einen neuen und autonomen Tarif aufgestellt und demnächst jede einzelne Position des jetzigen Tarifs durchgegangen werden. Es müssen ferner die aus Interessentenkreisen hervorgegangenen Wünsche auf Tarifänderungen einer genauen Erwägung unterzogen werden, und schließlich muß über die einzelnen Positionen gruppenweise mit den Interessenten selbst verhandelt werden. Erst wenn man so eine feste wirtschaftliche Grundlage aus dem Verständnis der beteiligten Kreise heraus gewonnen hat, kann man die Arbeit abschließen und dem Bundesrat, und später dem Reichstag, zur Beurteilung und Beschlußfassung vorlegen“ [136]).

Bemerkenswert an diesen Ausführungen des Schatzsekretärs war einmal das Hervorheben der Tatsache, daß der bestehende Zolltarif durchaus nicht mehr als geeignete Grundlage für eine wirtschaftspolitische Reform angesehen werden konnte und in seiner Revision die Vorbedingung für eine gerechtere Gestaltung der Handelspolitik lag. Zweitens mußte das Bekenntnis der Bereitwilligkeit, in enger Fühlung mit den Interessentenkreisen diese Arbeit zu vollziehen, Beachtung finden. Das wies schon hin auf die Sammlungsparole. Graf Posadowsky konnte sich damit das Vertrauen aller der Kreise erringen, die eine Abkehr von der Handelspolitik Caprivis befürworteten. Diese konnte bei einem so eindeutig als Agrarfreund bekannten Staatsmann nur in der Richtung einer verstärkten Schutzzollpolitik liegen, wenn er es auch vermied, zu dieser vorzüglich die Ansichten scheidenden Frage eindeutig Stellung zu nehmen. Es traf sich günstig, daß auch die Industrie in wachsendem Maße mit der Handelspolitik unzufrieden war und die Rückkehr zur Schutzzollpolitik Bismarcks befürwortete [137]).

Die Sammlungspolitik konnte demnach, soweit sie sich auf eine Zusammenarbeit der Produktionsstände bei der Vorarbeit zum neuen Tarif beschränkte, als erfolgversprechend angesehen werden.

Hatte so die Sammlungsparole die politischen und parlamentarischen Voraussetzungen für einen Erfolg des neuen Kurses ge-

[136]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 4. Sess., 158. Sitz., 21. 1. 1897, Penzler, I, S. 450 f.

[137]) H. A. Bueck: Der Zentralverband deutscher Industrieller. 1876—1901, 4 Bde., Berlin 1901; 1. Bd., S. 505, 520 ff.; vgl. auch Holländer, II, S. 309.

schaffen, so verblieb dem Reichsamt des Innern als der zuständigen Behörde die Pflicht, auch die technischen Vorbedingungen für eine erfolgreiche Vorarbeit zu schaffen. Posadowsky hatte schon im Reichsschatzamt mit der Aufstellung eines neuen Tarifschemas begonnen.

Der alte Tarif stammte in seiner ursprünglichen Gestalt aus dem Jahre 1818. Trotz mancher Überarbeitung und mancher Zusätze war er im Hinblick auf die ungeheure Entwicklung der Industrie vollkommen veraltet [138]). Gerade bei den Handelsvertragsverhandlungen zur Zeit Caprivis war der Mangel eines den gewerblichen Verhältnissen entsprechenden Tarifs hervorgetreten. Die deutschen Unterhändler waren gezwungen gewesen, als Kompensationsobjekte für die Zugeständnisse anderer Staaten große Gruppen der eigenen Industrieerzeugnisse, die in dem Tarif in einer Position zusammengefaßt waren, zur Verfügung zu stellen.

Diesem Uebelstand wollte der Staatssekretär des Innern abhelfen, wenn er erklärte, daß es darauf ankomme, einen viel spezifizierteren Tarif zu schaffen.

> „Je größer die einzelnen Tarifpositionen sind, je mehr von den verschiedensten Gegenständen sie enthalten, desto größere Zugeständnisse machen wir unsererseits, wenn wir auf eine solche Tarifposition Ermäßigung nachlassen, während der Gegner, der einen spezialisierten Tarif hat, selbstverständlich bei Nachlaß einer Position eine volkswirtschaftlich leichter wiegende Konzession macht" [139]).

Graf Posadowsky verdankte dieser klaren Auffassung von den Notwendigkeiten einer Tarifreform seine Berufung zum Leiter des Reichsamtes des Innern. Er war nicht nur der Mann, der politisch das Vertrauen der großen bürgerlichen Parteien besaß, sondern auch die genügende fachmännische Kenntnis und die zur Bewältigung der umfassenden Vorarbeiten notwendige Energie und Arbeitskraft aufzuweisen hatte.

Sein Wunsch, eine Zentralstelle zu schaffen, in der sich die Sachverständigen und Vertreter aller Produktionsstände zu gemeinsamer Mitarbeit zusammenfanden, sollte schnell verwirklicht werden. Der Zentralverband deutscher Industrieller, die Spitzenorganisation der deutschen Industrie sowie der deutsche Handelstag, die zusammenfassende Vertretung des Handels, hatten von sich aus den Plan gefaßt, eine

---

[138]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 10. Sitz., 14. 12. 1897, Penzler, I. S. 558 ff.

[139]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 10. Sitz., 14. 12. 1897, Penzler I, S. 558 ff.

Zentralstelle einzurichten, die eine im Sinne der beiden Verbände beratende Mitarbeit für die Regierung bieten sollte [140]). Gleichzeitig sollte sie als Gegengewicht gegen die agrarische Propaganda und den agrarischen Einfluß wirken. In den Kreisen der Industrie und des Handels befürchtete man, daß die wohl ausgebaute Organisation der Landwirtschaft, der Bund der Landwirte, auf die wirtschaftspolitischen Entschließungen der Regierung einen die eigenen Interessen schädigenden Einfluß ausüben könnte. Eine gemeinsame Tätigkeit erwies sich indes als undurchführbar, da keine der beiden Berufsorganisationen bereit war, der anderen die Leitung dieser Zentralstelle zu überlassen. Der Streit um den Vorsitz fand seine Begründung in der Verschiedenartigkeit der wirtschaftspolitischen Ziele beider Verbände. Der Handelstag begünstigte das Freihandelssystem, der Zentralverband war überwiegend schutzzöllnerisch gesonnen [141]).

In einer Denkschrift vom 13. Juni 1897 hatte darauf der Zentralverband durch seinen Generalsekretär der Regierung vorgeschlagen [142]), das Reich solle von sich aus die Grundlage für diese begutachtende, beratende und vorbereitende Körperschaft schaffen. Aehnlich dem von Bismarck anläßlich der großen Zollreform von 1879 geschaffenen Zollbeirat schlug der Zentralverband hier vor, ein Gremium aus den Vertretern der Reichsämter, der preußischen Ministerien, der Einzelstaaten, der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie zu bilden, das durch seine fachmännische Kenntnis und Zusammensetzung eine gerechte Berücksichtigung aller Interessen garantierte [143]).

Dieser Vorschlag fand die Zustimmung des Auswärtigen Amtes, des Schatzamtes, des preußischen Handels- und des Finanzministers. Nur Posadowsky hegte gegen die Verwirklichung dieses Planes schwere Bedenken. Die Heranziehung von Sachverständigen hatte auch er ins Auge gefaßt. Aber im Gegensatz zu dem Vorschlag des Zentralverbandes wollte er die Gründung der Zentralstelle der freien Initiative der beteiligten Verbände überlassen und eine Mitwirkung staatlicher Stellen vermeiden. Er hielt die Beteiligung des Staates für ungünstig, da er vermutete, daß der Reichstag, wenn die Regierung sich mit den freien Verbänden zusammenschließe, auch seinerseits eine Beteiligung beanspruchen werde und dann eine geheime Durchführung der Vorarbeiten unmöglich sei. Sein Ideal war es, die Bildung einer Kommission den freien wirtschaftlichen Verbänden allein zu überlassen, die auch die Leitung ihrer Verhandlungen für sich zu behalten hatten. Das

[140]) Bueck, I, S. 519 ff.
[141]) Bueck, I, S. 523.
[142]) Bueck, I, S. 519 ff.
[143]) Bueck, I, S. 534.

Reich konnte sich dann jederzeit auf das von dieser Kommission gesammelte Material berufen, ohne daß es sich an die Vorschläge irgendwie gebunden zu fühlen brauchte. Es konnte dann ganz nach dem staatlichen Interesse seine Entscheidungen treffen[144]).

Die ablehnende Haltung des Staatssekretärs hatte daneben aber auch ihren Grund in der Befürchtung, daß die große Anzahl der beteiligten Verbände und Behörden, die Heranziehung der Einzelstaaten und anderer, seinem Programm kritisch gegenüberstehender staatlicher Stellen, die Ausführung seiner Pläne verhindern könnte.

Die Argumente Graf Posadowskys konnten sich nicht durchsetzen. Am 3. September hatte der Generalsekretär des Zentralverbandes mit dem Staatssekretär eine Unterredung, in der er nochmals die Notwendigkeit betonte, daß das Reich die Initiative ergreife, da eine freie Verständigung der wirtschaftlichen Verbände sich als unmöglich erweise.

Daraufhin hielt Posadowsky seine Bedenken zwar weiter aufrecht, erklärte sich aber doch bereit, eine Konferenz von Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels zu berufen, die unter seinem Vorsitz am 25. September stattfand[145]).

In ihr gelang es ihm, die Gegensätze auszugleichen und die drei Organisationen zu bewegen, unter Beiseitelassung aller untergeordneten und theoretisch trennenden Momente im Interesse der wirtschaftlichen Zukunft des Reiches sich auf einer gemeinsamen Basis zusammenzufinden. Diese Einigung gab für das Gelingen des ganzen Werkes einen günstigen Auftakt. Es wurde beschlossen, daß jeder der drei beteiligten Verbände fünf Mitglieder für den Ausschuß namhaft machen sollte, während der Reichskanzler das Recht erhielt, weitere zehn Mitglieder zu ernennen, eine Zahl, die später auf fünfzehn erhöht wurde. Am 29. September erhielten diese Abmachungen positive Form in der Verfügung des Reichskanzlers zur Bildung des „Wirtschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung der Handelsverträge". Graf Posadowsky konnte als seinen Erfolg buchen, daß ihm die Leitung dieses Ausschusses übertragen wurde und die Mitwirkung der übrigen Reichsressorts bezw. der Einzelstaaten unterblieb. Dafür hatten die wirtschaftlichen Verbände es durchgesetzt, daß das Reichsamt des Innern die offizielle Leitung der Beratungen übernahm und diese damit einen zumindest offiziösen Charakter trugen. Nach der Ausschaltung der anderen behördlichen Stellen konnte Posadowsky gegen diese Regelung nicht

144) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., 24. Sitz., 12. 1. 1901, Penzler, II, S. 410; ebenda: 103. Sitz., 3. 12. 1901; Penzler, II, S. 526 f.

145) Bueck, I, S. 355 f.

146) Bueck, I, S. 538.

mehr so starke Bedenken tragen, da sein alleiniger Einfluß auf die Beratungen gesichert war.

Weitere Schwierigkeiten ergaben sich aus der Tatsache, daß möglichst alle Wirtschaftszweige und -gebiete berücksichtigt sein sollten. Der Bericht des Zentralverbandes mißt das Verdienst an der baldigen Beseitigung dieser Hemmnisse Posadowsky zu. Sie gelang „infolge des im höchsten Maße dankbar anzusehenden Entgegenkommens des Staatssekretärs des Innern Graf Posadowsky", der sich bereit erklärte, die Mitglieder des früheren Zollbeirates, auf deren Mitwirkung man nicht verzichten wollte, dem Reichskanzler zur Berufung vorzuschlagen, so daß die Verbände in der Auswahl der ihnen zustehenden Mitglieder nicht von vornherein gebunden waren. Für die Verhandlungen des Ausschlusses wurde Amtsgeheimnis proklamiert.

Die Zusammensetzung des wirtschaftlichen Ausschusses wies darauf hin, daß Posadowsky beabsichtigte, durch diesen beratenden Ausschuß die schutzzöllnerische Handelspolitik sanktionieren zu lassen. Es fanden sich in dem Ausschuß die prominentesten Führer der agrarischen Bewegung, die Vertrauensmänner des zum Schutzzoll neigenden Zentralverbandes sowie des Handelstages, der an sich freihändlerisch gesonnen, auf den aber der Zentralverband starken Einfluß ausübte. Die von dem Reichskanzler auf Vorschlag Posadowskys ernannten Mitglieder waren zum großen Teil schon an den Beratungen von dem Umschwung zur Schutzzollpolitik unter Bismarck beteiligt gewesen. Auch von ihnen stand zu erwarten, daß sie sich wieder in protektionistischem Sinne betätigen würden.

Gar nicht berücksichtigt waren die Konsumenten, die Kleinbauern, die Handwerker und Arbeiter. Die Einseitigkeit in der Auswahl ließ die protektionistischen Absichten der Regierung zutage treten. Während deshalb die den Schutzzoll befürwortenden Kreise der Landwirtschaft und Industrie mit ihrem Beifall nicht kargten, wurde der wirtschaftliche Ausschuß sofort Gegenstand erbitterter Kritik von freihändlerischer Seite. Die Vertreter der linken liberalen Parteien und der Sozialdemokratie wandten auf Posadowskys Hinweis, daß es nicht zweckmäßig sei, die Kleinindustrie, die kein Interesse am Export, und die Konsumenten, die kein Verständnis für die verwickelten Verhältnisse des internationalen Verkehrs hätten, zu den Beratungen hinzuzuziehen, ein, daß sich auch unter den Führern der Gewerkschaften aller Schattierungen und den Vorständen der Genossenschaften geeignete Männer gefunden hätten, denen eine klare Beurteilung zugetraut wer-

den könne[147]). Der liberale Abgeordnete Gothein, der dem Ausschuß angehörte, erklärte später[148]), er habe sich in dem wirtschaftlichen Ausschuß gefühlt, wie in einer Animierkneipe für Schutzzölle. In der Tat hatte sich Posadowsky in dem wirtschaftlichen Ausschuß ein williges Instrument für die Durchführung seiner Schutzzollpolitik geschaffen[149]).

Noch im Jahre 1897 wurden die Arbeiten aufgenommen. Mit der bürokratischen Genauigkeit und Gründlichkeit, die Posadowsky auszeichneten, begann die Durchführung seines im Januar proklamierten Planes.

Um eine Gesamtübersicht über die Menge und den Wert der Produktion in den verschiedenen Gewerben sowie den Anteil des Exportes in den einzelnen Industrieen zu erhalten, wurde eine Statistik aufgestellt, die eine objektive und zugleich vollständige Uebersicht über die gesamte Produktion der deutschen Wirtschaft bot. Danach wurde die von Posadowsky angeregte neue Anordnung und Spezialisierung des Tarifschemas durchgeführt, sodaß der neue Tarif an Stelle der 387 alten 946 neue Positionen erhielt und damit ein bedeutend besseres Rüstzeug für künftige Handelsvertragsverhandlungen darstellte[150]).

3. Die Stellung der Sozialpolitik innerhalb der Sammlungspolitik und die sozialpolitischen Auffassungen Graf Posadowskys bei seinem Eintritt in das Reichsamt des Innern.

Die Vertreter der Sammlungspolitik hatten in erster Linie eine Neuorientierung der deutschen Wirtschaftspolitik im Auge. Es war jedoch unmöglich, diese neue politische Parole allein auf diesen Zweig staatlicher Betätigung zu beschränken. Schon die Tatsache, daß Miquel in seiner Sammlungsrede sich nicht auf den Hinweis der Notwendigkeit einer wirtschaftspolitischen Einigung beschränkte, sondern als einigendes Band zwischen den verschiedenen Interessen der Produktionsstände den Kampf gegen das revolutionäre Proletariat hinstellte, wies darauf hin, daß die Sammlungspolitik ihre Auswirkungen auch auf dem zweiten großen Gebiet der staatlichen Innenpolitik haben

147) Holländer II, S. 312.
148) Holländer II, S. 314 f.
149) Vgl. über die Bildung des Wirtschaftlichen Ausschusses und die Einseitigkeit seiner Zusammensetzung auch Wermuth: Ein Beamtenleben. Berlin, Scherl 1922, S. 218 ff.
150) Vgl. Posadowskys Schilderung der Entstehung des neuen Tarifs (Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., 103. Sitz., 3. 12. 1901, Penzler II, S. 525 ff.

würde. Dem Reichsamt des Innern und seinem neuen Staatssekretär war nicht nur die Leitung der Wirtschaftspolitik ressortmäßig zugewiesen. Ihm unterstand ebenso die Legislative für die gesamte Sozialpolitik des Reiches. Da Graf Posadowsky grundsätzlich beabsichtigte, in enger Verbindung mit den großen bürgerlichen Parteien die Neuordnung der Wirtschaftspolitik vorzunehmen, war es natürlich, daß auch die künftige Gestaltung der Sozialpolitik starkem Interesse begegnete. Je mehr sich die Parteien aus ihrer ursprünglichen ideologischen Fundierung gelöst hatten und zu Verfechtern der materiellen Interessen bestimmter Schichten und Erwerbskreise geworden waren, um so mehr Bedeutung maßen sie beiden Arbeitsgebieten der staatlichen Macht zu und machten ihre Zustimmung zu den einzelnen Aktionen der Regierung abhängig von der jeweiligen Rückwirkung auf die Interessen ihres Wählerkreises. Jede Partei suchte durch ihre parlamentarische Machtposition einen Einfluß auf die Aktionen der Regierung im Sinne ihrer eigenen wirtschafts- und sozialpolitischen Anschauungen und Wünsche zu erreichen und drohte mit oppositioneller Haltung, sofern die Gesetzgebung diese Wünsche nicht berücksichtigte. Die Wirtschaftspolitik war von der Sozialpolitik nicht zu trennen. Ressortmäßig waren sie im Reichsamt des Innern vereint, parlamentarisch waren sie nicht voneinander zu scheiden, da die Parteien ihre Zustimmung zu der einen nur bei Gewißheit der gleichzeitigen Berücksichtigung ihrer Wünsche bezüglich der anderen Materie geben wollten. Wenn also im Vordergrund auch die wirtschaftspolitischen Erörterungen standen, so gab die Ernennung des neuen Staatssekretärs doch auch Anlaß zu Auseinandersetzungen über die Gestalt der neuen Sozialpolitik.

Die Sozialpolitik Bismarcks wies eine einheitliche Linie auf[151]). Dabei verfolgte sie eine doppelte Tendenz. Bismarck hatte die sozialdemokratische Partei und ihre politischen Forderungen scharf bekämpft, weil er in ihnen eine Gefahr für seine Reichsschöpfung sah und die Unmöglichkeit eines Ausgleiches zwischen der marxistischen Klassenkampftheorie und den historischen Stützen des Reiches, der preußischen Krone, dem preußischen Militarismus und dem preußischen Beamtentum, erkannte. Gleichzeitig aber hatte er versucht, die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft, die sich aus der rasch wachsenden Industrialisierung des deutschen Wirtschaftslebens ergaben, zu erfüllen und zu befriedigen. Der erste Reichskanzler hatte mit

[151]) Hans Rothfels: Theodor Lohmann und die Kampfjahre der staatlichen Sozialpolitik (1871 1905). Berlin, Mittler 1927. Forsch. u. Darstellungen a. d. Reichsarch., 6. Heft, S. 48 ff.

dieser Politik ein doppeltes Ziel verfolgt. Einmal hatte er mit den repressiven Maßnahmen gegenüber der Sozialdemokratie den gefährlichen Einfluß dieser Partei zu lähmen gesucht. Auf der anderen Seite hatte er die soziale Verpflichtung des Staates gegenüber den Massen der Industriearbeiter erkannt und durch die sozialpolitische Gesetzgebung versucht, die Arbeiterschaft zu einer Abkehr von der Sozialdemokratie und zur Einordnung in die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu bewegen.

Die Errichtung der drei großen Versicherungswerke — der Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung — durch den Staat bot dem Arbeiter einen wirksamen Schutz gegen materielle Not. Aber die Sozialpolitik Bismarcks beschränkte sich darauf, Fürsorgepolitik zu sein. Nur die Sicherstellung gegen materielle Not des kranken und arbeitsunfähigen Arbeiters war die Aufgabe der staatlichen Sozialpolitik. Das Streben der arbeitsfähigen Arbeiter, ihre eigene Stellung zu verbessern und am öffentlichen Leben Anteil zu nehmen, fand keine Berücksichtigung. Bismarck lehnte es ab, Sozialpolitik im Sinne der Schaffung von Arbeiterberufsorganisationen zu treiben und damit die rechtliche und bürgerliche Gleichstellung des Arbeitertums mit den besitzenden Klassen zu vollziehen [152]). Damit scheiterte sein Versuch, durch staatssozialistische Maßnahmen zum Schutze der Schwachen die Massen der Arbeiterschaft für den Staat zu gewinnen. Wohl wurde die Sozialdemokratie durch die sozialpolitische Tätigkeit des Staates gezwungen, ihre Agitation zu ändern und neue taktische Wege zur Erlangung ihrer praktischen Forderungen einzuschlagen. Die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung aber glaubte, in der Erfüllung der sozialdemokratischen Forderungen die Voraussetzung einer Befriedigung ihres Verlangens nach durchgreifender Besserstellung sehen zu müssen [153]). Der Grund zu der sozialen Mißstimmung lag nicht weniger als in den materiellen Mißständen, in dem Streben nach wirklicher Rechtsgleichheit und Gleichberechtigung mit den besitzenden Klassen. Die bürgerlichen Parteien konnten, seitdem sie im Kampfe um die Zollgesetzgebung allmählich die wirtschaftliche Interessenvertretung einzelner bürgerlicher Erwerbsschichten übernommen hatten, für die parteimäßige Sammlung der Arbeiterschaft, die als Konsument auch wirtschaftspolitisch in Gegensatz zu den allgemeinen Grundsätzen der bürgerlichen Parteien stand, nicht mehr in Frage kommen. So gelang es Bismarck wohl, der staatlichen Pflicht des Schutzes der

---

[152]) Vgl. den Gegensatz Bismarcks zu Lohmann gerade in dieser Frage. Rothfels, S. 61 ff.

[153]) Herkner: Die Arbeiterfrage. Berlin 1921, I. Bd., S. 93 ff.

Schwachen zu genügen. Trotz der konsequenten Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Ausnahmegesetzgebung gelang es ihm indes nicht, den werbenden Einfluß der sozialdemokratischen Partei auf die Massen zu brechen.

Wenn dieser Sozialpolitik Bismarcks auch nicht ein sofortiger Erfolg beschieden war, so bot sie doch, indem sie eine klare und einheitliche Linie aufwies, Möglichkeiten für die Zukunft. Bei bewußter Fortführung dieser einheitlichen und konsequenten Politik erschien eine Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat nicht ausgeschlossen.

Der Sturz Bismarcks schien diesen Weg freizumachen. Die Nichterneuerung des Sozialistengesetzes und das soziale Programm des jungen Kaisers ließen die Möglichkeit einer Aussöhnung von Krone und Arbeiterschaft in nahe Aussicht treten[154]). Doch auch jetzt sollte es sich wieder zeigen, daß das Versprechen einer Sicherstellung gegen materielle Not und der Verzicht auf alle repressiven Maßnahmen nicht genügten, um die radikale Feindschaft der Sozialdemokratie gegen den Staat zu beseitigen und sie zur positiven Mitarbeit heranzuziehen. Als wesentliche Vorbedingung für diese Wandlung verlangte die Sozialdemokratie eine völlige politische und rechtliche Gleichstellung der hinter ihr stehenden Arbeitermassen mit den bürgerlichen Klassen und Berufsorganisationen[155]). Die Erfüllung dieser Forderungen mußte zu einer Strukturänderung des ganzen Reiches führen. Die monarchische Staatsform bildete an sich kein Hindernis für diese Entwicklung. Eine konsequente Folge der Anerkennung der politischen Gleichberechtigung mußte aber die Aufhebung des die Arbeiterschaft besonders stark benachteiligenden Dreiklassenwahlrechts in Preußen sein. Eine solche Regelung aber bedeutete einen Bruch mit der Tradition des preußischen Staates, der im Heer und in der Bürokratie stets seine Stützen gehabt hatte.

Soweit zu gehen, waren weder der Kaiser noch der neue Reichskanzler bereit. Ebensowenig bestand die Aussicht, daß die sozialdemokratische Partei bei Erfüllung ihrer Forderungen sofort zu einem Verzicht auf ihre revolutionären Ziele und zu einer Aufgabe der Klassenkampftheorie bereit sein würde.

Die soziale Wendung des Kaisers im Jahre 1890 entsprang mehr einem jugendlichen Optimismus und dem idealistischen Wunsche, eine geeinte Nation zu führen, als einer innerlich festbegründeten Ueberzeugung. Politische Folgerungen aus dieser sozialen Einstellung und seinem sozialen Pflichtbewußtsein zu ziehen, die auf staats-

---

[154]) Rothfels, S. 96 ff.
[155]) Herkner, I, S. 94.

rechtliche Aenderungen hinausliefen, war er nicht gewillt. Ebenso war Caprivi zwar aus außenpolitischen Motiven — weil er die Arbeitermassen in dem erwarteten Zweifrontenkriege gebrauchte — bereit, auf repressives Vorgehen gegen die Sozialdemokratie zu verzichten und sogar in der Wirtschaftspolitik den Wünschen und Interessen der Konsumenten entgegenzukommen. Aber auch er dachte nicht an verfassungsändernde Maßnahmen, wenn er auch erfahren mußte, daß eine soziale Politik im Reiche von preußischer Seite keine Unterstützung erfuhr und er gezwungen war, die Leitung der preußischen Politik anderen Händen zu überlassen.

So bedeutete die Aufgabe der einheitlichen sozialpolitischen Linie Bismarcks keine Lösung der Differenzen und Schwierigkeiten, die sich aus ihr ergeben hatten. Im Gegenteil, durch den Bruch mit der Sozialpolitik Bismarcks waren Hoffnungen erweckt worden, die nicht erfüllt wurden. Indem es sich zeigte, daß die sozialdemokratische Partei durch eine Aufgabe der Repressivpolitik nicht gewonnen werden konnte, mußte sich die Regierung schlüssig werden, nach welchem Gesichtspunkt sie fernerhin ihr Verhältnis zu dieser Partei gestalten wollte. Sie hatte einen in sich geschlossenen Kurs verlassen, ohne sich über den zukünftigen im klaren zu sein. Die soziale Frage blieb ein ungelöstes Problem.

In den Parteien hatte die Sozialreform in den Jahren nach 1890 zunächst weitgehende Unterstützung gefunden [156]). Auch sie hofften, daß die Gefahr, die dem Staate wie ihrem eigenen Bestande durch das stete Anwachsen der Sozialdemokratie drohte, durch die soziale Gesetzgebung am sichersten beseitigt werden könne. Seitdem es sich aber erwiesen hatte, daß der erhoffte Erfolg durch diese Methode unerreichbar blieb, war das Interesse an einer positiven Fortführung der Sozialreform geschwunden. Die Konservativen hatten ihren sozialfreundlichen Flügel um Stöcker im Jahre 1895 aus der Partei ausgeschlossen. Auch die Nationalliberalen, soweit auf sie der industrielle Einfluß wirkte, befürworteten eine Verlangsamung des sozialpolitischen Tempos. Die Furcht vor einer übermäßigen Belastung der Wirtschaft durch die aus der Sozialpolitik entstehenden Lasten wie vor einer Machterweiterung der Berufsvereine und Gewerkschaften veranlaßte weite Kreise der bürgerlichen Parteien, ihre bisher positive Haltung zur Sozialpolitik zu ändern [157]).

[156]) von Richthofen: Ueber die historischen Wandlungen in der Stellung der autoritären Parteien zur Arbeiterschutzgesetzgebung und die Motive dieser Wandlungen. Diss. Heidelberg 1901.

[157]) Walter Frank: Hofprediger Adolf Stöcker und die christlich-soziale Bewegung. Berlin, Hobbing, 1928, S. 313 ff.; Herkner, II, S. 106.

Von entscheidender Bedeutung aber wurde es, daß der Kaiser, enttäuscht über den Mißerfolg seiner Politik, sich bald von seinen sozialpolitischen Idealen abwandte. Der Einfluß seines Erziehers Hinzpeter und des Ministers Berlepsch, die beide im Sinne einer Weiterführung der Sozialreform auf ihn eingewirkt hatten, schwand bald [158]). An ihre Stelle trat als Berater in sozialpolitischen Fragen der Saarländische Großindustrielle von Stumm-Halberg. Dieser hatte in seinen Betrieben stets positive Sozialarbeit geleistet. Seine soziale Einstellung entsprang aber nicht einer Anerkennung der rechtlichen Ansprüche von Arbeiterseite, sondern seiner patriarchalischen Auffassung des Arbeitsverhältnisses, nach der ein Unternehmer zur Hilfe gegen soziale Not seiner Arbeiter verpflichtet war. Sein Ideal war: Alles für den Arbeiter, nichts durch den Arbeiter tun zu lassen. Alle Maßnahmen, die die Macht und die Freiheit des Unternehmers zu schmälern drohten, oder gar die Rechte der Arbeitnehmer förderten, wurden von dieser Richtung scharf bekämpft. Die Folge war die Forderung nach einer Verschärfung des Strafrechts zum Schutz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung [159]). Sie führten zur Umsturzvorlage von 1894/95 und zum preußischen Vereinsgesetz von 1895. Im preußischen Staatsministerium fand Berlepsch nicht mehr die Zustimmung zu weiterem Fortschreiten auf der Bahn einer stetigen und besonnenen Sozialpolitik. Auch der Kaiser erklärte, daß er zwar grundsätzlich auf dem Boden der Februarerlasse auch weiterhin stehe, daß die Sozialpolitik aber einstweilen ruhen müsse. Diese Stellungnahme führte dann 1896 zum Rücktritt Berlepschs, der unter dem Jubel der Gegner der Sozialreform aus seinem Amte schied [160]). Sein Nachfolger wurde der dem Zentralverband deutscher Industrieller nahe stehende Brefeld. Die Tatsache dieser Ernennung war ein Beweis, daß der Kaiser beabsichtigte, die Wünsche der Industrie zukünftig stärker zu berücksichtigen.

Die beiden die Sammlungspolitik einleitenden Reden des Kaisers und Miquels mit ihrer scharfen Betonung der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Revolution wiesen darauf hin, daß auch innerhalb der Sammlungspolitik der repressive Kurs in der Sozialpolitik nicht aufgegeben werden sollte. Ebenso sehr aber zeigte die scharfe Formulierung, die der preußische Finanzminister für die künftige Sozialpolitik fand, wie stark er doch von den preußischen Ver-

---

[158]) v. Richthofen, S. 30.
[159]) Walderſee, II, S. 325 ff.
[160]) Rothfels, S. 116, Hohenlohe, III, S. 126 ff. und K. A. v. Müller: Der dritte Reichskanzler, S. 30 ff.

hältnissen ausging, wo er in den Kartellparteien für diese Kampfparole eine sichere Gefolgschaft besaß. Im Reiche aber bot diese nicht so sichere Aussichten auf Erfolg. Die Bedenken, die das Zentrum gegen die Ernennung Graf Posadowskys zum Staatssekretär des Innern erhob, hatte ihren Grund darin, daß diese Partei im Gegensatz zu den anderen bürgerlichen Parteien einen Weg gegangen war, der von zunächst vorsichtiger Ablehnung zu positiver Förderung der Sozialarbeit führte. Während die ideologische Fundierung der bürgerlichen Parteiprogramme überwiegend einer mehr an den wirtschaftlichen Interessen bestimmter Stände orientierten Parteipolitik Platz gemacht hatte, war das Zentrum nicht an eine bestimmte wirtschaftliche Schicht unter den Wählern gebunden, sondern hatte als das parlamentarische Sammelbecken aller katholischen Volkskreise in wirtschafts- wie sozialpolitischen Fragen eine zwischen den Ständen vermittelnde und ausgleichende Haltung eingenommen. Zur Zeit der sozialen Gesetzgebung durch Bismarck stand das Zentrum diesem neuen Zweig der Innenpolitik noch mit starken Bedenken gegenüber. Die aristokratische Führung der Partei hatte patriarchalische Auffassungen in der sozialen Frage und lehnte staatssozialistische Methoden ab [161]).

Diese Stellungnahme zu allen sozialpolitischen Fragen hatte sich im Verlauf der neunziger Jahre geändert. Während die bürgerlichen Rechtsparteien, enttäuscht durch den Mißerfolg der Sozialreform, den sie vor allem in der Abkehr der Arbeitermassen von der Sozialdemokratie erhofften, jetzt alle Kampfmaßnahmen des Staates gegen diese Partei unterstützten, hatte das Zentrum in dem Volksverein für das katholische Deutschland sich eine eigene Arbeiterorganisation geschaffen, die das Sammelbecken aller nichtmarxistischen Arbeiter werden sollte [162]). Diese Gründung stärkte bald die parlamentarische Stellung des Zentrums und trug viel zur Erringung der ausschlaggebenden Stellung im Reichstag bei. Damit mußte sich auch zwangsläufig die Stellung des Zentrums zur sozialen Frage ändern. Schon in der Periode einer starken Gegnerschaft gegen die Sozialpolitik hatte sich das Zentrum seine Unabhängigkeit bewahrt. Nicht die Rücksichtnahme auf irgendeine Erwerbsschicht, sondern weltanschauliche Motive hatten es bestimmt. Jetzt war die sozialliberale Gruppe in der Zentrumspartei um Hitze und Trimborn stark im Vordringen, die gestützt auf die hinter ihnen stehenden Massen des Volksvereins die

---

[161]) Herkner, II, S. 101 ff.
[162]) Bachem, IX, S. 113/14 und Franz Müller: Franz Hitze und sein Werk, Hamburg 1928.

konservativen Elemente innerhalb der Partei allmählich zurückgedrängt hatten und einen neuen Standpunkt in der Sozialpolitik vertraten. Alle staatlichen Maßnahmen, die sich gegen die Berufsvertretungen der Arbeiter richteten oder diese politisch benachteiligten, richteten sich naturgemäß auch gegen die Arbeiterorganisationen, die dem Zentrum nahe standen und forderten damit die Opposition dieser Partei heraus. Während die Industrie und die Rechtsparteien nach einer Verschärfung des Strafrechts zum Schutze der Staatsordnung und nach einer Einschränkung der Berufsrechte der Arbeiter riefen, stellte das Zentrum im Verein mit den Freisinnigen Anträge auf Verleihung der Rechtspersönlichkeit an die Arbeiterberufsvereine [163]). Das Zentrum war innerhalb der bürgerlichen Parteien zum entschiedensten Verfechter einer stetig fortschreitenden Sozialreform geworden.

Bei der entscheidenden Rolle, die das Zentrum innerhalb der Sammlungspolitik zu spielen hatte, konnten die Staatsmänner, die dieses politische Programm propagierten, an der sozialpolitischen Haltung des Zentrums nicht vorübergehen. Da die Sammlungspolitik eine parlamentarische Politik sein sollte, d. h. nicht ein autoritäres Programm setzte, das auch ohne die Parteien ausgeführt werden sollte, sondern die bürgerlichen Parteien durch die Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen und sozialpolitischen Wünsche durch die Regierung zu einem Block zusammenformen sollte, war es nicht zu ersehen, wie sich dieser Ausgleich hinsichtlich der Sozialpolitik vollziehen würde. Die Kluft zwischen dem Zentrum und den anderen bürgerlichen Parteien schien hierin unüberbrückbar.

Bei der Ernennung des Grafen Posadowsky zum Staatssekretär des Innern galt es in allen sozialistischen und sozialreformatorischen Kreisen als ausgemacht, daß auch er mit dem Kreise um Stumm in enge Verbindung gebracht werden müsse. Der „Vorwärts" schrieb von einer „neuen Stumm-Posadowskyschen Reaktionsepoche" [164]), die jetzt anbreche, und beurteilte den neuen Staatssekretär als „die Verkörperung der sozialpolitischen Reaktion und der Repressalien". In seiner Tätigkeit als Leiter des Reichsschatzamtes hatte Graf Posadowsky mit der Sozialpolitik keine Fühlung gehabt. Wie er den Stillstand der Sozialreform beurteilte, läßt sich nicht ersehen. Die repressiven Maßnahmen gegenüber der Sozialdemokratie zum Schutz des Staates befürwortete er als konservativer Staatsmann. Charakteristisch ist

[163]) Bachem, IX, S. 134.
[164]) „Vorwärts" vom 13. 7. 1897, und „Soziale Praxis", Jhrg. 8, Sp. 300 f.

es, daß er während der Köllerkrise als ernsthafter Kandidat für den Posten des preußischen Innenministers in Aussicht genommen wurde. Hohenlohe empfahl ihn als einen „energischen Mann, den S. M. kennt und der bei den großen Parteien des Reichstages gut steht“ [165]). Hohenlohe glaubte aus diesen Eigenschaften seine Eignung für die Leitung des Innenministeriums sehen zu dürfen und hoffte die Köllerkrise rasch beenden zu können, indem er Graf Posadowsky zum Nachfolger Köllers vorschlug. Auch der Kaiser zeigte sich nicht abgeneigt. Die Ernennung wurde indessen nicht vollzogen, weil Posadowsky bei den bevorstehenden Etatsverhandlungen im Reichstag unabkömmlich war, die Besetzung des vakanten Postens aber so bald wie möglich vollzogen werden mußte [166]).

Die scharfe Betonung des antisozialistischen Charakters der Sammlungspolitik, der nicht nur aus der Sammlungsrede Miquels sprach, sondern den auch der neue Staatssekretär des Innern in seinen ersten Reichstagsreden scharf hervorhob [167]), ließ darauf schließen, daß in der Sozialpolitik eine noch schärfere Auffassung als bisher in den Regierungskreisen Platz gegriffen habe.

Gemäß seiner agrarisch-konservativen politischen Grundeinstellung stand Graf Posadowsky der Sozialpolitik noch innerlich fremd gegenüber. Diese Haltung wurde wesentlich dadurch bedingt, daß er die Vorbedingung dieses jüngsten Zweiges staatlichen Wirkens, die Entwicklung zum Industriestaat, als eine Staat und Volk zersetzende und bedrohende Erscheinung ablehnte [168]). In seinem sozialpolitischen Denken tritt deshalb ein rückwärtsgerichteter Zug ebenso stark hervor wie in seiner Wirtschaftspolitik. Als konservativer Agrarier wollte er, entsprechend der allgemeinen patriarchalisch-feudalistischen Auffassung des Arbeitsverhältnisses in den deutschen Ostprovinzen, die Pflicht zur sozialen Fürsorge nicht als mechanische Pflicht einem Gesetze gegenüber gefaßt wissen. Die persönliche Verantwortung des Arbeitgebers, des Gutsherrn, jedem seiner Arbeiter in Notzeit beizustehen, war ein ungeschriebenes Gesetz der patriarchalischen Gutsverfassung. In den Kreisen des ostdeutschen Grundbesitzes wehrte man sich dagegen, diese, eigenem freiem Entschluß und einem ungeschriebenen Moralgesetz entspringende Verpflichtung in Gesetz und staatliche Verwaltungsmaßregeln gezwängt zu sehen. Der Zug, der das Schwergewicht des Wirtschaftslebens zurückverlegt wissen wollte

[165]) Hohenlohe, III, S. 132.
[166]) Hohenlohe, III, S. 136.
[167]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 4. Sess., 8. Sitz., 11. 12. 1897, Penzler, I, S. 546 ff.; Ebenda, 9. Sitz., 13. 12. 1897, Penzler, I, S. 548 ff.
[168]) Hohenlohe, III, S. 156.

in die Kreise, auf denen in früherer Zeit in besonderem Maße das Dasein beruht hatte, stand einer gleich positiven Auffassung von den Pflichten des Staates in sozialer Beziehung, wie die Anhänger der Sozialreform sie hatten, bei dem Grafen Posadowsky im Wege. Wer, wie der Staatssekretär, in der Landbevölkerung den alleinigen Hort des bestehenden monarchischen Staates sah und in der Zusammenballung der Arbeitermassen in den Industriestädten einen staatsgefährlichen Prozeß der Entwurzelung und Revolutionierung erblickte, konnte für sozialpolitische Maßnahmen, die den Einfluß der revolutionären Massen im staatlichen Leben noch erhöhten, wenig Sympathie haben [169]).

Graf Posadowsky politisches Ideal war die Erhaltung des bestehenden monarchischen Staates, der Schöpfung Bismarcks, auch unter der erschwerten Lage um die Jahrhundertwende. Neben der wirtschaftlichen Strukturänderung sah er die Gefahren, die diesem Staate drohten, vor allem politisch in dem Anwachsen der sozialdemokratischen Partei und der wachsenden Zersplitterung der bürgerlichen Parteien. Diese sollten mitwirken zum Schutze des Staates gegen alle revolutionären Bestrebungen. Ihre Zersplitterung wollte Graf Posadowsky beheben durch gleichmäßige Berücksichtigung ihrer wirtschaftspolitischen Wünsche.

Damit war deutlich gezeigt, daß die Sammlungspolitik eine Anerkennung der von Arbeiterseite vorgebrachten Ansprüche ablehnte, ja im Gegenteil den staatlichen Einfluß der marxistischen Partei mit der Hilfe der bürgerlichen Parteien zu brechen gedachte. Posadowsky wollte als Vertreter der staatlichen Autorität nicht mehr tatenlos und schweigend der revolutionären agitatorischen Propaganda zusehen. Als der Vertreter des Reichskanzlers bei den parlamentarischen Verhandlungen dokumentierte er diese neue Haltung der Regierung, indem er die parlamentarischen Debatten im Herbst 1897 dazu benutzte, sich mit den marxistischen Idealen auseinandersetzen und in scharfer Polemik gegen die sozialdemokratische Partei den Willen der Regierung zur Aufrechterhaltung des bestehenden staatlichen und wirtschaftlichen Zustandes zu betonen [170]). Die antisozialistische Tendenz seiner Ausführungen hatte nebenbei aber auch den Zweck, das Vertrauen der bürgerlichen Parteien zu der Wirtschafts- und Sozialpolitik

[169]) Hohenlohe III. S. 156. Hohenlohe berichtet hier von einer Unterredung, die er mit Posadowsky am 10. 1. 1896 hatte: „Wir kamen dann auf die politische Lage zu sprechen, und Posadowsky legte seine Auffassung dar. Er beklagt es, daß Deutschland immer mehr und mehr Industriestaat werde. Dadurch werde der Teil der Bevölkerung gestärkt, auf den sich die Krone nicht stützen könne, die Bevölkerung der großen Städte und der Industriebezirke. Den eigentlichen Halt für die Monarchie bilde doch nur die Landbevölkerung. Gehe es so

der Regierung zu festigen und durch die Vorstellung der akuten revolutionären Gefahr sie zu gleich energischer Haltung gegen die Sozialdemokratie zu bewegen. Im Frühjahr 1898 mußte der neue Reichstag gewählt werden, der die Aufgabe haben würde, den neuen Zolltarif zu beratschlagen. Wenn es der Sozialdemokratie gelang, neue Erfolge zu erringen und die bürgerlichen Parteien weiterhin ihren Einfluß durch die Zersplitterung in kleine Gruppen verminderten sowie dadurch die Position der Regierung schwächten, so war die Aussicht für das Zustandekommen der Wirtschaftsreform gering. Diese Ueberlegungen veranlaßten den Staatssekretär des Innern, wiederholt in beschwörendem und ernstem Tone die Parteien des Bürgertums aufzurufen, ihre eigenen egoistischen Interessen zurückzustellen und mit der Regierung Hand in Hand die Arbeit zur Wirtschaftsreform zu beginnen und die revolutionäre Gefahr abzuwehren:

> „Ich hoffe dringend, daß sich die bürgerlichen Parteien gesagt sein lassen, daß sie nicht in einem gemeinschaftlichen Kampf gegen die Sozialdemokratie zu sehr auf die gegenseitige Farbe achten, und daß sie sich endlich bewußt sind, daß das Ziel der Sozialdemokratie ist und bleibt, an Stelle der bestehenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung, an Stelle des historischen, monarchischen Staates eine unerträgliche Arbeiterdespotie zu setzen, und die wollen wir nicht“ [171]).

Graf Posadowsky lehnte einen Staatsstreich mit dem Ziel der Ausschaltung der sozialdemokratischen Partei aus dem parlamentarischen Leben ab. Er war durchaus konstitutionell gesonnen. Nicht der Staat sollte von sich aus eingreifen und kraft seiner autoritären Stellung die revolutionäre Macht zerschlagen, sondern die Pflicht „einer Deichung gegen die sozialdemokratische Flut“ [172]) sollte nach seinen Anschauungen den bürgerlichen Parteien zufallen.

Der Staatssekretär war bereit, ihren Wünschen entgegenzukommen, er betonte stets seinen Willen, im Einvernehmen mit dem Reichstag die Gesetze zu formen. Dafür aber forderte er von den Parteien Verständnis für die staatlichen Aufgaben. Sie sollten „den Mut und

---

fort, wie jetzt, so werde die Monarchie entweder in Republik übergehen oder, wie in England, eine Schattenmonarchie werden“.

[170]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 8. Sitz., 11. 12. 1897, Penzler, I, S. 546 f.; ebenda, 9. Sitz., 13. 12. 1897, Penzler, I, S. 548 ff.; ebenda, 21. Sitz., 20. 1. 1898, Penzler, I, S. 575 ff.

[171]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 51. Sitz., 27. 4. 1898, Penzler, I, S. 672.

[172]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 21. Sitz., 20. 1. 1898, Penzler I, S. 580.

die Selbstentsagung haben, Schulter an Schulter gegen die sozialdemokratische Macht zu kämpfen“ [173]) und nicht einseitig auf der Erfüllung ihrer eigenen Programmpunkte bestehen. Die eine Seite des sozialpolitischen Programms der Regierung war damit geklärt. Die Ausführungen Posadowskys zeigten, daß die Regierung sich der sozialistischen Gefahr bewußt war und sie mit Hilfe des Parlaments bekämpfen wollte. Außerdem war er energisch der Auffassung entgegengetreten, daß die sozialdemokratische Partei nur als eine Partei zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter angesehen werden dürfe [174]). Nicht die Arbeiterpartei wollte er bekämpfen, sondern die marxistische Revolutionspropaganda.

Graf Posadowsky hatte eine hohe Auffassung von der sittlichen Aufgabe des Staates, „unbeeinflußt von den Lehrmeinungen und Parteiauffassungen einen Ausgleich der Interessen zu suchen“ [175]). Er war nicht gewillt, die staatliche Autorität dem kapitalistischen Unternehmertum dienstbar zu machen oder einseitig dem Interesse eines Standes zu dienen. In denselben Reden, in denen er gegen die marxistischen „Irrlehren“ und ihre bürgerlichen Mitläufer polemisierte, richtete er auch an die Unternehmer die dringende Aufforderung, „sich zu materiellen Opfern bereit zu zeigen und nicht nur die Ideale der Profitgier und der Dividende zur Grundlage ihres wirtschaftlichen Denkens und Handelns zu machen“ [176]). Gerade in den sein Ressort berührenden Fragen glaubte er die staatliche Autorität und die Unabhängigkeit des Staates von den Interessen der Stände stärker betonen zu müssen und die hohen Aufgaben, die der Staat in objektiver Form zu lösen hatte, nicht in die Niederungen des Parteistreites hinabziehen lassen zu dürfen. Die Sammlungspolitik sollte in das Erwerbsleben wieder Ruhe und Ordnung bringen. Unter staatlicher Leitung sollten die einzelnen Stände einen Ausgleich ihrer Ansprüche suchen und finden. Dieser wirtschaftlichen Aufgabe war die Sozialpolitik untergeordnet.

Graf Posadowsky bekannte sich ausdrücklich zur Sozialpolitik. Mit aller Entschiedenheit wandte er sich gegen die Auffassung, als beabsichtige er, den Kreis der Versicherten wieder zu beschränken und zugunsten einer Entlastung der Unternehmer von den Lasten der Beiträge die bestehenden sozialen Hilfsmaßnahmen abzuschwächen. Die

[173]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 21. Sitz., 20. 1. 1898, Penzler I, S. 580.

[174]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 21. Sitz., 20. 1. 1898, Penzler, I. S. 575.

[175]) Volk und Regierung im neuen Staat. Aufsätze zur politischen Gegenwart von Graf Posadowsky-Wehner, S. 112.

[176]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 1. Sess., 96. Sitz., 19. 6. 1899, Penzler, II, S. 200.

sittliche Verpflichtung des Staates, Sozialpolitik zu treiben und den Schwachen zu schützen, erkannte er als einen selbstverständlichen Bestandteil eines jeden Kulturstaates an[177]). Aber diese Sozialpolitik sollte sich beschränken auf solche Maßnahmen, „wo es sich um berechtigte Forderungen für die körperliche und sittliche Gesundheit der Arbeiter handelt“[178]), sie sollte sich mit der Erfüllung dieser Aufgabe begnügen und nicht alle Erwerbszweige staatlicher Bevormundung aussetzen[179]).

Um die Einheitsfront der Produktionsstände zu schaffen, wollte Graf Posadowsky von neuen Sozialgesetzen mit neuen Lasten absehen. Am 2. Dezember erklärte er im Reichstag, daß die Regierung eine Reformvorlage für die Unfallversicherungsgesetze nicht einzubringen beabsichtige, da „wir uns damit unzweifelhaft in einen akuten Gegensatz mit den Vorständen der großen Berufsgenossenschaften setzen würden“[180]). Das war ein eindeutiges Bekenntnis zum Primat der Wirtschaftspolitik und zur Rücksichtnahme auf die sozialpolitischen Wünsche der wirtschaftlichen Interessenverbände. Es wirkte auch durchaus positiv in der Richtung der wirtschaftlichen Sammlung der Erwerbsstände. Aber bei der gesamten sozialreformerischen Opposition erregte dies freimütige Bekenntnis einen Sturm der Entrüstung. Die Abhängigkeit des neuen Staatssekretärs von den Wünschen der Wirtschaft schien offen zugegeben.

Es waren gewiß taktische Ueberlegungen, die Posadowsky zu diesem Bekenntnis veranlaßten. Er wollte das Vertrauen der Wirtschaft gewinnen. Es entsprach aber auch seiner eigenen Ueberzeugung, „nicht in mißbräuchlicher Ausdehnung des Staatsbegriffs“ in das Erwerbsleben einzugreifen[181]). Für staatssozialistische Tendenzen hatte er keine Vorliebe und erteilte daher an die Elemente, die die Regierung veranlassen wollten, „alle Erwerbszweige polizeilich zu reglementieren, um schließlich einen sozialistischen Polizeistaat herbeizuführen, in dem die Arbeiter sich nicht wohler befinden dürften als bisher, in dem aber die besitzenden Klassen sich zu bewußten Gegnern des Staates herausbilden würden“[182]), eine energische Absage.

---

[177]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 8. Sitz., 11. 12. 1897, Penzler, I, S. 547.

[178]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 9. Sitz., 13. 12. 1897, Penzler, I, S. 558.

[179]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 9. Sitz., 13. 12. 1897, Penzler, I, S. 553.

[180]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 8. Sitz., 11. 12. 1897, Penzler, I, S. 547 und Bueck, II, S. 567 f.

[181]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 9. Sitz., 13. 12. 1897, Penzler, I, S. 558.

[182]) Vgl. Anm. 181, Penzler, I, S. 558.

Als praktischer Verwaltungsmann betrachtete er die Aufgaben der Gesetzgebung nüchtern und realistisch. Posadowsky war kein sozialpolitischer Doktrinär. Er neigte durchaus zum Konkreten und fand harte Worte des Tadels gegen die Theoretiker des grünen Tisches. Daß der Staat das gesellschaftliche Leben zu regulieren habe und ein gesundes Staatsleben sich nur entwickeln könne durch den Gemeinsinn aller Bevölkerungskreise, war seine Ueberzeugung. Gegen die Omnipotenz des Staates hegte er als Altpreuße und Landedelmann entschiedene Abneigung.

Die Sozialpolitik des Staates hatte sich nach seiner Auffassung auf die wohlwollende Fürsorge für die Schwachen zu beschränken. Das war ihm eine Pflicht, die allein der christlichen Ethik entstammte. Das christliche, religiöse Motiv wirkte bei dem Staatssekretär stark. Er erwartete und wünschte von den religiösen Mächten und Ideen einen versöhnenden und heilenden Einfluß im bürgerlichen und wirtschaftlichen Leben [183]).

Nicht zuletzt aber veranlaßten den Grafen zu seiner Auffassung der sozialpolitischen Aufgaben praktische Bedenken. In seiner Posener Verwaltungstätigkeit hatte er selbst die Erfahrung gemacht, eine wie schwierige und langwierige Aufgabe es für die Verwaltung war, die Bestimmungen der sozialen Gesetze praktisch wirksam zu machen. Die letzten Jahre hatten eine Fülle von sozialen Gesetzen und Verordnungen gebracht, deren eigentliche Ausführung noch ausstand. Der Verwaltung zur Bewältigung dieser Arbeit Zeit zu lassen und sie nicht noch mit Neuem zu belasten, dünkte dem theoretisch und ideologisch unvoreingenommenen, praktisch erfahrenen Verwaltungsbeamten notwendig [184]). Die häufige Wiederholung dieses Arguments zeugt für die Wichtigkeit, die Graf Posadowsky auf die Forderung legte, daß die Verwaltung instand gesetzt werden müsse, mit der legislativen Tätigkeit des Staates gleichen Schritt zu halten . Als seine Aufgabe sah er es an, die bestehenden Gesetze zu vertiefen und auszubauen, indem er den Personenkreis der Versicherten weiter ausdehnte [185]).

Diese Haltung verfehlte ihre Wirkung nicht. Sie konnte innerpolitisch erfolgreich genannt werden insofern, als die rechten Parteigruppen der Konservativen und Nationalliberalen, die Kartellparteien, diesem Programm uneingeschränkt zustimmten [186]). Die Konservativen dank-

[183]) Vgl. Anm. 181, 21. Sitz., 20. 1. 1898, Penzler, I, S. 580.
[184]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 9. Sitz., 13. 12. 1897, Penzler, I, S. 554.
[185]) Vgl. Anm. 184, Penzler I, S. 555.
[186]) Vgl. Anm. 184, 8. Sitz., 11. 12. 1897 und 9, Sitz., 13. 12. 1897.

ten es dem Staatssekretär, daß mit ihm die Regierung wieder entschiedene Worte gegen die sozialdemokratische Bewegung gefunden hatte. Ihre Mißstimmung gegen die Regierung hatte zum großen Teil einen Grund darin, daß sie ihre staatstreue Haltung und Agitation gegen die Sozialdemokratie nicht genügend gewürdigt fühlten. An Stelle der Förderung der staatsfeindlichen Arbeitermassen hielten sie jetzt die staatliche Hilfe für Mittelstand und Landwirtschaft für das Gebot der Stunde. Die Aeußerungen des Staatssekretärs über Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik fanden demgemäß ihre Zustimmung. Auch bei der Industrie fand er eine gute Kritik. Das Organ des Zentralverbandes deutscher Industrieller schrieb von dem „erlösenden Wort, da endlich einmal von autoritativer Seite eine ernste und entschiedene Absage an die grundsätzlichen Widersacher des Friedens und der Ordnung erfolgt sei“ [187]). Aehnlich befriedigt zeigte sich die agrarische Presse, nur mit der Einschränkung, daß sie auch diese Gelegenheit der freudigen Zustimmung zum sozialpolitischen Programm des neuen Staatssekretärs nicht vorübergehen ließ, ohne zu erklären, „daß sich trotz dieser sympathischen Zusagen des Herrn Staatssekretärs eine grundsätzliche Aenderung in der abwartenden Haltung der agrarischen Bewegung nur durch sofortige Hilfsmaßnahmen im Sinne der oft betonten Forderungen erreichen lasse“ [188]).

Schwieriger gestaltete sich die Aufnahme des sozialpolitischen Programms durch das Zentrum. Der Abgeordnete Lieber erklärte im Reichstag für seine Fraktion, daß seine Freunde „nicht gewillt seien, die Fortführung der Sozialreform versumpfen zu lassen“ [189]). Auch die Germania urteilte sarkastisch: „Ade Sozialreform, neue Schiffe und neue Steuern sind die Losung des Tages“ [190]).

Diese beiden Erklärungen genügten, um zu zeigen, daß das Zentrum nicht beabsichtigte, in die Front der Sammlungsparteien einzuschwenken, den Flottenbau zu bewilligen, eine im wesentlichen die Landwirtschaft begünstigende Wirtschaftspolitik zu treiben, wenn Hand in Hand damit eine Aufgabe der intensiven Pflege der Sozialpolitik gehen sollte. In dem Bewußtsein der parlamentarischen Machtstellung seiner Partei konnte Lieber fordern: „Wir wünschen und verlangen, daß die Februarerlasse des Kaisers nicht dem Aktenstaube der Repositorien überliefert, sondern gesetzgeberisch ausführt und durch-

---

187) „Berliner politische Nachrichten“, vom 17. 12. 1897.
188) „Kreuzzeitung“ vom 18. 12. 1897.
189) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 8. Sitz., 11. 12. 1897.
190) „Germania“ vom 14. 12. 1897.

geführt werden“ [191]). Diese Auffassung stand im Gegensatz zu den Wünschen der anderen bürgerlichen Parteien.

Graf Posadowsky erkannte die Gefahr, die der Sammlungspolitik aus dieser Haltung des Zentrums entstand. Er war sich bewußt, daß die Sammlungspolitik nach der sozialpolitischen Seite hin erfolgreich nur dann durchgeführt werden konnte, wenn es gelang, das Zentrum in die Sammlungsfront der bürgerlichen Parteien einzuziehen. Er kannte die parlamentarische Bedeutung dieser Partei und sah in ihr die einzige nicht durch wirtschaftliche Spannungen bedrohte bürgerliche Gruppe. Es kam alles darauf an, die Bedenken des Zentrums zu zerstreuen. Die von der Regierung ausgegebene Parole des Kampfes gegen die Revolution hatte keine so stark werbende Kraft, daß sie eine Aenderung des sozialpolitischen Programms des Zentrums hätte bewirken können.

Posadowsky suchte einen Ausgleich zwischen seinen Anschauungen und den Forderungen des Zentrums durch den Hinweis zu konstruieren, daß auch sein Plan der Vertiefung der bestehenden Gesetze ein großes Stück positiver Sozialarbeit biete und somit von einem Versumpfen der Sozialpolitik nicht die Rede sein könne [192]). Dieses Argument war natürlich zu schwach, um die Abgeordnetn des Zentrums überzeugen zu können. Den grundsätzlichen Unterschied in der Auffassung von den Aufgaben und Zielen der Sozialpolitik zeigte die Antwort, die Lieber dem Staatssekretär auf sein Werben hin erteilte: „Herr Graf Posadowsky darf nicht vergessen, daß die Sozialreform das beste Mittel zur Bekämpfung des sozialen Umsturzes ist“ [193]). Das war eine klare Absage, die zur Genüge bewies, daß die Sammlungspolitik in ihrem wirtschaftlichen Ziel wohl auf die Unterstützung des Zentrums rechnen konnte, weil ein Ausgleich der wirtschaftspolitischen Gegensätze und Spannungen auch im Interesse dieser Partei lag. Gleichzeitig aber bewies sie, daß das Zentrum nicht die Hand dazu bieten würde, in der Sozialpolitik einen Stillstand eintreten zu lassen oder gar neue repressive Maßnahmen zu billigen.

Die Sammlungsparole war damit, soweit sie eine einheitliche Haltung aller bürgerlichen Parteien gegenüber der sozialistischen Gefahr und ein langsameres Fortschreiten der Sozialpolitik bezweckte, vom ersten Versuch der Durchführung an mit dem Zusammenbruch bedroht.

[191]) „Germania“ vom 14. 12. 1897.
[192]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 12. Sitz., 16. 12. 1897, Penzler I, S. 565.
[193]) „Germania“ vom 14. 12. 1897.

4. Die Flotte.

Graf Posadowsky war sorgsam darauf bedacht, zu verhüten, daß von unberufener Seite in sein Amtsbereich eingegriffen wurde. Vor allen Dingen wachte er eifrig darüber, daß nicht partikularistische Bestrebungen in die Reichssphäre einbrachen. So sehr er aber mit der Materie seines Ressorts vertraut war und die selbständigen Interessen seines Reichsamtes zu vertreten bestrebt blieb, so wenig wandte er seine Aufmerksamkeit den seinem eigenen Arbeitsbereich ferner liegenden Problemen der deutschen Innen- und Außenpolitik zu. Es kennzeichnet die beamtenmäßige Begrenztheit seines politischen Denkens, daß er sich nur mit den ihm ressortmäßig zugewiesenen Aufgaben befaßte und es hier verstand, durch unermüdliche eigene Arbeit und intensive Beschäftigung sich eine so umfassende Kenntnis des gesamten Materials zu verschaffen, daß er in seinem Ressort sich eine selbständige Stellung zu wahren mußte. Sein persönlicher Ehrgeiz war stark. Doch nur selten wagte er es, in die allgemeine Politik außerhalb seines Amtsbereichs vorzustoßen. Darin unterschied er sich sehr stark von dem wandlungsreichen Miquel, der auch außerhalb der Grenzen seiner Ressortarbeit eine starke politische Initiative entfaltete und die innenpolitische Entwicklung nach seinen Idealen zu gestalten suchte.

Die strengen Auffassungen des Staatssekretärs von den Pflichten eines leitenden Reichsbeamten veranlaßten ihn, seine Kraft zu verzehren in der Aneignung formaler und materieller Kenntnisse, die ihm zwar im Verkehr mit dem Reichstag zustatten kamen, darüber hinaus ihm aber das Blickfeld für eine großzügigere und tiefere Erfassung der politischen Kräfte versperrten. Diese Beschränkung seines politischen Horizontes verhinderte das Erfassen der seinem Amtsbereich fern liegenden Komplexe des politischen und staatlichen Lebens, sei es, daß es sich dabei um die Fragen der deutschen Außenpolitik oder aber um ein tieferes Erfassen aller künstlerischen und weltanschaulichen Probleme handelte. Seine nüchterne, harte und einfache Natur sah in allem Neuen, in jeder Veränderung des politischen Zustandes zunächst nur ein dilettantenhaftes Beginnen, das ein Abweichen von den Grundsätzen der Bismarckschen Staatskunst und damit eine Gefährdung der Reichsgründung von 1871 darstellte. Seine Abneigung gegen Bülow und den Kaiser fand ihren Grund nicht zuletzt darin, daß er sich durch die virtuose Leichtigkeit, die sie beide in der Erfassung vielseitigster Probleme übten, abgestoßen fühlte. Ihm fehlte die Wendigkeit und Elastizität des Diplomaten und der Hofkreise. Er schloß sich von ihnen ab und beschränkte damit zugleich

seinen eigenen politischen Einfluß. Was dem Reichskanzler Bülow leicht zuflog, die Gabe, auch über eine Materie dilettantenhaft, aber bestechend, zu sprechen, die seinem eigenen Erfahrungsbereich fern lag, fehlte dem Staatssekretär völlig. Seine Reden waren das Produkt sorgfältigster vorbereitender Arbeit, sie waren im Stoff nüchtern und einfach, aber auch sachlich erschöpfend und deshalb eindrucksvoll. Außenpolitisch ungebildet und ungeeignet, die tieferen Gründe der politischen und wirtschaftlichen Strukturwandlung zu erkennen, sah er in jedem Abweichen von den politischen Methoden des Reichsgründers einen Schritt, der zur Auflösung des bestehenden staatlichen Zustandes führte. Auf den langjährigen Staatssekretär des deutschen Kaiserreiches hatte die kraftvolle Entwicklung des Deutschen Reiches in den letzten Jahrzehnten des Jahrhunderts, die das Verlangen nach aktiver Anteilnahme auch in der Weltpolitik bedingte, keinen Eindruck gemacht. Sein pessimistisch gestimmter politischer Sinn fürchtete nur Gefahren aus dieser Aenderung des politischen Zustandes. Beharrung und Festhalten am Alten dünkten ihm die besten politischen Ziele, innen- wie außenpolitisch. Diese Gesinnung bestimmte ihn auch, zu dem in den Jahren um die Jahrhundertwende auftauchenden Problem des deutschen Flottenbaues eine im wesentlichen ablehnende Haltung einzunehmen.

Als im Juli 1897 die Ernennung Posadowskys zum Staatssekretär des Innern bekannt wurde, schrieb die Magdeburgische Zeitung: „Es ist dem Grafen damit die unmittelbare Einwirkung auf die Gestaltung der Marinepläne entzogen worden, bei der der Reichsschatzsekretär ein maßgebliches Wort mitzureden hat. Es ist nicht unbekannt geblieben, daß Graf Posadowsky den Marineforderungen zuweilen Bedenken entgegengesetzt hat, und es ist daher begreiflich, daß seine Beförderung zum Staatssekretär des Innern in den Kreisen, die in Marinefragen oft recht übereifrig vorwärts drängen, Genugtuung hervorruft“ [194]).

Graf Posadowsky war kein Freund des Flottenbaues. Er sah darin außenpolitisch nur ein Wagnis, das die bewährten Wege der deutschen Außenpolitik zu verlassen drohte. Und innenpolitisch war in der Sammlungspolitik der Posadowskyschen Prägung kein Raum für den Flottenbau, der die Einheitsfront der bürgerlichen Parteien spalten und den innerpolitischen Ausgleich zu gefährden drohte. Während der Kaiser und Tirpitz mit Eifer an die Verwirklichung ihrer Flottenpläne gingen, waren die beiden Sammlungspolitiker Miquel

[194]) „Magdeburgische Zeitung“ vom 7. Juli 1897, Nr. 338.

und Posadowsky bemüht, die sich hieraus für ihr Programm ergebenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen und eine innerpolitische Krisis infolge der Flottenvorlage zu vermeiden. Die budgetrechtlichen und konstitutionellen Bedenken, die aus parlamentarischen Kreisen gegen die Septennatsforderung geltend gemacht wurden, ließen eine parlamentarische Krise in bedrohliche Nähe rücken. Die große bürgerliche Front, die zur Vorbereitung des Zolltarifes und zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zusammenzufassen sich die beiden Sammlungspolitiker bemühten, kam durch die Flottenvorlage in Gefahr. Ihr Interesse ging dahin, eine innerpolitische Krise vor den Wahlen zu vermeiden. Sie vertraten beide die Ansicht, daß die Gesetzesvorlage in der letzten Session des Reichstages keine Aussicht auf Erfolg haben könne, da alle bürgerlichen Parteien sich aus Wahlsorgen hüten würden, ihre Zustimmung zu der Flottenvorlage zu geben[195]). Wenn die Sammlungsparole mit dem Flottenprogramm bei den Wahlen verquickt wurde, waren die Erfolgsaussichten der sie bejahenden Parteien noch geringer zu bewerten. Es galt für Miquel und Posadowsky demnach, zu vermeiden, daß der Wahlkampf sich unter dem Zeichen der Marinevorlage abspielte. Die ungleiche Stellung der bürgerlichen Parteien zu ihr gefährdete die von den beiden Ministern erstrebte bürgerliche Einheitsfront. Sie ließen sich in ihrer Haltung im wesentlichen durch die Stellung des Zentrums bestimmen, das für die Sammlungspolitik zu gewinnen, sie sich die größte Mühe gaben.

In der Annahme, daß das Zentrum das vorgesehene Septennat ablehnen werde, suchten sie die Vorlage so zu gestalten, daß dieser Partei die Annahme ermöglicht werde. Die Argumente, die Posadowsky im preußischen Staatsministerium gegen den Septennatsplan vorbrachte[196]), waren allerdings wenig geeignet, überzeugend zu wirken.

Im Zeitalter der Technik — so argumentierte der Staatssekretär — sei es unmöglich, eine siebenjährige Festlegung des Bauprogramms durchzuführen, da die Technik ja von Jahr zu Jahr fortschreite und man nicht wissen könne, wie weit sie sich in den nächsten Jahren entwickeln werde.

Mit diesen Ausführungen traf Posadowsky aber nicht den Kern des Septennatsgedankens, der ja weniger eine technische Festlegung bezweckte, als den Flottenbau für eine längere Periode sichern und

---

[195]) Hans Hallmann: Der Weg zum deutschen Schlachtflottenbau. Stuttgart 1933, Verl. Kohlhammer, S. 268.

[196]) Nach einer Mitteilung von Herrn Prof. Herzfeld aus dessen Vorarbeiten zu einer Biographie Miquels; s. a. Hallmann: a. a. O.

den alljährlichen parlamentarischen Beratungen entziehen sollte. Um einen Ausgleich zwischen der Notwendigkeit des Flottenbaues und den konstitutionellen Bedenken des Reichstages zu finden, schlug er — auch darin mit Miquel übereinstimmend — vor, eine alte Zentrumsidee aufzugreifen und 10 % des Wertes der Flotte jährlich für Neubauten in den Etat einzusetzen oder, falls der Reichstag auch diese minimale Forderung ablehne, die Kosten der Vorlage auf das Extraordinarium zu übernehmen und durch Anleihen zu decken. Er war der Ueberzeugung, es werde ein Leichtes sein, dieses Verfahren in Zukunft durchzuführen, wenn es der Reichstag erst einmal im nächsten Jahre durch Bewilligung der ersten Rate anerkannt hätte.

Die Sammlungspolitiker drangen aber mit ihren Anregungen nicht durch. Das Kabinett beschloß, an der Gesetzesform festzuhalten.

Das Streben Miquels und Posadowskys mußte nun darauf gerichtet sein, eine innerpolitische Krise, die sich aus der gesetzlichen Festlegung des Flottenprogramms ergeben konnte, zu vermeiden und die Annahme des Gesetzes ohne Auflösung des Reichstages zu erleichtern. In einem Wahlkampf mußte gerade der wirtschaftspolitische Gegensatz der Parteien, den die Sammlungspolitik bannen wollte, in den Vordergrund treten und eine Sammlung der bürgerlichen Parteien erschweren. In der Erkenntnis dieser Tatsache schrieb die „Germania" warnend: „Man mag sich noch so sehr bemühen, den Wahlkampf unter das Zeichen der Marinevorlage zu stellen, es wird nicht gelingen. Ganz andere Fragen werden ihn beherrschen, und als Herrin der Lage wird diejenige Partei hervorgehen, welche es versteht, Interessengegensätze zu überwinden und auszugleichen" [197]).

Graf Posadowsky teilte diese Auffassung. Er glaubte im Falle einer Neuwahl einen Sieg der Sozialdemokratie und des Zentrums voraussagen zu können, während in den Reihen der Konservativen und der Nationalliberalen die Zersetzung Fortschritte mache [198]). Die Aussichten für eine erfolgreiche Durchführung der Sammlungspolitik schwanden in diesem Falle immer mehr. Im Interesse seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik lag dem Staatssekretär daran, dem Zentrum den Weg zur Zustimmung zum Flottengesetz zu ebnen und diese Partei, ohne die er für seine Ressortarbeit keine parlamentarische Mehrheit im Reichstag hatte, näher an die Regierung heranzuziehen. Dieses Ziel bestimmte fortan seine Haltung bei den Beratungen des Flottengesetzes. Er setzte es durch, daß der Satz der Thronrede, der die Fortsetzung der Ansiedlungspolitik in Aussicht stellte, mit Rücksicht

[197]) „Germania" vom 3. Januar 1898.
[198]) Nach einer Mitteilung von Herrn Prof. Herzfeld.

auf das Zentrum eine abgeschwächte Form erhielt. Ebenso regte er an, durch kirchenpolitische Konzessionen in der Form der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes das Zentrum gemäßigter zu stimmen [199]).

Und als am 26. II. 1898 der Abgeordnete Lieber sich unter der Bedingung mit der Septennatsforderung einverstanden erklärte, daß die Regierung zusagte, die Kosten der Vorlage nicht auf die schwachen Schultern zu legen, war es wieder der Staatssekretär des Innern, der die Annahme dieser Bedingung durch die Regierung wärmstens befürwortete [200]). Er wurde ermächtigt, im Budgetausschuß eine entsprechende Erklärung abzugeben [201]).

Damit war die Annahme der Flottenvorlage gesichert. Eine Störung der Sammlungspolitik durch die Marinepläne war vermieden. Insofern waren Posadowsky und Miquel erfolgreich gewesen.

Doch war mit der Annahme des Gesetzes der Anfang zu einem Wandel auch der außenpolitischen Entwicklung gemacht, von dem sich der Graf keinen Segen für die außenpolitische Lage des Reiches versprach.

Gleich nach der Annahme des Flottengesetzes gab sich ihm die Gelegenheit, einen Versuch zur Minderung des Einflusses der Flottenfreunde zu unternehmen [202]).

Der Kaiser beabsichtigte, Tirpitz, der erst ein halbes Jahr Chef des Reichsmarineamtes war, als Zeichen seiner Anerkennung für die Annahme der Flottenvorlage zum preußischen Staatsminister zu ernennen. Damit war dann der Einfluß des Marineamtes auch im preußischen Staatsministerium gesichert. Die Ernennung mußte Tirpitz in die günstige Lage setzen, die Ansprüche seines Ressorts in den Sitzungen des preußischen Kabinetts vertreten zu können.

Graf Posadowsky widersetzte sich dieser Absicht des Kaisers aufs schärfste. Er schlug vor, ihm anheimzustellen, er möge sich mit einer Auszeichnung in der üblichen Form begnügen, um diese staatsrechtliche Aenderung von großer Tragweite zu verhüten. In den Vordergrund seiner Bedenken rückte er staats- und verfassungsrechtliche Bedenken, machte vor allem darauf aufmerksam, daß eine Ernennung des Reichsschatzsekretärs zum preußischen Minister sich bedeutend eher rechtfertigen ließe.

---

[199]) Vgl. Anm. 198.

[200]) Nach einer Mitteilung von Herrn Prof. Herzfeld.

[201]) Hallmann, S. 325. Die finanziellen Forderungen aus der Vorlage hielt Posadowsky für durchaus vertretbar. Hallmann, S. 283 und S. 286.

[202]) Goldschmidt: Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung. Berlin 1931, S. 105 f. Protokoll d. Sitz. des Staatsministeriums vom 22. 3. 1898, S. 327—332.

In Wirklichkeit waren es weniger diese äußeren rechtlichen Bedenken, die den Staatssekretär bewogen, sich gegen die Ernennung von Tirpitz zum preußischen Staatsminister auszusprechen. Nach seinen eigenen Aussagen wurde er zu dieser Haltung durch die Ansicht bewogen, daß „Deutschland angesichts der Bedrohung im Westen und Osten die ganze Finanzkraft auf die Ausbildung des Landheeres verwenden müsse. Durch die Ernennung des Chefs des Reichsmarineamtes zum preußischen Staatsminister würden die Flotteninteressen bei der Abgabe der preußischen Stimmen im Bundesrat ein Schwergewicht erhalten, das zur Beschränkung der nötigen Mittel für die Ausbildung und Stärkung des Landheeres beitragen könne“ [203]).

Die Vorstellungen des Staatsministeriums blieben beim Kaiser erfolglos.

---

[203]) Mitteilung Posadowskys an Hans Goldschmidt. Vgl. Goldschmidt, S. 106.

III. Teil:
Graf Posadowsky als Staatssekretär des Innern in den Jahren 1897—1902.

1. Die Sozialpolitik. Zuchthausvorlage und Reform der Versicherungsgesetzgebung.

Die sozialpolitische Haltung des Grafen Posadowsky wies in ihren Grundzügen eine starke Aehnlichkeit mit der Bismarcks auf. Sie waren beide aufgewachsen in agrarisch-konservativen patriarchalischen Verhältnissen, in denen man eine lebhafte Abneigung gegen die liberal-bürokratische Auffassung der allumfassenden Staatssouveränität hegte. Beide konnten sich nicht so leicht mit der Wirtschaftsumwälzung abfinden, die sich mit der Entfaltung der Industrie vollzog und die allmählich die Bevölkerungskreise, denen ihre eigene Wirtschaftsauffassung entsprang, in die Minderheit drängte[204]). Bismarck hatte die Konsequenzen dieser Entwicklung noch nicht so stark empfunden. Er hatte sich noch der Hoffnung hingeben können, den politischen Folgen dieser Umwälzung durch seine Sozialpolitik begegnen zu können. Durch die sozialreformerischen Maßnahmen der Versicherungsgesetzgebung auf der einen und die Bekämpfung der Sozialdemokratie auf der anderen Seite, hatte er zu seiner Zeit die Verhältnisse meistern können.

Auch Graf Posadowsky gab seiner Sozialpolitik eine doppelte Richtung. Er bekämpfte die politische sozialistische Arbeiterbewegung, allerdings nicht durch eine autoritäre Gesetzgebung, wie Bismarck. Entsprechend der innenpolitischen Wandlung, der Steigerung der parlamentarischen Macht, suchte er die bürgerlichen Parteien an der Bekämpfung der Sozialdemokraten zu interessieren. Das Ziel war bei beiden das gleiche: Die Ausschaltung der Sozialdemokratie. Nur in der Wahl des Weges unterschieden sie sich. Bismarck wählte den Weg der staatlichen Bekämpfung und schreckte nicht vor dem Gedanken zurück, sich die innerpolitische Bewegungsfreiheit nötigenfalls auch mittels eines Staatsstreiches zu sichern. Graf Posadowsky hatte diese Freiheit nicht mehr. Ihm war die Verfassung Bismarcks eine unantastbare Größe. Nur mit der Zustimmung des Parlaments sollte die innerpolitische Entwicklung vor sich gehen. Damit begab sich aber die.

---

[204]) Rothfels, S. 61 ff. und Hohenlohe, III, S. 156.

Staatsführung in ein Abhängigkeitsverhältnis vom Parlament, das sich vom Standpunkt der eigenen Interessen und der eigenen Machterweiterung leiten ließ. Graf Posadowsky wollte die sozialdemokratische Partei, deren Opposition zu einem großen Teil die Stagnation der innerpolitischen Verhältnisse entsprang, mit der Hilfe der bürgerlichen Parteien meistern. Er war bestrebt, konstitutionell zu handeln und jeden Schein einer parlamentswidrigen Handlung der Regierung zu meiden. Er täuschte sich aber in der Annahme, daß diese Haltung die Parteien veranlassen werde, auch ihrerseits auf jede Machterweiterung zu verzichten und willig ihre Hand zu bieten, die Sozialdemokratie parlamentarisch ihrer Machtposition zu berauben. Die bürgerlichen Parteien konnten nicht in der Bekämpfung der proletarischen Revolution und der Zusammenarbeit mit der Regierung allein ihren Zweck sehen. Die wichtigste Voraussetzung dafür mußte sein, daß sie in die direkte Verantwortung mit hineinbezogen wurden.

Graf Posadowsky hatte zu Beginn seiner Beschäftigung mit den sozialpolitischen Problemen noch nicht seinen späteren Standpunkt erreicht, der die marxistische Bewegung von der Arbeiterbewegung zu trennen suchte. Er lebte dazu noch zu stark in den Traditionen der patriarchalischen Wirtschaftsauffassung und fürchtete noch zu sehr als konservativer Landedelmann die revolutionäre Macht der Arbeiterbewegung, als daß sich seine Sozialpolitik hätte freimachen können von repressiven Erwägungen. Zugleich aber war er, wie Bismarck, von der politischen und sittlichen Notwendigkeit überzeugt, daß der Staat die Pflicht habe, durch sozialpolitische Reformarbeit den wirtschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen und der materiellen Not der Arbeiter zu steuern.

Im Sommer 1897, als Graf Posadowsky die Leitung des Reichsamtes des Innern übernahm, herrschte der Wille zu repressiven Maßnahmen vor [205]).

In seiner Rede in Bielefeld hatte der Kaiser von der Notwendigkeit gesprochen, neue gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen zu treffen. Nach dem Scheitern des kleinen Sozialistengesetzes im preußischen Landtag sollte der Sozialgesetzgebung hierin eine neue Aufgabe erstehen.

Die Sammlungspolitiker Miquel und Posadowsky vermieden es, in ihren programmatischen Ausführungen zur Sozialpolitik zu dieser Forderung Stellung zu nehmen. Sie waren im Gegensatz zu der Augenblicksstimmung des Kaisers Feinde einer jeden Staatsstreich-

[205]) Waldersee, II, S. 288 ff.

politik, wollten auch nach Möglichkeit die Ankündigung jeder Ausnahmegesetzgebung vermeiden, die den parlamentarischen Verkehr mit den bürgerlichen Parteien erschweren konnte. Ihr Ideal der Bekämpfung der Sozialdemokratie bestand in der produktiven Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien mit dem Ziel der Ausschaltung der sozialdemokratischen Partei bei den Wahlen.

Welche gesetzgeberischen Maßnahmen auf sozialpolitischem Gebiet ergriffen werden sollten, ließ sich aus den Reden Posadowskys zunächst nicht übersehen. Es stand nur das eine fest, daß der Staatssekretär entschlossen war, die Sammlungsparole in erster Linie auf die Wirtschaftspolitik zu beziehen und die Sozialpolitik diesem Ziele unterzuordnen. Sein erstes Augenmerk richtete sich auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Produktionsstände und die Stabilisierung der Staatsautorität mit Hilfe der bürgerlichen Parteien. Graf Posadowsky betonte zu diesem Zweck ausdrücklich, daß er in der Sozialpolitik auf die Wünsche der Erwerbsstände Rücksicht nehmen wolle[206]). Wie weit diese sich legislativ auswirken würde, stand zunächst nicht fest.

Die Initiative zu dem letzten großen Akte der repressiven Sozialpolitik, der Zuchthausvorlage, hatte der Kaiser in seiner Bielefelder Rede ergriffen.

In den industriellen Kreisen, die durch Stumm auf die Entschlüsse des Kaisers namhaften Einfluß hatten, forderte man energisch, den vergeblichen Versuch von 1894 zu erneuern und die gegen den Mißbrauch des Kolitionsrechtes gerichteten Bestrebungen der Gewerbeordnung durch ein Sondergesetz zu verschärfen. Die Jahre 1896/97 waren an Streiks und Ausständen reich gewesen. Ueberall war es zu Ausschreitungen gekommen, da die Streikenden versuchten, die Arbeitswilligen an der Aufnahme der Arbeit zu hindern, um ihren Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen[207]). Diesen Mißständen galt die Androhung des Kaisers: „Schwerste Strafe dem, der einen Mitmenschen, der arbeiten will, an der Aufnahme dieser Arbeit hindert“[208]).

Graf Posadowsky nahm sich dieser Frage sofort nach seinem Amtsantritt an. Der „Vorwärts“ konnte im Januar 1898 einen Brief veröffentlichen[209]), aus dem hervorging, daß von Seiten der Regierung energische Vorarbeiten zur Gestaltung einer Vorlage unternommen

---

[206]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 8. Sitz., 11. 12. 1897, Penzler, I, S. 547.

[207]) Rothfels, S. 118 f. und Herkner, 1. Bd., S. 214 f.

[208]) Schultheß: Europäischer Geschichtskalender 1897, S. 103.

[209]) „Germania“ vom 16. 1. 1898, Nr. 12, 1. Blatt, Wiese, S. 65 f.

wurden. Graf Posadowsky hatte an die verbündeten Regierungen ein Schreiben gerichtet, in dem er unter Hinweis auf die Fach- und Tagespresse schreibt:

> „Bei der Wichtigkeit der Frage erscheint es geboten, an der Hand der bisherigen Erfahrungen diese Frage einer nochmaligen Erwägung zu unterziehen und dabei insbesondere zu prüfen, ob sich nicht das Bedürfnis herausgestellt hat, bei Arbeiterausständen den arbeitswilligen Personen gegen Vergewaltigung und Einschüchterung seitens der Ausständigen oder anderer für diese eintretenden Personen einen kräftigeren Schutz als bisher zu leihen . . ." [210]).

Er fragte dann unter Hinweis auf die Streiks der letzten Jahre, ob in den Gebieten der verbündeten Regierungen solche Terror- und Zwangsmaßnahmen vorgekommen seien, ob die bestehenden Gesetze genügt hätten, um eine gerichtliche Verfolgung der Schuldigen durchzuführen und welche gesetzlichen Maßnahmen noch in Aussicht genommen werden könnten, um diesen Ausschreitungen entgegenzutreten. Das Rundschreiben schloß:

> „. . . Einer gefälligen Rückäußerung darf ich rechtzeitig entgegensehen, daß nötigenfalls die weiteren Verhandlungen früh genug abgeschlossen werden können, um dem Reichstage bei seinem Zusammentritt eine neue Vorlage machen zu können" [210]).

Die Veröffentlichung dieses geheimen Rundschreibens erregte starkes Aufsehen, da mit ihm erwiesen war, daß die kaiserlichen Androhungen nicht einer Augenblicksstimmung entsprungen waren, sondern auch das Reichsamt des Innern ernstlich beabsichtigte, eine Vorlage auszuarbeiten. Posadowskys Stellung erfuhr für den Augenblick eine wesentliche Schwächung. Seine Beteuerung, die Rechte der Arbeiter nicht schmälern zu wollen, schien sich als falsch herauszustellen. Das Zentrum, um dessen Zustimmung zu seinem sozialpolitischen Programm der Staatssekretär so intensiv geworben hatte, ließ jetzt eindeutig erkennen, daß es nicht gewillt war, repressive Maßnahmen gutzuheißen; gerade eine Einschränkung der gewerklichen Arbeiterrechte fand im Zentrum heftige Ablehnung. Die „Germania" schloß ihre Kritik des Briefes, in der sie auf die Erregung hinwies, wenn der arbeitenden Bevölkerung die Arbeitsbedingungen erschwert würden, während andererseits den Unternehmern die Bildung von Trusts, Syndikaten und

[210]) Vgl. Anm. 209.

Streikversicherungen erlaubt sei, mit der Hoffnung, daß der Alarmschuß des „Vorwärts" noch rechtzeitig genug gefallen sei, um eine Ueberrumpelung nach Art des Stummschen kleinen Sozialistengesetzes zu hindern [211]).

Die sozialdemokratische Partei benutzte die Gelegenheit, um den Staatssekretär wegen der beabsichtigten „Knebelung der Arbeiter zugunsten des Unternehmertums" anzugreifen [212]). Ihre Anfrage im Reichstag beantwortete der Staatssekretär dahin, daß er keineswegs beabsichtigte, die Koalitionsrechte der Arbeiter einzuschränken. Er erklärte aber, daß die Regierung es nicht weiter dulden könne, daß „Arbeiter durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Ehrverletzungen zur Einstellung der Arbeit bestimmt oder am Rücktritt von solchen Verabredungen verhindert werden" [213]). Im übrigen stellte Posadowsky die Sachlage so dar, daß es sich nur um Erhebungen handele, zu denen sich die Regierung auf Grund der vorliegenden Anzeigen verpflichtet fühle.

Graf Posadowsky selbst war von der inneren Berechtigung der geplanten Vorlage überzeugt. Er ging aber dabei von anderen Voraussetzungen aus als der Kaiser. Dieser wollte das Gesetz gefaßt wissen als ein antisozialdemokratisches. Es sollte eine Fortsetzung der vielfachen Versuche zur Unterdrückung der sozialdemokratischen Bewegung sein. Posadowsky ging es nicht darum, die Koalitionsrechte der Arbeiter einzuschränken. Er wollte keine Entrechtung der Arbeiter, keine Verkürzung ihrer wirtschaftlichen Rechte und Machtmittel. Sein Ziel war lediglich die Erhaltung der Staatsautorität und die Verteidigung der bürgerlichen Freiheit gegen den sozialdemokratischen Terrorismus [214]). Die Vorlage sollte dazu dienen, wirklich bestehende Mißstände im wirtschaftlichen Leben abzustellen und den Arbeitswilligen den Schutz des Staates zu garantieren. Der Zwang, nicht zu arbeiten, erschien ihm als Unrecht, das zu verhüten unabweisliche Pflicht des Staates sei. Insofern paßte sich sein Vorgehen zum Schutze der Arbeitswilligen durchaus der Sammlungsparole an. Diese bezweckte ja, alle revolutionären Bestrebungen, jeden Terrorismus mit der Hilfe der bürgerlichen Parteien zu brechen. Er glaubte, kein besseres Beweismittel für die Notwendigkeit der Sammlungspolitik vorbringen zu können, als wenn er auf die Zwangsmaßnahmen,

---

[211]) „Germania" vom 16. 1. 1898, Nr. 12, 1. Blatt.
[212]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 18. Sitz., 17. 1. 1898, Penzler, I, S. 568.
[213]) Vgl. Anm. 212, Penzler, I, S. 571.
[214]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 18. Sitz., 17. 1. 1898, Penzler, I, S. 568 ff.

die Arbeitswilligen gegenüber angewandt wurden, hinwies. Die gesetzlichen Rechte der Arbeiter, soweit sie sich mit seiner Auffassung von der Aufrechterhaltung der Staatsautorität vertrugen, wollte er nicht antasten [215]).

Bei der Diskussion des angestrebten Gesetzes handelte es sich indes um andere grundsätzliche Fragen. Das Koalitionsrecht war das höchste und wichtigste Recht, das die Arbeitnehmer neben dem politischen allgemeinen Wahlrecht besaßen [216]). Eine Verschärfung der Strafbestimmungen gegen Ausschreitungen und Ueberschreitungen des Koalitionsrechtes mußte das Gespenst einer kommenden Aufhebung dieser Rechte heraufbeschwören. Die Frage wurde nicht aufgefaßt unter dem Gesichtspunkt, ob die aufgetauchten Mißstände eine Verschärfung der Strafbestimmungen rechtfertigten, wie dies Graf Posadowsky als staatlich und bürokratisch denkender Mensch tat, sondern allein von der politischen Seite. Es war offensichtlich, daß die Arbeitgeberverbände in dem Vorgehen gegen den Terrorismus gegenüber den Arbeitswilligen einen willkommenen Ansatzpunkt zur Einschränkung der Koalitionsrechte der Arbeiter sahen [217]). Die Arbeiter wiederum glaubten in der Aberkennung dieses Rechts den Auftakt weiterer Entrechtung sehen zu müssen. So erfolgte die Beurteilung durch die politischen Parteien unter diesem Gesichtspunkt. Sie beurteilten die Frage nach ihren allgemeinen Grundsätzen, je nachdem, ob sie eine rechtliche Besserstellung der Arbeiter förderten oder bekämpften.

Der Hinweis Posadowskys auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Freiheit und der Staatsautorität hatte daher keinen Einfluß. Alle beteiligten Verbände und Parteien beurteilten die Vorlage von ihrem grundsätzlichen arbeiterfreundlichen oder -feindlichen Standpunkt aus.

Eine erhebliche Schwächung erlitt der autoritäre Standpunkt Posadowskys in dieser Frage, als der Kaiser anläßlich des Manövers in Oeynhausen am 6. September 1898 noch vor der Beratung der Vorlage in dem preußischen Staatsministerium erklärte, daß „jeder, er möge sein, wer er wolle und heißen, wie er wolle, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versuche oder gar zu einem Streik anreize, mit Zuchthaus bestraft werden solle" [218]).

[215]) Vgl. Anm. 214, 18. u. 21. Sitz., 17. 1. 1898 und 20. 1. 1898, Penzler, I, S. 569 ff.
[216]) Herkner, I, S. 147 ff. und S. 214 ff.; Wiese, S. 71 ff.
[217]) Bueck, II, S. 568 f. und III, S. 411 f.
[218]) Schultheß: Europäischer Geschichtskalender 1898, S. 159.

Mit diesen starken Worten gefährdete der Kaiser die ganze Vorlage. Die Drohung mit dem Zuchthaus stimmte auch an sich der Vorlage günstig gestimmte Kreise kritisch. Auch Hohenlohe, der eine Verschärfung der Strafbestimmungen für nützlich hielt, verurteilte das Vorgehen des Herrschers [219]). Ebenso machte die kaiserliche Rede auf Posadowsky einen deprimierenden Eindruck. Sie verdarb ihm sein ganzes Konzept. Wilmowsky berichtete an Hohenlohe, daß Posadowsky von eventuellen Rücktrittsgedanken gesprochen habe. „Alsbald nach Euer Durchlaucht Rückkehr wird er sich eine Entscheidung darüber erbitten, in welcher Weise nunmehr zum Schutze der Arbeitswilligen vorgegangen werden soll" [220]).

Graf Posadowsky beabsichtigte, das Gesetz nicht einseitig gegen die Arbeitnehmer zu fassen. Dieselben Strafbestimmungen sollten auch gegen die Arbeitgeber vorgesehen werden [221]). Hierbei stieß der Staatssekretär auf den Widerstand des preußischen Innen- und Handelsministers, die die Vorlage einseitig gegen den sozialdemokratischen Terrorismus gerichtet wissen wollte [222]). Es gelang Posadowsky aber, seinen Stundpunkt durchzusetzen und diese Einseitigkeit zu vermeiden. Nicht so erfolgreich aber waren er und das gesamte Staatsministerium in der Bemessung des Strafmaßes, die das Gesetz enthalten sollte. Posadowsky war von der Notwendigkeit, das Gesetz durchzubringen, überzeugt. Einmal war es der unerschütterliche Wunsch des Kaisers, dem er sich zu fügen hatte, und dann war er auch von sich aus überzeugt, daß gegen den Terrorismus vorgegangen werden müsse; ebenso sehr aber stand für ihn fest, daß vom Reichstag nicht mehr als unbedingt notwendig verlangt werden sollte. Er kannte die dem Gesetz nicht günstige Stimmung im Reichstage. Die kaiserlichen Strafbestimmungen, die ein Jahr Gefängnis als Mindeststrafe vorsahen, erachtete er als viel zu hoch, das Staatsministerium sah sich aber gezwungen, dem unabänderlichen Wunsch des Kaisers Rechnung zu tragen und dessen hohe Strafen mit nur geringen Abänderungen in den Entwurf aufzunehmen. Allmählich wurde sich die Regierung bewußt, daß an eine Annahme des Gesetzes nicht gedacht werden könne und daß die Vorlage nur erschwerend auf das Einvernehmen von Regierung

---

[219]) Hohenlohe, III, S. 532.
[220]) Hohenlohe, III, S. 459.
[221]) Vgl. die beiden Reden im Reichstag zu der Zuchthausvorlage: Sten. Ber., 10. Leg. Per., 1. Sess., 96. Sitz., 19. 6. 1898 und 105. Sitz., 20. 10. 1898, Penzler, II, 189 und IV, S. 505 ff.
[222]) Mitt. von Herrn Prof. Herzfeld aus seinen Vorarbeiten z. Biogr. Miquels.

und Reichstag wirken könne. Der Kaiser allerdings setzte sich über alle Bedenken hinweg und drängte vorwärts.

In der Oeffentlichkeit erfuhr der Entwurf vorwiegend Ablehnung. Nur die konservativen und die der Industrie nahestehenden Blätter begrüßten ihn ohne Einschränkung, während sich die Nationalliberalen zwar vorwiegend ablehnend verhielten, ein Diskussion aber nicht unbedingt verweigerten[223]). Auch das Zentrum sprach sich eindeutig gegen die Vorlage aus, die so unter denkbar schlechtesten Voraussetzungen vor den Reichstag kam.

Am 19. Juni gelangte sie zur parlamentarischen Verhandlung. Der Reichskanzler leitete sie mit einer kurzen, farblos gehaltenen Rede ein, und überließ dem Staatssekretär des Innern die schwierige Aufgabe, die Vorlage sachlich zu begründen und zu verteidigen[224]).

Graf Posadowsky legte besonderen Wert auf die Erklärung, daß es sich in dem vorliegenden Entwurf nicht, wie es in der öffentlichen Behandlung immer dargestellt werde, um eine Einschränkung des Koalitionsrechtes handele. Er bekannte sich mit Nachdruck zur Aufrechterhaltung dieses Rechtes als einer natürlichen Notwendigkeit des Wirtschaftslebens. Er zog die Grenze aber dort, wo das Koalitionsrecht einen Zwang ausübte und in der Rechtssphäre anderer einbrach. Er behandelte die Vorlage wieder von dem Standpunkt der Aufrechterhaltung der Staatsautorität und der bürgerlichen Freiheit gegen den gewerklichen Zwang zur Arbeitseinstellung. Die Autorität des Staates und die freie Entscheidung des Einzelnen zur Arbeit ordnete er dem Koalitionsrecht über. Dem Staate wies er die Pflicht zu, die Einzelpersönlichkeit gegen alle Zwangsmaßnahmen wirtschaftlicher Interessenverbände zu schützen. Dieser Standpunkt entbehrte nicht der inneren Berechtigung. Posadowsky konnte in der vollen Ueberzeugung von der Rechtmäßigkeit seines Vorhabens die Vorlage vertreten.

In der Beurteilung durch die politischen Parteien überwogen aber ganz andere Erwägungen. Die Mißstände wurden auch hier nicht geleugnet, den Ausschreitungen aber nicht eine so starke Bedeutung beigemessen, daß sie eine Vorlage mit so scharfen schwerwiegenden Strafbestimmungen rechtfertigten. Sie wurde allgemein als ein Versuch, in das Koalitionsrecht eine Bresche zu schlagen, beurteilt. Das kleine Sozialistengesetz war noch unvergessen und der Einfluß des Freiherrn von Stumm auf die Entschließungen des

[223]) Penzler, II, S. 188.

[224]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 1. Sess., 96. Sitz., 19. 6. 1898, Penzler, II, S. 189 ff.

Kaisers zu bekannt, als daß das Gesetz nicht als eindeutig gegen die Arbeitnehmer gerichtet gedeutet werden mußte.

Nur die Konservativen stimmten dem Gesetz ohne Vorbehalt zu. Zentrum, Freisinnige und Sozialdemokraten lehnten es unbedingt ab[225]). Die Nationalliberalen waren gespalten. Der großindustrielle Flügel der Partei setzte sich für die Annahme der Vorlage ein, während die Mehrheit der nationalliberalen Abgeordneten unter der Führung von Bassermann sich ablehnend verhielt. Gerade Bassermann wies darauf hin, daß es die Aufgabe des Staates sei, neben einer gesunden fortschreitenden Sozialpolitik für eine Schaffung gemeinschaftlicher Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu sorgen. Er beurteilte die Stimmung Posadowskys treffend, wenn er sagte: „Es klang aus diesen Ausführungen doch ein ziemlich erkennbares Gefühl der Resignation heraus. Es mag wohl auch das ehrliche sozialpolitische Gewissen des Herrn Staatssekretär im Reichsamt des Innern gewesen sein, welches in ihm vielleicht solch leichte Zweifel aufsteigen läßt, ob der hier gewählte Weg der richtige ist, um zum Frieden in dem sozialpolitischen Kampf zu kommen."

Das „ehrliche sozialpolitische Gewissen" war in der Tat bei Posadowsky vorhanden. Er fühlte, daß er für eine verlorene Sache kämpfte.

Das Schicksal der Vorlage war besiegelt. Der Antrag, sie zur weiteren Prüfung und Diskussion an eine Kommission zu überweisen, wurde abgelehnt und der Reichstag daraufhin bis zum 14. November vertagt. Zu gleicher Zeit erfolgte in Preußen die Ablehnung der Kanalvorlage. Der Kaiser stand vor der schwierigen Aufgabe, in Preußen gegen die Konservativen und im Reich zu gleicher Zeit mit ihnen arbeiten zu müssen. Das Arbeitswilligengesetz einfach fallen zu lassen, hielten weder er, noch Hohenlohe oder Posadowsky für möglich[226]). Zwar versuchte der Großherzog von Baden in einer Denkschrift den Kaiser davon zu überzeugen, daß eine neue Beratung im Reichstag doch erfolglos und nicht wünschenswert sein werde[227]). Auch Hohenlohe teilte diese Auffassung und erwog die Möglichkeit eines eintägigen Reichstagsschlusses, damit die Regierung, ohne ihre Niederlage einzugestehen, in der nächsten Session auf die Wiedereinbringung des Gesetzes verzichten könne[228]). Posadowsky riet indessen, sich zunächst der Haltung des Kaisers zu vergewissern; denn, wenn dieser auch nach der Wiedereröffnung des

225) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 1. Sess., 96. u. 97. Sitz., 19. und 20. Juni 1899.
226) Hohenlohe, III, S. 509.
227) K. A. v. Müller: Der dritte deutsche Reichskanzler, S. 57.
228) Hohenlohe, III, S. 532.

Reichstages auf einer erneuten Beratung des Gesetzes bestehe, so sei der eintägige Schluß des Reichstages zwecklos [229]). Inzwischen suchte er in der Oeffentlichkeit für das Gesetz Verständnis zu erwecken durch propagandistische Broschüren, für deren Herstellung er die Mittel von der Industrie erbat [230]).

Hohenlohe hatte den Eindruck, als wenn er sonst sehr im Hintergrund bleibe, „um sich für alle Eventualitäten freie Hand zu halten" [231]). Posadowsky wollte zunächst die Entscheidung des Kaisers abwarten und nicht in eine Krise im Reich verwickelt werden. Diese konnte vermieden werden, wenn es gelang, eine glatte Ablehnung der Vorlage zu verhüten und eine Kommissionsberatung zu erwirken. Um den Reichstag günstiger zu stimmen, planten deshalb Hohenlohe und Posadowsky, einige Konzessionen zu machen. Sie wollten das von dem Reichskanzler 1896 gegebene Versprechen der Aufhebung des Verbindungsverbotes für politische Vereine jetzt einlösen. Im Verein mit dem Reichskanzler trug Posadowsky diesen Plan dem Kaiser vor. Er wies darauf hin, daß es zu dem schärfsten Klassengegensatz führen müsse, wenn man den Arbeitervereinen die Rechtsfähigkeit versagen wolle, nur weil sie sozialpolitische Ziele verfolgten. Das bürgerliche Gesetzbuch biete genügend Handhaben zur Verhinderung etwaiger Mißbräuche, so daß man ohne die Gefahr einer Autoritätseinbuße das Verbindungsverbot aufheben könne. Der Staatssekretär meinte, daß mit der Erlangung ausreichender Schutzbestimmungen gegen den Terrorismus durch das Arbeitswilligengesetz den Arbeitern entsprechend Erleichterungen in der gesetzlichen Vertretung ihrer Interessen gewährt werden könnten.

Ein Zeichen für die Unabhängigkeit seiner Entschlüsse von dem Willen des Unternehmertums war es, daß er bei dem Vortrag vor dem Kaiser betonte, die Industrie stehe zwar jedem Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung ablehnend gegenüber, die Regierung „dürfe aber aus taktischen und politischen Gründen diese einseitige sozialpolitische Richtung nicht berücksichtigen" [232]). Der Kaiser verschloß sich diesen Argumenten nicht. Er erteilte die Erlaubnis, daß vorbehaltlich der Prüfung der Arbeitswilligenvorlage durch den Reichstag der Reichskanzler berechtigt sein solle, wohlwollende Erklärungen über die Aufhebung des Verbindungsverbotes abzugeben.

[229]) Hohenlohe, III, S. 532 f.
[230]) Vgl. unten S. 121 ff.
[231]) Hohenlohe, III, S. 533 und S. 543 ff.
[232]) Hohenlohe III, S. 544.

Trotzdem wurde das Gesetz, nachdem Posadowsky nochmals intensiv die Vorteile der Vorlage hervorgehoben hatte, am 20. November in allen seinen Teilen ohne Kommissionsberatung abgelehnt [233]).

Die Regierung hatte eine Niederlage erlitten. Sie bedeutete für Posadowsky das Scheitern aller Hoffnungen auf eine Sammlung der bürgerlichen Parteien zur wirksamen Bekämpfung der revolutionären Bestrebungen. Mit dem Mißerfolg der Zuchthausvorlage war die Sammlungspolitik auf sozialpolitischem Gebiet zusammengebrochen. Ebenso hatte aber auch die Aera Stumm ein Ende. Die Zeit der repressiven Maßnahmen war vorüber. Der Umschwung erfolgte jäh und eindeutig. Noch bei der Ablehnung des Arbeitswilligengesetzes durch den Reichstag hatte Graf Posadowsky erregt gesagt, daß dieser schlimme Vorgang seine Nachwirkung auf das Verhältnis zwischen Regierung und Reichstag üben müsse [234]). Das klang ganz nach Staatsstreichabsichten oder Auflösung des Reichstages. Im Gegensatz aber zu diesen Erklärungen gestaltete sich das Verhältnis zwischen Regierung und Reichstag überraschend günstig.

Es gelang dem Reichskanzler, die Zustimmung des Kaisers zu der Aufhebung des Verbindungsverbotes für politische Vereine zu erlangen, ohne daß der Herrscher auf der Erfüllung der früher gestellten Bedingung, der Annahme des Arbeitswilligengesetzes, bestand [235]). Die Erklärung freiwilligen Verzichts auf das Verbindungsverbot kurz nach der Erledigung der Arbeitswilligenvorlage ließ einen starken parlamentarischen Erfolg für die Regierung erwarten. Schien diese Tatsache doch darauf hinzuweisen, daß die Regierung ernsthaft auf alle repressiven Maßnahmen verzichte und nach dem parlamentarischen Kampf um das Arbeitswilligengesetz wieder ein besseres Verhältnis zum Reichstag erstrebe. Gerade der Staatssekretär des Innern, der grundsätzlich für seine Person auf ein gutes Verhältnis zum Parlament großen Wert legte, hatte sich im Verlaufe der Auseinandersetzungen um das Gesetz veranlaßt gesehen, das in seinen Augen unkonstitutionelle Verhalten der Reichstagsmehrheit bei der Ablehnung der Kommissionsberatung zu tadeln und hatte geglaubt, schlimme Nachwirkungen auf das Verhältnis von Regierung und Reichstag prophezeihen zu müssen, da der Kaiser nach der Ablehnung des Gesetzes eine repressive Politik gegenüber dem Parlament verlangen werde. Nachdem er sich aber überzeugt hatte, daß

---

[233]) Sten. Ber., 10. Leg. Ber., 1. Sess., 105. Sitz., 20. 10. 1899, Penzler, IV, S. 505 ff.
[234]) Vgl. Anm. 233, Penzler, IV, S. 511.
[235]) Hohenlohe, III, S. 547 f.

sich des Kaisers Ansichten über die Notwendigkeit der Annahme der Arbeitswilligenvorlage geändert hatten, er also in dieser Richtung keine Rücksichten mehr zu nehmen brauchte, lag ihm viel daran, auch seine Beziehungen zum Parlament wieder besser zu gestalten. Das konnte er leicht erreichen, wenn ihm die Erklärung der Aufhebung des Verbindungsverbotes im Reichstage überlassen wurde. Indes zeigte sich der Reichskanzler nicht bereit, der wohl berechneten Anregung seines Stellvertreters zu folgen[236]), und ihm den parlamentarischen Erfolg zu überlassen. Er bestand darauf, selbst die Regierungserklärung abzugeben und fand mit ihr im Reichstag den erwarteten starken Beifall.

Doch auch Posadowsky fand bald Gelegenheit, sich mit der Reichstagsmehrheit wieder auszusöhnen und den Verdacht zu entkräften, als müsse er den Befürwortern eines Staatsstreiches zugerechnet werden.

Die konservativen Parteien, die seinem Eintreten für die Arbeitswilligenvorlage so starken Beifall gezollt hatten, glaubten in dem plötzlichen Verzicht auf ihre weitere Beratung und der Aufhebung des Verbindungsverbotes eine Schwäche der Regierung gegenüber dem Marxismus sehen zu müssen. Posadowsky trat dieser Auffassung entgegen[237]). Seine Verteidigung gegen die konservativen Angriffe war ausgesprochen konstitutionell gehalten. Er betonte, daß man eine Partei, möge sie der Regierung auch noch so unsympatisch sein, in einem Rechtsstaate nur auf Grund der vorhandenen Gesetze behandeln, und daß man Gesetze in einem konstitutionellen Staate nur mit der Volksvertretung machen könne. Diese Ausführungen stellten das Vertrauen des Reichstages in die konstitutionelle Gesinnung des Staatssekretärs wieder her. Nur die konservativen Vereine übten an diesen Auffassungen des Staatssekretärs scharfe Kritik.

Bei der Uebernahme seines neuen Amtes hatte Graf Posadowsky ein Bekenntnis zu der sozialen Aufgabe des Staates abgelegt. Auch hier war er gewillt, in den Bahnen des Reichsgründers sich zu bewegen. Nach wie vor sollte es Pflicht des Staates sein, materielle Nöte der arbeitenden Bevölkerung durch Gesetze zu bekämpfen und Maßnahmen gegen hygienische wie moralische Gefahren zu treffen. Der Wille zu dieser sozialen Arbeit war bei Graf Posadowsky von vornherein vorhanden. Er konnte aber zunächst nicht praktische Aus-

[236]) Hohenlohe, III, S. 548.
[237]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 1. Sess., 121. Sitz., 13. 2. 1900, Penzler, II, S. 233 ff.

wirkungen haben, da der Staatssekretär aus wirtschaftspolitischen Gründen sich nicht in einen Gegensatz zur Industrie setzen wollte und zu einer gewissen Schonzeit entschlossen war. Vor allen Dingen lehnte er eine weitere Belastung der Industrie mit neuen Beiträgen ab. Die soziale Pflicht des Staates wollte er damit erfüllen, daß er die Versicherungsgesetze Bismarcks einer Revision unterzog, in der Praxis entstandene Mängel beseitigte, neue Personenkreise einbezog und dadurch die Gesetze wirkungsvoller gestaltete.

Dieses Programm der sozialpolitischen Reformarbeit vollzog sich ähnlich der wirtschaftspolitischen in äußerst langsamem Tempo. Während die Parteien zu schnellerer Erledigung der sozialpolitischen Aufgaben drängten, hatte Graf Posadowsky schon bei der Vorarbeit erhebliche Widerstände zu überwinden. Die bundesstaatliche Organisation der Reichsverfassung hat ihm während seiner ganzen Amtsdauer ein Durchsetzen seiner Pläne und Ideen erschwert. Er konnte an seine Reformarbeit nicht als selbständiger Chef eines Reichsressorts herangehen, sondern war stets abhängig von der Mitarbeit der Bundesstaaten und hier vor allen Dingen Preußens. Bismarck hatte auf Grund seiner überragenden Stellung im Reich und Preußen alle Widerstände gegen Sozialversicherungsgesetze schnell überwinden können. Graf Posadowsky hatte um jede Maßnahme, die er im Reich zum Gesetz erheben wollte, den Kampf mit den einzelstaatlichen Interessen und Ressortwiderständen aufzunehmen. Im preußischen Staatsministerium verfügte er nicht über einen Einfluß, der alle Widerstände hätte beseitigen können. Die preußischen Ressorts wachten eifersüchtig darüber, daß sich nicht etwa das Reich oder ein Reichsamt in ihren Macht- und Wirkungsbereich einmische. Das Reichsamt des Innern war zudem auch nur für die Gesetzgebung zuständig, während die praktische Verwaltung den einzelstaatlichen Ministerien unterstand. Wenn auch die Versicherungsgesetzgebung dem Reichsamt des Innern zugewiesen war, so war dies doch auch in der Legislative auf die Zusammenarbeit mit den verbündeten Regierungen angewiesen. So dauerte es bis zum 13. Februar 1899, ehe die Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz dem Reichstag zuging [238]).

Graf Posadowsky hielt an der grundlegenden Konstruktion der Versicherungsgesetze fest. Er erklärte es zwar an sich für wünschenswert, die drei großen Versicherungswerke einheitlich zusammenzufassen, aber er hielt diese Zusammenfassung für im Augenblick nicht möglich. Eine unerläßliche Voraussetzung für diese ein-

[238]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 1. Sess., 31. Sitz., 13. 2. 1899, Penzler, II, S. 82 ff.; Wiese, S. 80 ff.

heitliche Organisation war ihm zunächst eine Dezentralisation innerhalb der einzelnen Versicherungszweige. Diesem Zweck sollte der neue Entwurf der Invalidengesetzgebung in erster Linie dienen. Der Staatssekretär wollte die sozialpolitische Gesetzgebung aus der Gefahr einer bürokratisch-zentralisierten Verknöcherung lösen und durch eine weitgehende Dezentralisation wieder eine organische Verbindung zwischen dem Staat als dem gebenden und dem rentenempfangenden Arbeiter als dem nehmenden Teil schaffen. Dabei ließ er sich leiten von eigenen Erfahrungen, die er in seiner Posener Verwaltungstätigkeit auf dem Gebiet der praktischen Ausführungen der sozialpolitischen Gesetze gemacht hatte. Nach der bestehenden Konstruktion des Gesetzes entschieden die Versicherungsbehörden von der Landes- oder der Provinzialhauptstadt aus über die Rentenanträge auf schriftlichem Wege nach schriftlichen Zeugnissen. Es war Posadowskys Plan, an Stelle dieser Organisation lokale Arbeiterversicherungsämter zu schaffen, die in enger persönlicher Beziehung zu den Versicherten wirken sollten. Unter dem Vorsitz eines staatlichen Beamten sollten diese Aemter in gleicher Anzahl Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer heranziehen und neben der Entscheidung über die Rentenanträge in allen Versicherungsfragen Auskunft und Rat erteilen. Als entscheidenden Vorteil dieser neuen Regelung erhoffte der Staatssekretär, daß der Arbeiter nunmehr die Gelegenheit haben werde, in persönlichem Verkehr mit der Rentenstelle seine Anträge vorzubringen und eine individuelle Behandlung zu erreichen. Durch diese örtliche Organisation wünschte Posadowsky die Arbeiter in nähere Verbindung mit den Organen der staatlichen Verwaltung zu bringen.

> „Je mehr wir Staatsorgane im Lande schaffen, die die sozialpolitischen Aufgaben verfolgen, die den Arbeitern plastisch nahe bringen, daß Vertreter der Staatsverwaltung für ihre berechtigten Wünsche, für ihre heilbaren Leiden ein Herz haben, daß sie sie hören, daß sie ihre Interessen verfolgen, desto mehr werden wir die Bestrebungen des Umsturzes untergraben, und desto mehr wird die Staatsverwaltung in Konkurrenz treten bei den Arbeitern mit den umstürzlerischen Parteien“ [239]).

Die Arbeiter sollten nicht mehr in der freien Gewerkschaft oder der sozialdemokratischen Partei den Vertreter ihrer Interessen sehen, sondern sich von der sozialen Wirksamkeit des Staates an Ort und Stelle überzeugen können [240]). Der Zweck des

---

[239]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 1. Sess., 32. Sitz., 14. 2. 1899, Penzler, II, S. 91.

[240]) Vgl. Anm. 239, Penzler II, S. 82 ff.

Gesetzes war demnach vornehmlich, die Autorität und den Einfluß des Staates zugunsten des Arbeiters diesem nahezubringen. In dem Ringen um den Arbeiter sollte die staatliche Autorität sich den revolutionären utopischen Ideen der sozialdemokratischen Partei überlegen erweisen. Das Gesetz sollte aber auch nicht einseitig die Staatsautorität mit den sozialpolitischen Aufgaben belasten und einer Bürokratisierung und Schematisierung den Weg öffnen. Die Sozialverwaltung sollte auch fernerhin ein Aufgabengebiet der freien Selbstverwaltung bleiben und durch die Hinzuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine lebendige Zusammenarbeit von Staatsautorität und Bevölkerung gewährleisten. Graf Posadowsky wollte mit dieser Novelle „den Weg einschlagen, den Bismarck seinerseits für die sozialpolitische Gesetzgebung vorgeschlagen hat“ [240]). Der Arbeiter sollte die „Wohltaten und die christliche Hilfsbereitschaft der Staatsgewalt für sich und seine Interessen spüren“ [240]). Das eine Ziel bestand in der materiellen Sicherstellung gegen materielle Not. Indem der Arbeiter sich dieser staatlichen Leistung für sein materielles Wohl bewußt wurde, konnte auch das zweite Ziel erreicht werden, „daß dabei die Macht des Staatsgedankens wächst“ [240]).

Daneben aber beabsichtigte der Entwurf noch eine wichtige Aenderung. Sie betraf die Verteilung der Rentenlasten. Es hatte sich auf Grund der bisherigen Ordnung der Mißstand herausgestellt, daß einzelne Landes- oder Provinzialversicherungsanstalten finanziell günstig dastanden und Rücklagen machen konnten, während andere, vor allem die in den östlichen Provinzen gelegenen Anstalten, mit Verlust abschlossen und zu einer Erhöhung der Beiträge schreiten mußten, während die anderen diese ermäßigen konnten. Die Vorlage Posadowskys sah vor, daß innerhalb des ganzen Reichsgebiets ein Vermögensausgleich der Versicherungsanstalten stattfinden sollte. Die mit einem Ueberschuß arbeitenden Anstalten wurden verpflichtet, das Defizit der anderen zu decken. Der Staatssekretär trat allen partikularistischen und privatrechtlichen Anschauungen entgegen, die das Vermögen der Versicherungsanstalten für die Länder in Anspruch nahmen. Er vertrat mit aller Entschiedenheit den Standpunkt des Reiches und verurteilte alle partikularistischen Eingriffe in dessen Befugnisse. Er stellte fest, daß hinsichtlich der sozialen Verwaltungsorganisation die Grenzen nicht nach den einzelstaatlichen politischen Grenzen gezogen werden könnten, nicht kommunale oder parti-

kularistische Gesichtspunkte, sondern allein das sozialpolitische Ziel der Reichsgesetzgebung in Betracht gezogen werden dürfe[241]).

Schon im Bundesrat war der Entwurf des Reichsamtes des Innern starken Aenderungen unterzogen worden[242]). Im Gegensatz zu dem Plan Posadowskys sollten die Rentenstellen nicht die Entscheidung über die Rentenanträge, sondern nur das Recht zu einer Begutachtung haben. Die Entscheidung über die Anträge blieb nach wie vor den Landesversicherungsanstalten überlassen. Doch konnte eine Ablehnung, wie Posadowsky es angeregt hatte, nicht mehr von den staatlichen Beamten des Versicherungsvorstandes erfolgen, sondern die dem Vorstande angehörenden Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer mußten zu dieser Entscheidung mitherangezogen werden. Im Gegensatz zu Posadowskys Anregung sollte der leitende Beamte der Rentenstelle nicht von der Versicherungsanstalt, sondern von der Landesregierung ernannt werden.

Auch in dieser abgeschwächten Form wurde die Vorlage vom Reichstag nicht angenommen. Während Graf Posadowsky obligatorische Rentenstellen vorgesehen hatte, die der Kristallisationspunkt einer lokalen Organisation der Arbeiterversicherung überhaupt werden sollten, auf denen sich von unten herauf allmählich eine Zusammenfassung aller drei Versicherungszweige vollziehen sollte, wurden von der Reichstagskommission nur fakultative Stellen geschaffen, die bestehenden Verwaltungsbehörden zu Rentenstellen gemacht und nur die Möglichkeit offen gelassen, daß dort, wo die allgemeinen Verwaltungsbehörden die Aufgaben nicht mehr lösen konnten, besondere Rentenstellen eingerichtet würden[243]).

Auch der Ausgleich in der Verteilung der Rentenlast wurde nicht in dem Maße erreicht, wie es der Staatssekretär ursprünglich im Auge gehabt hatte. Immerhin setzte er durch, daß die Versicherungsanstalten mit ihrem Vermögen nicht nach eigenem Ermessen handeln konnten.

Um die Novelle nicht zu gefährden, erklärte sich die Regierung mit diesen Aenderungen einverstanden, und so gelangte sie unter Zustimmung aller Parteien unter Einschluß der Sozialdemokratie zur Annahme[244]). Dieser Erfolg war umso beachtenswerter, als die Einbringung der Arbeitswilligenvorlage vier Tage später erfolgte.

---

[241]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 1. Sess., 31. Sitz., 13. 2. 1899, Penzler, II, S. 82 ff.

[242]) Wiese, S. 82 ff.

[243]) Wiese, S. 88 f.

[244]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 1. Sess., 82.—87. Sitz., 18. 5. 1899 und 7/8. 6. 1899, Penzler, II, S. 146 ff.

Die Vertretung der Novelle hatte bewiesen, wie stark sich der Staatssekretär mit den sozialen Problemen beschäftigte und daher zu der Ueberzeugung gelangt war, daß es die Pflicht des Staates sei, sich noch viel mehr um „die Lebensbedingungen der Arbeiter, die Arbeitsverhältnisse, die Ursachen von Aussperrungen und Arbeiterausständen zu kümmern, als es bisher geschehen ist“ [245]). In der sozialpolitischen Aktivität des Staates glaubte er ein wirkungsvolles Mittel zur Bekämpfung des Umsturzes gefunden zu haben. Posadowsky ging den eingeschlagenen Weg geradeaus weiter, ohne die konservativen und industriellen Kreisen entstammenden Angriffe zu beachten. Fortan vertrat er den Standpunkt, daß eine kluge Regierung gegenüber der sozialistischen Bewegung zunächst produktiv handeln müsse. Die irregeleiteten Massen zur Anerkennung der bestehenden Staatsordnung zu bringen, war das höchste Ziel seiner Sozialpolitik.

Die Reform der Versicherungsgesetzgebung wurde fortgesetzt mit einer Abänderung der Unfallversicherungsgesetze [246]). Es handelte sich dabei im wesentlichen um den Entwurf, den Posadowsky im Sommer 1897 hatte fallen lassen, weil er sich durch ihn in Gegensatz zu den Vorständen der Berufsgenossenschaften gesetzt hätte [247]). Jetzt spielten die Rücksichten auf den Freiherrn von Stumm keine Rolle mehr. Freunde der Sozialpolitik, wie die Zentrumsabgeordneten Hitze und Trimborn, hatten schon stärker das Ohr des Staatssekretärs als die Vertreter der Großindustrie.

Der Kreis der versicherten Gewerbe wurde durch die neue Vorlage ausgedehnt, wenn auch nicht in dem vom Reichstag gewünschten Maße. Als den Eckstein der Reform betrachtete der Staatssekretär des Innern die Errichtung des territorialen Schiedsgerichts [248]). Auch in der Unfallversicherung wünschte er die Dezentralisation durchzuführen. Die besonderen Unfallschiedsgerichte sollten aufgehoben und das schiedsrichterliche Amt bei Unfällen den für die Invalidenversicherung schon bestehenden Rentenstellen zufallen. Es war das ein Schritt weiter in der Richtung auf die Vereinheitlichung der gesamten Versicherungsgesetze. Auch diese Vorlage suchte den staatlichen Einfluß zu stärken. Die Schiedsgerichte waren deshalb den einzelnen Berufsgenossenschaften genommen worden, um

---

[245]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 1. Sess. 31. Sitz., 13. 2. 1899, Penzler, II, S. 92.

[246]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 11. Sess., 132., 133., 188.—191. Sitzung vom 22., 23. Januar 1900 und 8.—11. Mai 1900, Penzler, II, S. 285 ff. und S. 350 ff.; Wiese, S. 104 ff.

[247]) Vgl. oben S. 79.

[248]) Wiese, S. 106.

auch sie von einem staatlichen Beamten leiten zu lassen. Mit dieser Maßnahme bezweckte Graf Posadowsky eine Stärkung des Vertrauens der Arbeiterschaft in die objektive Handhabung der Gesetzgebung. Er wünschte die Einsetzung eines staatlichen Beamten im Hauptamt, der längere Zeit im Amt bleiben [249]), sich mit dem Geist der sozialen Gesetzgebung und mit der bisherigen Rechtsprechung auf diesem Gebiete eingehend vertraut machen und die Geschäfte des Schiedsgerichts nicht nur formell, sondern auch mit sozialpolitischen Verständnis und sozialpolitischem Herzen handhaben werde.

Die Novellen zur Gewerbeordnung und zur Seemannsordnung suchten auch auf diesen Gebieten die gesetzlichen Bestimmungen den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen anzupassen.

Die große Reform der Versicherungsgesetzgebung fand ihren Abschluß im Jahre 1903 mit der Annahme des Krankenversicherungsgesetzes [250]). Als wesentlichste Aenderung sah der Entwurf eine Ausdehnung der Krankenpflege von 13 auf 26 Wochen vor, um die bisher bestehende Lücke zwischen Aussetzen der Krankenfürsorge und Inkrafttreten der Invalidenfürsorge zu füllen.

Posadowsky blieb in seiner sozialpolitischen Arbeit bei aller warmen Anteilnahme in diesen Jahren doch stets der nüchterne und praktische Verwaltungsfachmann, der sich bewußt blieb, daß der staatlichen Sozialarbeit auch Grenzen gesetzt waren. Er sprach es oft aus, daß an sich eine weitere Ausdehnung der Sozialgesetzgebung wünschbar sei, sich diese im Augenblick aber nicht durchführen lasse, weil die wirtschaftlichen oder auch staatlichen Voraussetzungen fehlten. Er durfte nie vergessen, daß er nicht nur Staatssekretär für Sozialpolitik sei, sondern ihm in der Vorbereitung der Wirtschaftsreform auch Pflichten auferlegt waren, die zu einer Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zwangen. Seine Sozialpolitik blieb daher in diesen Jahren immer in enger Beziehung zum wirtschaftlichen Leben. Er konstruierte nicht theoretische Gesamtgesetze, die den praktischen Verhältnissen wenig entsprachen oder bald durch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung überholt wurden. Er beschränkte sich vielmehr darauf, von Fall zu Fall erkannte Mißstände zu beseitigen. Die Gesetze waren oft Kombinationen von Einzelbestimmungen, die, lose aufeinandergefügt, das Ziel hatten, veraltete Bestimmungen der bestehenden Gesetze abzuändern und den praktischen Verhältnissen anzupassen.

---

[249]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 1. Sess., 191. Sitz., 11. 5. 1900, Penzler, I, S. 341 f.

[250]) Vgl. Anm. 249, 31. Sitz., 13. 2. 1899, Penzler, II, S. 83 ff.

Graf Posadowsky war als ein konservativer Agrarier mit patriarchalischen Wirtschafts- und Sozialauffassungen in den Reichsdienst eingetreten. Er war aber nicht parteimäßig gebunden an irgend eine Doktrin, sondern seine Anschauungen entstammten der Tradition des ostdeutschen Adels und Grundbesitzes, dem er angehörte. In seiner Beamtentätigkeit hatte er sich von aller einseitigen Ideologie fernhalten müssen. Sie hatte in ihm eine Staatsgesinnung geschaffen, die ihn allmählich auch von den konservativen Parteimännern trennte.

In seiner praktischen Beamtenlaufbahn hatte er seinen Blick geweitet, hatte erkannt, daß die verantwortungsvolle Arbeit des Staatsmannes nicht eingeengt sein dürfe durch einseitige Parteidoktrinen. Ihm hatte sich im Reichsamt des Innern in seiner wirtschafts- und sozialpolitischen Beschäftigung eine ganz neue Welt erschlossen. Hier ließ sich die einseitige Betrachtungsweise der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, wie sie der ostdeutsche Agrarier aus seiner Perspektive sich bilden mußte, nicht mehr aufrecht erhalten. So lernte er jetzt die große Welt der Industrie und Arbeiterschaft kennen; die sozialen Umbildungen der Epoche konnten ihren Eindruck auf den Staatssekretär nicht verfehlen. Der tiefe sittliche Ernst, mit der er an die Lösung der ihm gestellten Aufgaben heranging, sein Wille nach einer objektiven und gerechten Abwägung aller sozialen Kräfte und Tatsachen, ferner die durch unermüdliche Arbeitskraft erworbene Beherrschung aller in sein Ressort einschlagenden Materie, alle diese die Persönlichkeit des Grafen Posadowsky charakterisierenden Eigenschaften wirkten mit, ihm das Verständnis für die großen Aufgaben des Staates auf sozialem Gebiete zu eröffnen.

So wurde aus dem konservativen Beamten, der ins Reichsamt des Innern berufen war, um die Staatsautorität gegenüber dem Umsturz zu wahren und die Agrarier zu versöhnen, der Staatsmann, der nicht müde wurde, die soziale Verpflichtung des Staates und des Bürgertums gegenüber der Arbeiterschaft zu betonen.

2. Die Stellung Posadowskys zur allgemeinen Politik. Sein Verhältnis zu Hohenlohe und Bülow. Die 12000 Mark-Affäre.

Hohenlohe hat in den Wechsel seiner Mitarbeiter, der sich mit dem Rücktritt der beiden Staatssekretäre Marschall und Bötticher vollzog, nicht leichten Herzens eingewilligt. Beide Männer waren dem Reichskanzler in ihrem Amtsbereich starke Stützen gewesen, die ihm willig die Hauptlast der politischen Arbeit abnahmen, ohne sich dabei in Widerspruch zu den Direktiven des Kanzlers zu setzen oder gar den Versuch zu machen, die Leitung der gesamten Politik an sich zu reißen. Hohenlohe war sich dieses außerordentlichen Wertes seiner Mitarbeiter bewußt und gab sich alle erdenkliche Mühe, sie zu halten [251]).

Die Berufung von Tirpitz und Bülow an die Spitze wichtiger Reichsämter, die Ernennung Posadowskys zum Staatssekretär des Innern und allgemeinen Stellvertreter des Reichskanzlers sowie die Tatsache, daß Miquel stärkeren Einfluß auf das politische Geschehen erhielt, wirkten auf die politische Stellung und die Autorität des Reichskanzlers einschränkend [252]). Jede einzelne dieser Persönlichkeiten trat ihr neues Amt an mit einem ausgeprägten eigenen politischen Willen. Wenn die Ernennung von Tirpitz darauf hinwies, daß trotz der Abneigung des Reichstages der Flottenbau begonnen werden sollte, so mußte die Berufung Posadowskys dahin gewertet werden, daß sein Ideal der Sammlungspolitik die offizielle Innenpolitik des Reiches maßgebend beeinflussen würde. Ebenso wurde Bülow berufen, um eine neue Periode deutscher Weltpolitik einzuleiten.

Im Gegensatz zu Bötticher, der stets nur der Vertreter der Ansichten des jeweiligen Kanzlers gewesen war und der seine Stellung nur hatte wahren können durch sein gutes Einvernehmen mit dem Reichstag und die außerordentliche Beherrschung der weitverzweigten Materien seines Ressorts, war Posadowsky eine selbständigere Natur, dessen wirtschafts- und sozialpolitische Reden durchaus als das Produkt seiner eigenen politischen Anschauungen und Ziele angesehen werden mußten.

Hohenlohe ließ seinen Mitarbeitern in ihrer Ressortarbeit viel Freiheit. Sein Alter hinderte ihn, alle Zweige der politischen Arbeit zu überblicken und sie maßgebend nach seinen eigenen Zielen zu beeinflussen. Er hatte sich im Juni 1897 damit abgefunden, daß Miquel

[251]) Hohenlohe, III, S. 345 ff.
[252]) K. A. v. Müller, S. 28.

die Leitung der preußischen Innenpolitik übernehmen und er selbst sich damit auf diesem Gebiet jedes eigenen Einflusses begeben würde[253]).

Der Mangel an Redefertigkeit gab ihm auch nicht die Möglichkeit, durch oratorische Leistung im Reichstag sich hier eine feste Position zu verschaffen. Das mußte er seinem Stellvertreter überlassen, der schon bei der Uebernahme seines neuen Amtes im Parlament eine starke Stellung besaß. So war es denn auch Posadowsky, der bei Beginn der Session im Herbst 1897 die Aufgabe übernahm, sein eigenes Programm der Wirtschafts- und Sozialpolitik dem Reichstag vorzulegen. Der Staatssekretär handelte hier unbeschränkt durch Rücksichten auf den ihm übergeordneten Kanzler.

Er konnte es als seinen Erfolg buchen, daß die bürgerlichen Parteien allmählich der Sammlungspolitik günstiger gesinnt waren. Es war ihm gelungen, die konservative Opposition zu dämpfen, und nach anfänglicher Nervosität hatten auch die Nationalliberalen sich freundlicher zu der Sammlungsparole gestellt[254]). Die Beteuerung Posadowskys, daß er den wirtschaftspolitischen Umschwung nur allmählich, nach Ablauf der bestehenden Handelsverträge unter Anhören aller wirtschaftlichen Produktionsstände vollziehen werde, hatte zur Beruhigung beigetragen. Ebenso wirkten die scharfen Worte, die der Staatssekretär gegen die einseitigen Wünsche der Agrarier fand, beschwichtigend auf die nichtagrarischen Partner der Sammlungspolitik. Die konstitutionelle Haltung und der sachliche Ton seiner Ausführungen taten ein Uebriges, um ihm die Anerkennung des Reichstages einzubringen.

Die vielfachen Ausführungen des Staatssekretärs des Innern in der Wintersession hatten nicht nur den Zweck, die Parteien über das neue Programm der Innenpolitik aufzuklären, und ihre Zustimmung zu erringen. Sie waren auch zu einem guten Teil auf Wahlagitation eingestellt. Im Sommer 1898 mußte der neue Reichstag gewählt werden, der über die legislativen Maßnahmen der Sammlungspolitik abzustimmen haben würde. Ein im Sinne des Sammlungsprogramms gewählter Reichstag mit einer Zurückdrängung der Sozialdemokratie und einer auf Ausgleich der wirtschaftlichen Gegensätze bedachten Mehrheit der bürgerlichen Parteien wäre als ein Erfolg des Grafen Posadowsky anzusprechen gewesen.

---

253) Hohenlohe, III, S. 352 ff.
254) Erklärung der nationalliberalen Partei zur Sammlungsparole: Schultheß 1898, S. 78.

Die Kampfesparole gegen die Sozialdemokratie, die Posadowsky in seinen sozialpolitischen Reden ausgab und durch die er die bürgerlichen Parteien zu einer großen Front gegen den Marxismus zusammenzuschließen sich bemühte, hatte ihre wahre Bedeutung im Hinblick auf die kommenden Wahlen. Es war Posadowskys Ziel, ein weiteres Anwachsen der Sozialdemokratie zu verhindern; dann konnte er zuversichtlicher dem parlamentarischen Kampf um den Zolltarif entgegensehen. Ihm kam alles darauf an, den bürgerlichen Parteien die Größe der sozialdemokratischen Gefahr zum Bewußtsein zu bringen und sie zum Verzicht auf die Forderung nach einseitiger Durchführung ihres wirtschaftspolitischen Programms zu bewegen.

Welchen Wert der Staatssekretär dem Ausfall der Wahlen zuschrieb, bewies die Tatsache, daß er kurz vor den Wahlen einen erneuten Versuch machte, die Parteien im Sinne seines Sammlungsprogramms zu beeinflussen. Das geschah dieses Mal nicht von der parlamentarischen Tribüne aus.

Wenige Tage vor den Wahlen erschien in der Tagespresse — zuerst in der „Kreuzzeitung" — ein Brief[255]), den der Staatssekretär an einen „notablen Politiker" auf dessen Anfrage, wie sich nach seiner Ansicht die bürgerlichen Wähler zu verhalten hätten, gerichtet hatte.

In diesem Briefe, der im wesentlichen keine neuen Momente bot, wies Posadowsky nochmals eindrücklich daraufhin, daß von sozialdemokratischer Seite eine direkte Gefahr für den Staat und die bürgerliche Welt drohe. Der Abwehr dieser Gefahr müßte die ganze Arbeit von Regierung und Parteien gewidmet sein. Er forderte eine Unterordnung der politischen Neigungen und Abneigungen unter die vornehmste politische Pflicht: „Die geschlossene Frontstellung gegen den revolutionären Sozialismus".

Nach diesem Aufruf, eine bürgerliche Einheitsfront gegen den marxistischen Sozialismus zu bilden, fuhr der Staatssekretär fort: „Zum Wohle aller Klassen muß der nächste Reichstag eine sichere Mehrheit aufweisen, welche bereit ist, die großen gemeinsamen Interessen unserer Erwerbsstände positiv zu fördern. Zu diesem Zweck muß er der Regierung einen festen Rückhalt bei der Vorbereitung und Entscheidung der schwierigen Fragen des internationalen Wettbewerbs bieten und entschlossen sein, die Lage der heimischen Produktion, und zwar besonders der durch die moderne Entwicklung unzweifelhaft am meisten gefährdeten Erwerbsstände, der Landwirtschaft und der Mittel-

[255]) Schultheß: Europäischer Geschichtskalender, 1898, S. 131.

klassen, einer vorurteilsfreien, durch Lehrmeinungen und politische Rücksichten nicht beeinflußten Prüfung zu unterziehen." Zur Sozialpolitik führte Posadowsky aus: „Im Interesse der Arbeiterbevölkerung wird es endlich der formalen Verbesserung und des weiteren sachlichen Ausbaues der Arbeiterversicherungsgesetze bedürfen".

Damit war noch einmal das politische Ziel der Sammlungspolitik kurz zusammengefaßt. Das gegenrevolutionäre Kampfmoment war stark hervorgehoben, ebenso die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Einheit und des besonderen Schutzes der Landwirtschaft. Eine Verbeugung vor dem Zentrum war der ausdrückliche Hinweis auf den Ausbau der Versicherungsgesetze. Die Zusätze „formale" Verbesserung und „sachlicher" Ausbau ließen aber gleichzeitig die Beschränktheit dieses sozialen Reformwillens erkennen.

Neben den Grundzügen der Sammlungspolitik wies Posadowsky dann noch auf die Gefahr der Zersplitterung der bürgerlichen Parteien hin und forderte die Wählerschaft auf, dem Kandidaten die Stimme zu geben, der an aussichtsreichster Stelle einem Sozialdemokraten gegenüberstehe.

Der Brief wurde in der Presse allgemein als ein Wahlaufruf der Regierung behandelt[256]). Zunächst fanden sich Stimmen, die bezweifelten, daß Posadowsky im Einverständnis mit dem allein verantwortlichen Reichskanzler gehandelt habe. Bald aber erfolgte die offiziöse Nachricht, daß der Reichskanzler von dem Schritt seines Stellvertreters unterrichtet gewesen, ein Ausspielen des Staatssekretärs gegen den Reichskanzler und umgekehrt demnach nicht möglich sei.

Der unmittelbare Erfolg des Briefes war mäßig. Nur teilweise äußerten sich die mittelparteilichen Blätter in zustimmendem Sinne. Die liberale Nationalzeitung meinte, sie könne dem Grafen Posadowsky darin Recht geben, daß in einer Anzahl Wahlkreise die Parole gegen die Sozialdemokratie ausgegeben werden müsse, aber in einer ungleich größeren Anzahl von Wahlkreisen müsse die Parole lauten: Gegen das Agrariertum[257]).

Die „Germania" schrieb mit Recht, daß der Brief keine neuen Momente enthalte. Wirtschaftspolitisch erklärte sich das Zentrumsblatt mit dem Brief einverstanden, stellte aber fest, daß Graf Posadowsky nicht über die Reform der Versicherungsgesetze hinausgehen wolle. Das Blatt kam zu dem Schluß: „In der Theorie nehmen

---

[256]) Schultheß: Europäischer Geschichtskalender, 1898, S. 132; „Kreuzzeitung" vom 8. 6. 1898 Nr. 262, Nr. 269, 271.

[257]) Schultheß, a. a. O., S. 132.

sich solche Ausführungen ganz gut aus, aber in der Praxis ist nicht viel damit zu machen" [258]).

Dieses Urteil charakterisiert die Vergeblichkeit der Bemühungen des Staatssekretärs. Nach dem Stande der parteipolitischen Entwicklung war das Ideal Posadowskys nicht erreichbar.

Der Ausfall der Wahl bestätigte die Vergeblichkeit seiner Anstrengungen. Die Konservativen verloren 12 und die Sozialdemokraten gewannen 8 Sitze. Darüber hinaus hatten die Splitterparteien erheblich zugenommen. In jeder Beziehung brachte der Ausfall der Wahlen demnach einen Mißerfolg Posadowskys.

Während des Wahlkampfes war es auch zu einem Zusammenstoß zwischen dem Reichskanzler und den beiden Sammlungspolitikern Miquel und Posadowsky gekommen.

Wenn Hohenlohe auch eingewilligt hatte, daß Miquel und Posadowsky die innere Politik in die Hand nahmen und nach ihren eigenen Intentionen gestalteten, so gedachte er doch, sich seine persönliche Handlungsfreiheit von ihnen nicht nehmen zu lassen. Auch Hohenlohe erkannte die Notwendigkeit einer stärkeren Berücksichtigung der Landwirtschaft in der kommenden Wirtschaftsreform an. Der konservativen Ideologie und den konservativen Parteipolitikern stand er jedoch nach wie vor ablehnend gegenüber[259]). Jedenfalls wünschte er die Heranziehung der konservativen Kräfte und ein Anwachsen der konservativen Stimmen nicht so stark wie die beiden Sammlungspolitiker. Ein kleiner Vorfall anläßlich des Wahlkampfes beleuchtete scharf diesen Gegensatz zwischen dem Reichskanzler und seinen beiden Stellvertretern.

Am 3. Mai 1898 hatte Fürst Hohenlohe an den nationalliberalen Abgeordneten Prinz Schönaich-Carolath, der im Wahlkreis Guben kandidierte, ein Telegramm gesandt, in dem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß seine bewährte Kraft auch weiterhin dem Reichstag erhalten bleiben möge [260]).

Dieses Telegramm erregte das Befremden der konservativen Partei, da der Prinz Schönaich-Carolath sich geweigert hatte, den Sammlungsruf zu unterschreiben und zudem ihm ein konservativer Abgeordneter gegenüberstand [261]). Das Telegramm wurde als Stellungnahme des Reichskanzlers gegen die Konservativen gewertet.

[258]) „Germania" vom 8. 6. 1898, Nr. 128, 1. Blatt.
[259]) K. A. v. Müller, S. 15.
[260]) Hohenlohe, III. S. 445; Ludwig Männer: Prinz Schönaich-Carolath. Ein parlamentarisches Leben der wilhelminischen Zeit. 1852—1920. Stuttgart-Berlin 1931, S. 80 f.
[261]) Männer, S. 81; Hohenlohe, III, S. 446.

Die Aktion bedeutete auch das Gegenteil der Bemühungen Posadowskys und Miquels, den Gegensatz zwischen den bürgerlichen Parteien möglichst wenig zu betonen und besonders die Konservativen nicht zu verstimmen. Der Reichskanzler hatte hier gegen die Intentionen seiner beiden Mitarbeiter gehandelt und in den Streit der Parteien zugunsten eines Mannes eingegriffen, der, nach seiner Verweigerung der Unterschrift unter den Sammlungsaufruf zu schließen, den Gegnern der Sammlungspolitik zugerechnet werden mußte.

Miquel und Posadowsky parierten sofort diesen Vorstoß des Reichskanzlers. Sie ließen in der „Kreuzzeitung" eine Berichtigung erscheinen, die dazu bestimmt war, den Eindruck des Telegramms auf die Konservativen abzuschwächen [262]). Als Hohenlohe, der sich während dieser Vorgänge in Paris aufhielt, zurückkehrte, versuchte Posadowsky obendrein, von ihm die Genehmigung zu einem berichtigenden Artikel zu erhalten. Hohenlohe lehnte ein solches Ansinnen mit der seine politische Stimmung charakterisierenden Begründung ab: „Ich muß umso mehr vermeiden, eine beschwichtigende Erklärung abzugeben, seitdem ich sehe, daß die agrarischen und antisemitischen Blätter mich in drohendem Tone angreifen. Diese Leute fürchte ich nicht, und der Versuch, sie zu versöhnen, wäre zwecklos".

Der Reichskanzler empfand gegen seinen Stellvertreter, der sich anmaßte, seine persönlichen politischen Handlungen korrigieren zu wollen, einen tiefen Groll. Er vermerkte über den Grafen Posadowsky: „Dieser Nußknacker fängt an, mir fürchterlich zu werden. Es ist schlimm, wenn der Mann, auf den ich vorzugsweise angewiesen bin, ein faux frère ist. Da war Böttticher bei allen seinen Fehlern doch sicherer" [263]).

In diesem Vorfall trat die Verschiedenheit der sachlichen Auffassung von den politischen Problemen zwischen Hohenlohe und Posadowsky scharf zu Tage. Hohenlohe fand kein so enges Verhältnis zu dem preußischen Konservativismus, wie der Staatssekretär, der standes- und traditionsgemäß wie weltanschaulich den Konservativen ostdeutsch-agrarischer Prägung nahestand.

Schon in einem Gespräch vom 9. Januar 1896 hatte Hohenlohe auf Posadowskys Klagen, daß die Industrialisierung in Deutschland bedauerlicherweise immer mehr fortschreite und so der Hort für den monarchischen Staat, die Landbevölkerung, immer geringer werde, seine skeptischen Auffassungen über die Unabwendbarkeit die-

---

[262]) Hohenlohe, III, S. 448.
[263]) Hohenlohe, III, S. 450, Anm. 1.

ses Industrialisierungsprozesses geäußert[264]). Ihn stimmte die Entwicklung nicht so pessimistisch, wie Posadowsky. So konnte er aber auch nicht im gleichen Maße wie dieser die Förderung der Agrarier in der neuen Wirtschaftspolitik als einen wichtigen Akt der Staatserhaltung ansehen. Diese Motivierung des wirtschaftspolitischen Umschwungs durch den Staatssekretär machte auf ihn keinen Eindruck. Er sah in dem Bemühen Posadowskys und Miquels, die Gunst der Konservativen zu erlangen, nur einen Versuch, ihm bei der Rechten den Rang abzulaufen und seine Stellung zu erschüttern[265]).

Wie in den Jahren 1897—1901 immer wieder die Möglichkeit einer Kanzlerschaft Miquels erörtert worden ist, so hat es nicht an Stimmen gefehlt, vor allem im Lager der Sammlungsparteien, die dem Grafen Posadowsky wünschten, daß er die höchste Stelle im Reichsdienst erlange. Auch bemerken Hohenlohe und Bülow in ihren Erinnerungen, daß Posadowsky als letztes Ziel seiner politischen Betätigung diesen Posten erstrebt habe[266]).

Diese Annahme hat gewiß ihre innere Berechtigung insofern, als Graf Posadowsky von einem starken Selbstgefühl beseelt war und wußte, daß Hohenlohe in den folgenden Jahren aus dem Amte scheiden würde. Gewiß hat sich der Staatssekretär in den Jahren 1897 bis 1900 eine sichere und viel beachtete Stellung im politischen Leben schaffen können. Hohenlohe beantwortet indes die Frage nach der Möglichkeit eines weiteren politischen Aufstiegs Posadowskys eindeutig und treffend, wenn er bemerkt, er habe im Jahre 1897 in Bülow und Posadowsky zwei Rivalen erhalten, die ihn auf den einzelnen Gebieten der Politik zu verdrängen suchten, von denen der letztere ihn aber beim Kaiser nicht habe verdrängen können[267]).

In dem Verhältnis zum Kaiser liegt in der Tat die Erklärung, weshalb Posadowsky nie als ein ernsthafter und aussichtsreicher Bewerber um den Reichskanzlerposten angesehen werden konnte, wenn auch Bülow behauptete, daß der Kaiser ihn als solchen in Aussicht genommen habe[268]).

Wilhelm II. hatte 1897 nicht in einen Rücktritt Hohenlohes einwilligen wollen, weil er glaubte, sich für den Augenblick keinen besseren Kanzler wünschen zu können, als die ruhige und abgeklärte Persönlichkeit des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten. Dieser hatte trotz der häufigen Meinungsverschiedenheiten mit dem Kaiser

[264]) Hohenlohe, III, S. 156.
[265]) Hohenlohe, III, S. 448 ff.
[266]) Hohenlohe, III, S. 292; Bülow, I, S. 182; II, S. 218.
[267]) Hohenlohe, III, S. 592.
[268]) Bülow, I, S. 182.

sich doch nie ernsthaft gesträubt, dessen Plänen und Anregungen zu folgen. Die Zeit für *seinen* Kanzler hielt Wilhelm II in diesem Jahre noch nicht für gekommen. Erst ein Jahr später, nach engerer Fühlungnahme mit dem ehemaligen Botschafter in Rom, Bernhard von Bülow, sah er in diesem den kommenden Mann, seinen Kanzler, mit dessen Hilfe er hoffte, Deutschland zu machtvoller Blüte führen zu können. Das geschah im Gefühl einer inneren Verbundenheit mit dem Staatssekretär des Aeußern, dessen elegante Erscheinung, Weltgewandtheit und geistige Elastizität ihn gefangen nahm.

Die Gaben, die der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ins Feld zu führen hatte, waren dem Grafen Posadowsky versagt. Auch er verdankte zwar seinen Eintritt in den Reichsdienst dem direkten Eingreifen des Kaisers auf den guten Eindruck hin, den seine Persönlichkeit hinterlassen hatte. Das persönliche Vertrauen, das Wilhelm II. auf die finanzpolitischen Fähigkeiten des jungen Posener Landeshauptmannes setzte, wich bald der Gleichgültigkeit einem Manne gegenüber, dessen steife, ernste und korrekte Beamtennatur zu seinem eigenen lebhaften Temperament in so starkem Gegensatz stand, daß das herzliche Verhältnis, wie es zwischen Bülow und dem Kaiser herrschte, zwischen dem Kaiser und dem Staatssekretär des Innern unmöglich war.

Graf Posadowsky stand dem Hofleben, seinen Intrigen und Zufälligkeiten abweisend gegenüber[269]). Sein schwerfälliges Temperament und der seiner strengen Pflichtauffassung entspringende Arbeitseifer ließen ihn weder Zeit noch Gefallen an dem gesellschaftlichen Treiben des Hofes finden. Wie er in der sozialen Umschichtung einen Grund zur Besorgnis über die zukünftige Entwicklung des Reiches glaubte sehen zu können, so fällte er auch ein hartes Urteil über den Träger der Kaiserkrone. So sehr er als preußischer Beamter und Landedelmann sich der Krone verbunden fühlte, die Differenz der Naturanlagen zwischen ihm und dem Kaiser war zu groß, als daß sich eine persönliche Harmonie zwischen ihnen hätte einstellen können. In der impulsiven Art des Kaisers, seinen jähen Eingriff in die Politik, sah er eine ernste Gefahr für das Reich. „Wenn der Kaiser fortfährt, so übermütig und insbesondere so unbesonnen zu sein, so wird früher oder später dies Schloß von den Massen bedroht, ja gestürmt werden", soll er im Jahre 1904 zu Bülow geäußert haben[270]).

---

[269]) Wermuth, S. 215.
[270]) Bülow, II, S. 122.

Er suchte dem Kaiser aus dem Wege zu gehen, da die unsachliche Art, mit der der Herrscher seine langen Vorträge, deren Materie ihn langweilten, behandelte, unvereinbar war mit der Auffassung, die er als höchster Beamter und Leiter der Innenpolitik des Reiches von seinen Pflichten und Aufgaben hatte. Der Kaiser sah in dem Staatssekretär wiederum nur den „Bürokraten, ohne elegante Erscheinung und mit wenig guten Formen“ [271]). Eine Kanzlerschaft Posadowskys war somit ausgeschlossen, so lange der Kaiser nicht selbst wieder den Weg zu den Problemen der Innenpolitik fand. Zur Zeit Caprivis, als er Posadowsky ins Reichsschatzamt berief, hatte sein Hauptaugenmerk den innerpolitischen Fragen gegolten. Jetzt aber, in der Zeit, als Posadowskys Persönlichkeit am stärksten mit den Fragen der inneren Reichsentwicklung verknüpft war, richtete sich das Interesse des Kaisers absolut auf die Probleme der Außen- und Machtpolitik. Hier glaubte er die Erfolge erringen zu können, die ihm in der Innenpolitik versagt geblieben waren. Auch die Sammlungsparole erhielt von ihm mit der Forderung des Flottenbaues eine außenpolitische Zielrichtung, die nicht im Sinne Posadowskys und Miquels lag.

Mit Bülow und Tirpitz wollte der Kaiser seine politischen Ziele verwirklichen. Die Sammlungsparole Miquels und Posadowskys bejahte er, förderte auch den wirtschaftspolitischen Ausgleich und wünschte einen scharfen Kurs gegen die Sozialdemokratie. Die Sammlungspolitik insgesamt sollte aber nur die Basis schaffen, auf der sich die neue Machtpolitik des Reiches aufbaute.

Diese Haltung des Kaisers bestimmte auch seine Kanzlerwahl, als im Jahre 1900 der greise Fürst Hohenlohe den erbetenen Abschied erhielt. Jetzt hielt er die Zeit für seinen Kanzler für gekommen. Das konnte nur Bülow, nicht Posadowsky sein. Als der Kaiser nach seinem Entschluß, sich von Hohenlohe zu trennen, den Staatssekretär Bülow fragte, wen er ihm als geeigneten Nachfolger vorschlagen könne, nannte Bülow unter anderen auch den Staatssekretär des Innern. Der Kaiser lehnte diese Kandidatur mit der sein Verhältnis zu Posadowsky kennzeichnenden Begründung ab, daß Posadowsky nichts von der auswärtigen Politik verstehe, und ein Bürokrat sei [272]).

Bülow scheint ernsthaft mit der Möglichkeit der Ernennung Posadowskys zum Reichskanzler gerechnet zu haben. Das beweist der Umstand, daß er in seinen Erinnerungen rückblickend sagt, er

[271]) Bülow, I, S. 374.
[272]) Bülow, I, S. 374.

wäre unter Miquel und Posadowsky Staatssekretär des Auswärtigen geblieben, wenn diese ihm hinsichtlich der Behandlung der auswärtigen Fragen freie Hand gelassen hätten [273]).

Das Verhältnis zwischen den beiden Staatssekretären Bülow und Posadowsky schildert Hohenlohe, wenn er am Tage nach der Berufung Bülows schrieb: „Wer betrübt sein wird, Bülow zum Chef zu bekommen, ist Posadowsky, denn er haßt ihn mit der ganzen Kraft seiner Beamtenseele" [274]).

Abgesehen davon, daß Bülow seinem innerpolitischen Rivalen den Rang ablief, bestand, wie es Hohenlohe schon mit dem scharfen Wort „Beamtenseele" ausgedrückt hatte, zwischen beiden ein starker Unterschied der Lebensauffassung. Kanzler wurde der vom Glück begünstigte Diplomat, dem schon in früher Jugend dieser Posten prophezeit worden war, der in der großen Welt der europäischen Höfe seine Heimat gefunden hatte und voller Optimismus und Selbstvertrauen in die Zukunft blickte, gewillt, dem Deutschen Reiche den „Platz an der Sonne" zu gewinnen. Persönlich von eleganter Liebenswürdigkeit, gewandt im diplomatischen und parlamentarischen Verkehr, übertraf er den Staatssekretär des Innern in der Kunst der Menschenbehandlung und der Leichtigkeit der politischen Auffassungsgabe.

Während Bülow ein Schoßkind des Glückes zu sein schien, die Erfolge ihm ohne starke Kämpfe und Anstrengungen zufielen, bewegte sich Graf Posadowsky in den besten Traditionen des preußischen Beamtentums und war durch die sorgfältige Erfüllung seiner jeweiligen Pflichten und Aufgaben allmählich zu der zweiten Stelle in der Beamtenhierarchie des Reiches emporgestiegen. Hier füllte er seinen Platz voll und ganz aus. Die Eigenschaften, denen er seinen Aufstieg verdankte, wies er auch noch als Staatssekretär unverändert auf. Er kannte eine jede Spezialfrage seines Ressorts und eignete sich mit harter Energie die Beherrschung jeder einschlägigen Materie an, um im Reichstag Rede und Antwort stehen zu können [275]). Er verfügte nicht über die Leichtigkeit der Orientierungsgabe wie Bülow, der sich spielend aneignete, was er im Verkehr mit dem Reichstag oder dem Kaiser glaubte verwerten zu können.

Trotz seines fanatischen Arbeitswillens war Posadowsky von dem Enderfolg seines Handelns nicht überzeugt [276]). Er war und

---

[273]) Bülow, I, S. 380.
[274]) Hohenlohe, III, S. 592.
[275]) Wermuth, S. 217 f.
[276]) Bülow, II, S. 122 und Hohenlohe, III, S. 156.

blieb ein Pessimist. Er blieb auch Beamter und verdankte dieser Tatsache seine Erfolge, ebenso wie sich die Beschränktheit seiner Position aus ihr erklärte.

Posadowsky betrachtete die Umwelt von dem Standpunkt einer traditionell strengen Moral aus, die zum großen Teil seine ablehnende Stellung dem wilhelminischen Zeitalter gegenüber erklärt. Er war eine tief religiöse Natur. Im Gegensatz zu Bülow, der trotz aller Gesten im tieferen Kern seines Wesens jede stärkere Einwirkung religiöser Art vermissen ließ, glaubte Posadowsky sich verpflichtet, auch in seinem politischen Handeln praktisch die Forderungen der christlichen Lehre betätigen zu müssen. Er hoffte, daß auch „die religiösen Mächte im Lande den Einfluß und die Stellung erringen, die es ihnen ermöglichen, ihre versöhnende und heilende Tätigkeit im bürgerlichen und wirtschaftlichen Leben erfolgreich zu üben“ [277]).

Die Sammlungsparole erhielt so bei ihm eine weltanschauliche Grundlage. Seine Auffassung der sozialen Probleme erhielt einen starken Impuls aus dem Gefühl der Verpflichtung, die christliche Nächstenliebe auch zum Grundsatz der staatlichen Sozialarbeit zu machen, ebenso wie die scharfe Tendenz gegen die marxistischen Anschauungen seiner Abneigung gegen jede materialistische Weltauffassung entsprach. Das Nüchtern-Sachliche lag ihm entsprechend der Beschränkung seines Ressorts auf wirtschaftlich-technische und gewerbliche Fragen näher als die Phrase. Die Reden Bülows und Posadowskys — bedeutsame Leistungen jede in ihrer Art — bestätigen diesen Eindruck der Differenz ihrer Naturen. Während Bülow das Ausschmückende, Ornamentale in seiner oratorischen Leistung bevorzugte, waren die Reden des Staatssekretärs des Innern sachlich genau, den Stoff bis ins kleinste beherrschend und verarbeitend und durch den eindrucksvollen Ernst ihrer Form von starker Wirkung [278]).

Graf Posadowsky hat es mit Sorge erfüllt, als nach dem Abgange Hohenlohes in Bülow ein Mann an die Spitze des Reiches gerufen wurde, der ihm nicht die Gewähr zu geben schien, daß er die Gefahren erkenne oder gar bannen könne, denen das Deutsche Reich innen- und außenpolitisch ausgesetzt war. Bülow aber hatte keinen Grund, sich von dem Stellvertreter des Kanzlers und dem Staatssekretär des Innern zu trennen, nachdem er selbst zum Kanzler berufen worden war. In der inneren Politik war er auf die bewährte Kraft und Mitwirkung eines Helfers angewiesen. So richtete er nach

[277]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 21. Sitz., 20. 1. 1898, Penzler, I, S. 580.

[278]) Wermuth, S. 217 und Bachem 7. Bd., S. 11 ff.

seiner Ernennung an den Grafen ein Begrüßungsschreiben, in dem er ihn aufforderte, seine „hervorragende Sachkenntnis und Kraft" auch ihm zur Führung seines Amtes zur Verfügung zu stellen.

Miquel gab auf ein gleiches Begrüßungsschreiben Bülows seine Bereitwilligkeit zur weiteren Mitarbeit zu verstehen. Graf Posadowsky aber reichte am 18. Oktober, nach dem Erhalt von Bülows Schreiben „mit einem steifen und gereizten Schreiben das nachstehende an den Kaiser gerichtete Gesuch um Entlassung aus seinen Aemtern" ein [279]):

> „Euer Majestät haben allergnädigst geruht, dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst die nachgesuchte Dienstentlassung zu erteilen und den Grafen Bülow zu dessen Nachfolger zu ernennen. Ich glaube als Stellvertreter des Reichskanzlers und Staatssekretär des Innern meiner Pflicht zu genügen, wenn Ew. Majestät ich untertänigst bitte, huldreichst zu entscheiden, ob Ew. Majestät ich ein Gesuch um Entlassung unterbreiten darf" [280]).

Bülow zitiert dieses „Entlassungsgesuch" wörtlich in seinen Erinnerungen und knüpft daran folgenden Kommentar:

> „Hätte ich dieses pikante Entlassungsgesuch Seiner Majestät mit einem unfreundlichen Kommentar vorgetragen, so würde der Kaiser Posadowsky zweifellos haben gehen lassen. Lucanus riet mir dazu, da ich bei Posadowsky kaum eine ehrliche Unterstützung in den bevorstehenden wirtschaftlichen schwierigen Kämpfen finden würde. Ich hielt es für meine Pflicht, die ungewöhnlichen Kenntnisse und die große Arbeitskraft des bisherigen Staatssekretärs des Innern dem Lande zu erhalten und telegraphierte deshalb dem Posadowsky persönlich befreundeten Baron Richthofen, ich hätte den Kaiser bewogen, das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs des Innern abzulehnen und ihm gleichzeitig ein huldvolles Telegramm zu senden. Posadowsky möge nun aber aus dem Schmollwinkel herauskommen und sich mit mir zu nützlicher Arbeit vereinigen. Er werde schwerlich einen Kanzler finden, der ihm so wohlwollend, anerkennend und loyal entgegenkäme, wie ich" [281]).

---

[279]) Bülow, I, S. 386 f.
[280]) Bülow, I, S. 386 f.
[281]) Bülow, I, S. 386 f.

Bülow führt demnach das Gesuch Posadowskys einzig auf die persönliche Verärgerung des Staatssekretärs zurück, dem es nicht vergönnt gewesen war, die Nachfolgerschaft Hohenlohes zu übernehmen.

Indessen ist das Schreiben Posadowskys nicht als ein direktes Gesuch um Entlassung aus seinen Aemtern zu werten. Er überließ die Entscheidung darüber dem Kaiser. Sicher wurde er durch die Ernennung Bülows zum Kanzler nicht angenehm berührt, weil er wußte, daß sich seine Zusammenarbeit mit diesem Kanzler nicht so einfach gestalten würde, wie mit Hohenlohe. Unter diesem hatte er in seinem Ressort frei schalten können und sich als verantwortlicher Minister für die Innenpolitik des Reiches gefühlt. Er konnte ahnen, daß ihm Bülow in der Gestaltung der Innenpolitik nicht die gleiche freie Hand lassen würde wie sein Vorgänger. Wenn er auf das Begrüßungstelegramm Bülows mit einer Anfrage an den Kaiser über seine Stellung antwortete, so wollte er damit beweisen, daß er sich in seiner Stellung nur von dem Kaiser abhängig fühlte und diesem die Entscheidung über sein Verbleiben oder sein Ausscheiden aus seinen Aemtern überließ. Gleichzeitig aber mußte sich aus der Entscheidung des Kaisers ergeben, ob man beabsichtige, einen neuen Kurs in der Wirtschafts- und Sozialpolitik einzuschlagen. War dies der Fall, so hätte der Kaiser den Grafen Posadowsky verabschiedet. Dieser fühlte sich in seinem Amte und seiner Arbeit so selbständig, daß er eine Aenderung des Kurses, die nicht seinen Auffassungen entsprach, nicht mitzumachen bereit war.

Bülow hat zweifellos Recht, wenn er bemerkt, der Kaiser hätte in eine Entlassung Posadowskys eingewilligt, wenn er „dieses Entlassungsgesuch mit einem unfreundlichen Kommentar" vorgetragen hätte [282]). Graf Posadowsky besaß wohl kaum in dem Maße das Vertrauen des Kaisers, daß dieser ihn entgegen dem ausdrücklichen Willen seines neuen Kanzlers gehalten hätte, zumal der Kaiser an die Ernennung Bülows die Bedingung geknüpft hatte, er solle von den Agrariern und dem Bund der Landwirte abrücken. Die agrarischen Neigungen Posadowskys waren der Annahme eines Entlassungsgesuches eher förderlich als hindernd.

Der Kaiser schrieb an das Schreiben des Staatssekretärs die Randbemerkung: „Wozu und Weshalb? Weder aus konstitutionellen oder anderen Gründen ist es verständlich oder nötig" [283]). Auch

---

[282]) Bülow, I, S. 382.

[283]) Nach einer Mitteilung von Herrn Staatssekretär a. D. Lewald auf Grund eines Schreibens aus dem Reichsarchiv (27. Januar 1934).

die kaiserliche Antwort aus dem Kabinett lautete: „Ihre Anfrage kann ich nur verneinen. Ihre Stellung völlig unberührt."

Der Reichskanzler aber brauchte die Arbeitskraft seines Stellvertreters und das Vertrauen, das Posadowsky in parlamentarischen Kreisen besaß. Die Arbeit an dem Zolltarif, die schon weit vorgeschritten war, einem anderen Manne zu überlassen, ging aus sachlichen wie politischen Motiven nicht an. Eine Entlassung Posadowskys konnte nur eine Verärgerung der konservativen Parteien und des Zentrum hervorrufen, die auch Bülow vermeiden wollte. Wenn er auch die Absicht hatte, dem Zolltarif keine zu stark agrarische Note zu geben und sich von den einseitig agrarischen Bestrebungen distanzierte, so wäre eine Entlassung des Staatssekretärs doch eine zu starke Belastung der Innenpolitik gewesen. Bülow brauchte ihn noch.

Wie großen Wert der Reichskanzler darauf legte, den Staatssekretär des Innern zu halten, zeigt sein Verhalten ihm gegenüber in der 12 000-Mark-Affäre, die kurze Zeit nach seiner Ernennung die Stellung Posadowskys gefährdete und die ihm die Möglichkeit gegeben hätte, sich von seinem Mitarbeiter zu trennen.

Die 12 000-Mark-Affäre, die vom Oktober 1900 bis zum Februar 1901 die Oeffentlichkeit erregte, verdient bei der Würdigung der politischen Laufbahn Posadowskys eine besondere Beachtung, weil sie ein bezeichnendes Licht auf die Stellung wirft, die der Staatssekretär kurz nach der Ernennung Bülows bei dem Kanzler, den Parteien und Erwerbsständen einnahm, und weil sie die sozialpolitische Wandlung, die sich schon seit 1899 vorbereitete, vollendete.

Am 21. Oktober veröffentlichte die „Leipziger Volkszeitung", ein sozialdemokratisches Organ, einen Brief des Generalsekretärs des „Zentralverbandes deutscher Industrieller" aus der Zeit des Kampfes um die Zuchthausvorlage, mit folgendem Inhalt[284]):

„Zentralverband
deutscher Industrieller. Berlin, den 3. August 1898

Das Reichsamt des Innern hat mir persönlich gegenüber den Wunsch geäußert, daß die Industrie ihm 12 000 Mark zum Zwecke der Agitation für den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zur Verfügung stellen möchte. Ich habe diese Angelegenheit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralverbandes, Herrn

[284]) „Vorwärts" vom 24. 10. 1900, Nr. 248; Bueck, I, S. 295.

Geheimen Rat Jencke unterbreitet, der es aus naheliegenden Gründen für zweckmäßig erachtet hat, dieses etwas eigentümliche Verlangen nicht zurückzuweisen. Herr Geheimrat Jencke hat für die Firma Krupp 5000 Mark zu dem erwähnten Zweck zur Verfügung gestellt.

gez. H. A. Bueck."

Der Tatbestand war demnach folgender: Das Reichsamt des Innern hatte, um für die Annahme des Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses Propaganda treiben zu können, sich an einen privaten Verband von Industriellen gewandt, der ein besonderes Interesse an der Annahme des Gesetzes hatte. Im Auftrage des Staatssekretärs hatte ein ihm untergeordneter Beamter für die Finanzierung der Agitation 12000 Mark erbeten. Obwohl der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes diese Bitte als eigentümlich bezeichnete, hatte er das Geld aufgebracht, weil in der Tat dem Zentralverband viel an der Annahme der Vorlage lag[285]).

Dieser Vorfall lag zwei Jahre zurück. Die Zuchthausvorlage war abgelehnt worden und nicht wieder zum Vorschein kommen.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses, den Staatssekretär Posadowsky als den verantwortlichen Leiter des Reichsamtes kompromittierenden Schreibens kurz nach der Berufung des neuen Reichskanzlers, nachdem in der Presse die Nachricht verbreitet worden war, daß „mehrere Staatssekretäre es nicht über sich bringen werden, ihre Amtspflichten mit dem neuen Regime in Einklang zu bringen"[286]) — eine Anspielung auf die Rücktrittsabsichten Posadowskys — läßt den Schluß ziehen, daß die Veröffentlichung eigens dazu erfolgte, Bülow zur Trennung von seinem Stellvertreter zu bestimmen. Das Schreiben war der veröffentlichenden Zeitung „auf den Redaktionstisch geflattert", ihr also von irgendeiner Seite zugesandt, die den Grafen Posadowsky zu kompromittieren beabsichtigte.

Die Zusammenarbeit einer hohen Regierungsstelle mit einem privaten Interessentenverband, ja, die finanzielle Abhängigkeit von diesem schien erwiesen; das Schreiben wurde in der sozialdemokratischen Presse „als ein bloßes Symptom jener dauernden Abhängigkeit der Reichsbehörden von einer kleinen Gruppe von Großkapitalisten" gewertet[287]). In der gesamten sozialistischen, linksliberalen, aber auch teilweise der nationalliberalen Presse erhob sich ein Sturm der Entrüstung, der

[285]) Bueck, I, S. 295.
[286]) „Germania" vom 21. 10. 1900, Nr. 243.
[287]) „Vorwärts" vom 25. 11. 1900, Nr. 275.

unter dem geschickten Vorwand der Wahrung der staatlichen Moral das politische Ziel der Entfernung des agrarischen und sozialreaktionären Staatsmannes verfolgte [288]).

Es wurde ein Kampf um die Person des Staatssekretärs. Nicht die Beurteilung der ihn kompromittierenden Affäre veranlaßte die Parteien, für oder gegen den Staatssekretär Stellung zu nehmen, sondern die Stellungnahme der Parteien entsprang ihrer prinzipiellen Beurteilung der politischen Wirksamkeit Posadowskys. Die Rechte und das Zentrum erkannten sofort, welchen Verlust sie erleiden würden, wenn der Staatssekretär dieser Intrige zum Opfer fiel.

Das Organ des Bundes der Landwirte betonte am offensten die wirtschaftspolitischen Folgen, die ein Sturz des Staatssekretärs nach sich ziehen konnte, und drohte dem Reichskanzler mit „lebhafter Mißstimmung im Lande, wenn Posadowsky zurücktreten müßte" [289]). Leise klangen auch schon Zweifel an, „ob wirklich alles so richtig durchgeführt werden wird, wie es von dem Herrn Grafen Posadowsky so vorzüglich und vortrefflich eingeleitet ist". Aehnlich deutlich traten die Konservativen für ein weiteres Verbleiben Posadowskys in seinem Amte ein. Allerdings wurde hier schon eine Mißstimmung fühlbar über den neuerlich stärker in Erscheinung tretenden sozialreformerischen Zug in der Arbeit des Staatssekretärs, deren Lasten als für die Landwirtschaft zu hoch bezeichnet wurden, zumal eine befriedigende Lösung des neuen Tarifs mit einer wirksamen Erhöhung der agrarischen Zölle noch nicht vorliege [290]).

Das Zentrum wiederum hielt einen Rücktritt des Staatssekretärs aus sozialpolitischen Gründen nicht für wünschenswert. Graf Posadowsky hatte seit dem Fall des Zuchthausgesetzes in den führenden Kreisen des Zentrums eine verständnisvolle Anhängerschaft für seine Arbeit gefunden, einmal wegen seiner ausgesprochenen Bereitwilligkeit, das Zentrum als einen den anderen bürgerlichen Parteien durchaus gleichwertigen Faktor anzuerkennen, dann aber auch, weil allmählich sein positives soziales Empfinden und sein Wunsch nach einer vorsichtigen Steigerung der Sozialarbeit hervortrat. In Zentrumskreisen nahm man an [291]), daß es sich bei der Veröffentlichung des Briefes um eine Intrige der Großindustrie handele, die den agrarischen Schutzzöllner, aber auch den Sozialreformer Posadowsky fürch-

[288]) „Germania" vom 26.—28. 10. 1900, Nr. 247—249.

[289]) „Deutsche Tageszeitung" vom 27. 10. 1900; s. „Vorwärts" vom 19. 12. 1900, Nr. 295.

[290]) „Kreuzzeitung" vom 28. 10. 1900 und Sten. Ber. 10. Leg. Per., 2. Sess., 15. 11. 1900.

[291]) „Germania" vom 27./28. 10. 1900, Nr. 248 und 249. Sten.Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., Sitz. am 26. 10. 1900.

tete und den Brief in die sozialdemokratische Presse lanziert hätte, um den ungenehmen Staatssekretär zu stürzen [291a]). Umsomehr hielt das Zentrum sich für verpflichtet, für den Staatssekretär einzutreten und ihn zu halten.

Die Veröffentlichung des Bueckschen Briefes entsprang wohl in erster Linie wirtschaftspolitischen Motiven. Sie sollte den agrarischen Schutzzöllner treffen. Sie ist aber, nachdem der nächste Zweck, der Sturz des Staatssekretärs nicht erreicht worden war, weniger eine Tatsache von wirtschafts- als von sozialpolitischer Bedeutung geworden.

Nach der Veröffentlichung des Briefes war Graf Posadowsky, der nach Angabe Bülows die Nerven verloren hatte, in der Befürchtung, „daß der Kaiser ihn fallen lassen werde", zum Reichskanzler geeilt [292]). Dieser versprach ihm, „er werde einen verdienten Beamten wegen eines Vorfalles, bei dem es sich in keiner Weise um einen Mangel an Pflichttreue oder gar an Integrität handele, sondern höchstens um eine Unbesonnenheit, unter gar keinen Umständen im Stich lassen". Er versprach ferner, „die Bürgschaft für eine richtige Beurteilung der Angelegenheit durch S. M. den Kaiser" sowie sein Eintreten für den angegriffenen Staatssekretär im Reichstag.

Um die Angriffe von der Person Posadowskys abzulenken, gab Bülow dem Staatssekretär die Erlaubnis, den Sachverhalt „in objektiver Weise" in der Presse beleuchten zu lassen. Daraufhin erschien in der amtlichen Berliner Korrespondenz eine Verlautbarung, die die Schuld an den Maßnahmen einem untergeordneten Beamten im Reichsamt des Innern, dem Direktor von Woedtke zuschob. Posadowsky mußte annehmen, daß seine Stellung erschüttert sei, wenn es ihm nicht gelang, von seiner Person den Vorwurf der Verwendung privater Gelder zu Agitationszwecken abzuwälzen. Um sich zu retten, schob er die Schuld auf den zuständigen untergeordneten Beamten, von dem er sich auch äußerlich abwandte [294]).

Der Sturz des Staatssekretärs wurde nicht erreicht. Bülow wollte sich auch jetzt nicht von dem Beamten trennen, der sich am tiefsten in alle Fragen der Wirtschaftsreform eingearbeitet hatte, das gesamte einschlägige Material beherrschte und bei den entscheidenden Beratungen im Reichstag am ehesten auf eine Mehrheit rechnen konnte. Ein Fallenlassen Posadowskys hätte für Bülow nur eine

[292]) „Germania" vom 27. 10. 1900, Nr. 248; Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., Sitz. am 26. 10. 1900.
[293]) Bülow, I, S. 467 f.
[294]) Bülow, I, S. 468; Wermuth, S. 216.

Erschwerung der parlamentarischen Lage bedeutet, wie die Behandlung der Angelegenheit in der Presse bewies.

Die Beantwortung der von sozialistischer Seite im Reichstag eingebrachten Interpellation vollzog Bülow in äußerst geschickter Form. Er verteidigte den Staatssekretär, „dessen eminente Arbeitskraft, dessen Geschäftserfahrungen, dessen Kenntnisse, dessen Charakter ich immer gleich hoch stelle“ [295]). Er mißbilligte aber gleichzeitig das Geschehene in entschiedener Form und nahm die Gelegenheit wahr, „den eingeschlagenen Weg als Mißgriff“ zu bezeichnen. Damit nahm er der Opposition den Wind aus den Segeln.

Schon die Verurteilung des eingeschlagenen Weges und der Hinweis, daß unter seiner Kanzlerschaft ein solcher Fall hinfort unmöglich sein werde, bedeuteten eine Zurechtweisung Posadowskys durch den Kanzler. Bülow ging aber noch darüber hinaus und erklärte dem Staatssekretär in aller Oeffentlichkeit, daß eine so weitgehende Freiheit, wie sie die Staatssekretäre unter Hohenlohe besessen hätten, unter seiner Kanzlerschaft nicht mehr in Frage käme. „Ueber diese meine Auffassung und diese meine Willensmeinung ist das beteiligte Ressort nicht im Zweifel gelassen worden“ [296]). Bülow benutzte die Gelegenheit, um seinem Stellvertreter klarzumachen, daß es unter ihm nicht möglich sein werde, eigene politische Wege zu verfolgen, sondern sich Posadowsky nur als das ausführende Organ des Kanzlers für das Gebiet der Innenpolitik zu fühlen habe.

Vor der gesamten politischen Oeffentlichkeit hatte Graf Posadowsky diese Demütigung hinnehmen müssen. Das Verhältnis zwischen den beiden Staatsmännern mußte nach diesem Vorfall für die Dauer gespannt bleiben. Graf Posadowsky, der sich an den Verhandlungen über die Interpellation nicht beteiligt hatte, nahm aber anläßlich der Etatsberatungen das Wort, um sich gegen die Vorwürfe zu verteidigen [298]). Die Antwort des Reichskanzlers auf die Interpellation genügte ihm nicht. Bülow hatte ihn eher bloßgestellt, denn verteidigt. So sah er sich veranlaßt, von sich aus eine erklärende Schilderung der in Frage stehenden Vorfälle zu geben, um den Vorwurf der Abhängigkeit von einem industriellen Interessenverband zu entkräften. Deshalb rückte er eindeutig von dem Zentralverband ab. Er erinnerte an die sozialpoliti-

---

[295]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., Sitz. am 24. 11. 1900, Bülow, S. 469 f.

[296]) Vgl. Anm. 295.

[297]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., 17. Sitz., am 11. 12. 1900, Penzler, II, S. 388 ff.

[298]) „Vorwärts“ vom 20. 12. 1900, Nr. 296.

schen Gesetze, die er im Gegensatz und unter dem Widerstand des Zentralverbandes im Reichstag durchgesetzt hatte und wies eine politische Abhängigkeit von den Wünschen des Zentralverbandes weit von sich.

Dieses Abrücken von dem Zentralverbande hatte zur Folge, daß der Generalsekretär des Verbandes, Bueck, erneut einen Brief veröffentlichte, durch den er zu erweisen suchte, wie stark in den letzten Jahren die Abhängigkeit des Reichsamtes des Innern von dem Zentralverband gewesen war. Er drohte dem Staatssekretär: „Wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß dem gut unterrichteten Staatssekretär ein besser unterrichteter folgt“ [298]). Das war eine offene Kampfansage.

Posadowsky hatte im Interesse der wirtschaftlichen Einigung und der Sammlungspolitik im Jahre 1897 den Zentralverband zu den Arbeiten des wirtschaftlichen Ausschusses herangezogen und hatte zu gleicher Zeit aus Rücksicht auf die industriellen Wünsche die Sozialpolitik abgestoppt. Diese Rücksichtnahme war nicht erfolgt aus einem Gefühl der inneren Verbundenheit mit der Industrie heraus oder mit den Interessen der Unternehmer.

Im Verlaufe der Beschäftigung mit den sozialpolitischen Problemen hatte sich bei dem Grafen eine allmähliche Umwandlung vollzogen. Er wurde sich der sozialpolitischen Verpflichtung immer mehr bewußt und, vor allen Dingen, diese machte sich in der praktischen Sozialpolitik immer stärker bemerkbar. Dieser Prozeß erfuhr jetzt seine Vollendung durch den Bruch mit dem Zentralverbande. Graf Posadowsky wurde der sozialpolitische Staatsmann, der er bis zu seinem Abgang aus dem Reichsdienst geblieben ist. Freilich liegen in diesen Vorgängen der 12 000 Mark-Affäre, den Differenzen mit Bülow und dem Bruch mit der Industrie auch bereits die ersten Keime zu den Ereignissen, die sieben Jahre später sein Ausscheiden aus dem Amt zur Folge haben sollten.

3. Der Zolltarif von 1902.

Die hervorragendste staatsmännische Leistung des Grafen Posadowsky liegt auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik. Zu ihrer Reform war er im Januar 1897 mit der Leitung des Reichsamtes des Innern betraut worden. In den wirtschaftspolitischen Zielen lag die Hauptaufgabe der Sammlungspolitik. Wenn auch die Sammlungsparole nicht die von Posadowsky erwartete Wirkung auslöste, so gelang es ihm doch, in jahrelanger Ressortarbeit dem Reich ein neues Instrument für die kommenden wirtschaftspolitischen Verhandlungen zu schaffen und in dem Zolltarif von 1902 sein im Januar 1897 ausgesprochenes

Ziel zu verwirklichen. Graf Posadowsky muß als der eigentliche Schöpfer des Zolltarifs von 1902 angesehen werden.

Dieses Werk in seinem das gesamte deutsche Wirtschaftsleben umfassenden Ausmaß kann zwar nicht insgesamt als das Werk eines einzelnen Mannes gewertet werden. Zu seiner Vollendung bedurfte es der Mitarbeit der Erwerbsstände und der Sachverständigen des Parlaments wie der Zusammenarbeit der Reichsressorts, der einzelstaatlichen Ministerien und des Bundesrates. Alle diese Faktoren waren irgendwie an der Ausgestaltung des neuen Tarifs interessiert, sie wirkten zum Teil nur als die Vertreter bestimmter Wirtschaftsgruppen und -verbände, oder sie suchten bei der Ausgestaltung des Tarifs eine Berücksichtigung der einzelstaatlichen Wirtschaftsstruktur zu erreichen. Auch muß das politische Verdienst, den Tarif glücklich durch die Klippen im Bundesrat und im Parlament hindurchgesteuert zu haben, zum großen Teil dem Reichskanzler Bülow zugerechnet werden, dessen Autorität es gelang, die widerstrebenden Ansichten der Ressorts, der Berufsstände und der Parteien auf den Regierungsentwurf zu einen.

Trotz dieser Einschränkungen kann der Staatssekretär Posadowsky als der eigentliche Vater des Zolltarifs betrachtet werden. Von Januar 1897 bis zu der parlamentarischen Verabschiedung des Zolltarifs im Dezember 1902 ist sein Ressort am stärksten mit dem Geschick der Vorlage verknüpft [299]), und bis zum Jahre 1900 ist er, soweit eine Regierungstätigkeit in Frage kam, der alleinige Bearbeiter gewesen. An politischer Initiative sind ihm bis 1900 Miquel und nach 1900 Bülow überlegen gewesen. Miquel hat zuerst den Gedanken der wirtschaftlichen Sammlung propagiert und hat Posadowskys Arbeit an der Tarifreform stark beeinflußt. Posadowsky hat dann im Reichsamt des Innern diese praktisch ausgeführt. Bis zu dem Kanzlerwechsel im Jahre 1900 war er der politische und sachliche Träger der Reformarbeiten. Es ist ihm in dieser Zeit gelungen, den Zolltarif so sehr nach seinen Idealen und Plänen zu gestalten und die Vorarbeiten an seine Persönlichkeit zu ketten, daß auch nach Beginn der Kanzlerschaft Bülows, als die wirtschaftlichen Verbände sich schon teilweise von ihm abgewandt hatten und Posadowsky nicht mehr so stark die Endgestaltung der Vorlage beeinflussen konnte, ihr Schicksal aufs engste mit seiner Person verknüpft geblieben ist.

Der wirtschaftspolitische Plan, den auszuführen Posadowsky 1897 begann, mußte von vornherein mit langen Fristen rechnen. Erst im Jahre 1903 konnten im besten Falle die neuen Handelsverträge

---

[299]) Wermuth, S. 219 ff.

abgeschlossen werden. Wenn trotzdem so früh mit den Vorarbeiten begonnen wurde, so verfolgte Posadowsky damit einmal den politischen Zweck, die Erbitterung auf der Rechten nicht noch weiter wachsen zu lassen, sondern den agrarischen Kreisen zu zeigen, daß die Regierung an einer Besserung ihrer Lage arbeite. Die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit sollte auf die Vorarbeiten durch die Regierung gerichtet werden. Dann aber wollte Posadowsky durch die Gründung des wirtschaftlichen Ausschusses auch die genügende sachliche Vorbereitung der Tarifreform gewährleisten. Durch die umfangreichen statistischen Erhebungen dieses Ausschusses und das Heranziehen weitester Wirtschaftskreise gelang es, eine vollständige Uebersicht über die Produktion der deutschen Wirtschaft zu erreichen [300]).

Von größter Wichtigkeit für die Gestaltung des neuen Tarifs war die Frage, ob er in der Form eines Einheits- oder Doppeltarifs aufgestellt werden würde; die Landwirtschaft und der Teil der Industrie, der auf einen starken Schutz seiner Produktion bedacht war, verlangten die Aufstellung eines Doppeltarifs mit Maximal- und Minimalsätzen. Bei den Handelsvertragsverhandlungen sollte es den Unterhändlern verboten sein, unter die im Tarif gesetzlich verankerten Mindestsätze herunterzugehen. Die Regierung sollte mit den neuen Sätzen nicht nach eigenem Gutdünken schalten können, sondern an die Mindestsätze gebunden sein. Von den Anhängern des Doppeltarifsystems wurde darauf hingewiesen, daß die Unterhändler in dem Minimaltarif eine starke Rückendeckung gegenüber den Forderungen der ausländischen Partner haben würden, da sie stets auf die gesetzliche Fundierung dieser Sätze hinzuweisen vermöchten [301]).

Die andere freihändlerische, auf Export bedachte Gruppe argumentierte dagegen, mit einem Doppeltarif würden sich überhaupt keine Handelsverträge schließen lassen, da kein ausländischer Staat bei den Verhandlungen die Minimalsätze werde annehmen können. Ein vertragsloser Zustand würde einen stark exporthemmenden Einfluß haben [302]).

Graf Posadowsky konnte den Anhängern des Doppeltarifsystems zugezählt werden. In dieser Richtung war er von Miquel beeinflußt worden, und die Wünsche der von ihm berücksichtigten Landwirtschaft gingen gleichfalls auf dieses System hinaus. So wurde die Arbeit des wirtschaftlichen Ausschusses von ihm durchaus mit dem

[300]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., 103. Sitz., 3. 12. 1901, Penzler, II, S. 524 ff.
[301]) Wermuth, S. 223 ff.
[302]) Vgl. Anm. 301.

Ziele der Errichtung eines Tarifs mit doppelten Sätzen geleitet. Bei den statistischen Erhebungen des wirtschaftlichen Ausschusses wurden den Sachverständigen zwei Fragen vorgelegt, einmal:

„Welchen Minimalzoll halten Sie für notwendig, um mit ihrer Industrie auf dem heimischen Markt noch konkurrenzfähig und auch ausfuhrfähig zu bleiben?"

und zweitens:

„Welchen zollpolitischen Zuschlag halten Sie für notwendig für die handelspolitischen Verhandlungen?" [303])

Das war die eindeutige Form eines Maximal- und Minimaltarifes. Vom wirtschaftlichen Ausschuß wurden so zwei Zollreihen ausgearbeitet, die das Material für das Doppeltarifschema abgeben sollten.

Graf Posadowsky äußerte sich im Reichstag zu diesen Fragen stets sehr vorsichtig, wenn er auch seine prinzipielle Vorliebe für den Doppeltarif nicht verbarg. Seine Stellung zu dieser Frage im Dezember 1901 ging dahin, daß er dem Doppeltarif große Vorzüge zusprach, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Minimalsätze so bemessen seien, daß man daraufhin Handelsverträge schließen könne. Das Primäre waren auch ihm die Handelsverträge. Diese wollte auch er unbedingt abgeschlossen wissen. Der Abschluß durfte nicht an dem Doppeltarif scheitern [304]).

Im Jahre 1900 wurde die Stellung Posadowskys zu den Vorarbeiten am Tarif bedeutend verändert. Es war nicht nur die Ernennung Bülows zum Reichskanzler, und dessen Wille, unabhängig von den Plänen seiner Mitarbeiter auch die Innenpolitik führend zu leiten, die eine Minderung des Einflusses Posadowskys bedeutete. Im Juni 1900 hatte der Wirtschaftliche Ausschuß seine technischen und statistischen Arbeiten beendet und die Ergebnisse mit einem Gutachten des Staatssekretärs des Innern an das Reichsschatzamt weitergeleitet [305]). Die Vorbereitungen traten damit in ein zweites Stadium, in dem sich auch ihr Schauplatz änderte. Die Vorlage kam aus dem rein interessenmäßig eingestellten Gremium der Sachverständigen des wirtschaftlichen Ausschusses und der rein innenpolitisch eingestellten Sphäre des Reichsamtes des Innern, in dem sich der Wille seines Leiters, die Wünsche der Landwirtschaft nach Möglichkeit zu berücksichtigen, auswirkte, zur Beratung und Begutachtung an die Reichs-

[303]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., 141. Sitz., 12. 12. 1901, Penzler, II, S. 551 f.

[304]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., 133. u. 141. Sitz., 3. 12. 1901 und 12. 12. 1901, Penzler, II, S. 524 ff., 547 ff.

[305]) Vgl. Anm. 304, 141. Sitz., 12. 12. 1901, Penzler, II, S. 548.

stellen, die für den Abschluß der neuen Handelsverträge zuständig waren. Im Schatzamt wie im Auswärtigen Amt würdigte man die Vorlage weniger vom Standpunkt der wirtschaftlichen Wünsche einzelner Erwerbsgruppen, sondern es lag diesen Behörden vor allem daran, ein Instrument zu gestalten, das die Garantie für einen Abschluß von Handelsverträgen bot. Man war hier überwiegend der Ueberzeugung, daß diese nur bei einfachem und nicht zu hohem Tarif erreichbar wären [306]).

Bülow war zwar aus technischen und parlamentarischen Erwägungen überzeugt, seinen Stellvertreter für die weitere Arbeit am Zolltarif halten zu müssen. Er behielt sich aber entschieden die Gestaltung des Zolltarifs nach seinen Entscheidungen vor.

Die Sammlungspolitik im eigentlichen Sinne hatte mit dem Abschluß der Arbeiten des wirtschaftlichen Ausschusses ihren Abschluß gefunden. Das allgemeine Vertrauen richtete sich auf Bülow. Der Kampf der Interessenten entbrannte auf der ganzen Linie. Der Zentralverband hatte es nicht mehr nötig, eine Berücksichtigung seiner Interessen durch rege Mitarbeit im wirtschaftlichen Ausschuß zu erreichen. Die Gestaltung der Vorlage im Sinne eines Doppeltarifs beunruhigte weite Kreise der Industrie [307]). Es kam alles darauf an, wie Bülow sich entscheiden werde.

Der neue Reichskanzler hatte einen ausgesprochen festen Standpunkt hinsichtlich der endgültigen Gestaltung des Tarifs noch nicht gewonnen. Er kam jedoch aus dem Auswärtigen Amt und war schon dadurch eher ein Anhänger des Einheitstarifs. Der Kaiser hatte an seine Ernennung die Bedingung geknüpft, daß er von dem Bunde der Landwirte abrücke. Sein wirtschaftspolitisches Programm, das er im Reichstage am 5. März 1901 entwickelte, war ausgesprochen farblos [308]). Er sprach davon, daß er eine Erhöhung der Zollsätze für Getreide für unerläßlich halte, daß aber dieser Erhöhung eine Grenze gesetzt sei durch die gebotene Rücksichtnahme auf die Erhaltung der Leistungs- und Exportfähigkeit der Industrie und die Wahrung günstiger Lebensbedingungen für den Arbeiter. Bülow machte Zugeständnisse nach allen Seiten. Das war ein Zeichen seiner Unsicherheit in wirtschaftspolitischen Fragen zu Beginn seiner Kanzlerschaft. Die Sammlungsparole machte er sich nie zu eigen. Er beabsichtigte, seine Wirtschaftspolitik auf die breiten Schultern des Zentrums zu stützen.

[306]) Wermuth, S. 223.
[307]) Wermuth, S. 222; Bueck, I, S. 558 ff.
[308]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 3. Sess., 5. 3. 1901.

Eine rein agrarische und schutzzöllnerische Wirtschaftspolitik lehnte er schon in der Ueberzeugung ab, damit parlamentarisch keinen Erfolg haben zu können [309]).

Nach der Beendigung der Arbeiten des wirtschaftlichen Ausschusses und dem Ende der wirtschaftlichen Sammlung durch die Differenzen zwischen dem Zentralverband und dem Staatssekretär des Innern wurde auch innerhalb der bürgerlichen Parteien die Diskussion über die endgültige Gestaltung des neuen Tarifes wieder lebhafter. Alles rüstete sich zu dem entscheidenden Kampfe um die Höhe der Sätze. Die landwirtschaftlichen Organisationen und Parteien verlangten einen Mindesttarif von $7\,^1/_2$ Mark für den Doppelzentner Getreide. Der Nationalliberale Möller forderte eine Verständigung aller vernünftigen Leute und warnte die Agrarier vor allzu hohen Forderungen. Die Miquel nahestehenden „Berliner Neuesten Nachrichten", das industrielle Blatt, nannten einen Satz von 6 Mark für den Doppelzentner Getreide nicht zu hoch, stießen aber damit auf den lebhaften Widerspruch der agrarischen Presse. Die „Kölnische Volkszeitung" endlich formulierte den Standpunkt des Zentrums [310]): „Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß es Sache des Zentrums sein wird, zwischen den einseitigen Forderungen, die von der schutzzöllnerischen und freihändlerischen Seite aufgestellt werden, den richtigen Mittelweg zu finden". Von freihändlerischer Seite wurde gegen die agrarischen Zollforderungen und die Arbeiten des wirtschaftlichen Ausschusses ein erbitterter Kampf geführt. Am 10. November 1900 erfolgte in Berlin die Gründung des Handelsvertragsvereins, der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, eine Fortführung der Handelsvertragspolitik zu sichern und gegen das Doppeltarifsystem anzukämpfen [311]). Die Sammlungsparole wirkte in keiner Weise mehr.

Die agrarische Rechte war sich wohl bewußt, daß sie den stärksten Verfechter ihrer Interessen in dem Staatssekretär des Innern hatte. Am 18. Dezember 1900 schrieb die „Kreuzzeitung", dieser Stimmung Ausdruck gebend: „Es ist nur zu hoffen, daß die verbündeten Regierungen sich auf den Standpunkt stellen, auf dem der wirtschaftliche Ausschuß seine versöhnende Tätigkeit in die Wege geleitet hat" [312]). Die Konservativen hofften, daß sich dem gelungenen Anfang auch ein gleiches Ende anschließen werde. Da aber über die Höhe der Sätze noch nichts verlautete, sich im Gegenteil herausstellte,

---

309) Bülow, II, S. 531 ff.
310) Holländer, III, S. 276 ff., auch zum Folgenden.
311) Wermuth, S. 220.
312) „Kreuzzeitung" vom 18. 12. 1900, Nr. 591.

daß der Entwurf erst genau geprüft und in der laufenden Session noch nicht zur Beratung kommen werde, wurde die agrarische Rechte mißtrauisch und vertrat mit entschiedenem Nachdruck die eigenen Forderungen, die aber von allen anderen Parteien für unannehmbar erklärt wurden[313]). Die gründliche Durcharbeit des Entwurfs im Bundesrat wirkte verstimmend auf die Rechte. Man ahnte, daß der Bundesrat seine Aenderungen nicht in agrarfreundlichem Sinne vornehmen werde.

Dazu kam, daß Miquel im Sommer 1901 aus seinem Amte schied[314]). Mit ihm wich der entschiedenste und einflußreichste Verfechter der agrarischen Interessen im preußischen Staatsministerium. Im Zusammenhang mit seinem Rücktritt erfolgte eine Aenderung in der Zusammensetzung des Staatsministerium, die vor allem den nationalliberalen Abgeordneten und Industriellen Möller zum preußischen Handelsminister erhob[315]). Mit ihm war ein entschiedener Gegner der hochgesteckten Wünsche der Landwirtschaft an eine für die Entscheidung wichtige Stelle gerückt. Zudem erwies sich aus dieser Ernennung, welchen Weg Bülow zu gehen entschlossen war.

Zur endgültigen Entscheidung über die Form der Vorlage berief Bülow in das Reichsamt des Innern eine Konferenz aller beteiligten Behörden. Er führte selbst den Vorsitz und entschied nach langer Debatte, in der die beteiligten Ressorts ihre Stellungnahme vorzubringen hatten, dahin, daß der Doppeltarif als System nicht angewandt werden sollte. Nur für die agrarischen Produkte, für die vier Hauptgetreidearten, wurde die Form eines Doppeltarifs genehmigt, um der Rechten eine Zustimmung zu ermöglichen[316]).

Für Graf Posadowsky bedeutete diese Entscheidung, daß die von ihm begünstigte Form des Doppeltarifs nicht zur Anwendung kam . Als Erfolg konnte er es aber buchen, daß für die Landwirtschaft wenigstens in den Mindestsätzen der von ihm am wichtigsten erachtete Schutz durchgeführt wurde, wenn auch vielleicht nicht in dem Maße, wie er ihn sich bei Beginn seiner vorbereitenden Arbeiten gewünscht hatte. An einer starken Erhöhung der Industriezölle hatte der Staatssekretär nur soweit Interesse gehabt, als dadurch der agrarische Schutz ermöglicht wurde.

In seiner fünfjährigen Amtstätigkeit war er mit dem Geschick der Vorlage eng verbunden worden. Die äußere Form war sein Werk.

[313]) Holländer, III, S. 285 ff.
[314]) Bülow, I, S. 520 f.
[315]) Bülow, I, S. 254.
[316]) Wermuth, S. 223 f.; Bülow, I, S. 531.

Die Gefahren für ein Scheitern rückte jetzt in so bedrohliche Nähe, daß Posadowsky sich den veränderten Verhältnissen anpaßte und ein warmer Befürworter und Verteidiger des Tarifs in der Kommission und im Reichstage geworden ist. Die von den anderen Behörden vorgebrachten Bedenken gegen einen allzu hohen Zoll übten auch auf ihn ihre Wirkung aus. Auch der Umstand, daß der Reichstag keine Neigung zur Annahme einer Vorlage mit durchgehenden hohen Schutzzöllen zeigte, verfehlte wohl nicht, den auf das Parlament immer Rücksicht nehmenden Staatssekretär im Sinne einer Mäßigung umzustimmen. Es galt für alle staatlichen Behörden, im Kampfe mit der Opposition des Reichstages einig für die Vorlage einzutreten.

Wohl trat in den anschließenden Kommissionsberatungen Graf Posadowsky immer wieder als warmer Freund und Kenner der landwirtschaftlichen Verhältnisse auf, ließ aber keinen Zweifel darüber, daß die Vorlage in ihrem gegenwärtigen Zustande für die Landwirtschaft die günstigste erreichbare Lösung darstelle und eine Abänderung in agrarischem Sinne nicht in Frage komme [317]).

Noch glaubten die Parteien nicht, daß das letzte Wort gesprochen sei. Die Konservativen hofften, Posadowsky werde trotz seiner Beteuerungen noch einige Verbesserungen zu ihren Gunsten durchsetzen. In dem Maße, wie sie sein Erscheinen in der Kommission begrüßten, wünschte die industrielle Seite die Vorlage verteidigt zu sehen von dem Staatssekretär des Schatzamtes von Tielemann oder dem Handelsminister Möller, die beide als Feinde der agrischen Forderungen galten [318]).

Besonders stark war die Persönlichkeit des Staatssekretärs des Innern umstritten, als er die Osterferien in den Kommissionsberatungen dazu benutzte, eine Rundreise an die mittel- und süddeutschen Höfe anzutreten. Es wurde allgemein vermutet, daß diese Reise den Zweck verfolge, die Zustimmung der Bundesstaaten zu agrarischen Zugeständnissen einzuholen [319]). Die Rechte frohlockte und wähnte, gewonnenes Spiel zu haben, während die Stimmung der Freihändler und Liberalen sich in den Sätzen der „Vossischen Zeitung" widerspiegelte. „Wir bekennen, daß wir die Reise des Grafen Posadowsky mit einigem Mißtrauen verfolgen. Es ist derjenige Staatssekretär, der bei den Vorbereitungen des Zolltarifs am nachdrücklichsten den Standpunkt der Hochschutzzöllner, sowohl

---

[317]) „Kreuzzeitung" vom 5. 7. 1902, Nr. 310 und vom 27. 7. 1902, Nr. 347.
[318]) „Kreuzzeitung" vom 25. 2. 1902, Nr. 93 und vom 2. 8. 1902, Nr. 358 sowie vom 31. 7. 1902, Nr. 353.
[319]) „Magdeburgische Zeitung" vom 5. 4. 1902, Nr. 170/71.

der agrarischen wie der industriellen, vertrat. Er war auch der Kämpfer für den Doppeltarif . . ." [320]). Wenn die Annahme, daß die Reise Posadowskys den Zweck hatte, Zugeständnisse zu erlagen, richtig war, so sind seine Versuche gescheitert. Die Unabänderlichkeit der Vorlage wurde proklamiert. Nach heftigstem parlamentarischem Kampfe gelangte sie am 14. Dezember 1902 zur Annahme.

Fürst Bülow konnte für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, den Zolltarif im Reichstage durchgebracht zu haben. Graf Posadowsky aber hatte durch seine sachliche Ausgestaltung und unermüdliche Arbeit für diesen Erfolg die Vorbedingungen geschaffen. Sein Verdienst liegt stärker in der bürokratischen und sachlichen Richtung, während dem Reichskanzler der äußere politische Erfolg zufiel.

Posadowsky hatte die Grundlagen für eine neue Periode deutscher Wirtschaftspolitik geschaffen, die unter Beibehaltung des Caprivischen Vertragssystems sich der bewährten Bismarckschen Politik eines Schutzes der nationalen Arbeit näherte. Der neue Zolltarif gab der deutschen Wirtschaft eine feste Grundlage für das nächste Jahrzehnt.

Graf Posadowskys wirtschaftspolitischer Plan bildete so einen Kompromiß zwischen der Schutzzollpolitik Bismarcks und der Handelsvertragspolitik Caprivis.

Er war von der Notwendigkeit eines protektionistischen Wirtschaftssystems ebenso überzeugt wie von der Notwendigkeit des Abschlusses von Handelsverträgen [321]), die auch unter den neuen Verhältnissen und unter Anwendung des neuen Tarifs abgeschlossen werden sollten. Diesen Erwägungen hat er seinen Wunsch, den neuen Tarif nach dem Muster eines Doppeltarifs anzuordnen, unterordnen müssen. Er hat seine protektionistischen Neigungen in der Vorbereitungszeit des neuen Tarifs gemäßigt, weil er selbst erkannte, daß neben dem ausreichenden Schutz für die heimische Produktion dieser immerhin so bemessen sein müsse, daß noch einige positive Aussicht auf einen Abschluß von Handelsverträgen geboten war. Der neue, im Dezember 1902 angenommene Tarif bildete nur die Grundlage für die neue Wirtschaftspolitik und konnte zu der Hoffnung berechtigen, daß die heimische Produktion hinfort auf dem Binnenmarkt einen stärkeren Schutz als bisher genießen werde.

Die Hauptbedingung für ein segensreiches Wirken des neuen Zolltarifs blieb aber, daß es gelang, mit diesem Instrument neue

---

[320]) „Kreuzzeitung" vom 7. 4. 1902, Nr. 182 aus Vossische Zeitung.
[321]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., 141. Sitz., 12. 12. 1901, Penzler, II, S. 565.

Handelsverträge abzuschließen[322]). In dem Kampf um den Zolltarif war der Hinweis auf die Unmöglichkeit, mit einem Tarif von so hohen Sätzen zum Abschluß von Handelsverträgen zu gelangen ein Hauptargument der Gegner Posadowskys und des Tarifs gewesen. Sie prophezeiten, es werde sich kein Staat bereit finden, mit dem deutschen Reich ein handelspolitisches Vertragsverhältnis einzugehen. Dieser Einwand mußte jetzt praktisch widerlegt werden. Es galt, zu erweisen, daß Deutschlands einseitiges Werk sich in die Handelsverbindungen der Völker verflechten lasse und nicht den Anlaß zu wirtschaftspolitischen Kämpfen bilde.

Gegenüber den Verhandlungen zur Zeit Caprivis hatte sich die Situation des Reiches allerdings bedeutend verschlechtert. Damals brachten die deutschen Unterhändler von Anfang an als Konzession eine Ermäßigung der deutschen Kornzölle mit und konnten daraufhin Konzessionen der Verhandlungspartner durch industrielle Zugeständnisse fordern. Dieses Mal befanden sich die deutschen Delegationen in einer ungleich schwierigeren Lage. Es galt, nicht nur die Anerkennung des Auslandes für die neu geschaffenen erhöhten Agrarzölle zu erlangen, sondern darüber hinaus noch die Absatzmärkte für die industriellen Produkte offen zu halten[323]).

Bei dem Abschluß der Handelsverträge war das Reichsamt des Innern von vornherein in den Hintergrund gedrängt. Es hatte nur die vorbereitenden Arbeiten für die Tarifreform zu leiten gehabt, Vorbereitung und Einleitung der Handelsvertragsverhandlungen lagen beim Auswärtigen Amt, das aus allgemein diplomatischen Erwägungen heraus die handelspolitischen Beziehungen zum Ausland nicht gestört wissen wollte und eher zum Nachgeben bereit war. Das Reichsamt des Innern dagegen betrachtete es als seine Aufgabe, zu verhüten, daß die deutsche Produktion irgendwie benachteiligt oder geschädigt würde. Es ergab sich also dasselbe Verhältnis, wie in der Vorbereitungszeit des Tarifs. Auswärtiges Amt, Schatzamt und preußisches Handelsministerium standen auf der einen Seite, die zu Konzessionen neigte, Reichsamt des Innern, preußisches Landwirtschafts- und Finanzministerium auf der anderen[324]).

Graf Posadowsky nahm persönlich an diesem Kampf weniger Anteil. Das Reichsamt des Innern wurde bei den Verhandlungen im Ausland von dem Unterstaatssekretär Wermuth vertreten, und Posa-

[322]) Wermuth, S. 232.
[323]) Wermuth, S. 232.
[324]) Wermuth, S. 233 u. ff.

dowsky war nicht dazu berufen, die innerhalb der deutschen Delegation entstehenden Meinungsverschiedenheiten zu schlichten [325]). Trotzdem war es für ihn von entscheidender Bedeutung, ob sich sein Werk bewähren würde oder seine Gegner mit ihrer pessimistischen Auffassung von der Unmöglichkeit eines Abschlusses von Handelsverträgen Recht behielten. Ein Scheitern der Verhandlungen konnte leicht die Stellung des Staatssekretärs erschüttern.

Zunächst schien es, als ob dem von ihm erdachten System kein Erfolg beschieden sein würde. Schon beschwerten sich die konservativen Parteien, daß die von ihm so oft als unvollkommen bezeichnete Hilfe für die Landwirtschaft so lange auf sich warten lasse [326]). Die mit Rußland eingeleiteten Verhandlungen scheiterten. Die deutsche Delegation mußte unverrichteter Sache wieder zurückkehren [327]).

Im Frühjahr 1904 glückte dann endlich der Abschluß eines Vertrages mit Italien. Belgien und die Schweiz folgten [328]).

Die Leitung der schwierigen Verhandlungen in Wien hatte der Reichskanzler dem Staatssekretär des Innern persönlich übertragen [329]). Hier zeigte sich aber, wie wenig Graf Posadowsky trotz seiner wirtschaftlichen Kenntnisse sich für eine diplomatische Aktion eignete. In kurzer Zeit waren die Verhandlungen vollkommen festgefahren. Gerade hier, wo man schnell zum Ziel zu gelangen hoffte, traten den deutschen Unterhändlern in ihren österreichischen Partnern überlegen volkswirtschaftlich gebildete Beamte entgegen.

Die schwerfällige Art des Staatssekretärs, der sich in dem ihm ungewohnten Wiener Milieu nicht zurecht fand und sich mit dem bei den Verhandlungen durch die österreichischen Partner geschickt ausgespielten dualistischen System nicht befreunden konnte, erschwerte das Zustandekommen eines Abkommens. Bülow sah sich gezwungen, den Grafen Posadowsky, der sich überdies noch mit dem deutschen Botschafter in Wien überworfen hatte, abzuberufen und die Verhandlungen selbst in die Hand zu nehmen, die dann bald zum Abschluß führten [330]) [331]).

---

[325]) Wermuth, S. 233 u. ff.

[326]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., 300. Sitz., 29. 4. 1903, Penzler, III, S. 269.

[327]) Wermuth, S. 236.

[328]) Wermuth, S. 238 ff.

[329]) Bülow, II, S. 48 f. und Wermuth, S. 250 f.

[330]) Bülow II, S. 54 f.

[331]) Bülow begründet das Scheitern Posadowskys in Wien damit, daß der Staatssekretär in „dem Tone eines geheimrätlichen Besserwissers" den österreichischen Unterhändlern Vorträge über die Nachteile des Dualismus gehalten und sich daraufhin das Verhältnis zu den österreichischen Unterhändlern so verschlechtert habe, daß an ein Zustandekommen eines Abkommens unter seiner

Im Gegensatz zu diesem Scheitern der Wiener Verhandlungen hat Graf Posadowsky aber sonst an dem Abschluß der Handelsverträge durchaus positiven Anteil genommen. Der russische Minister Witte schreibt in seinen Erinnerungen über die Mitarbeit Posadowskys an dem Abschluß des russischen Handelsvertrages[332]): „. . . Von seinen (Bülows) Mitarbeitern ist als hervorragend an Fleiß und Wissen nur der Graf Posadowsky zu nennen. In Wirklichkeit habe ich mit ihm alle sachlichen Verhandlungen über den Handelsvertrag geführt." Auch den ausländischen Diplomaten und Unterhändlern fielen demnach die Vorzüge des Staatssekretärs auf.

Noch einmal zeigte sich das große Vertrauen, das Posadowsky in wirtschaftspolitischen Fragen bei der Mehrheit des Parlaments besaß, als die Verträge dem Reichstag zur Beratung und Beschlußfassung vorlagen[333]). Er hatte Wort gehalten und aus den caprivischen Verträgen etwas anderes gemacht als sie gewesen waren. Die Aufgaben, zu deren Lösung ihm das Reichsamt des Innern übertragen, schienen erfüllt.

Leitung nicht gedacht werden konnte. Bülow berichtet weiter, daß Posadowsky den Botschafter Graf Wedel beschuldigt habe, von ihm nicht genügend unterstützt worden zu sein (Bülow, Denkwürdigkeiten, II. S. 48 f.). In dieser Darstellung steckt sicher ein wahrer Kern, wenn auch Bülow die Gelegenheit benutzt, um den Staatssekretär des Innern schlecht zu machen und seine diplomatische Unfähigkeit zu erweisen. Objektiver und der Wahrheit näher schildert Wermuth (Ein Beamtenleben, S. 250 f.) die Vorgänge in Wien.

Wermuth begründet das Scheitern der Verhandlungen damit, daß in dem Widerspiel der österreichischen und ungarischen Interessen eine gewisse Schwäche, aber zugleich der deutschen Delegation gegenüber eine Stärke gelegen habe. Die Oesterreicher hatten industrielle, die Ungarn agrarische Wünsche. Daraus ergab sich für die deutsche Delegation eine schwierige Lage. So erklärt es sich auch, daß Posadowsky in dem Kreuzfeuer der dualistischen Wünsche ohne diplomatische Uebung und Erfahrung, wie Bülow schildert, zu einem negativen Urteil über das dualistische System kam und dieses den österreichischen Unterhändlern nicht vorenthielt.

[332]) Witte: Erinnerungen. Berlin 1923, S. 184.

[333]) Sten. Ber., 11. Leg. Per., 1. Sess., 137.—145. Sitz., 9. 2. 1905—22. 2. 1905, Penzler, IV, S. 32 ff.

IV. Teil:

Graf Posadowsky als Staatssekretär des Innern von 1902—1907.

Wermuth, den Graf Posadowsky nach dem Abschluß des Handelsvertrages mit Oesterreich zu seinem Unterstaatssekretär erwählt hatte, schreibt in seinen Erinnerungen rückblickend, daß es für den Staatssekretär des Innern nach dem Abschluß der Verträge an der Zeit gewesen wäre, sich von seinem Amte zurückzuziehen, da seine Aufgabe innerlich beendet gewesen sei [334]). Diese Aeußerung ist insofern berechtigt, als die wirtschaftspolitischen Motive, die zu der Berufung Posadowskys im Jahre 1897 geführt hatten, nach dem Abschluß der neuen Handelsverträge ein Verbleiben des Staatssekretärs in seinem Amte nicht mehr rechtfertigten. Die wirtschaftspolitischen Aufgaben waren erfüllt.

Auch konnte Graf Posadowskys Verhältnis zu dem Reichskanzler Fürst Bülow nicht als günstig für sein weiteres Verbleiben im Amte angesehen werden. „Fürst Bülow durfte sich nachgerade die Frage vorlegen, zu welchem Zwecke er den unbequemen Teilhaber an Macht und Beliebtheit weiter neben sich duldete" [335]). Die Gründe die ihn im Herbst des Jahres 1900 bestimmt hatten, den Staatssekretär zu halten, hatten jetzt nicht mehr die alte Durchschlagskraft. Zolltarif und Handelsverträge, zu deren Durchführung Bülow Posadowsky gebrauchte, waren erledigt.

Wenn trotz dieser Argumente, die für die Notwendigkeit eines Rücktritts die Staatssekretärs sprechen, Graf Posadowsky sich in seiner Stellung halten und hier trotz des Fehlens wirtschaftspolitischer Ressortarbeit eine starke Initiative entfalten konnte, so fand diese Tatsache ihre Begründung in der Wandlung seiner sozialpolitischen Anschauungen und Ziele.

Solange im Mittelpunkt der Ressortarbeit und der politischen Interessen des Staatssekretärs die Sammlung der produktiven Stände zur Vorbereitung der Wirtschaftsreform stand, war seine soziale Arbeit von diesem, seine Kräfte stark in Anspruch nehmendem Werk verdeckt worden. Es hatten zwar auch schon die ersten Jahre seiner

[334]) Wermuth, S. 254.
[335]) Wermuth, S. 254.

Tätigkeit im Reichsamt des Innern den Beweis erbracht, daß er gewillt war, durch die Reform der Versicherungsgesetzgebung auf dem Boden der kaiserlichen Erlasse weiter zu arbeiten. Durch die im Gegensatz zur gesamten sozialfreundlichen Oeffentlichkeit, aber im Vertrauen auf die Notwendigkeit und innere Berechtigung dieser Maßnahmen zum Schutz der gewerblichen Ordnung eingebrachte Zuchthausvorlage war aber das Vertrauen in die soziale Gesinnung des Staatssekretärs erheblich gesunken. Erst die 12 000 Mark-Affäre ließ ihm zum Bewußtsein kommen, wie sehr sein Ansehen und sein ehrlicher Wille zur objektiven unbeeinflußten Arbeit auf sozialpolitischem Gebiet durch die wirtschaftspolitischen Rücksichten bedroht gewesen war. Als im Jahre 1902 die wirtschaftspolitische Arbeit Posadowskys mit der Annahme des Zolltarifs im wesentlichen ihr Ende fand, und die Rücksichtnahme auf die sozialpolitischen Wünsche der bürgerlichen Erwerbsgruppen nicht mehr politisch und parlamentarisch notwendig war, stand fest, daß Graf Posadowsky in Zukunft ein Staatssekretär für und nicht gegen Sozialpolitik sein werde.

Die Agrar- und Sozialpolitik fielen in der politischen Ideologie Posadowskys eng zusammen. Mit der agrarischen und der sozialistischen Bewegung hatte er sich in seiner Ressortarbeit zu befassen, sie dünkten ihm die beiden Pole zu sein, „um die sich recht eigentlich jetzt unser öffentliches Leben dreht“ [336]). Die Ueberzeugung von der Berechtigung der agrarischen Bewegung und der staatspolitischen Pflicht, dem agrarischen Notstand abzuhelfen, hatte seine Arbeit am Zolltarif beeinflußt [337]). Wenn sich auch mit der Annahme des Tarifs und der Handelsverträge sein Verhältnis zu der extremen agrarischen Rechten trübte, weil er als verantwortlicher Staatsmann in der Bemessung der Höhe des Schutzes nicht zu dem gleichen Ergebnis kommen konnte wie die unverantwortlichen Interessenten, so war er doch im Grunde stets der agrarfreundliche und konservative Staatsmann und Politiker geblieben. Neben der agrarischen Bewegung aber, die seit dem Abschluß der Handelsverträge Caprivis in der deutschen Innenpolitik eine so erhebliche Rolle gespielt hatte und deren Ueberwindung Posadowskys wirtschaftspolitische Arbeit galt, wuchs in stärkerem Maße und in radikalerer Gestalt seit dem Beginn der wirtschaftlichen Umwälzung im 19. Jahrhundert die marxistische Arbeiterbewe-

---

336) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., 258. Sitz., 13. 2. 1903, Penzler, III, S. 187 ff.

337) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., 258. Sitz., 13. 2. 1903, Penzler, III, S. 187 ff.

gung, mit der sich der Staatssekretär des Innern im Rahmen seiner Sozialpolitik auseinanderzusetzen hatte.

In seiner Beurteilung der sozialdemokratischen Bewegung hatte sich Graf Posadowsky seit seinem ersten Auftreten im Reichstag als Staatssekretär des Innern erheblich gewandelt. Damals stand er dem wirtschaftlichen und industriellen Leben noch fern. Seine wirtschaftspolitischen Auffassungen waren im wesentlichen noch dieselben, die er sich im agrarischen Osten angeeignet hatte. Die gleiche konservative Haltung zeigte sein sozialpolitisches Programm. Die sozialistische Bewegung hatte er als eine rein negativ revolutionären Ziele zuneigende angesprochen, deren höchstes Ziel es sei, an die Stelle des bestehenden monarchischen Staates eine Diktatur des Proletariates zu setzen [338]). Er hatte ihr das Recht abgesprochen, sich allein eine Arbeiterbewegung zu nennen. Zur Ueberwindung dieser revolutionären Gefahr hatte er Staat und bürgerliche Gesellschaft in einer Interessengemeinschaft zusammenfassen wollen, wobei er der bürgerlichen Einheitsfront das Zugeständnis der alleinigen Berücksichtigung der Produzenten bei der Vorbereitung des Tarifs machte. In der ganzen sozialdemokratischen Bewegung sah er damals noch eine Verirrung der Massen, denen gegenüber der Staat zwar die sittliche Pflicht einer gesundheitlichen und moralischen Förderung habe, die aber auf Grund ihrer revolutionären Haltung keine Förderung ihrer gewerkschaftlichen und politischen Ansprüche erwarten könnten. Zwar hatte sich schon zu Beginn der Sammlungspolitik gezeigt, daß er zu einer tieferen Erfassung der Arbeiterbewegung und der durch sie für Staat und bürgerliche Gesellschaft gestellten Aufgaben fähig sei [339]). Neue Wege in der Sozialpolitik zu gehen, hatte er sich aber damals noch nicht entschließen können.

Die Sammlungspolitik, von der der Staatssekretär eine Ueberwindung oder doch zum mindesten eine Zurückdrängung der revolutionären Sozialdemokratie erwarten zu können glaubte, war an der Unmöglichkeit gescheitert, die bürgerlichen Parteien zu einer geschlossenen Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie zusammenzufassen. Diese Partei blieb, ja sie wuchs weiter und brachte in den Wahlen von 1898 und 1903 trotz aller Aufrufe Posadowskys zu ihrer Bekämpfung der Sozialdemokratie erhebliche Erfolge.

[338]) Sten. Ber., 9. Leg. Per., 5. Sess., 9. Sitz., 13. 12. 1897 und 21. Sitz., 20. 1. 1898, Penzler, S. 548 ff. und 575 ff.; Wiese, S. 68 ff.

[339]) Sten Ber., 10. Leg. Per., 1. Sess., 31. Sitz., 13. 2. 1899, Penzler, II, S. 82 ff.

Diese Tatsache mußte auf eine Persönlichkeit, deren ernsthafter und entschiedener Wille zu einer Auseinandersetzung mit den sozialen Problemen nicht bezweifelt werden konnte, einen tiefen Eindruck machen. Der Streit der bürgerlichen Parteien, die eine konsequente Vertretung der eigenen wirtschaftlichen Interessen einem einigen Widerstande gegen die revolutionäre Macht der Sozialdemokratie vorzogen, stärkte die Ueberzeugung des Staatssekretärs, daß eine offene Rücksichtnahme auf die sozialpolitischen Wünsche dieser Parteien nicht im Interesse des Staates liege, aber auch nicht in Einklang zu bringen sei mit seiner eigenen Aufgabe, unabhängig von den Interessen eines Berufsstandes die sittliche Pflicht zu verfolgen, auch der arbeitenden Klasse seine Hilfe zuteil werden zu lassen. Die Entwicklung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse bestärkte ihn in dieser Auffassung.

Graf Posadowsky war kein sozialpolitischer Doktrinär, der sein Amt dazu benutzte, seine Theorien zu verwirklichen. Auch war er nicht, wie die Vertreter der Parteien, auf die Wünsche der hinter ihnen stehenden Wählermassen eingeschworen. Die Richtschnur seines Handelns bildete allein das staatliche Wohl. Diesem zu dienen, war seine oberste Aufgabe als Beamter. So konnte er auch, nachdem die praktischen Erfahrungen seines Amtes ihn zu anderer Auffassung der sozialpolitischen Probleme bestimmt hatten, eine entschiedene Wandlung vom sozialreaktionären zum sozialfreundlichen Staatsmann durchmachen, ohne daß er damit seine konservative Ideologie und seine ausgesprochene Staatsgesinnung geändert hätte. Erst während seiner Tätigkeit im Reichsamt des Innern, bei der Beschäftigung mit den sozialen Problemen, mit der Industrie- und Arbeiterwelt bereitete sich diese Wandlung vor. Den Tatsachen verschloß er sich nicht und ebenso wenig war er an irgendeine parteipolitische Ideologie gebunden. Er fühlte sich als Beamter verpflichtet zu einer objektiven und gerechten Abwägung aller politischen und sozialen Elemente und wollte nicht als ein Exponent einer partei- oder wirtschaftspolitischen Richtung gelten.

Seitdem mit dem Ende des sozialreaktionären Einflusses des Kreises um Stumm auf den Kaiser und dessen Abwendung von den Problemen der Sozialpolitik jeder staatliche Versuch einer Ausnahmegesetzgebung gegen die Arbeiterschaft aufgegeben war, schien eine Versöhnung von Staat und Arbeiterschaft nicht mehr ganz ausgeschlossen zu sein. Der Aufschwung der industriellen Tätigkeit, mit dem in enger Verbindung ein Aufschwung der gewerkschaftlichen Bewegung ging, machte es dem Staate erneut zur Pflicht, sich mit den Fragen des Verhältnisses von Staat und Arbeiterschaft auseinanderzusetzen.

Auch in der sozialdemokratischen Partei gewann unter der Führung Bernsteins der revisionistische Flügel an Boden[340]). Bernstein wandte sich gegen die seit Marx in der Sozialdemokratie herrschende Auffassung, daß es der Arbeiterschaft leicht sein werde, nach einem katastrophalen Zusammenbruch der bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsordnung aus eigenen Kräften Staat und Gesellschaft neu zu gestalten. Er sprach der Arbeiterschaft noch die Reife ab, zur Uebernahme der Macht und Regierung fähig zu sein. Unter dem Eindruck der die Lage der Arbeiterschaft verbessernden Reformen hielt er es für zweckmäßig, Gegenwartspolitik zu treiben, auf utopistische Ziele zu verzichten und auf dem Boden der bestehenden staatlichen Ordnung systematisch die wirtschaftliche, politische und moralische Hebung der Arbeiterklasse zu betreiben.

Graf Posadowsky setzte auf die revisionistische Bewegung große Hoffnungen[341]). Das andauernde Wachsen der Sozialdemokratie wie die Unmöglichkeit, die bürgerlichen Parteien zu entschlossenem Widerstand gegen sie zusammenzuführen, verfehlten ihre Wirkung auf ihn nicht. Die patriarchische Auffassung, die der Arbeiterbewegung ihre Daseinsberechtigung absprach, hielt er jetzt nicht mehr aufrecht. Seine Beschäftigung mit den Problemen der Sozial- und Wirtschaftspolitik hatte ihm die Folgerichtigkeit der Entwicklung der Arbeiterbewegung nahegebracht. Mit dem Verzicht auf den revolutionären Anspruch verlor die sozialdemokratische Partei ihre Gefahr für den monarchischen Staat. Die staatliche Notwendigkeit ihrer Bekämpfung trat damit in den Hintergrund. Posadowsky wußte die sozialdemokratische Bewegung jetzt nicht mehr als das Ergebnis einer nihilistischen Agitation zu werten, der die Arbeiter zum Opfer gefallen waren, sondern suchte ihre Entstehung als einen historisch notwendigen und bedingten Prozeß zu verstehen. Sie stellte sich ihm als eine folgerichtige Erscheinung dar, die bedingt wurde durch die Beseitigung der alten gewerblichen Ordnungen im 19. Jahrhundert. Durch die kapitalistische Betriebsweise der Industrie infolge der großen technischen Fortschritte sah er die alten gewerblichen Ordnungen zerstört. Er verurteilte es als einen Fehler und ein Versäumnis des Staates, daß dieser nicht von sich aus rechtzeitig Institutionen geschaffen habe, die wieder ein korporatives Leben in die Massen brachten und so eine gewisse Stabilität garantierten.

[340]) Herkner, II, S. 339.

[341]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., 258. Sitz., 13. 2. 1903, Penzler, III, S. 186 ff.; ebenda 1. Sess., 8. Sitz., 15. 12. 1903, Penzler, III, S. 275 f. und 18. Sitz., 25. 1. 1904, S. 311 ff.

Eine solche Anschauungsweise, die die Entstehung der sozialistischen Arbeiterbewegung als einen mangels einer anderen vom Staat geschaffenen Organisationsform notwendigen historischen Prozeß darstellte, wies über die in der bürgerlichen Ideologie übliche Anschauungswelt hinaus [342]).

Mit dieser Auffassung schloß sich Posadowsky der Kritik an, die Lohmann [343]) vom preußischen Handelsministerium aus an der Sozialpolitik Bismarcks geübt hatte. Bismarck hatte die Sozialpolitik als Staatsmann aus staatlichen Motiven getrieben. Er verfolgte mit ihr in erster Linie staatliche und politische Ziele, wenn auch im Hintergrunde das religiöse Motiv seine anregende Wirkung auf die Sozialpolitik ausübte. Bismarck kam es darauf an, den Massen die soziale Hilfe des Staates zum Bewußtsein zu bringen, durch die Abstellung aktueller materieller Nöte eine politische Wirkung in der Richtung der Gewinnung der Arbeiterschaft für den Staat zu erzielen.

Lohmann aber verurteilte diese zwangsmäßige Fürsorgepolitik. Für ihn ging die Sozialpolitik Bismarcks zu stark von den Interessen des Staates aus, er verurteilte den in ihr enthaltenen Staatssozialismus, der den größten Teil der Aufgaben für den Staat vorwegnahm, anstatt den Arbeiter durch genossenschaftliche Verpflichtungen und Bindungen allmählich in die staatliche Gesellschaft hineinzugewöhnen. Durch die freiwillige Mitarbeit am genossenschaftlichen Aufbau der Versicherung und Selbstverwaltung glaubte Lohmann das Ziel der Versicherungsgesetzgebung, die Erziehung des Arbeiters zum gleichberechtigten Staatsbürger, eher erreichen zu können [344]).

Bei seinem Eintritt in das Reichsamt hatte Posadowsky den Grundsätzen Bismarcks in der Sozialpolitik gehuldigt. Die positive Sozialreform mit dem Ausbau der Versicherungsgesetzgebung hatte er in gleichem Sinne geübt wie der erste Reichskanzler. Ebenso hatte er die revolutionäre Arbeiterbewegung durch Ausnahmegesetze bekämpfen wollen. Doch bald vollzog sich in ihm ein Wandel in der Auffassung von den Methoden der Sozialpolitik. Schon die Reform des Invalidenversicherungsgesetzes im Jahre 1899 zeigte sein Bestreben, den Arbeiter mehr zu den Aufgaben, die den genossenschaftlichen Organisationen aus den Gesetzen erwuchsen, heranzuziehen. Es setzte sich in ihm die Ueberzeugung durch, daß die Wirksamkeit der Gesetze in der Richtung einer Erziehung der Arbeiterschaft zum Staat zu

---

342) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., 258. Sitz., 13. 2. 1903, Penzler, III, S. 190 f.
343) Rothfels, S. 73 ff.
344) Rothfels, S. 24.

Erfolgen erst dann führen könne, wenn der Arbeiter in nähere Berührung mit den staatlichen Organen käme und zu positiver Mitarbeit herangezogen würde. Durch sie glaubte er die staatliche Autorität am besten festigen zu können.

Posadowsky hatte sich zu einer entschiedenen Trennung der berechtigten Arbeiterbewegung von der sozialistischen Agitation durchgerungen[345]). Auch als die Wahlen von 1903 wieder einen starken Erfolg der Sozialdemokratie brachten und kurz darauf eine eindeutige Ablehnung[346]) des Revisionismus erfolgte, änderte er diese Haltung nicht. Er gestand der Arbeiterbewegung eine innere Daseinsberechtigung zu, soweit sie sich die materielle Hebung des Arbeiterstandes zur Aufgabe machte. Er bedauerte es, daß sich die revisionistische Richtung nicht durchzusetzen wußte und die sozialdemokratische Partei ihre wohlberechtigten Ansprüche zugunsten der wirtschaftlichen und rechtlichen Hebung des Arbeiterstandes mit politischen Zielen verband, die auf eine Aenderung der bestehenden Staatsform hinzielten[347]). Graf Posadowsky vertrat den Standpunkt, daß gerade der monarchische Staat imstande sei, der sozialen Pflicht zu genügen. Er konnte darauf hinweisen, daß dieser Staat in der Ausführung der sozialen Erlasse von zwei Kaisern eine vorbildliche Organisation zur Abstellung der materiellen Nöte der ärmeren Volksteile geschaffen habe, die in der übrigen Staatenwelt, auch der republikanischen, ohne Beispiel dastand. „Die Staatsverfassung hat mit einer verständigen Sozialpolitik nichts zu tun."

Die Verbindung der Fragen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterorganisation mit derartigen allgemeinen staatsrechtlichen Erwägungen bedauerte der Staatssekretär des Innern im Interesse der von ihm gewünschten Förderung der sozialen Arbeit des Staates. Er gestand den Arbeitern prinzipiell das gleiche Recht zu, sich zu koalieren, wie der Staat die Berufsorganisationen der Unternehmerverbände gestattete[349]).

Die Sozialpolitik war dem Grafen Posadowsky persönlich ein religiöses Gebot. Sie sollte die christlichen Forderungen der Nächstenliebe von der staatlichen Seite her verwirklichen[350]). Der christliche

[345]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 1. Sess., 31. Sitz., 13. 2. 1899, Penzler, II, S. 82 ff.
[346]) Herkner, II, S. 346 ff.
[347]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., 258 Sitz., 13. 2. 1903, Penzler, III, S. 191 f.
[348]) Vgl. Anm. 3, Penzler, III, S. 190.
[349]) Sten. Ber., 11. Leg. Per., 1. Sess., 18. Sitz., 15. 1. 1904, Penzler, III, S. 311.
[350]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., 254. Sitz., 9. 2. 1903, Penzler, III, S. 174 f.

Hilfsgedanke überschattete alle technischen und wirtschaftlichen Bedenken, die ihm von bürgerlicher Seite entgegengehalten wurden. Von seiner religiösen Ueberzeugung her hatte er ein tieferes Verständnis für die innere Berechtigung der Arbeiterbewegung gewonnen. Die agitatorische Verbrämung und die materialistische Weltanschauung, die ihm in der marxistischen Bewegung entgegentrat, schmerzten ihn, sie beraubten ihn aber nicht der Hoffnung auf einstige Ueberwindung. Die Sozialdemokratische Partei hinderte ihn nicht daran, an eine gesunde Fortentwicklung der Arbeiterbewegung zu glauben. In der christlichen Gewerkschaftsbewegung glaubte er eine Bestätigung dafür zu sehen, daß die Möglichkeit für eine Vertretung der wirtschaftlichen Interessen auch auf dem Boden des bestehenden monarchischen Staates durchaus gegeben sein könne[351]). Sie erfuhr von ihm positive Förderung, da er durch sie eine geordnete Einbeziehung der Arbeiterschaft in Staat und Gemeinde erhoffte. Posadowsky erkannte die außerordentlichen Leistungen der Arbeiterschaft und die Erfolge, die die Industrie zum großen Teil ihrer Fähigkeit zu gründlicher Arbeit verdankte, an und folgerte aus dieser Anerkennung die Pflicht der rechtlich gleichen Behandlung der Berufsvertretungen von Arbeitern und Unternehmern[352]). Es war das Ideal Posadowskys, die Gesamtheit des Volkes auf der Bahn ausgleichender gesellschaftlicher Entwicklung zu einer höheren Stufe staatlichen und kulturellen Lebens weiterzuführen. Der autoritäre Staat, der durch das Parlament in enger Verbindung mit allen Volksklassen stand, konnte nach seinem Dafürhalten mehr soziale Arbeit leisten, als eine liberalistische Republik, in der die bürgerlichen Parteien die Staatsgewalt für ihre wirtschaftlichen Wünsche auszunutzen wußten, ohne daß sie sich ihrer sozialen Pflichten gegenüber den anderen Klassen bewußt wurden[353]).

Er wandte sich auch jetzt noch mit der gleichen Schärfe wie in den Jahren der Sammlungspolitik gegen die Klassenkampftheorien der Sozialdemokratie. Zu gleicher Zeit fand er aber auch die schärfsten Worte in der Verurteilung des Mangels an sozialem Gemeinschaftssinn, den er in den bürgerlichen Klassen feststellte. Ihnen schärfte er das gesellschaftliche Pflichtbewußtsein ein und forderte sie auf, sich von ihrer der marxistischen Weltanschauung kongenialen materialistischen Lebensauffassung abzuwenden und durch die praktische Betätigung ihres sozialen Verantwortungsgefühls eine höhere Staatsgesinnung

---

[351]) Sten. Ber., 11. Leg. Per., 2. Sess., 36. Sitz., 6. 2. 1905, Penzler, IV, S. 221 f.

[352]) Sten. Ber., 11. Leg. Per., 1. Sess., 18. Sitz., 25. 1. 1904, Penzler, III, S. 311 ff.

[353]) Vgl. Anm. 352.

zu bekunden. Er glaubte die Vernichtung des Marxismus nicht durch äußerliche legislative Maßnahmen, durch zwingende staatliche Organisation erreichen zu können. In seinen Augen war eine wirkliche Besserung nur durch die Hinwendung des Einzelnen zu altruistischem sittlichen Verantwortungsbewußtsein erreichbar. Nicht durch repressive oder sozialreformerische Maßnahmen konnte die Sozialdemokratie überwunden werden [354]). Das Bürgertum sollte sich einer neuen idealistischen Kraftanstrengung fähig zeigen. Schon die Sammlungsparole hatte einen ähnlichen idealistischen Hintergrund gehabt. Ihr Scheitern hatte den Staatssekretär in seinem Mißtrauen gegen die staatserhaltende Kraft des Bürgertums noch gestärkt.

Posadowskys sozialpolitische Anschauungswelt begann sich immer stärker theoretisch und idealistisch zu fundieren und entsprach weniger den realen Verhältnissen. Sein Urteil über soziale Fragen entsprang nicht mehr der Kenntnis des praktischen Lebens, sondern er bildete es sich aus den theoretischen Studien zur Sozialpolitik.

Die politische Stellung, die der Staatssekretär des Innern nach dem Abschluß der Handelsverträge und des Zolltarifs im Reich einnahm, basierte auf dem hohen Ansehen, das er auch bei den leitenden Staatsmännern, die in sozialpolitischen Dingen mit ihm verschiedener Meinung waren, genoß [355]). Seine Ressortkenntnis war so umfassend, daß ein Ersatz für die Arbeitskraft nicht so leicht gefunden werden konnte. Mit tiefer Gewissenhaftigkeit und rastlosem Fleiß, abseits von dem intrigenreichen Leben der politischen Kreise, vertiefte sich der Staatssekretär in die weitverzweigten Arbeitsgebiete seines Ressorts.

Dann aber verdankte er die Festigkeit seiner Position in erster Linie dem Vertrauensverhältnis, das ihn mit dem seit den Wahlen von 1903 im Reichstag absolut dominierenden Zentrum verband [356]). Zum Hof und zum Reichskanzler blieb sein Verhältnis kühl [357]). Richtschnur seines Handelns war nicht die Zufriedenheit der Krone oder die Gunst der unverantwortlichen Hofkreise. Richtungspunkt seines politischen Handelns blieb die Fortführung der Sozialpolitik. Der Fortschritt auf diesem Gebiet ging nicht vom Kaiser oder Kanzler, sondern von dem Staatssekretär und dem Parlament aus. Bülow wußte die Sozialarbeit bei dem Staatssekretär des Innern in guten Händen und überließ ihm willig die Einzelarbeit, in dem Bewußtsein, daß ihm

[354]) Sten. Ber., 11. Leg. Per., 2. Sess., 10. Sitz., 12. 12. 1905, Penzler, IV, S. 156 f.
[355]) „Kreuzzeitung", vom 1. 3. 1903, Nr. 101 und vom 19. 2. 1905, Nr. 85.
[356]) Bachem, 5. Bd., S. 305 und 417 ff.
[357]) Wermuth, S. 254.

persönlich innerpolitische und parlamentarische Differenzen dadurch erspart blieben. Graf Posadowsky war als Sprechminister der Regierung und Ressortminister für die Sozialpolitik das beste Bindeglied zwischen Regierung und Parlament. Bülow mußte sich mit der Tatsache abfinden, daß ohne das Zentrum jede innerpolitische Entwicklung im Rahmen eines konstitutionellen Regiments ausgeschlossen war. Noch konnte er sich zu seiner energischen Ausschaltung nicht entschließen.

Graf Posadowsky konnte für die Fortentwicklung der Sozialpolitik ein starkes Zentrum nur willkommen sein. Mit seinen Führern fühlte er sich durch die gleiche Auffassung von den sozialen Aufgaben des Staates eng verbunden. Verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine Berücksichtigung der parlamentarischen Wünsche hatte er nicht. Seine langjährige Zusammenarbeit mit dem Reichstag hatte ihn in der Auffassung bestärkt, daß in einem modernen Staate eine Mitarbeit des Volkes durch das Parlament durchaus als begrüßenswert anzusehen sei[358]). Er hatte sich immer mehr in die Rolle eines konstitutionellen Ministers hineingelebt. Solange durch Zugeständnisse der Regierung ein gutes Einvernehmen von Parlament und Regierung angebahnt und damit auch seine Ressortarbeit gefördert wurde, brachte er sie willig. Mit der Beseitigung des § 2 des Jesuitengesetzes wurde ein langjähriger Differenzpunkt zwischen Regierung und Zentrum beseitigt[359]). Auch sicherte Posadowsky zu, daß das Wahlgeheimnis in Zukunft besser gewahrt werden sollte und gab damit einer oft im Reichstag geforderten Anregung nach[360]). Endlich setzte es der Staatssekretär im Jahre 1906 durch, daß dem Reichstag Anwesenheitsgelder gewährt wurden[361]). Die Diätenlosigkeit des Reichstages hatte ihren eigentlichen Zweck, die Verhinderung des Eindringens der Sozialdemokraten in das Parlament, nicht erreicht. Sie hatte sich aber allmählich zu einer Gefahr für die notwendige Abwickelung der parlamentarischen Geschäfte entwickelt. Für den am meisten auf eine geregelte Zusammenarbeit mit dem Reichstag angewiesenen Staatssekretär bedeutete die oft eintretende Beschlußunfähigkeit eine erhebliche Arbeitserschwerung. Er trug deshalb kein Bedenken, sich der veränderten Lage anzupassen und durch die Einführung von Reichstagsdiäten eine Förderung der parlamentarischen Arbeit durchzusetzen. Grundsätzliche Bedenken, daß die Gewährung von Diäten eine Schwächung der Regierung bedeuten könnte, hatte er nicht.

---

[358]) Bachem, Bd. 7, S. 11.
[359]) Bachem, Bd. 9, S. 329 ff.
[360]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., 245. Sitz., 23. 1. 1903, Penzler, III, S. 138 ff.
[361]) Sten. Ber., 11. Leg. Per., 2. Sess., 88. Sitz., 26. 4. 1906, Penzler, S. 280.

Die parlamentarische Lage war einer Fortführung der Sozialreform nicht ungünstig. Neben der mächtigen Zentrumspartei [362]) war auch bei den Nationalliberalen des deutschen Reichstages durch den Einfluß Bassermanns das Verständnis für sozialpolitische Fragen gewachsen [363]). Sogar in der bürgerlichen Linken fanden Posadowskys sozialpolitische Pläne Beifall [364]).

Dagegen begannen seine Bekenntnisse auf der rechten Seite stärkeren Bedenken zu begegnen [365]). Zwar betonte der Staatssekretär stets, daß er sich auch jetzt noch als konservativer Staatsmann fühle. Aber in seiner sozialpolitischen Anschauungswelt hatte er sich doch von dem Standpunkt der konservativen Parteipolitiker so weit entfernt, daß bald nach der Annahme des Zolltarifs die ernstesten Differenzen zutage traten. Es handelte sich dabei weniger um die Fortführung der Sozialpolitik überhaupt, für die auch die konservativen Parteien eintraten, als um die Richtung, in der sich die sozialpolitischen Maßnahmen bewegen sollten. Nachdem der Landwirtschaft in dem Zolltarif ein genügender Schutz vom Staate gewährt worden war, setzte auch von Seiten des Mittelstandes die Agitation ein. Er verlangte nach Einbeziehung in die staatliche Versicherungsgesetzgebung, da der Handwerkerstand durch den mächtigen Druck der Großbetriebe und Syndikate in den Hintergrund gedrängt wurde, und in seinem Einkommen hinter dem Verdienst des gut gestellten Arbeiters zurückblieb. Die konservativen Parteien, die Nationalliberalen und die vielen kleinen mittelständischen Gruppen unterstützten diese Forderung mit der Begründung, daß nach dem Scheitern des eigentlichen Zieles der Arbeiterversicherung die Arbeiter wieder zu staatstreuer Gesinnung zu bekehren —, der noch staatstreue Mittelstand in den Mittelpunkt der Sozialpolitik zu treten habe [366]).

Der Staatssekretär lehnte indessen diese Ausdehnung der Versicherungsgesetzgebung auf wirtschaftlich selbständige Existenzen ab [367]), weil ihm ein solcher Schritt zu sehr staatssozialistischen Tendenzen zu entsprechen schien. Er bemerkte, daß seiner Empfindung nach das Handwerk auch jetzt noch auf goldenem Boden beruhe und ein staatliches Eingreifen gegen Syndikate, Warenhäuser und Geldassoziation

[362]) Bachem, 5. Bd., S. 417 ff.

[363]) Eschenburg: Das Kaiserreich am Scheidewege. Bassermann: Bülow und der Block. Berlin 1929. S. 24.

[364]) Die Nation, Nr. 13, 24. 12. 1904, Nr. 12, 17. 12. 1904, Nr. 9, 1. 12. 1906.

[365]) Wiese, S. 102.

[366]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., 254.—257. Sitz. vom 9.—12. 2. 1903.

[367]) Vgl. Anm. 366, 254. Sitz., 9. 2. 1903, Penzler, III, S. 170.

nicht in Frage komme, da es sich bei ihnen um Produkte der modernen wirtschaftlichen Entwicklung handele, auf der schließlich das ganze moderne Staatswesen beruhe. Diese manchesterliche Auffassung bewies, wie wenig Sympathien der Staatssekretär dem bürgerlichen Mittelstand entgegenbrachte. Nur der agrarischen Bewegung und der Arbeiterbewegung gestand er ein Daseinsrecht zu. Der in so viele parlamentarische Gruppen gespaltene Mittelstand schied aus seinen politischen Erwägungen aus. Die staatliche Hilfe wollte er, nachdem der agrarischen Not geholfen war, nur der arbeitenden Bevölkerung zukommen lassen [368]).

Dieser Standpunkt erfuhr von Seiten der Konservativen scharfe Kritik [369]). Darüber hinaus ergaben sich aber gleich schwerwiegende Differenzen in der Beurteilung des Verhältnisses zur Sozialdemokratie. Die gemäßigtere Stellung, die der Staatssekretär zu dieser revolutionären Partei einnahm, erregte das Befremden der Konservativen. Sie forderten nach wie vor eine Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie. Die passive Stellung des Staates und die Hoffnung auf ein produktives Wirken der Sozialgesetzgebung erfuhren in ihren Reihen heftigen Tadel. Sie warfen der Regierung vor, gegenüber der revolutionären Bewegung machtlos und tatenlos dazustehen, während Posadowsky ebenso scharf den Vorwurf erhob, daß sich das Bürgertum nicht zu größeren Opfern bereit zeige. Während Posadowsky das Wachsen der christlichen Gewerkschaftsbewegung begrüßte, setzte der freikonservative Abgeordnete Kardorff sie der sozialistischen gleich [370]). Er ging sogar so weit, zu erklären, daß allein durch die staatliche Wohlfahrtspolitik die sozialdemokratischen Ansprüche gestiegen seien.

Zunächst war die Kritik an der Person des Staatssekretärs vorsichtig. Aber nachdem er seinerseits in heftiger Polemik gegen die konservativen Politiker seine Auffassungen vertreten hatte und die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten klar zutage traten, fand er in den Reihen vor allem der freikonservativen Partei erbitterte Gegner, die ihren Einfluß auch in der Richtung einer Beseitigung des Staatssekretärs auszuüben bereit waren. Im Reich aber hatten die konservativen Parteien doch nicht mehr die Macht, eine Berücksichtigung ihrer eigenen Wünsche auf parlamentarischem Wege auch im Gegensatz zum Staatssekretär des Innern erreichen zu können.

Andererseits entsprach die sozialpolitische Gesetzgebung nicht der Tatsache, daß die Mehrheit des Reichstages sich mit Posadowsky

[368]) Sten. Ber., 10. Leg. Per., 2. Sess., 257. Sitz., 12. 2. 1903.
[369]) Vgl. Anm. 368 und 302. Sitz., 30. 4. 1903. „Kreuzzeitung" vom 26. 4. 1903, Nr. 193, vom 14. 5. 1903, Nr. 224 und vom 13. 12. 1903, Nr. 584.
[370]) Vgl. Anm. 368, 35. Sitz. vom 5. 2. 1906.

in der Forderung nach einer weiteren intensiven Förderung der sozialen Reform einig war. Nur bis zum Jahr 1904 war Posadowsky auch legislativ erfolgreich. Neben der Reform der Versicherungsgesetzgebung gelang ihm die Reform der Seemannsordnung, das Kinderschutzgesetz, die Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz und die Errichtung der Kaufmannsgerichte, die Regelung der Arbeitszeit, der Schutz der Angestellten in gesundheitsschädigenden Betrieben. Die Errichtung der arbeitsstatistischen Abteilung im Statistischen Amt, die Schöpfung der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt gingen auf seine Anregung zurück. Für die Heimstättenbewegung, Seuchenbekämpfung und die Wohnungsfrage zeigte er reges Interesse und ließ den internationalen Bestrebungen zur Stärkung des Arbeiterschutzes seine Förderung zuteil werden [371]).

Wenn er sich auch in den Jahren nach 1903 in seinen Reden als der großzügige und tiefblickende Sozialfreund erwies, so konnte er doch in dieser Zeit der eindrucksvollsten Behandlung der sozialen Probleme legislativ sich nicht in gleichem Maße fruchtbar zeigen.

Dieses Stocken in der sozialpolitischen Gesetzgebung des Reiches entsprach keineswegs den Wünschen des Reichstages oder des Staatssekretärs. Der Grund war vielmehr in der staatsrechtlichen Organisation des Reiches zu suchen. Graf Posadowsky nahm als Staatssekretär des Innern keine selbständige Stellung in der Reichspolitik ein. Seine Ressortpolitik war nicht nur von der Gunst des Reichstages, sondern auch von der Zustimmung des preußischen Staatsministeriums abhängig. Das Problem des preußischen Einflusses auf die Reichspolitik und die hemmende Wirkung, die von hier aus auf manche Aktionen des Reiches ausging, läßt sich in der Sozialpolitik des Reiches nach 1904 klar erkennen. Die bundesstaatliche Organisation des Reiches wurde dem Staatssekretär des Innern in seinem Streben, vom Reich aus die Sozialpolitik weiterzutreiben, zum Verhängnis. Zwischen dem Reichsparlament und dem preußischen Staatsministerium schwankte er in abhängiger Position hin und her. Seine Ressortpolitik konnte nur in dem Maße erfolgreich sein, als es ihm gelang, die Zustimmung des preußischen Staatsministeriums und des Reichstages zu seinen Entwürfen zu erlangen. Die Reichstagsmehrheit stellte sich ihm willig zur Verfügung, aber das preußische Kabinett versagte sich ihm.

In dem wirtschaftspolitischen Kampf um die Vorbereitung des Zolltarifs hatte er gegen das preußische Handelsministerium seine Befugnisse ausdehnen können. Die Vorbereitung der Wirtschafts-

[371]) Wiese, S. 154.

reform war dem Reichsamt des Innern übertragen worden, der Vorsitz im wirtschaftlichen Ausschuß wurde von einem Vertreter des Reichsamtes des Innern übernommen. Der Dualismus zwischen Reichsamt des Innern und preußischem Handelsministerium war in diesen Fragen freilich nur notdürftig durch die Uebertragung des handelspolitischen Referates an einen untergeordneten Beamten des preußischen Handelsministeriums, der auch im Reichsamt des Innern die gleiche Funktion übernahm, verdeckt worden [372]).

Die gleiche Erscheinung wies die Sozialpolitik auf. Lohmann beklagte sich schon 1900, daß die interessantesten Arbeitsgebiete in der Sozialreform immer mehr auf das Reichsamt des Innern übergingen, „wo Posadowsky und Woedtke geradezu darauf ausgingen, die preußischen Ministerien möglichst kalt zu stellen" [373]). Ebensowenig hatte Brefeld einen Erfolg in der Richtung einer Verhinderung der Zuchthausvorlage erlangen können [374]). Auch sachlich zeigten sich Differenzen. Lohmann, die Seele des preußischen Handelsministeriums, hegte gegen die Form, in der die Versicherungsgesetzgebung von Posadowsky weitergeführt wurde, Bedenken. Er befürchtete, daß die von Posadowsky vorgesehene Heranziehung der freien Selbstverwaltung in der Sozialpolitik zu einer Steigerung der sozialdemokratischen Machtgelüste führen könne [375]). Gerade Lohmann, der sich früher mit voller Kraft für eine Durchführung der Sozialreform auch in der Periode der Stummschen Reaktionsepoche eingesetzt hatte, trat jetzt bremsend gegenüber den Plänen des Reichsamtes des Innern auf. Bei der Beratung des Krankenversicherungsgesetzes war dieser hemmende Einfluß der preußischen Regierung offen zutage getreten und im Reichstag diskutiert worden [376]). Damals hatte sich dank der versöhnlichen Haltung des Staatssekretärs ein Ausgleich zwischen den beiderseitigen Ansprüchen finden lassen.

Posadowskys Stellung war während der Vorbereitungszeit der Tarifreform unter dem Reichskanzler Hohenlohe noch zu stark, als daß sich der preußische Partikularismus hätte gegen ihn durchsetzen können. Erst als Bülow die Leitung der Politik übernommen hatte, gelang es dem preußischen Handelsministerium wieder, einen größeren Einfluß auf die Gestaltung der Sozialpolitik auch des Reiches zu gewinnen. Posadowsky mußte immer mehr fühlen, daß seine Ressortarbeit nur

---

372) Wermuth, S. 221.
373) Borchard: 50 Jahre preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe. Berlin 1929, S. 46.
374) Borchard, a. a. O., S. 47.
375) Rothfels: Lohmann . . . S. 120 ff.
376) Wiese, S. 134.

so weit erfolgreich war, als sie die preußischen Bundesratsstimmen hinter sich hatte. Das wurde mit der Zeit immer seltener der Fall. Mit Delbrück zog endlich im Jahre 1905 im preußischen Handelsministerium eine Persönlichkeit ein, die der Auffassung war, „daß Gesetze allein es nicht täten und die Flut der sozialpolitischen Gesetze zunächst abebben müsse, um eine Pause für die beiderseitige Einsicht in die Notwendigkeit eines friedlichen Ausgleichs der Interessen zu schaffen“ [377]). Graf Posadowsky war der gegenteiligen Ansicht. Seine im Reichstag vorgebrachten Pläne erforderten ein großes Maß legislativer Arbeit.

Neben dieser verschiedenartigen Auffassung über die Intensität der sozialpolitischen Gesetzgebung bestand zwischen dem Reichsamt des Innern und dem preußischen Handelsministerium noch ein anderer Gegensatz, der weniger in den persönlichen Anschauungen der beiden Minister begründet lag. Das Reich war verfassungsmäßig auf die Legislative beschränkt. Die Verwaltung und die Kontrolle der praktischen Wirkung der Gesetzgebung im gewerblichen Leben unterstand dem preußischen Handelsministerium [378]). Die natürliche Folge davon war, daß die preußischen Minister mehr die Anwälte der Praxis waren, und den Schattenseiten, die in der Durchführung der Reichsgesetzgebung auftraten, ein größeres Gewicht beilegten, als dies beim Reichsamt des Innern der Fall war, das nicht in direkter Beziehung zum gewerblichen Leben stand. Bei seinem Eintritt ins Amt hatte auch Posadowsky die sozialpolitische Schonzeit mit der Notwendigkeit einer Rücksichtnahme auf die praktische Verwaltung begründet. Die Zusammenarbeit mit den wirtschaftlichen Interessenten aber hatte er jetzt schon lange gelöst. Er war zur Ueberzeugung gekommen, daß auf dem Gebiete der Sozialpolitik die staatliche Gesetzgebung losgelöst von praktischen Bedenken und Einwänden nach idealeren Gesichtspunkten vorgehen müsse. Die Formulierung seiner sozialpolitischen Auffassung gewann dementsprechend einen abstrakten und theoretischen Zug. Sein Ziel war es fortan nicht mehr, in lebensvoller Verbindung mit dem gewerblichen Leben die Gesetzgebung zu gestalten, sondern seine eigenen, intensiven Studien entstammenden ideologischen Auffassungen legislativ zur Wirkung zu bringen. Auch wurde er beeinflußt von den Strömungen der parlamentarischen Politik, die ihn immer wieder zur Förderung der Sozialpolitik anspornten. Den parlamentarischen Strömungen waren allerdings auch die preußischen Minister ausgesetzt. Der Unterschied aber bestand darin, daß das Reichsparlament eine sozialfreundliche, das preußische hingegen eine sozialfeindliche Mehrheit aufwies. Die konser-

[377]) Borchard, S. 58 f.
[378]) Rothfels, S. 120 und Borchard, S. 58 ff.

vative Mehrheit des preußischen Landtages übte auf die preußischen Minister erheblichen Einfluß aus. Für die Arbeit der Staatssekretäre machte sich das Fehlen einer dem preußischen Staatsministerium gleichberechtigten kollegialen Behörde erschwerend bemerkbar. Der Staatssekretär des Marineamtes, Tirpitz, hatte für die Durchführung seiner Pläne immer die Autorität des Kaisers hinter sich. Posadowsky aber fehlte diese. Das einzige positive Moment für ihn war, daß Bülow seine Arbeit dem Zentrum zuliebe unterstützte. Doch war auch dieser Rückhalt nur sehr begrenzt. Im preußischen Kabinett stand Posadowsky isoliert da. Die konservative Mehrheit stand seinen sozialpolitischen Idealen fern und widerstrebte jeder Ausdehnung der Reichsbefugnisse. Unter diesen Umständen konnte der Staatssekretär nicht annehmen, daß seine Anregungen und Pläne einen Erfolg haben würden.

Preußische Minister und Abgeordnete polemisierten vom preußischen Landtag aus gegen das sozialpolitische Programm des Staatssekretärs.

Am 18. Januar 1904 fragte der Führer der Freikonservativen im preußischen Landtag, Graf Octavio Zedlitz, an, ob es nicht angebracht sei, durch den preußischen Handelsminister dem gesunden Menschenverstand in der Sozialpolitik gegen die Politik des grünen Tisches, die im Reichsamt des Innern herrsche, zum Siege zu verhelfen [379]). Vertreter der beiden konservativen Parteien sowie der Nationalliberalen stimmten Graf Zedlitz zu, während der Abgeordnete Bachem vom Zentrum als „freiwilliger Kommissar des Reichsamtes des Innern" die Sozialpolitik des Reiches in Schutz nahm und dem preußischen Parlament die Berechtigung zu einer Einmischung in die Angelegenheiten des Reiches absprach [380]).

Als nach der Berliner Heimausstellung der Staatssekretär des Innern erklärte, das dort zutage getretene Elend sei so groß, daß der Staat zu sofortigem Eingreifen verpflichtet sei, meinte Delbrück im preußischen Abgeordnetenhause mit eindeutiger Beziehung auf dieses Urteil Posadowskys, man dürfe diese Ergebnisse der Ausstellung nicht verallgemeinern [381]). Und als im Dezember 1905 Graf Posadowsky seine viel beachtete Rede hielt, in der er das Bürgertum wegen seiner materialistischen Lebensauffassung angriff, erhob sich im preußischen Landtag der preußische Finanzminister von Rheinbaben und hielt eine betont forsche Rede, um den unangenehmen Eindruck dieser Worte

[379]) „Germania", 19. 2. 1904, Nr. 40, 1. Blatt.
[380]) Vgl. Anm. 379.
[381]) „Germania" 20. 9. 1905, Nr. 224.

auf die bürgerlichen Rechtsparteien abzuschwächen und zu demonstrieren, daß die Aeußerungen Posadowskys im preußischen Staatsministerium keine Zustimmung fänden [382]).

Das preußische Staatsministerium hinderte den Staatssekretär des Innern, die Sozialpolitik im Reiche nach seinen Idealen zu gestalten. Gegen seine eigene Auffassung war er oft gezwungen, die Stellung der verbündeten Regierungen vor dem Reichstage zu vertreten. Die Kürze seiner Erklärungen, der bisweilen elegische Unterton und der Hinweis, daß er die Ansichten der verbündeten Regierungen, nicht seine eigenen zu vertreten habe, wies darauf hin, daß er sich der Mehrheit des preußischen Staatsministerium hatte beugen müssen.

Das trat besonders klar zu Tage, als die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine endlich eine gesetzliche Regelung erfahren sollte. Graf Posadowsky hatte in seinen häufigen ausführlichen Erörterungen über dieses Problem die grundsätzliche Gleichberechtigung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter zugestanden. Im Jahre 1904 konnte er im Namen der verbündeten Regierungen erklären, daß die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine anerkannt werden solle und eine gesetzliche Regelung vorgesehen sei. Als aber im Jahre 1906 eine entsprechende Vorlage dem Reichstag zuging, war sie so sehr von kleinlichem Polizeigeist durchsetzt, daß die Reichstagsmehrheit sie ablehnte [383]).

Die Konservativen verlangten die Beibehaltung des patriarchalischen Verhältnisses, während die Linke und das Zentrum auf eine Konstitutionalisierung der Arbeitsverfassung drangen. Graf Posadowsky trat für die wirtschaftliche Gleichstellung der Arbeiter ein. Er versprach sich von dieser Maßnahme einen weiteren Schritt zur Legalisierung der Arbeiterbewegung. Aber auch er konnte sich den konservativen Bedenken nicht verschließen, daß die Gewährung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung in politischem revolutionären Sinne ausgenutzt werden könne. Es kam für ihn als verantwortlichen Staatsmann also von vornherein nur ein Kompromiß zwischen dem Staatswohl und den Interessen des Arbeitertums in Frage. So wurden in das Gesetz so viele Kautelen hineingearbeitet, daß sich eine Annahme für die Mehrheit der Parteienn als unmöglich erwies.

Den Verwaltungsbehörden wurde ein starker Einfluß auf die Erlangung der Rechtsfähigkeit zugestanden. Das Streikrecht war nur unter starken Klauseln zugestanden.

---

[382]) Sten. Ber. über die Verhandlungen des preußischen Landtages vom 16. 12. 1905.

[383]) Sten. Ber., 12. Leg. Per., 2. Sess., 125. Sitz. u. 127. Sitz., 24. und 27. 11. 1906, Penzler, IV, S. 333 ff.

Posadowsky verfolgte mit dem Entwurf neben der Anerkennung der sozialen Gleichberechtigung der Arbeiterorganisationen einen politischen Zweck[384]). Er wollte die nationalen christlichen Gewerkschaften fördern, ihnen Zugeständnisse machen und ihnen die staatliche Hilfe zuteil werden lassen. Die sozialdemokratischen aber wurden in dem Entwurf einer wesentlich schärferen Behandlung und Aufsicht unterstellt. Posadowsky wollte mit dem Gesetz in erster Linie staatserhaltende Politik treiben. Den nationalen Gewerkschaften sollte die Entwicklung erleichtert, den sozialdemokratischen erschwert werden. Diese Absicht mißlang. Zwar ließ der Staatssekretär bei der Behandlung der Vorlage im Reichstag durchblicken, daß der vorliegende Entwurf nicht seinen Idealen entspreche, die Urheberschaft vielmehr im preußischen Staatsministerium zu suchen sei. Diese Tatsache aber konnte die Ablehnung der Vorlage nur fördern. Auch hier hatte die konservative Mehrheit des preußischen Staatsministeriums sich als stärker erwiesen[385]).

Posadowsky war in seiner Ressortarbeit auf Verzicht und Kompromiß angewiesen. Seine Entwürfe wurden so stark abgeändert, daß er sich kaum zu ihrer Urheberschaft bekennen konnte. Zu einem großen Teil entsprang diesem Umstande die abstrakte und theoretische Formulierung seiner Ideen. Er konnte nie wissen, wie weit sich die verbündeten Regierungen seinen Plänen anschließen würden. In der selbständigen Form eines Reichsministers hätte auch sein Wirken eine festere Form annehmen können. Er wies in die Zukunft. Die Ausdehnung der Versicherungsgesetzgebung auf die landwirtschaftlichen Arbeiter, die einheitliche Zusammenfassung der drei großen Versicherungsgesetze, die Errichtung einer Witwen- und Waisenversicherung, die weitere Ausbildung und Einrichtung von Arbeitskammern und Berufsvereinen, — alles das hatte er in sein Zukunftsprogramm aufgenommen und arbeitete an seiner Verwirklichung[386]). Ihm selbst aber sollte es nicht vergönnt sein, der Vollstrecker dieses Programms zu werden.

---

[384]) Wiese, S. 168.

[385]) Sten. Ber., 11. Leg. Per., 2. Sess., 125. Sitz., 30. 2. 1906, Penzler, IV, S. 333 ff.

[386]) Sten. Ber., 12. Leg. Per., 1. Sess., 26. Sitz., 11. 4. 1907, Penzler, IV, S. 410 ff.

V. Teil:
Blockpolitik und Sturz.

Graf Posadowsky konnte zu einem großen Teil für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, daß seit der Annahme des Zolltarifs in dem Verhältnis von Regierung und Reichstag sich eine bedeutende Besserung bemerkbar machte und eine krisenlose Zusammenarbeit auf vielen Gebieten der Innenpolitik, vor allem der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik möglich wurde. Der Träger dieser Entwicklung war weniger der Reichskanzler als sein Stellvertreter gewesen, der im Interesse seiner Ressortarbeit und der ruhigen steten Entwicklung der inneren Reichspolitik die Einbeziehung des Zentrums in die Parteienfront, auf die sich die Regierung stützte, gefördert und die Berücksichtigung der Wünsche dieser Partei durchgesetzt hatte. Bülow überließ die Kleinarbeit und die Auseinandersetzung mit der Opposition gern seinem Stellvertreter. Während aber Posadowsky der festen Ueberzeugung war, daß die Zusammenarbeit der Regierung mit dem Zentrum fruchtbringend und segensreich sei und er sich persönlich dieser Partei, ihren Führern und sozialpolitischen Zielen verbunden fühlte, erkannte Bülow die Notwendigkeit des Paktierens mit dem Zentrum nur unter dem Druck der Tatsache an, daß seine Opposition einen vollständigen Stillstand in der Gesetzgebung erzwingen konnte.

Die Tatsache der krisenlosen Entwicklung der Innenpolitik konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bewegungsfreiheit der Regierung gerade in den letzten Jahren durch das Zentrum stark gehemmt worden war und die Führung in der Gesetzgebung immer mehr von der verantwortlichen Macht, der Regierung, auf das Parlament überging. Bei der einseitigen Oppositionspolitik, die die Sozialdemokratie und unter Richters Führung auch die linksliberalen Parteien noch immer ausübten[387]), hatte sich das Zentrum im Reich eine Machtposition geschaffen, die die Bewegungsfreiheit der Regierung stark beeinträchtigte. Wenn auch der Zentrumsfreundlichkeit der Regierung eine Regierungsfreundlichkeit des Zentrums entsprach[388]) und es der Regierung gelang, die maßgebende Partei des Reichstages

[387]) Th. Eschenburg: Das Kaiserreich am Scheidewege, Berlin 1929, S. 35 f.
[388]) Eschenburg, a. a. O., S. 36.

zur Mitarbeit heranzuziehen, so war es doch offensichtlich, daß bei diesem Bündnis die Partei der mächtigere Partner war und die Regierung nicht mehr den Anspruch auf maßgebende Führung in der inneren Entwicklung erheben konnte. Bülow überließ die Lösung der innerpolitischen Fragen seinen Staatssekretären und Ministern, die nur darauf bedacht waren, ihre Ressortpolitik vorwärts zu treiben, ohne daß sie sich der auf die Dauer unerträglichen Belastung der Regierung durch diese Abhängigkeit bewußt wurden. Graf Posadowsky wenigstens empfand die Abhängigkeit vom Parlament nicht so sehr, da sich seine Auffassungen über die aktuellen politischen Fragen im wesentlichen mit denen des Zentrums deckten, ihm sich also die Nachgiebigkeit der Regierung in einem wesentlich anderen Lichte darstellte, als es bei einem Beobachter von anderem Blickwinkel der Fall sein mußte. Das Verhältnis von Regierung und Parlament entsprach in keiner Weise mehr der von Bismarck begründeten und von ihm meisterlich gehandhabten Form des konstitutionellen Regimentes. Nur die Tatsache, daß nach der Annahme des Zolltarifs in der inneren Politik eine Stagnation eingetreten war und die Regierung ängstlich bemüht blieb, alle parlamentarisch aussichtslosen Fragen der legislativen Lösung zu entziehen, konnte den Eindruck erwecken, als habe die Regierung gegenüber den früheren Jahren des Kampfes mit dem Parlament an Autorität zugenommen. In Wirklichkeit reichte ihre Macht zur legislativen Lösung der aktuellen Probleme nur so weit, als sie der Zustimmung des Zentrums sicher war. Eine innerpolitische Krise mußte in dem Moment entstehen, in dem die verantwortliche Regierung sich entschloß, sich von der drückenden Abhängigkeit dieser parlamentarischen Gruppe zu befreien.

Auf den Gebieten der sozialen Reform, der Wirtschaftspolitik, der Finanzreform und der Flottenpolitik war es bisher gelungen, stets zu einem tragbaren Kompromiß zu gelangen, wenn es sich die Regierung auch gefallen lassen mußte, daß ihre Entwürfe von den Mehrheitsparteien nach deren eigener Ideologie umgestaltet wurden. Die Reichsfinanzreform von 1906 hatte dokumentiert, wie schwach die Position der Regierung war. Sie konnte es nicht wagen, den Kampf für unbedingt im staatlichen Interesse liegende Reformen aufzunehmen. Sie mußte durch geeignete Kompensationen die Zustimmung der Mehrheit erkaufen.

Das treibende Glied in der Richtung der Befriedigung dieser Wünsche war Posadowsky, der in seiner Eigenschaft als Sprechminister im Reichstag und beauftragter Vertreter der Regierung im Parlament

aus langjähriger Erfahrung wußte, welche gefährlichen Folgen eine unnachgiebige Haltung der Regierung hervorrufen konnte.

Die Regierung irrte sich aber in der Annahme, daß ihre parlamentsfreundliche Haltung irgendeinen Eindruck auf den Reichstag machen würde. Die Parteien ließen sich einzig von taktischen Erwägungen leiten mit dem Ziel der Erhaltung und Erweiterung ihrer eigenen Machtsphäre.

Im Herbst 1906 kam es zur Krise. Das Zentrum entschloß sich unter dem Einfluß des Abgeordneten Erzberger zur Ablehnung der Kolonialforderungen der Regierung. Mit der Sozialdemokratie zusammen bildete es eine Mehrheit gegen die Regierung, während sich die bürgerliche Linke zum ersten Male für eine machtpolitische Forderung voll einsetzte [389]).

Der Mißerfolg der Regierung war nicht wegzuleugnen. Auch der Oeffentlichkeit wurde klar, ein wie erdrückendes Uebergewicht im politischen und besonders im parlamentarischen Leben des Reiches das Zentrum einnahm. Ueberall rief man nach einer zielbewußten, vom Zentrum unabhängigen politischen Leitung. Die Regierung hatte nun die Wahl, auch dieses Mal die Ueberlegenheit des Zentrums anzuerkennen oder aber seine Ausschaltung ins Auge zu fassen.

Für den Reichskanzler bot sich jetzt die Gelegenheit, den Beweis zu erbringen, daß er allein die Führung der politischen Geschäfte unabhängig von der parlamentarischen Konstellation in der Hand halte. Sein Verhältnis zum Kaiser hatte sich seit dem Jahre 1904 verschlechtert. Dieser zeigte sich wieder den unverantwortlichen Kräften aus Kamarilla und Militärpartei in stärkerem Maße zugeneigt [390]). Hier aber hegte man gegen den Reichskanzler Antipathien und suchte seine Stellung zu erschüttern. Seit 1905 war auch Philipp Eulenburg wieder in neuer Gunst. Während der Algeciraskrise schien der Kampf gegen den Reichskanzler erfolgreich zu werden. Allgemein wurde der Sturz Bülows erwartet. Da erfolgte sein Zusammenbruch im Reichstag und er war zunächst gezwungen, vom politischen Schauplatz abzutreten.

Sein Verhältnis zum Grafen Posadowsky hatte sich in den letzten Jahren in wachsendem Maße verschlechtert [391]). Er fürchtete den Ehrgeiz seines Stellvertreters und argwöhnte, daß Posadowsky seine parlamentarisch starke Position dazu benutzen

[389]) Eschenburg, S. 36 ff.

[390]) Fritz Hartung: Verantwortliche Regierung, Kabinette und Nebenregierungen im konstitutionellen Preußen. 1848—1918. Forschungen zur brandenburg-preußischen Geschichte. 44, 1932, S. 354 ff.

[391]) Bülow, Denkwürdigkeiten, II, S. 218 und Wermuth, S. 254.

werde, ihn selbst aus dem Reichskanzleramt zu verdrängen[392]). Durch seine Krankheit war er zunächst ausgeschaltet. Die Kamarilla trat wieder stärker in den Vordergrund. Die Stellvertretung des Reichskanzlers war schon an sich eine Aufgabe Posadowskys in seinem Amte als Staatssekretär gewesen. Einen Einfluß hatte er aber auf die Leitung der Politik, so lange Bülow diese in der Hand hielt, nicht recht ausüben können. Jetzt erhielt er die Generalvertretung des Reichskanzlers[393]). Auch in Preußen hatte er 1905 als dienstältester Minister den stellvertretenden Vorsitz bei den Sitzungen des Staatsministeriums übernommen[394]). So festigte die Abwesenheit des Reichskanzlers seine Position.

Als Bülow im Herbst 1906 die Leitung der Politik wieder übernahm, war es sein erstes Ziel, seine zeitweise erschütterte Position wieder zu festigen. Führ ihn kam es jetzt darauf an, durch politische Erfolge die Gunst des Kaisers wieder zurückzugewinnen und ihn dem unverantwortlichen Einfluß zu entziehen[395]). Die Ernennung Dernburgs zum Staatssekretär des Kolonialamtes sowie die Entlassung Podbielskys bewiesen, daß der Kaiser wieder bereit war, den Intentionen Bülows zu folgen. Wenn es dem Kanzler nun auch noch gelang, einen parlamentarischen Erfolg über das Zentrum davonzutragen, so war seine Stellung wieder vollkommen gesichert.

Die parteipolitische Konstellation zeigte neue Erfolgsmöglichkeiten. Die bürgerliche Linke hatte sich der Regierung zur Verfügung gestellt. Eugen Richter, der liberale Doktrinär, der in jahrelanger fruchtloser Opposition alle Aktionen der Regierung bekämpft hatte, war im Frühjahr 1906 gestorben[396]). Mit seinem Tode wurde der Weg frei für die jüngere Generation fortschrittlicher Politiker, die in machtpolitischen Fragen mit der Regierung zu gehen bereit waren. Die wirtschaftspolitischen Fragen, in denen die Differenzen der konservativen und liberalen Parteien am stärksten zutage getreten waren,

---

[392]) Wermuth, S. 259.

[393]) Monts: Erinnerungen und Gedanken. Berlin 1932. — Monts schreibt am 13. April 1906: „Von einer besonderen Stellvertretung ist glücklicherweise zunächst abgesehen worden. Posadowsky hatte ja schon die Stellvertretung und in einem unbezähmbaren Ehrgeiz hätte er sofort seinen Abschied genommen, falls man jemand anderem die Stellvertretung gegeben hätte. Posadowsky sah sich schon im Kanzlerpalais. Une homme funeste pour nous — nach meiner Ansicht."

[394]) Goldschmidt: S. 106. Seine Ernennung zum Vizepräsidenten unterblieb nach meiner Ansicht, weil die Konservativen und Freikonservativen Gegner seiner Sozialpolitik waren und ihm keinen verstärkten Einfluß im Staatsministerium gewähren wollten (Mitteil. Posad. an Goldschmidt. S. Goldschm., S. 107).

[395]) Hartung, Verantw. Regier. . . . S. 356/57.

[396]) Eschenburg, S. 33/34.

waren seit der Annahme der Handelsverträge in den Hintergrund getreten[397]). Die Möglichkeit einer liberal-konservativen Koalition erschien erfolgversprechend. So entschloß sich Bülow, den Kampf mit dem Zentrum aufzunehmen. In dem Anwachsen der Kolonialbegeisterung und der Zentrumsfeindschaft sah er die geeignete Grundlage für einen innerpolitischen Kurswechsel, der ihm zugleich einen großen persönlichen Erfolg eintragen sollte. Am 13. Dezember erklärte er zur allgemeinen Ueberraschung die Auflösung des Reichstages.

Dieser Entschluß entsprang allein der Initiative des Reichskanzlers und seiner engeren Vertrauten, Löbell und Dernburg[398]). Sie war ein Produkt der gewandten Taktik und Wandlungsfähigkeit Bülows. Die möglichen Folgen des Kurswechsels übersah er noch nicht. Intuitiv erfaßte er die Aussicht, einen Erfolg im Kampf für die Autorität der Regierung zu erringen. Die Weiterungen, die sich aus diesem Kampfe mit dem Zentrum ergeben mußten, die Schwierigkeiten, die sich aus der ungleichen konservativ-liberalen Paarung für die Innenpolitik ergeben würden, hat er kaum genügend übersehen. Mit dem starken Optimismus, der seine Entschlüsse stets kennzeichnet, wandte er sich diesem neuen politischen Wege zu, der ihm Erfolg und Sicherung seiner Stellung bringen sollte.

Die Auflösung des Reichstages hatte er insgeheim betrieben. Auch das preußische Staatsministerium hatte er erst in Kenntnis von seinem Plan gesetzt, als er schon die Einwilligung des Kaisers besaß[399]). Die preußischen Minister stellten sich in dieser Frage, die in erster Linie das Reich anging, hinter den Reichskanzler.

Nur die beiden Staatssekretäre, die im preußischen Staatsministerium vertreten waren, wurden von dem Entschluß Bülows hart betroffen. Posadowsky und Tirpitz hatten jahrelang ihre Ressortpolitik mit dem Zentrum erfolgreich betrieben. Jetzt sollte ihre bewährte Mehrheit vom Reichskanzler zerstört werden, er wollte der Partei, mit der sie ein Verhältnis des gegenseitigen Vertrauens pflegten, den Kampf ansagen[400]).

Für Tirpitz war ein Bruch mit dem Zentrum noch nicht so schwerwiegend wie für Posadowsky. Er hatte hinter sich noch immer die Autorität des Kaisers, der seiner Ressortarbeit ein besonderes Interesse entgegenbrachte und bereit sein würde, die Durchführung der Pläne des Staatssekretärs des Marineamtes zu erleichtern. Wenn die neue

[397]) Eschenburg, S. 41.
[398]) Bülow: Denkwürdigkeiten, II, S. 271 und 276.
[399]) Eschenburg, S. 42.
[400]) Eschenburg, S. 43 und Bülow, II, S. 270.

liberal-konservative Mehrheit sich auch zur Bewilligung seiner Forderungen bereit zeigte, so konnte er auch mit dieser parlamentarischen Konstellation seine Flottenpolitik weiter betreiben. Persönlich fühlte er sich dem Zentrum nicht besonders stark verbunden und hatte keine Schmälerung seines Einflusses zu vergegenwärtigen, wenn diese Partei ausgeschaltet wurde.

Dies traf aber auf den Staatssekretär des Innern zu. Dessen ganzes politisches Ansehen beruhte auf der Gunst des Zentrums. So war es natürlich, daß er sich mit allen Mitteln dem Plan des Reichskanzlers widersetzte, alle möglichen formalen Bedenken erhob und die Auflösung zum mindesten bis nach Weihnachten herausgeschoben wissen wollte, in der Hoffnung, daß sich in der Zwischenzeit eine Verständigung erreichen lasse[401]).

Graf Posadowsky besaß nicht die Wendigkeit Bülows, für den es im Augenblick nur Rücksichten auf die allgemeine politische Lage und seine eigene Stellung gab. Posadowsky dachte anders als der Reichskanzler. Nicht nur, daß er in seinem Ressort auf die Zusammenarbeit mit dem Zentrum angewiesen war und er in dieser Partei den Rückhalt seiner eigenen Machtposition sehen mußte. Diese Reichstagsauflösung entsprach auch sonst nicht seinen politischen Auffassungen. Ihm kam die Unmöglichkeit einer konservativ-liberalen Paarung weit stärker zum Bewußtsein als Bülow. Während der 13 Jahre seiner Amtstätigkeit hatte er die Macht der Zentrumspartei im Reich kennen gelernt und war von der Unmöglichkeit überzeugt, sie für längere Zeit auszuschalten. Er hatte stets mit dem Zentrum zusammenarbeiten können. Daß die liberalen Parteien einen geringeren Druck auf die Regierung ausüben würden, konnte er nach den Erfahrungen, die er im Parlament gemacht hatte, nicht annehmen. Graf Posadowsky maß der Tatsache, daß das Zentrum sich in der Frage der Kolonialpolitik der Regierung versagt hatte, nicht eine so große Bedeutung bei, daß sie das Risiko einer Reichstagsauflösung gerechtfertigt hätte. Er hat später die Auffassung vertreten, daß es sich bei der Ablehnung nicht ernsthaft um die Verweigerung einer machtpolitischen Forderung gehandelt habe[402]). „Da stürmt der junge Mann — er meinte den neuernannten Staatssekretär des Kolonialamtes, Dernburg — hinein wie ein Elefant in den Porzellanladen und schlägt mir die besten Stücke in Scherben", äußerte er zu seinem Unterstaatssekretär Wermuth[403]).

---

401) Bülow, II, S. 270.
402) Der „März", München 1910.
403) Wermuth, S. 257.

Für Bülow bot sich mit dem Entschluß, das Zentrum auszuschalten, auch die Gelegenheit, den Einfluß des ihm unsympathischen Staatssekretärs des Innern zurückzudrängen. In der politischen Oeffentlichkeit nahm man allgemein an, daß Posadowsky ernsthaft die Nachfolge Bülows erstrebe[401]). Auch Bülow glaubte seine Stellung durch die Rivalität seines Stellvertreters bedroht. Er konnte die Gelegenheit eines Sieges über das Zentrum dazu benutzen, Posadowsky aus seinem Amte zu entfernen und sich auch nach dieser Seite Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Dazu wurde Posadowsky von den ihm feindlichen Kreisen der Großindustrie und der Freikonservativen verdächtigt, der Kanzlerkandidat Eulenburgs zu sein. Am 28. November begann eine Reihe von Angriffen des Grafen Octavio Zedlitz gegen den Staatssekretär, die Bülow auf die Gefahr, die ihm von dieser Seite drohe, aufmerksam machen wollten. Sie hatten den Zweck, das Mißtrauen des Reichskanzlers gegen seinen Stellvertreter zu vermehren.

So mußte sich Bülow der Gedanke aufdrängen, den Staatssekretär des Innern, von dem er keine Unterstützung zu erwarten hatte, fallen zu lassen. Die konservativen Politiker jedoch, mit denen er sich über die Möglichkeit einer Verabschiedung Posadowskys unterhielt, rieten, mit einer solchen Maßnahme zu warten, bis die Wahlen vorbei seien, da sonst in der Oeffentlichkeit der Eindruck entstehen könne, daß es sich bei der Blockpolitik um einen vollständigen Umschwung in der Reichspolitik handele.

Im Parlament besaß Posadowsky auch außerhalb des Zentrums bei allen Parteien außer den Freikonservativen starke Sympathien. Seine langjährige Arbeit im Reichsamt des Innern fand weithin Anerkennung, und Bülow mußte auf diese Stimmung Rücksicht nehmen. Er mußte sich ferner fragen, ob sich die in der Bearbeitung seiner Ressortaufgaben bewährte Kraft des Staatssekretärs so leicht ersetzen lassen werde und ob der Kaiser ohne weiteres in eine Verabschiedung des Grafen Posadowsky, dessen fachmännische Kenntnisse er bei aller

[401]) Monts: Erinnerungen und Gedanken. S. 424. Vgl. auch Martin: Deutsche Machthaber. Berlin 1910, S. 204 ff. Rudolf Martin war während der Vorarbeiten zum Zolltarif im Reichsamt des Innern beschäftigt gewesen, dann aber in Unfrieden mit Posadowsky geschieden (Bülow II, S. 478). Er war über die dem Staatssekretär feindlichen Kräfte sehr gut orientiert und suchte ihn zu stürzen. Im Jahre 1907 war er an den Presseangriffen gegen Posadowsky beteiligt. Eine quellenmäßige Verwendung der in „Deutsche Machthaber" geschilderten Vorgänge beim Sturz Posadowskys als der Wahrheit sehr nahekommend dürfte gerechtfertigt sein (s. a. Hartungs Bemerkung in: Verantw. Regierung . . . S. 360).

Gleichgültigkeit der Persönlichkeit gegenüber doch hoch einschätzte, einwilligen würde.

Graf Posadowsky hegte hinsichtlich des Wahlausganges nicht so hohe Erwartungen wie der Reichskanzler. Während dieser in kühnem Optimismus glaubte, Sozialdemokratie und Zentrum in die Minderheit drängen zu können, stand der Staatssekretär solchen Erwartungen mit kühlem Skeptizismus gegenüber. Eine Schwächung des Zentrums konnte für ihn nicht von Nutzen sein, er konnte sie deshalb auch nicht erhoffen. An einen Sieg der bürgerlichen Parteien über die Sozialdemokratie glaubte er nicht mehr, seitdem er den unaufhaltbar erscheinenden Aufstieg der sozialdemokratischen Stimmen erlebt hatte und seine Sammlungsparole ohne Erfolg geblieben war. Er prophezeihte deshalb für den Wahlausgang ein riesenhaftes Anwachsen der Sozialdemokratie auf 114 Sitze im Reichstag[405]).

In den Wochen vor der Wahl hielt sich Posadowsky vollständig abseits, während Bülow und Dernburg eine rege Werbetätigkeit entfalteten. Das Reichsamt des Innern tat als Wahlbehörde seine Pflicht, aber darüber hinaus wurde nichts unternommen. Natürlich mußte diese Haltung bei dem Reichskanzler und seinen engeren Mitarbeitern erneutes Mißtrauen erwecken[406]). Bülow verlangte von seinen Ministern ein völliges Eingehen auf seine politischen Intentionen.

Der Ausfall der Wahlen rechtfertigte Bülows Optimismus. Nur 43 Sozialdemokraten anstatt der von Posadowsky prophezeihten 114 zogen in den neuen Reichstag ein. Das Zentrum konnte seine Abgeordnetenzahl halten. Bülow aber konnte jetzt sein Ideal der Blockpolitik verwirklichen, er konnte ohne Sozialdemokraten und Zentrum regieren.

Im Wahlkampf hatte er den Hauptakzent auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie gelegt und erklärt, die konservativ-liberale Koalition nur von Fall zu Fall in Anspruch nehmen zu wollen[407]). Der günstige Wahlausfall gab ihm jetzt die Möglichkeit, eine eindeutigere Stellung gegen das Zentrum einzunehmen und die Blockpolitik zur grundsätzlichen Grundlage seiner politischen Taktik zu machen[408]).

Die realpolitischen Erwägungen, die Bülow bisher veranlassen mußten, trotz aller persönlichen Antipathien den Staatssekretär zu halten, fielen jetzt fort. Von den Blockparteien zeigten nur die

---

[405]) Martin, S. 212.
[406]) Wermuth, S. 257 und Bülow, II, S. 276.
[407]) Eschenburg, S. 45 und „Germania" vom 7. 3. 1907, Nr. 55, 2. Blatt.
[408]) Eschenburg, S. 48.

Konservativen, daß Posadowsky ihr Vertrauen noch besaß [409]). Freikonservative und Freisinnige bekämpften seine Sozialpolitik [410]).

Die dem Staatssekretär des Innern feindlich gegenüberstehenden Kreise machten sich die Tatsache der allgemein bekannten Differenzen zwischen Kanzler und Staatssekretär zunutze, um Bülow zu einer Trennung von Posadowsky zu veranlassen. Am 30. Dezember und 9. Januar erschienen in der „Täglichen Rundschau", die in vorderster Front für die Blockpolitik focht, Artikel, die in Analogie zu der Bloßstellung des Zentrums in der Kolonialverwaltung durch Dernburg auf die Nebenregierung des Zentrums im Reichsamt des Innern hinwiesen. Noch vor den Wahlen begann auch der erbittertste Gegner Posadowskys im preußischen Landtag, Graf Zedlitz-Neukirch, den Kampf gegen den Staatssekretär. Zedlitz hatte in der Zeit des Beginnes der Blockpolitik zu Bülow gute Beziehungen. In einem Aufsatz des „Tag" [411]), der gleichfalls entschieden für Bülows Blockpolitik eintrat, beschuldigte er Posadowsky, der geistige Urheber eines Artikels zu sein, der in der „Zukunft" aus der Feder Maximilian Hardens erschienen war und dem Kaiser eine parlamentarische Regierung schmackhaft zu machen suchte. Zedlitz sprach den Verdacht aus, daß Posadowsky die Stellung Bülows zu untergraben suche und unter dem Motto: Autokratie oder Volksherrschaft eine parlamentarische Regierung erstrebe, die er selbst als Kanzler leiten wolle. Der Aufsatz schloß mit dem Wunsch, daß „der Mann des Hardenschen Zukunftsprogramms, wie 1900, auch jetzt wieder in der Versenkung verschwinde".

Dieser Angriff verfolgte offensichtlich das Ziel, Posadowskys politische Stellung dadurch zu erschüttern, daß ihm Ambitionen unterstellt wurden, denen er an sich fernstand. Bülow sollte gegen den Staatssekretär mißtrauisch gemacht werden. Die Posadowsky feindlichen Parlamentarier benutzten Bülows Streben, seine erschütterte Stellung durch innerpolitische Erfolge zu festigen, dazu, ihm die Rivalität des Staatssekretärs als gefährlich zu schildern und so den Reichskanzler zu einer Trennung von seinem Mitarbeiter zu bewegen. Dem Artikel im „Tag" folgte eine lebhafte Diskussion über die Stellung Posadowskys [412]).

Darauf entschloß sich Bülow, jetzt von Posadowsky ein eindeutiges Bekenntnis zur Blockpolitik zu verlangen. Die im Reichs-

[409]) „Kreuzzeitung", Nr. 117, vom 10. 3. 1907.
[410]) Sten. Sitz. Ber., 12. Leg. Per., 1. Sess., 5. Sitzung u. ff.
[411]) „Der Tag", Nr. 31, 18. 1. 1907.
[412]) „Germania" vom 12. 3. 1907, Nr. 59, 1. Blatt.

amt des Innern ausgearbeitete Thronrede war so kühl ausgefallen, daß in der Reichskanzlei ein völlig neuer Entwurf ausgearbeitet wurde, der der neuen Situation mehr Rechnung trug. Bülow und Dernburg hatten bei der Eröffnung des Reichstages die Blockpolitik verteidigt, während Posadowsky sich im Hintergrund hielt [113]).

Am 28. Februar erschien der Reichskanzler in einer Sitzung des Bundesrats, nahm nach der Beendigung der Verhandlungen den Grafen Posadowsky beiseite und forderte ihn auf, die Vertretung und Verteidigung der Regierung im Reichstag zu übernehmen, mit dem Bemerken, er dürfe von seinem Stellvertreter wohl erwarten, daß er den Standpunkt der Regierung nicht minder wirksam als er selbst vertrete [114]). „Posadowsky empfing diesen mit liebenswürdigem Lächeln erteilten Auftrag in steifer Zurückhaltung und übermäßig sichtbarer Verlegenheit" [115]). Er stand vor der für ihn unmöglichen Aufgabe, ein Programm zu verteidigen, das er persönlich ablehnte, und zwar gegen eine Partei, mit der er lange aufs engste zusammengearbeitet hatte. Er wußte zugleich, daß Bülow ihn dadurch auf die Probe stellen wollte.

Im Reichstag ergriff zunächst der Zentrumsabgeordnete Rören das Wort, um die Regierung und die Blockpolitik anzugreifen. Zunächst übernahm die Verteidigung Dernburg, dann mußte sich auch Posadowsky seines Auftrages entledigen. Die Unmöglichkeit, zwischen seinen eigenen Auffassungen und dem Auftrag des Reichskanzlers einen Kompromiß zu schließen, mußte zu einer ungenügenden Erklärung führen. Posadowsky besaß nicht die Wendigkeit Bülows, der sich oratorisch jeder Lage gewachsen zeigte. Er deutete zunächst die Vorgänge, die zur Reichstagsauflösung geführt hatten, als einen psychologischen Vorgang, der sich seit längerer Zeit vorbereitet habe. Wiederholt betonte er ausdrücklich, daß er im Auftrag des Reichskanzlers spreche. Den Höhepunkt seiner Ausführungen bildeten die Sätze, die zugleich eine Desavouierung Bülows bedeuteten [116]):

> „Wie der Herr Reichskanzler sein Programm durchführen wird, auf Grund dessen er aufgelöst hat, das müssen Sie mit einiger Geduld erwarten. In wenigen Monaten kann das nicht geschehen. Das Programm, das der Herr Reichskanzler hier entwickelt hat, erfordert selbstverständlich den Zeitraum einer längeren Entwicklung und vieler Sessionen ...

---

[113]) Wermuth, S. 257.
[114]) Wermuth, S. 257.
[115]) Wermuth, S. 257.
[116]) Sten. Ber., 12. Leg. Per., 1. Sess., 6. Sitz., 1. 9. 1907, Penzler, IV, S. 372 ff.

Wir wollen hoffen, daß es dem Herrn Reichskanzler gelingen wird, in absehbarer Zeit sein politisches Programm mit Ihrer Unterstützung zu verwirklichen."

Als eine Verteidigung der Blockpolitik konnten diese Sätze nicht gewertet werden. Nicht nur, daß sich Posadowsky jeder Polemik gegen das Zentrum enthielt und übermäßig betonte, er spreche nur im Auftrage des Reichskanzlers und vertrete dessen Anschauungen. Der auffallende Verzicht auf ein eigenes Urteil, das Bemühen, seine eigene Person und seine eigenen Anschauungen im Hintergrund zu halten, bewiesen zur Genüge, daß er sich auch jetzt noch nicht zu dem neuen politischen Kurs bekennen könne.

Löbell, der Chef der Reichskanzlei, war über diese Haltung Posadowskys entrüstet. „Er deutete Posadowskys Erklärung als ein Abrücken von der Blockpolitik und ließ durchschimmern, daß das Zusammenwirken beider Staatsmänner kaum noch möglich sein wird"[417]). Auch Posadowsky wurde sich anscheinend der Unhaltbarkeit seiner Stellung bewußt. Er wandte sich an Lucanus, ob er noch das Vertrauen des Kaisers besitze oder sein Entlassungsgesuch einreichen solle. Lucanus beruhigte ihn[418]).

Für Bülow war es nunmehr wichtig, die Stellungnahme der Parteien zu dem Staatssekretär festzustellen. Es ergab sich dabei, daß Konservative, Nationalliberale und Zentrum sich hinter den Staatssekretär stellten. Die „Kreuzzeitung" bemerkte: „Fürst Bülow wird es verstehen, sich seinen besten Mitarbeiter zu halten"[419]), die nationalliberale Magdeburgische Zeitung glaubte aus dem großen Raum, den die Sozialpolitik in der Thronrede einnahm, schließen zu können, daß Posadowsky sein Amt auch weiterhin behalten werde[420]). In der Oeffentlichkeit ging der Kampf nicht um den Politiker, sondern um den Sozialpolitiker Posadowsky. Je nach der Auffassung über die Notwendigkeit einer Förderung oder Verlangsamung der sozialpolitischen Arbeit beurteilten die Parteien die Möglichkeit seines Rücktritts.

Der den leitenden Regierungskreisen nahestehende „Hamburgische Korrespondent"[421]) sprach aus, daß der Staatssekretär dem Reichskanzler nicht sympathisch sei, dieser aber, um die Konservativen nicht wieder in die Arme des Zentrums zu treiben, Vorsicht üben müsse. Der Reichskanzler habe sich für dieses Mal noch mit einer publizisti-

---

[417]) Wermuth, S. 258.
[418]) Martin, S. 214.
[419]) „Kreuzzeitung" vom 10. 3. 1907, Nr. 117.
[420]) „Magdeburgische Zeitung" vom 7. 3. 1905, Nr. 110.
[421]) Aus „Germania" vom 12. 3. 1907, Nr. 59, 1. Blatt.

schen Verwarnung seines Stellvertreters begnügt, Posadowsky möge sich aber jetzt merken, daß er sich vor Aeußerungen über die hohe Politik hüten müsse.

Das kam der Wahrheit am nächsten. Bülow wollte nicht dulden, daß Posadowsky in der Oeffentlichkeit seine gegensätzliche Auffassung über die politischen Probleme behandele und der Opposition die Uneinigkeit in der Regierung offenbare. Im Interesse der Fortführung der Sozialpolitik und der parlamentarischen Unterstützung der Blockpolitik durch die Konservativen hielt er es für zweckmäßig, vorläufig den Staatssekretär noch in seinem Amte zu lassen [422]).

Im Reichstag aber ruhten die Gegner der Sozialpolitik Posadowskys nicht. Unter dem Hinweis auf die idealen Fähigkeiten des preußischen Handelsministers unterzog der freikonservative Abgeordnete Gamp die Sozialpolitik des Staatssekretärs einer vernichtenden Kritik [423]). Andererseits aber versäumte auch dieser nicht, alle Anfeindungen, die seiner sozialen Arbeit entgegentraten, zurückzuweisen.

> „Es gibt eben Richtungen, die wollen, daß ein Staatssekretär gegen Sozialpolitik bestehe. Ich bin aber, so lange ich im Amte bin, ein Staatssekretär für Sozialpolitik" [424]).

Er entwickelte ein sehr weitgehendes sozialpolitisches Programm. Auch innerhalb der Blockpolitik sollte die soziale Reformarbeit nach dem Willen von Kaiser und Kanzler weitergefördert werden. In dieser Beziehung waren sie sich mit dem Staatssekretär des Innern vollkommen einig. So lange Posadowsky in dieser Hinsicht freie Hand gelassen wurde, wollte er diese Arbeit leiten, auch wenn er der Ueberzeugung war, daß gegen das Zentrum eine Sozialpolitik, wie er sie wünschte, nicht durchführbar sein werde. Es bestand jedenfalls für ihn die Möglichkeit, auch in der Blockpolitik als Minister für Sozialpolitik im Amt zu bleiben.

Seine Gegner wußten, daß mit einer Kritik seiner Sozialpolitik seine Stellung nicht zu erschüttern sei. Sie konnten das nur erreichen, wenn sie Bülow zu der Ueberzeugung brachten, daß ein Verbleiben Posadowskys für die Blockpolitik unhaltbar sei. Nach dieser Erkenntnis handelten sie.

---

[422]) Eschenburg, S. 74.
[423]) Sten. Ber., 12. Leg. Per., 1. Sess., 5. u. 10. Sitz., am 27. 2. 1907 und 5. 3. 1907.
[424]) Vgl. Anm. 423, 10. Sitz. am 5. 3. 1907, Penzler, IV, S. 387.

Anfang März erschien in der freikonservativen „Post" ein Artikel[425]), der sich wieder mit der Möglichkeit einer Kanzlerschaft Posadowskys befaßte und die Tatsache, daß das Zentrum sich als feste Stütze der preußischen Regierungskoalition empfehle, dahin deutete, daß Posadowsky vom Zentrum als der gegebene Ministerpräsident angesehen werde, der dann natürlich auch das Kanzleramt zu übernehmen habe.

Daß das Zentrum, mit Bülow verfeindet, eine Kanzlerschaft Posadowskys nicht ungern gesehen hätte, war nach Lage der Dinge nicht von der Hand zu weisen. Es war aber nicht anzunehmen, daß der Staatssekretär des Innern, der zu der unverantwortlichen Hofpartei und Kamarilla keine Beziehungen hatte und sich auf politische Intrigen nicht einließ, um diese Bestrebungen wußte oder sie gar aktiv unterstützte. Bülow suchte man die Gefahr, die ihm von der Seite des Zentrums und Posadowskys drohte, möglichst groß zu schildern. Anfang Juli erreichte die systematisch geführte Angriffswelle ihren Höhepunkt. In der schwerindustriellen „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" erschien eine Artikelserie[426]), die den Sturz Bülows und Posadowskys Nachfolge als Kanzler prophezeite und ihm unterstellte, er sei mit oder ohne seinen Willen der Kanzlerkandidat des Liebenberger Kreises. In Verbindung mit den Bestrebungen Eulenburgs mußte die Erwähnung einer Kanzlerkandidatur Posadowskys auf Bülow einen stärkeren Eindruck machen. Er sah sich gezwungen, nochmals die Vor- und Nachteile eines Verbleibens des Staatssekretärs in seinem Amte abzuwägen. Trotz der offenkundigen Abneigung, die Posadowsky gegen die Blockpolitik hegte, hatte Bülow sich durch die Vertrauenskundgebungen der Konservativen für den Staatssekretär und seine persönliche Achtung vor den „eminenten Kenntnissen und der Arbeitskraft"[427]) seines Stellvertreters bewogen gesehen, vor dieser letzten Konsequenz zurückzuschrecken. Er wußte die Vorteile, die Posadowskys Verbleiben im Amte auch während der Blockpolitik mit sich brachte, sehr wohl zu schätzen. Ebenso sehr aber war er bereit, den Staatssekretär fallen zu lassen, wenn sich diese Maßnahme als vorteilhaft für die Entwicklung der Blockpolitik erweisen sollte.

Dieser Fall war jetzt eingetreten. Die Tatsache, daß Posadowsky die Leitung des Reichsamtes des Innern beibehalten hatte, war von den Konservativen und den Nationalliberalen günstig aufgenommen worden und hatte ihnen die Zustimmung zu dem neuen

[425]) „Germania" vom 12. 3. 1907, Nr. 59, 1. Blatt.
[426]) „Germania", 6. 7. 1907, Nr. 152/53.
[427]) Bülow, II, S. 300.

politischen System wesentlich erleichtert. Zugleich aber bewiesen die immer heftiger werdenden Angriffe der freikonservativen und industriellen Presse und die Betonung der Zwiespältigkeit der Anschauungen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Innern, daß die hinter diesen Aeußerungen stehenden Gruppen als Konsequenz der Durchführung der Blockpolitik den Rücktritt Posadowskys erwarteten und forderten. Die immer wiederkehrende öffentliche Diskussion der Differenzen zwischen Bülow und Posadowsky sowie der Hinweis auf die etwaige Möglichkeit einer Kanzlerschaft Posadowskys mit Hilfe des Zentrums und der unverantwortlichen Hofkreise, war für den Reichskanzler eine starke Belastung. Er konnte die Möglichkeit einer solchen Entwicklung nicht von vornherein von der Hand weisen, wußte er doch, wie gefährlich der unverantwortliche Einfluß werden konnte, wenn der Kaiser ihm Gehör schenkte. Daß Posadowsky seine Anschauungen über die Opportunität der Blockpolitik ändern würde, war bei der Unbeirrbarkeit und der konsequenten Geradheit, mit der er an einer einmal gefaßten Meinung festhielt, nicht zu erwarten.

Von entscheidender Bedeutung aber war es, daß Bülow sich immer stärker die Erkenntnis aufdrängte, daß die neue Konstellation im Reich nicht ohne Rückwirkungen auf die Führung der preußischen Politik bleiben könne. Die verschiedene Parteikonstellation im Reich und in Preußen machte sich wieder einmal hindernd bemerkbar [428]). Im Reich hatten die Konservativen nicht eine so starke Machtposition, daß sie die Berücksichtigung der liberalen Wünsche und eine allmähliche Ueberleitung zu einem liberalen System hätten hindern können. Die liberalen Parteien aber waren sofort nach Beginn der Blockpolitik bestrebt gewesen, auch in Preußen eine Aenderung der politischen Richtung zu erreichen, der sich die in Preußen mächtigen Konservativen widersetzten. Bülow mußte versuchen, die Politik beider Parlamente in Einklang zu bringen und die preußische Mehrheit der Blockmehrheit des Reichstages anzugleichen. In Preußen bildeten Konservative und Zentrum nach wie vor eine Mehrheit. Der Kampf ging hier um den Kultusminister Studt, dessen Abgang von den liberalen Parteien wegen seiner konservativen Schulpolitik mit aller Entschiedenheit gefordert wurde. Wenn die Regierung nicht auch in Preußen einige Nachgiebigkeit gegenüber den liberalen Wünschen zeigte, drohte die Gefahr, daß die Linksliberalen im Reich der Regierung wieder ihre Unterstützung entzogen und damit die ganze Blockpolitik illusorisch wurde.

[428]) Eschenburg, S. 70 ff.

Eine solche Entwicklung mußte Bülow zu verhindern suchen. Ohne die durch den Zusammenschluß der neuen Mehrheitsparteien im Reichstag bedingte Blockpolitik mechanisch auf Preußen übertragen zu wollen, wollte er doch die politische Führung im Reich und in Preußen stärker zusammenfassen, und die Politik einheitlicher gestalten. Diese stärkere Einheitlichkeit sollte ihren äußeren Ausdruck darin finden, daß der Posten eines Vizepräsidenten im preußischen Staatsministerium wieder besetzt wurde [429]). Seit dem Abgang Miquels hatte der Vorsitz im preußischen Staatsministerium in Abwesenheit des Ministerpräsidenten beim dienstältesten Minister gelegen. Seit dem Jahre 1905 war dies Posadowsky [430]). Bei der überragenden Bedeutung, die dem Reichsamt des Innern in der Reichspolitik zukam, mußte die Uebertragung des stellvertretenden Vorsitzes im preußischen Staatsministerium an den Leiter dieses Amtes eine Angleichung der preußischen Politik an die politische Richtung das Reich begünstigen. Dies konnte aber nur der Fall sein, wenn der mit der Stellvertretung betraute Staatssekretär auch innerlich von der Notwendigkeit der Blockpolitik durchdrungen war. Von Posadowsky aber war eine einheitliche Zusammenfassung und Vertretung der Blockpolitik im Sinne Bülows am wenigsten zu erwarten. Auch verfügte er im preußischen Staatsministerium nicht über die notwendige Autorität zur Durchführung dieser Aufgabe. Bülow konnte in ihm nicht den Bürgen für den inneren Zusammenhang zwischen der preußischen und der Reichspolitik sehen [431]).

Dagegen hatte sich der preußische Innenminister von Bethmann-Hollweg sofort nach der Wendung Bülows zur Blockpolitik „mit Begeisterung" hinter ihn und den neuen Kurs gestellt [432]). Er konnte als geeignet erscheinen, die einheitliche Zusammenfassung der Politik von Reich und Preußen im Sinne der neuen politischen Richtung zu vollziehen und einzuschwenken, wie es dem Kanzler gefiel [433]). Zu dieser Umstellung war Posadowsky nicht fähig. Er nahm eine viel zu selbständige politische Haltung ein, und hatte zu lange Jahre aus eigener Ueberzeugung die Zusammenarbeit mit dem Zentrum gefördert, als daß er sich ganz dem neuen Kurs mit seiner scharfen Richtung gegen das Zentrum hätte zur Verfügung stellen können. Sein Verbleiben im Reichsamt des Innern als Staatssekretär und technischer

[429]) Goldschmidt, S. 107 und 333 f.
[430]) Goldschmidt, S. 106.
[431]) „Kölnische Zeitung" vom 23. 6. 1907, Nr. 658.
[432]) Bülow, II, S. 270.
[433]) Bülow, II, S. 300.

Leiter der Sozialpolitik stieß nicht auf Schwierigkeiten[434]). Hier hätte sich auch Bülow gern weiter der Unterstützung des erfahrenen Beamten bedient[435]). Er wußte, daß Bethmann-Hollweg in vieler Beziehung dem Grafen Posadowsky nicht gewachsen war[436]). Trotzdem entschloß er sich, um die unbedingte Einigkeit in der Regierung zu wahren, zur Trennung von dem Staatssekretär des Innern[437]). Es fiel ihm nicht schwer, die Genehmigung des Kaisers zu den ministeriellen Veränderungen zu erhalten.

Am 22. Juni 1907 erfolgte die offizielle Mitteilung, daß der Staatssekretär des Innern, Graf Posadowsky, und der preußische Kultusminister Studt aus ihren Aemtern schieden. Der preußische Minister des Innern Bethmann-Hollweg übernahm die Leitung des Reichsamtes des Innern. Ihm wurde zugleich die stellvertretende Leitung des preußischen Staatsministeriums übertragen.

Der Staatssekretär des Innern war ein Opfer der Blockpolitik geworden. Seit dem Tage der Reichstagsauflösung war seine Stellung gefährdet gewesen. Ein halbes Jahr lang hatte der Kampf um ihn gedauert, bis er weichen mußte. Viele Momente hatten mitgewirkt, seine Stellung zu erschüttern: die Angriffe, die er wegen seiner sozialpolitischen Haltung erfuhr, die Verdächtigung, daß er mit der Hilfe des Zentrums und des Liebenberger Kreises den Reichskanzler Bülow verdrängen wolle, der Unwille, den seine selbständige politi-

---

434) „Kölnische Zeitung" vom 23. 6. 1907, Nr. 658.

435) Auch im preußischen Staatsministerium erklärte Bülow, der Rücktritt Posadowskys sei mit Rücksicht auf die politische Situation unvermeidbar gewesen. Er fügte hinzu, es „sei ihm außerordentlich schwer gefallen, sich von diesem durch Begabung, Wissen und Arbeitskraft gleich hervorragenden Mitarbeiter zu trennen" (s. Goldschmidt, S. 353; Protokoll d. Sitz. des Preuß. Staatsministeriums vom 25. 5. 1907).

436) Bülow, II, S. 300.

437) Wermuth und Martin vertreten die Auffassung, daß Bülow schon lange auf eine Gelegenheit gewartet habe, Posadowsky zu stürzen(Wermuth: S. 257; Martin, S. 202 ff.). Eschenburg erklärt die Auffassung Wermuths für zweifelhaft und beruft sich auf eine persönliche Mitteilung des Staatsministers a. D. Loebell, der die Behauptung Wermuths als unrichtig darstellt (Eschenburg, S. 74). Es ist anzunehmen, daß Bülow seit Beginn der Blockpolitik sich mit dem Gedanken getragen hat, sich von Posadowsky zu trennen. Er ließ sich dabei aber nicht nur von seinen Antipathien gegen den Staatssekretär leiten, sondern erwog genau das Für und Wider von dessen Rücktritt, und wollte dem Staatssekretär Gelegenheit geben, sich zur Blockpolitik zu bekennen. Erst als Posadowsky dieses Bekenntnis auf die Dauer vermissen ließ und Bülow sich zu einer intensiven Durchführung des neuen politischen Systems entschlossen hatte, gewannen seine Bedenken gegen das Verbleiben Posadowskys im Amt so akute Bedeutung, daß er die Trennung von ihm vollzog.

sche Gesinnung bei einflußreichen Männern der Blockpolitik erregte sowie die Isoliertheit seiner politischen Stellung und die Antipathien, die Bülow selbst gegen den angeblichen Rivalen hegte. Allen diesen Tatsachen ist die Mitwirkung am Sturz des Grafen Posadowsky nicht abzusprechen. Sie erklären aber die innere Notwendigkeit seines Rücktritts nicht zur Genüge.

Posadowsky war nicht nur das Opfer von Intrigen einiger Gruppen von Interessenten oder ihm feindlicher Politiker. Sein Rücktritt war eine politische Notwendigkeit geworden. Die veränderte Konstellation der innerpolitischen Lage des Reiches hatte zu Konsequenzen geführt, die ein Verbleiben Posadowskys in seinem Amte nicht länger als möglich erscheinen ließen. Nicht nur, daß die Veränderung der parteipolitischen Situation sein weiteres Wirken verhindert hätte. Bei der überparteilichen Tätigkeit und dem hohen Ansehen, das seine sozialpolitische Arbeit im Reichstag genoß, war auch sein weiteres Wirken im Reichsamt des Innern als durchaus erfolgversprechend anzusehen. Das hohe Maß sachlicher Eignung und unermüdlicher Arbeitskraft sowie die Fähigkeit zum Ausgleich innerpolitischer Gegensätze, die ihn auszeichneten, verfehlten auch auf die seiner Persönlichkeit innerlich fern stehenden, leitenden Männer der deutschen Politik ihren Eindruck nicht. Das langjährige Zögern Bülows, sich von seinem Mitarbeiter zu trennen, findet in dieser Tatsache seine Erklärung. Er brauchte ihn und verdankte ihm zu einem guten Teil die Erfolge seiner inneren Politik.

Die langjährige Beschäftigung mit den Problemen der inneren Politik hatte aber den Staatssekretär über die einfache Ressortarbeit hinauswachsen lassen. Es war nicht nur der Minister für Sozialpolitik, der dem Reichskanzler die Last der sachlichen Arbeit abnahm. Er hatte sich eine eigene politische Anschauungswelt gebildet, die er unabhängig von den politischen Veränderungen und ohne Konzessionen zu machen, vertrat. An dieser Geradheit und Sachlichkeit scheiterte er. Der tiefste Grund seines Rücktritts liegt darin, daß ein Zusammenarbeiten mit dem leitenden Staatsmann für einen so selbständigen Staatssekretär mit eigenem politischen Wollen nicht mehr möglich war. Graf Posadowsky war eine zu bedeutende Persönlichkeit, um dauernd der zweite zu sein und alle innerpolitischen Schwenkungen mitzumachen. So lange Bülow seinem Staatssekretär die Handlungsfreiheit in der Leitung der inneren Politik überließ, war ein Zusammenarbeiten der beiden Staatsmänner trotz aller gelegentlich auftauchenden Differenzen möglich. Es wurde in dem Augenblick zur Unmöglichkeit, in dem Bülow sich entschloß, die unbedingte Einheit der politischen Anschau-

ungen innerhalb des Staatsministeriums zu erzwingen. In diesem Falle wurde der Rücktritt Posadowskys eine politische Notwendigkeit, für das Reich aber war der Sturz des Staatssekretärs ein entschiedener Verlust. Er war innerlich nur dann gerechtfertigt, wenn das Scheiden des Staatssekretärs aus seinem Amt wirklich eine innerpolitische Entlastung brachte und den Weg zu einer erfolgreichen neuen Entwicklung bahnte. Das war aber nicht der Fall. Die legislativen Erfolge des Reichsamtes des Innern der nächsten Jahre gingen im wesentlichen auf die Pläne und Vorarbeiten des Grafen Posadowsky zurück. Schon nach zwei Jahren aber mußte Bülow erfahren, daß die von seinem ehemaligen Staatssekretär gegen die Blockpolitik vorgebrachten Bedenken nur allzusehr gerechtfertigt waren. Die konservativ-liberale Paarung erwies sich nur so lange als haltbar, wie sie vor jeder ernsteren Bewährung bewahrt wurde. Sobald sich eine wirklich schwierige innerpolitische Aufgabe einstellte[438]), die Blockparteien ihre Einheit in einer Frage beweisen sollten, in der die konservativen und liberalen Parteien grundsätzlich verschiedener Auffassung waren[439]), fiel die Koalition, von der Bülow so viel erwartet hatte, auseinander. Das Opfer, das Bülow der Blockpolitik in Posadowsky gebracht hatte, war umsonst gewesen. Die Auffassung des Grafen, daß eine konservativ-liberale Paarung und ein Ausschluß des Zentrums aus der parlamentarischen Mehrheitsbildung unmöglich sei, erwies sich als richtig. Bülow wurde selbst ein Opfer seiner Blockpolitik, um deretwillen zwei Jahre vorher der Staatssekretär des Innern hatte zurücktreten müssen.

[438]) Eschenburg, S. 131 (Die Daily-Telegraph-Affäre).
[439]) Eschenburg, S. 176 ff. (Die Reichsfinanzreform).

Lebenslauf

Am 5. April 1909 wurde ich in Neu-Paleschken, Kreis Berent, Westpreußen, als Sohn des Pfarrers Alfred Schmidt und seiner Ehefrau Marie geb. Buchholz geboren. Ich bin evangelischen Bekenntnisses. Meine erste Schulausbildung erfuhr ich durch meinen Vater, bis ich im Sommer 1920 in die Quarta des Staatlichen Gymnasiums in Danzig aufgenommen wurde, das ich zu Ostern 1927 mit dem Reifezeugnis verließ. Zunächst wandte ich mich dem Studium der Theologie zu, vom W. S. 1929/30 daneben dem Studium der Geschichte. Ich besuchte die Universitäten Marburg, Königsberg und Halle.

Meine Lehrer waren u. a.

in Marburg: Budde, Bultmann, Busch, v. Soden.

in Königsberg: Bäthgen, Fuchs, Heimsöth, Juncker, Leuze, Rothfels, Vogelsang, Schniewind, Zscharnack.

in Halle: Barnikol, Becker, Diehl, v. Dobschütz, Heldmann, Herzfeld, Holtzmann, Kern, Klostermann, Kohlmeyer, Menzer, Weber, Ziehen.

Die Anregung zu dieser Dissertation verdanke ich Herrn Professor Dr. Hans Herzfeld, dem ich an dieser Stelle für die Anteilnahme und Förderung meiner Arbeit besonderen Dank aussprechen möchte.

Eduard Klinz Buchdruck-Werkstätten Halle (Saale), Dölauer Straße 14
Spezialdruckerei für wissenschaftliche Werke und Dissertationen